

Okulare Demokratie: Der Bürger als Zuschauer

Kajewski, Marie-Christine (Ed.); Hammer, Dominik (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kajewski, M.-C., & Hammer, D. (Hrsg.). (2017). *Okulare Demokratie: Der Bürger als Zuschauer* (Edition Politik, 48). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839440049>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



DOMINIK HAMMER, MARIE KAJEWSKI (HG.)

OKULARE DEMOKRATIE

DER BÜRGER ALS ZUSCHAUER

[transcript] Edition Politik

Dominik Hammer, Marie Kajewski (Hg.)
Okulare Demokratie

DOMINIK HAMMER, MARIE KAJEWSKI (HG.)

Okulare Demokratie

Der Bürger als Zuschauer

[transcript]

Gefördert mit freundlicher Unterstützung des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>.

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2017 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Umschlagabbildung: Microgen / Fotolia.com

Satz: Justine Buri, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4004-5

PDF-ISBN 978-3-8394-4004-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Vorwort: Macht in Sicht | 7

Okulare Demokratie revisited

Jeffrey Edward Green | 13

Okulare Demokratie, eine abgeschwächte Politik

Nadia Urbinati | 43

Okulare und repräsentative Demokratie

Anna Fruhstorfer/Felix Petersen | 69

Deutungskämpfe vor den Augen des Volkes

Zur Dynamisierung demokratischer Ordnungen
durch okulare Praktiken

André Brodocz | 87

**Okulare Demokratie und die Frage
nach der demokratischen Ermächtigung**

Felix Gerlsbeck/Solongo Wandan | 115

Das Volk als Zuschauer – die Zuschauer als Volk?

Dominik Hammer/Greta Jasser | 131

Putting Candor First

Zur normativen Dimension von Offenheit
in Jeffrey Edward Greens Demokratietheorie

Marie-Christine Kajewski | 149

Okulare Demokratie und demokratische Erfahrung

Michael L. Thomas | 171

Autorinnen und Autoren | 193

Vowort: Macht in Sicht

Wir leben, so heißt es, nach dem Referendum über den Brexit und der US-Präsidentenwahl in einem »postfaktischen Zeitalter«.

Gestützt wird die Deutung dieser Zeit als »postfaktisch« durch politisch-theoretische Erklärungsansätze, die den Populismus als Reaktion auf technokratische Verfallserscheinungen sehen. Solche Erklärungen besagen, dass die Beschwörung des Volkes eine Antwort auf die Aushöhlung des Politischen durch die Beschwörung von Sachzwängen ist. Wo die vermeintlichen oder auch tatsächlichen Fakten nicht mehr zählen, befindet man sich eben in einem »postfaktischen Zeitalter«.

Gegen das Konstatieren dieser Zeitenwende ließe sich nun einwenden, dass Politik noch nie rein faktenorientiert war. Als politische Wesen könnten wir also, Bruno Latour paraphrasierend, über uns selbst feststellen »we have never been factual«. Zum einen sind die Wahrnehmung und die Akzeptanz von politischen Fakten eng an emotionale Faktoren gekoppelt, so dass sich eine feinsäuberliche Trennung des Rationalen und des Irrationalen außerhalb analytischer Kategorien nicht gestattet. Dies bedeutet, dass es letztlich unmöglich ist, die programmatische Dimension im Kern auf das eine oder das andere zurückzuführen. Zum anderen ist die programmatische Dimension des Politischen eben nur eine unter mehreren.

Eine weitere, mit der programmatischen freilich verknüpfte Dimension des Politischen ist die personelle Dimension. Der (angenommenen) Persönlichkeit von Spitzenkandidaten wird in US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen seit jeher große Bedeutung beigemessen. Aber auch in Europa ist eine Personalisierung der Politik festzustellen, deren aktuellstes Beispiel (Stand April 2017) der so bezeichnete »Schulz-Effekt« ist, welcher der deutschen SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Martin Schulz Werte um die 30 Prozent in Wahlumfragen beschert. Das Umfragehoch der SPD gründet nicht nur in der Hoffnung der Wähler auf eine

programmatische Wende, sondern auch in dem Charisma des Spitzenkandidaten, das sich wiederum daraus speist, dass er die erhoffte Wende zu verkörpern scheint.

So untrennbar Charisma auch mit Politik verbunden sein mag, so suspekt ist es doch den meisten. Charismatiker scheinen stets das Potential zum Demagogen zu haben und gerade in Anbetracht populistischer Wahlerfolge scheint politisches Charisma geradezu unheimlich. Eine andere Sichtweise auf das Charisma hat der politische Theoretiker Jeffrey Edward Green. In seinem 2010 erschienenen Buch *Eyes of the People* stellt Green in der plebiszitären Tradition Max Webers heraus, dass Charisma Potentiale für die Demokratisierung bergen kann. Denn Charisma ist nichts, was Politikern von Natur aus zukommt, nichts, was sie einfach besitzen, sondern ein Wesenszug, der sich in Relation zum Publikum bildet. Wer charismatisch ist, ist dies, weil seine Performance als charismatisch wahrgenommen wird. Wer charismatisch bleiben möchte, muss sich immer wieder erneut als des Sehens wert erweisen.

Gerade in diesem Umstand erblickt Green eine Chance, das Volk mit größerer politischer Macht auszustatten. Wenn das Charisma politischer Führungspersönlichkeiten stets neu erworben werden muss, dann haben diejenigen, die über das (mangelnde) Charisma einer politischen Performance befinden, Kontrollmacht. Als Zuschauer üben die Bürger eines Landes eine solche Kontrollfunktion aus. Sie sind das Publikum der Vorstellungen, die auf der politischen Bühne gegeben werden. Der Blick der Zuschauer ist damit ein disziplinierender Blick, ein *gaze*, der geeignet ist, Spitzenpolitiker zu beeinflussen.

Während Zuschauerschaft in Demokratietheorien, die an Partizipation orientiert sind, als defizitär wahrgenommen wird, macht Green die Rolle der Bürger als Zuschauer stark. Der Theoretiker weist darauf hin, dass eben die scheinbar passive Zuschauerrolle diejenige Rolle ist, die den meisten Bürger die meiste Zeit im politischen Prozess zukommt. Zuschauen ist auch in politischen Systemen, die Partizipation erlauben, die Norm. Die Annahme, dass sich demokratische Teilhabe in stimmliche Praxen, etwa Wahlen und Abstimmungen erschöpft, lehnt Green ab. Während er dieser Form der Partizipation durchaus ihren Wert zuerkennt, so zeigt er doch die Schwächen des vokalen Modells auf, in dem die Abbildung des Volkswillens oder auch nur des Mehrheitswillens im Regierungshandeln keineswegs gewährleistet ist. Und so stellt Jeffrey Green dem dominanten vokalen Modell der Demokratie ein anderes

gegenüber, oder besser, zur Seite: das okulare Modell. Die Bezeichnung »Ocular Democracy«, die in diesem Sammelband mit »Okularer Demokratie« übersetzt wurde, besitzt im Englischen zwei Bedeutungen. Zum einen bezieht sich »ocular« – im Gegensatz zur Stimme (vocal) – auf die Augen als Organ demokratischer Partizipation. Zum anderen bedeutet »ocular« unmittelbar. Greens Hoffnung ist, mit dem okularen Modell die große Gruppe derjenigen in den demokratischen Prozess einzubinden, die nicht in Verbänden und Parteien organisiert sind und die Politik nicht aktiv mitgestalten. Er hofft darauf, dass durch eine ereignisreichere Politik auch diejenigen, die wenig politisches Wissen besitzen, erreicht werden.

Damit das Volk politische Führungspersönlichkeiten mit seinem kontrollierenden Blick disziplinieren kann, sei es notwendig, dass diese Führungspersönlichkeiten nicht die Kontrolle über die Bedingungen ihrer öffentlichen Wahrnehmung ausüben können. Diese Bedingung ist das negative Ideal okularer Demokratie, das Green »candor« nennt. Während »candor« direkt übersetzt »Aufrichtigkeit« bedeuten würde, wurde es in diesem Band mit »Offenheit« übersetzt. Denn Aufrichtigkeit besitzt eine moralische Konnotation, die in Greens Konzept von candor nicht angedacht ist. Spitzenpolitiker müssen bei ihren öffentlichen Auftritten nicht ehrlich sein, damit candor herrscht. Sie müssen schlicht Situationen ausgesetzt sein, in denen sie sich nicht auf Pressesprecher und -mitteilungen oder allzu milde Moderatoren verlassen können und in denen sie spontan agieren und auf Fragen reagieren müssen. Green schlägt vor, mehr Situationen zu schaffen, in denen dies der Fall ist. Beispielsweise Debattenformate, in denen sich rivalisierende Kandidaten gegenseitig befragen.

Mit der im britischen Parlament institutionalisierten wöchentlichen Befragung der Premierministerin durch die Abgeordneten ist in Großbritannien bereits eine Einrichtung geschaffen, die dem Ideal der »Offenheit« nahe kommt. Situationen, die diesem Ideal entsprechen, ereignen sich zudem häufig komplett ungeplant. Zu denken ist etwa an die hilflos wirkende Reaktion Angela Merkels in Anbetracht eines weinenden Flüchtlingsmädchens, die unter dem Hashtag *#merkelstreichelt* eine Debatte in den sozialen Medien ausgelöst hat. Ebenfalls zu denken wäre an den Auftritt der Reinigungsfachkraft Susanne Neumann auf der »Wertekonferenz Soziale Gerechtigkeit«, bei dem sie den damaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel mit Vorwürfen zur Politik der SPD konfrontierte. Gabriels schlagfertige Reaktion und seine Bereitschaft, die Vorwürfe zu

diskutieren, wurden in der Berichterstattung positiv erwähnt. Sein Auftritt wurde sogar als geeignet eingeschätzt, in seiner Partei verlorenen Respekt zurückzugewinnen. Und auch die »Townhall Meetings«, in denen sich US-amerikanische Kongressabgeordnete den Fragen ihrer Wahlkreisbevölkerung stellen, wurden in Folge der geplanten Verabschiedung des »American Health Care Acts« zu offenen (*candid*) Ereignissen. Denn vor allem republikanische Kongressabgeordnete mussten dort spontan auf die vehement vorgetragenen Beschwerden ihrer Wählerschaft reagieren, die größtenteils nicht mit der Abschaffung des »Affordable Care Acts« einverstanden war. Ereignisse wie die genannten und ihre mediale Aufbereitung deuten darauf hin, dass Offenheit (*candor*) durchaus politische Konsequenzen haben kann.

Green geht es mit seinem Buch jedoch nicht bloß darum, neue Formate für die Befragung von Spitzenpolitikern einzuführen. *Eyes of the People* ist der erste Teil einer Plebejischen Demokratietheorie, die Juvenals Vorwurf an die Plebejer, sie interessierten sich nur für Brot und Spiele, progressiv wendet, und die beiden Komponenten zum Ausgangspunkt für Interventionsvorschläge macht. Während *Eyes of the People* den Spiele-Aspekt auslotet, beschäftigt sich Greens zweites, 2016 erschienenes Buch *The Shadow of Unfairness* mit dem Brot-Aspekt des Ausspruchs, das heißt mit distributiven Fragen. Jeffrey Greens Plebejische Demokratietheorie steht in der realistischen Tradition der politischen Theorie, der auch Machiavelli und Schumpeter angehören. Kernpunkte seiner Theorie, beispielsweise die Hinwendung zur Kontrollmacht und die Abkehr von der Entscheidungsmacht als Mittel des demokratischen Empowerment, wurden in den USA kontrovers diskutiert.

Während *Eyes of the People* in den USA breit rezipiert wurde, ist okulare Demokratie in Deutschland noch kaum bekannt. Der vorliegende Sammelband verfolgt das Ziel, die Theorie der okularen Demokratie und die Diskussion um diese Theorie für den deutschsprachigen Diskurskontext zugänglich zu machen.

Mit »Okulare Demokratie revisited« hat Jeffrey Edward Green einen Einleitungstext verfasst, der in seine Demokratietheorie einführt. Es ist zugleich der erste Text des Theoretikers, der in deutscher Sprache vorliegt. Nadia Urbinatis Beitrag »Okulare Demokratie – eine abgeschwächte Politik« liefert eine Kritik an Greens Ansatz. Anna Fruhstorfer und Felix Petersen befragen in ihrem Text »Okulare und repräsentative Demokratie« kritisch Greens post-repräsentationelles Paradigma. André Brodocz

beleuchtet in seinem Beitrag »Deutungskämpfe vor den Augen des Volkes – Zur Dynamisierung demokratischer Ordnungen durch okulare Praktiken« die Zusammenhänge zwischen vokaler und okularer Deutungsmachtpolitik. Solongo Wandan und Felix Gerlsbeck betrachten in ihrem Text »Okulare Demokratie und die Frage nach der demokratischen Ermächtigung« die Potentiale von Greens Ansatz für die Stärkung des Volkes in der Demokratie. Dominik Hammer und Greta Jasser diskutieren in ihrem Text »Das Volk als Zuschauer – die Zuschauer als Volk?« den Volksbegriff der okularen Demokratie. Der Beitrag »Putting Candor First. Zur normativen Dimension von Offenheit in Jeffrey Edward Greens Demokratietheorie« von Marie Kajewski analysiert die politisch-theoretischen Implikationen von Jeffrey Greens negativem Leitideal. In »Okulare Demokratie und demokratische Erfahrung« untersucht Michael L. Thomas die Verbindung von Ästhetik, Erfahrung und Demokratie.

Mit diesen Beiträgen liefert der vorliegende Sammelband eine umfassende Betrachtung verschiedener Aspekte der Theorie okularer Demokratie. Die Idee zu diesem Sammelband ist uns im Kontext der demokratietheoretischen Diskussion am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover gekommen. Für die großzügige finanzielle Förderung und organisatorische Unterstützung sei dem Forschungsinstitut für Philosophie Hannover, namentlich Jürgen Manemann, herzlich gedankt. Bedanken möchten wir uns auch bei unseren Autorinnen und Autoren für ihre klugen und lehrreichen Beiträge. Für ihre Hilfe und ihren Rat in organisatorischen Fragen möchten wir uns bei Jeffrey Edward Green und Solongo Wandan bedanken. Für die Möglichkeit, einzelne Aspekte unseres Projektes zu diskutieren, danken wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der FIPH-Fellows Corner. Eine große Hilfe in Übersetzungsfragen waren uns Greta Jasser, Ndid Nwaneri und Agnes Wankmüller. Ihnen gebührt unser Dank. Für sein gründliches Lektorat sind wir Dominik Hammer sen. zu Dank verpflichtet.

*Dominik Hammer/Marie Kajewski
April 2017, Hannover*

Okulare Demokratie revisited

Jeffrey Edward Green

Politische Theorie wird normalerweise als eine vor allem ideologische Praxis verstanden. Der Theoretiker respektive die Theoretikerin legt dar, was Politik seiner oder ihrer Ansicht zufolge sein sollte. Ziele werden identifiziert und polemisch angegriffen. Ein solches Vorgehen ist zugleich Theorie der Politik und selbst politisierte Theorie. Dieser Auffassung von politischer Theorie schließe ich mich voll und ganz an. Meiner Ansicht nach macht dieser Aspekt allerdings nur einen Teil der Arbeit eines politischen Theoretikers oder einer politischen Theoretikerin aus. Zusätzlich zur ideologischen Funktion von Theorie existiert auch das, was als »phänomenologische« Funktion bezeichnet werden könnte: Der politische Theoretiker bzw. die politische Theoretikerin hilft uns dabei, die politische Realität mit größerem Scharfsinn zu *sehen*. Ein solches Verständnis der Aufgabe politischer Theorie kann sich auf die Etymologie des Wortes »Theorie« berufen. Dieses stammt vom griechischen »theoria« ab und bedeutet wörtlich übersetzt »das Anschauen«. So waren die Ersten, die sich selbst als Theoretiker (*theoros*) bezeichneten, keineswegs Philosophen. Es handelte sich bei ihnen um Reisende, welche in die Fremde gingen, um außergewöhnlichen Ereignissen beizuwohnen – Orakeln, religiösen Festen, Theateraufführungen – und anschließend in ihrer Heimat zu berichten, was sie gesehen hatten.¹ In Erfüllung dieser phänomenologischen Funktion gleicht die Arbeit des politischen Theoretikers bzw. der politischen Theoretikerin derjenigen des antiken *theoros*. Sie bringt politische Realitäten ans Licht, die ansonsten im Verborgenen verblieben wären.

1 | Nightingale, Andrea: *Spectacles of Truth in Classical Greek Philosophy: Theory in its Cultural Context*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 2004.

Ich betone den Unterschied zwischen dem ideologischen und phänomenologischen Aspekt politischer Theorie deshalb, weil es allzu leicht geschieht, dass ein politisch-theoretisches Werk auf seinen ideologischen Aspekt reduziert wird – also auf das normative Argument, das der Autor vertreten möchte und, dass hierüber sein phänomenologischer Aspekt vergessen wird. Die flüchtige und oberflächliche Behandlung eines Werkes wird sich vermutlich auf dessen primär wichtigste normative Aussagen konzentrieren. Für die Rezeption, die *The Eyes of the People (EOP)* bisher erfahren hat und die zum größten Teil weder flüchtig noch oberflächlich war, bin ich sehr dankbar. Dennoch scheint es mir, dass das zentrale Konzept des Buches, Okulare Demokratie (*Ocular Democracy*), überwiegend im Hinblick auf ideologische Gesichtspunkte behandelt wurde. Freilich ist eine solche Behandlung nicht unsachgemäß, sie ist lediglich unvollständig. Demgemäß werde ich, nachdem ich die ideologischen Grundannahmen von *EOP* dargestellt habe (I), detailliert beschreiben, was ich als seine zentralen »phänomenologischen« Beiträge ansehe (II). Anschließend werde ich darlegen, wie sich mein Verständnis von okularer Demokratie in den fünf Jahren sei dem Erscheinen von *EOP* weiterentwickelt hat (III). Abschließend werde ich die Relevanz des Buches für den deutschen politischen Kontext gegen den Einwand verteidigen, dass Okulare Demokratie im amerikanischen Kontext einschlägiger sei als im europäischen (IV).

I. DIE IDEOLOGIE OKULARER DEMOKRATIE

Der auf das Ideologische reduzierenden Lesart zufolge, die *EOP* schlicht als normative Intervention in das gegenwärtige politische Denken versteht, ist der zentrale Fokus von *EOP* die Betonung eines bisher verkannten Wertes – dem der Offenheit (*candor*). Ich verstehe darunter die Norm, dass politische Führungspersönlichkeiten keine Kontrolle über die Bedingungen ihrer öffentlichen Wahrnehmung ausüben sollen. Anstatt sich einzig darauf zu konzentrieren, was politische Führungspersönlichkeiten sagen und tun, besteht *EOP* auf einem zweiten normativen Maßstab: Wie sich Spitzenpolitiker/-innen auf dem öffentlichen Parkett machen. Gemäß *EOP* braucht es eine Vielzahl von Institutionen, um politischen Führungspersönlichkeiten die Kontrolle über ihr öffentliches Bild zu entreißen: hitzige Debatten und Pressekonferenzen, ein Mehr an

Untersuchungen und Anhörungen² von Führungspersönlichkeiten sowie weitere Mechanismen, die Führungspersönlichkeiten zwingen, in der Öffentlichkeit mit größerer Spontaneität aufzutreten – mitsamt allen daraus folgenden Risiken.

Wie ich in *EOP* ausführe, gibt es mindestens vier distinkte Rechtfertigungen für den politischen Wert der Offenheit.³ Erstens: Offenheit dient dem *intellektuellen* Ziel, Demokratisierung jenseits des vorherrschenden Deutungsrahmens der Repräsentation zu fassen. Offenheit beansprucht nicht, dass die Regierung die grundlegenden Präferenzen der Wählerschaft getreulich umsetzt. Letztlich ist sie davon unabhängig, ob die Wählerschaft überhaupt irgendwelche Präferenzen besitzt. Wüssten wir sicher, wie Repräsentation gemessen und verwirklicht werden kann, bestünde ein nur fragwürdiger Mehrwert darin, ein nicht-repräsentationelles Kriterium für die Bewertung einer Demokratie zu entwerfen. Aber insofern, als Repräsentation immer zu einem signifikanten Grad eine mystische, unüberprüfbare These bleiben wird, ist es nützlich, über das repräsentationelle Paradigma hinauszugehen. Ob Offenheit herrscht und falls ja, in welchem Ausmaß, lässt sich bedeutend leichter verifizieren, als dies in Bezug auf Repräsentation möglich ist. Ohne Repräsentation gänzlich zu verwerfen – ohne abzustreiten, dass die Wählerschaft zuweilen Einfluss auf die Politik nehmen kann –, verspricht die Fokussierung auf Offenheit einen alternativen, zusätzlichen Weg zur Demokratisierung. Ich bezeichne dies als intellektuellen Beitrag, denn in der historischen Perspektive hat die Philosophie der liberalen Demokratie alle Formen der Bürgerbeteiligung – seien es repräsentative oder direkte – fast ausnahmslos als Urheberschaft derjenigen Normen und Umstände verstanden, die das öffentliche Leben bestimmen. Angesichts dieser verengten theoretischen Vorstellung konnte die Möglichkeit von nicht-gesetzesförmigen, nicht mit Urheberschaft verbundenen, nicht-vokalen Arten politischer Macht nur mit Mühe im politischen Denken aufscheinen. Die Idee Okularer Demokratie fordert dieses dominante repräsentationelle Paradigma heraus und ist Teil der Bemühungen, Bürgerbeteiligung in nicht-repräsentationellen Begriffen zu entwerfen. Weil viele Bürger/-innen zu diver-

2 | Im englischen Original: »trial of leader«. D. H.

3 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People*. Democracy in an Age of Spectatorship, Oxford/New York: Oxford University Press 2010 [im Folgenden *EOP*], S. 17-29.

sen Themen nicht einmal über klar artikuliert Präferenzen verfügen, sollte ein Denken jenseits der Repräsentation auch in seiner *progressiven* Funktion verstanden werden. Offenheit kann den einfachsten unter den einfachen Bürgerinnen und Bürgern helfen: Bürgerinnen und Bürgern, denen es nicht nur an der Macht eines politischen Amtes ermangelt, sondern auch an einer gut durchdachten politischen Agenda. Offenheit ist in diesem Fall ein Maßstab für das Empowerment des Volkes, der nicht der Annahme bedarf, dass Bürger/-innen spezifische Bedürfnisse haben, oder dass die Regierung fähig ist, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Offenheit eröffnet einen Raum der Demokratisierung, der eine Reihe von demokratischen Zielen anbietet, die alternativ, besser messbar und in höherem Maße auf politisches Führungspersonal ausgerichtet sind. Zweitens: Auf der ästhetischen Ebene verspricht *EOP*, eine wahrhaft ereignisreiche Politik zu gestalten, die der Aufmerksamkeit ihrer Zuschauer/-innen wert ist: die Logik Okularer Demokratie – und ihrer zentralen Norm der Offenheit – zielt darauf ab zu fragen, was die Zuschauer/-innen *als Zuschauer/-innen* an der Politik interessiert. *EOP* abstrahiert von allen programmatischen Interessen an der Umsetzung spezifischer gesetzgeberischer Ziele. Stattdessen wird geltend gemacht, dass der Zuschauer bzw. die Zuschauerin, unter ansonsten gleichen Bedingungen, lieber live übertragene, spontane, konfrontative, öffentliche Auftritte politischer Führungspersönlichkeiten sehen möchte, als die vorformulierte, zuvor einstudierte, eindimensionale, quasi-propagandistische politische Kommunikation, die in unserem medial bestimmten 21. Jahrhundert vorherrschend ist. Folglich definiert Offenheit, was in der Politik *des Sehens wert ist*.⁴ Dieser Wert – um es noch einmal klarzustellen – erscheint so lange fragwürdig, wie man annimmt, dass der Zuschauerrolle durch eine par-

4 | Durch den Versuch, zwischen besseren und schlechteren Formen politischen Zuschauens zu differenzieren, verfährt *EOP* auf eine Art und Weise, die ungefähr parallel zu derjenigen diskursethischer Theoretiker wie Apel oder Habermas verläuft. Diese argumentieren, dass Sprechakte implizit normative Kriterien enthalten: z.B. Reziprozität, Ehrlichkeit, Respekt und die Annahme der Möglichkeit von Verständigung. Siehe z.B. Apel, Karl-Otto: *The Response of Discourse Ethics to the Moral Challenge of the Human Situation as Such and Especially Today*, Leuven: Peters 2001, S. 45-48. In den Ausführungen zu einer Theorie der Okularen Demokratie argumentiert *EOP*, dass auch das Zuschauen – und nicht nur das Sprechen – seine eigenen ethischen Normen voraussetzt.

tizipativere, entschlossenere, repräsentationsorientiertere Form des politischen Verhaltens entkommen werden kann. Wenn es aber zutrifft, dass sich das moderne politische Leben unausweichlich als Zuschauen vollzieht – wenn die meisten Bürger/-innen sich häufig eher als Zuschauer/-innen denn als Entscheider/-innen mit Politik auseinandersetzen – dann besitzt das ästhetische Anliegen, Ereignishaftigkeit herzustellen, eine wichtige demokratische Funktion. Denn Demokratietheorien sollten ein besonderes Interesse an den alltäglichen Erscheinungsformen des politischen Lebens haben – und falls dieser Alltagsaspekt das Zuschauen ist, ist es dem Demokratietheoretiker oder der Demokratietheoretikerin erlaubt zu fragen: Was macht bestimmte Arten des Zuschauens demokratischer als andere? Wie sähe eine in moralischer Hinsicht bessere Art des Zuschauens aus? Solche Fragen zu stellen bedeutet nicht, zu behaupten, dass Zuschauen dem aktiven Engagement moralisch überlegen wäre. In der Tat denke ich, dass dies nicht im Entferntesten der Fall ist.⁵ Es bedeutet einzig, dass der vergleichsweise geringere Wert des Zuschauens nicht die philosophische Betrachtung dessen ausschließen sollte, was bessere Arten des Zuschauens von schlechteren unterscheidet. Eine moralische

5 | Gelegentlich wurde *EOP* dahingehend verstanden, dass es das Zuschauen verherrlichen würde. So schreibt beispielsweise Landemore, dass der Mangel an Mitspracherecht und genuiner Selbstbestimmung («lack of voice and genuine self-rule») in *EOP* als normativ ansprechend zelebriert würde («celebrated [in *EOP*] as normatively appealing.»). Landemore, Helene: »Neither Blind nor Mute: Why the People Shouldn't Give Up on the Voice«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 192. Ebenso stellt Kohn fest, dass *EOP* in seinem Zugriff auf die Zuschauerfunktion des Massenpublikums [mass spectatorship] in der gegenwärtigen Politik das hoch lobt, was andere Theoretiker/-innen beklagen («celebrates what other theorists lament.»). Kohn, Margaret: »Review of *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*«, in: *Perspectives on Politics* 8 (2010), S. 1211. Allerdings präsentiert *EOP* das Zuschauen als Reflex einer gescheiterten, enttäuschenden Art der Politik. Selbst wenn Zuschauerschaft in eine vergleichsweise gerechtere, demokratischer Richtung weiterentwickelt werden kann – und es ist der Anspruch von *EOP*, diese Weiterentwicklung durch das Prinzip der Offenheit zu konkretisieren – deutet der Zustand, dass die Masse der Bürger/-innen bloße Zuschauer/-innen sind, nichtsdestoweniger auf das anhaltende Problem der Heteronomie in liberal-demokratischen Staaten hin.

Art des Zuschauens zu verstehen ist deshalb wichtig, weil Zuschauer-schaft in jenen einwohnerstarken Flächenstaaten mit komplexer Verwaltung, welche die heutigen liberal-demokratischen Staaten darstellen, zumindest bis zu einem gewissen Grad ein dauerhaftes Element des alltäglichen politischen Lebens ist. *EOP* argumentiert, dass die Ereignishaf-tigkeit, die durch Offenheit hergestellt wird, definiert, was im Interesse des politischen Zuschauers oder der politischen Zuschauerin als solchem bzw. als solcher liegt und folglich sehenswert ist. Diese Ereignishaftigkeit wird durch das Potential der Offenheit geschaffen, die propagandistische Tendenz öffentlicher Auftritte politischer Führungspersonlichkeiten auf-zulösen und diese Auftritte stattdessen unberechenbarer, mühsamer, auf-regender und dadurch genuin ereignisreicher zu machen.

Drittens ist Offenheit aufgrund ihres egalitären Wertes wichtig, da sie ansonsten mächtigen Führungspersonlichkeiten besondere Belastungen auferlegt. In *EOP* wird dies als ein »negativer Egalitarismus« bezeichnet, da er nicht auf den geläufigeren egalitären Schwerpunkt des Erreichens von gesellschaftlichen Beziehungen freier und gleicher Bürgerschaft durch Machtteilung unter den Bedingungen kompletter Reziprozität aus-gerichtet ist. Viel eher basiert dieser »negative Egalitarismus« darauf, den wenigen Auserwählten, deren Möglichkeiten der politischen Entschei-dung und der Ausübung von Macht in einem großen Missverhältnis zu jenen der restlichen Bürger/-innen stehen, gesellschaftlich ausgestaltete Beschränkungen aufzuerlegen. Durch seinen Schwerpunkt, der auf der Beschränkung der Mächtigen liegt, trägt der Egalitarismus Okularer Demokratie etwas vom Erbe des griechischen Brauchs des Ostrazismus in sich. Dieser war selbst eher darauf gerichtet, Eliten zu regulieren als darauf, einfachen Bürgern Gesetzgebungskompetenzen zu übertragen und er belangte die Eliten auch nicht für ein konkretes Fehlverhalten ih-rerseits, sondern lediglich für die implizite Bedrohung, die ihre Macht-position in der Gesellschaft darstellte.⁶ Dieser Aspekt einer Politik der Offenheit, mit ihrem expliziten Interesse daran, mächtige politische Eli-ten auf dem öffentlichen Parkett zu beschränken, ist sicher eines ihrer umstrittensten Elemente. Aber ich denke, dieses Element ist insofern ge-rechtfertigt, als es in einer demokratischen Gesellschaft keine Führungs-persönlichkeit gibt, die eine vollständig legitime Macht besitzt. Dies gilt

6 | Siehe z.B. Forsdyke, Sara: *Exile, Ostracism, and Democracy: The Politics of Expulsion in Ancient Greece*, Princeton: Princeton University Press 2005.

insbesondere nicht, da sich Legitimität heute vorrangig daraus speist, dass Wahlen und die öffentliche Meinung die Fähigkeit besäßen, politische Führungspersönlichkeiten dem Volkswillen gegenüber empfänglich und rechenschaftspflichtig zu machen – was fragwürdig ist. Deshalb ist es angemessen, dass politische Führungspersönlichkeiten kompensatorischen Beschränkungen in der Form ausgesetzt sind, dass sie eine Art von kritischer öffentlicher Aufmerksamkeit ertragen müssen. Eine ähnliche Logik spielte bereits für den von Benjamin Constant am Anfang des 19. Jahrhunderts formulierten Aufruf, Regierungsangehörige regelmäßigen Ermittlungen und Untersuchungsausschüssen auszusetzen, selbst wenn diese kein bestimmtes geschriebenes Gesetz gebrochen hatten, eine Rolle. Constant dachte, dass die potentielle Willkür solch strenger Aufsicht aufgewogen würde durch die besondere Stellung der ministeriellen *Machtfülle*: »The ministers have made a different pact with society. They have voluntarily accepted, in the hope of glory, power or fortune, vast and complicated functions, forming a compact and invisible unity.«⁷

Viertens ist Offenheit wichtig, da sie auf ein alternatives Modell demokratischer Solidarität hinweist. Sie fußt auf der Idee, dass der *Demos*, der in einer Demokratie gestärkt werden soll, fälschlicherweise als vokales, gesetzgebendes Wesen gefasst wird, das politische Inputs für den Staat bereitstellt, die dieser nach Belieben gesetzlich verfügen oder nicht umsetzen kann – als ob der *Demos* eine Regierung hinter der Regierung wäre. Aus der Perspektive Okularer Demokratie wird das Volk theoretisch eher als ein Zuschauer verstanden, der offene politische Auftritte einfordert denn als Wille, der begehrt, in Gesetzen und politischem Vorgehen realisiert zu werden. Die Vorteile einer solchen Rekonzeptualisierung sind, dass der Volksbegriff genuin inklusiver und universeller wird, da die meisten Bürger/-innen eine zuschauerförmige Beziehung zur Politik in viel größerem Ausmaß teilen als gemeinsame Ansichten in Bezug darauf, welche politischen Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Um Unklarheiten zu vermeiden, ist es wichtig hervorzuheben, dass *EOP* nicht abstreitet, dass politisch aktive Bürger/-innen ihren Stimmen im Gesetzgebungsprozess Gehör verschaffen können. Jedoch weist *EOP* die Konzeptualisierung dieser Prozesse als eine vom *Volke* ausgehende Selbstregierung zurück, denn was sich in der Regel durchsetzt, ist bestenfalls der

7 | Constant, Benjamin: *Political Writings*, hg. von Fontana, Biancamaria, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1988, S. 240.

Einfluss einer Mehrheit (nicht des Volkes), oder sogar noch häufiger der Einfluss gut organisierter politischer Minderheiten. In *EOP* wird vertreten, dass der Begriff des Volkes besser Prozessen vorbehalten werden sollte, die genuiner gemeinschaftlich sind – und deren Funktionsweise besser messbar ist. Andernfalls werden die Normen eines Empowerments des Volkes zu anfällig dafür, in der Praxis unterlaufen oder verwässert zu werden, sei es entweder durch die irreführende Rhetorik politischer Führungspersonen, die ihre Gesetzesentwürfe mit dem, was das Volk will, gleichsetzen, oder durch ihre Selbstgefälligkeit zu glauben, dass Systeme, die einzig auf Wahlen und öffentlicher Meinung aufbauen, schon den vollen Umfang dessen darstellen, was Volkssouveränität bedeuten kann.

Diese vier Wertesysteme erklären nicht nur die Grundüberlegung einer Verteidigung Okularer Demokratie und ihres zentralen Wertes der Offenheit, sie verweisen auch darauf, was an einem solchen Projekt ideologisch kontrovers ist. Okulare Demokratie stellt die Idee der Repräsentation in Frage, und besteht dabei auf der Notwendigkeit neuer Formen der Stärkung des Volkes als politischem Akteur. Sie wirft die Frage nach der Ereignishaftigkeit als authentischem demokratischen Wert auf und macht die Kritik dessen, was Boorstin bereits in den 1960er Jahren den »pseudo-event« nannte, zu etwas, das für die Demokratie genauso wichtig ist wie die seit längerem bestehenden Sorgen, ob das Volk die Möglichkeit besitzt, im politischen System Gehör zu finden.⁸ Mit ihrer Forderung nach einem »negativen Egalitarismus«, der durch die Beschränkung von politischen Führungspersönlichkeiten verwirklicht wird, steht Okulare Demokratie für die Weigerung, irgendeinen Anführer oder irgendeine Anführerin als völlig legitim anzusehen. Und durch die Neufassung des Volkes als Zuschauer interveniert der Ansatz in laufende Debatten um die Ontologie des Volkes.

8 | Boorstin, Daniel: *The Image: A Guide to Pseudo-events in America*, New York: Harper and Row 1964.

II. DER PHÄNOMENOLOGISCHE BEITRAG DER OKULAREN DEMOKRATIE

Es wäre jedoch, wie ich bereits angedeutet habe, verkürzt, *EOP* auf diese ideologischen Anteile zu beschränken. *EOP* ist nicht bloß eine Schrift zur Verteidigung einer Reihe bevorzugter politischer Ziele. Das Buch zielt darauf ab, ein konzeptionelles System bereitzustellen, um die politische Realität neu zu betrachten. Ich stelle nachfolgend fünf Elemente dieses Systems heraus.

Erstens besteht ein – wenngleich häufig übersehenes – Kernelement von *EOP* darin, Argumente dafür zu liefern, dass es seit der modernen Wiedergeburt der Demokratie im späten 18. Jahrhundert eine allgemein verbreitete Art und Weise gab, das Volk und das Wesen seiner Autorisierung zu deuten. Es wurde nämlich angenommen, das Volk sei eine vokale, gesetzgebende Entität mit dem Willen, darauf zu warten, von der Regierung repräsentiert zu werden. Dass es eine herrschende Ansicht bezüglich des Wesens des Volkes und seiner Macht gibt, war nicht immer so eindeutig. Sehr häufig sind Interpreten und Interpretinnen der letzten Generation politischer Theoretiker/-innen so weit gegangen, die Vorstellung eines roten Fadens, der durch die Demokratietheorie verläuft, zurückzuweisen und haben es stattdessen vorgezogen, die Vielfältigkeit der Formen, in denen Demokratie sowohl konzeptionalisiert als auch praktiziert wurde, hervorzuheben.⁹ *EOP* weist diese Analyse zurück, zumindest im Hinblick auf das Volk. Vertreter/-innen ansonsten unterschiedlicher Positionen innerhalb des modernen demokratischen Denkens gelangen alle an den Punkt, an dem sie beteuern – oder, noch häufiger, einfach voraussetzen – dass das Volk in erster Linie Träger gesetzgeberischer Präferenzen sei, eine Regierung hinter der Regierung. Bei der Untermauerung dieses Arguments verfolgt *EOP* die Wiederholung dieses Volksbegriffes bei den grundlegenden Denkern der modernen Demokratie wie Rousseau, Publius, Bentham, James Mill, John Stuart Mill, Tocqueville,

9 | Für eine skeptische Betrachtung bezüglich der Idee einer »klassischen« oder »traditionellen« Demokratietheorie, welche die gemeinsamen Überzeugungen ansonsten höchst unterschiedlicher Autoren und Autorinnen aus dem Kanon der modernen Demokratietheorie beschreibt, siehe z.B. Pateman, Carole: *Participation and Democratic Theory*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1970, S. 20-21.

Bryce und anderen.¹⁰ Zudem macht *EOP* diese gesetzgeberische, vokale Konzeptualisierung des Volkes als eine Hintergrundannahme gegenwärtiger empirischer politischer Verhaltensforschung aus, welche generell den Umstand für gegeben annimmt, das Volk sei in dem Ausmaß souverän, dass die politische Entscheidungsfindung auf seine Wahlentscheidungen und andere vom Volk mitgeteilte Interessen zurückgeht.¹¹ Aber *EOP* behauptet nicht bloß, dass das vokale Modell der Volkssouveränität (das Konzept des Volkes als gesetzgebende Entität) weit verbreitet wäre, sondern, dass es *hegemonial* ist: dass es die theoretische Vorstellung so stark monopolisiert hat, dass selbst Skeptiker/-innen größtenteils unfähig gewesen sind, über dieses Verständnis hinauszugelangen. Diese Dynamik kommt am deutlichsten zum Vorschein, wenn diejenigen, die die Idee des Volkes als gesetzgebende, vokale Entität am stärksten in Frage gestellt haben, paradoxerweise diesem Modell letztendlich doch beipflichten. Um hierfür ein Beispiel zu nennen: Manins Arbeit zur Zuschauerdemokratie weist darauf hin, dass das Volk unter den Bedingungen der gegenwärtigen Massendemokratie tatsächlich die Rolle des Publikums einnimmt – und dennoch schreibt Manin diesem Publikum letztendlich die Fähigkeit zu, souveräne Einschätzungen abzugeben, die in nicht geringem Ausmaß über das politische Programm entscheiden, das die Regierung umsetzt.¹² Oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, ein genauer Beobachter der öffentlichen Meinung wie V.O. Key stellt eben das in Frage, was er als »simplistic conceptions, such as the notion that in some way public opinion exudes from the mass of men and produces guidelines for governmental action« beschreibt – und behält schließlich doch die repräsentative Funktion der öffentlichen Meinung bei, wenn er erklärt »governmental operations [are] in the main in accord with [citizens'] preferences«, denn glücklicherweise würden Mehrheitsentschei-

10 | *EOP*, S. 74-102.

11 | *EOP*, S. 102-105.

12 | Manin denkt, dass Wähler, wenn sie unter Berücksichtigung bisheriger Leistungen einer Regierung retrospektiv wählen, effektiv dazu beitragen können, die Politik einer Regierung zu bestimmen: »In a representative system, if citizens wish to influence the course of public decisions, they *should* vote on the basis of retrospective considerations [...] Through their retrospective judgment, the people enjoy genuinely sovereign power.« Manin, Bernard: *The Principles of Representative Government*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1997, S. 179, 183.

dung und öffentliche Meinung letztlich doch harmonisiert werden: »in the long run majority purpose and public opinion tend to be brought into harmony.«¹³ *EOP* zeigt eine gewisse Faszination für diese Beständigkeit des vokalen Modells der Volkssouveränität in den Werken mancher seiner schärfsten Kritiker. Worauf diese Beständigkeit hinweist, ist, denke ich, die beschränkte Vorstellungskraft politischer Theorie bezüglich der Möglichkeiten einer Stärkung der Position des Volkes: Selbst Skeptiker/-innen sind in ihrer Analyse durch die Unfähigkeit eingeschränkt worden, sich die Macht des Volkes als etwas anderes vorzustellen denn eine Stimme, die gehört wird oder eine Entscheidung, die getroffen wird. Ein Grund für diese beschränkte Vorstellungskraft könnte, wie *EOP* nahelegt, in der sehr langen Tradition einer gedanklichen Verknüpfung zwischen dem Volk mit der Legislative liegen, und dies nicht nur in der direkten Demokratie (in der das versammelte Volk Gesetze erlässt), sondern auch in Staaten mit Mischverfassungen, die über Jahrhunderte hinweg von republikanischen Denkern und Denkerinnen in theoretische Form gebracht wurden, die annahmen, dass das Volkselement des Staates durch die Legislative verkörpert sei.¹⁴ Angesichts der Tatsache, dass solche Verbindungen seit Jahrtausenden – und folglich schon lange vor dem Wiederauftauchen moderner Demokratie – gezogen wurden, ist es möglich, dass die liberale Demokratie zugunsten einer vokalen Ontologie des Volkes als Gesetzgeber befangen war.

EOP steht der vorherrschenden Konzeptualisierung des Volkes als vokaler gesetzgebender Entität freilich höchst kritisch gegenüber. Denn *EOP* argumentiert, dass die Vokalität keineswegs ein offenkundiges oder notwendiges Attribut des Wesens eines Volkes in der modernen repräsentativen Demokratie ist. Eines der bestimmenden Merkmale solcher Regierungsformen besteht gerade darin, dass das Volk normalerweise nicht in der Art und Weise eines Legislativorgans über Sachverhalte entscheidet!¹⁵ Aber unabhängig davon, ob man diese Ontologie einer Macht des Volkes

13 | Key, Valdimir O.: *Public Opinion and American Democracy*, New York: Knopf 1961, S. 409-410, 7, 553.

14 | *EOP*, S. 68-70.

15 | Hier wäre etwa an James Madisons grundlegende Aussage über die Bedeutung der repräsentativen Regierung zu denken: Was diese von der direkten Demokratie unterscheiden würde, sei die »*total exclusion of the people in their collective capacity from any share of [Government]*.« Madison, James: »Federalist

in Form einer legislativen Stimmgewalt befürwortet oder ablehnt, ihre Existenz als dominantes Bild anzuerkennen – und ein wichtiges Element demokratietheoretischen Denkens deutlicher zu erfassen, sowohl heute als auch während der gesamten Geschichte dieses Denkens – ist ein »phänomenologischer« Beitrag des Buches.

Ein zweiter »phänomenologischer« Beitrag, den *EOP* unabhängig von seinen ideologischen Aspekten liefert, betrifft die Idee okularen Empowerments. Unbenommen dessen, ob man, wie es in *EOP* vertreten wird, denkt, dass das Volk als okulare Entität mit einem *gaze* (im Gegensatz zu der traditionellen Darstellung des Volkes als vokalem Wesen mit einer Stimme) verstanden werden sollte: Dass es so etwas wie okulares Empowerment gibt, ist eine wesentliche Annahme, deren Gültigkeit *EOP* beweisen möchte. Die Darstellung des okularen Empowerment ist weniger auf dessen Quelle fokussiert (das heißt, der intrinsischen Macht des Sehens, wie sie sich etwa in der folkloristischen Tradition des »Bösen Blickes« ausdrückt), sie orientiert sich vielmehr an einer Annahme über das Feld, in dem sich Macht manifestieren könnte: Politische Führungspersönlichkeiten dazu zu zwingen, unter Bedingungen öffentlich zu erscheinen, die sie nicht selbst kontrollieren können, stellt eine genuine Kontrolle dieser Führungspersönlichkeiten dar, unabhängig davon, welche politischen Entscheidungen aus einem solchen politischen Prozess auch immer resultieren mögen. Jede und jede, die oder der die Relevanz dieser Beschränkung bezweifelt, muss nur über den Mangel an offenen (*can-did*) öffentlichen Auftritten in der gegenwärtigen politischen Landschaft nachdenken und über die konstanten Bemühungen von Politiker/-innen und ihren Stäben, die Situationen zu begrenzen, in denen Politiker/-innen ungeproben, spontanen und unvorhersehbaren Formen von Öffentlichkeit und Publizität ausgesetzt sind.

In der Entwicklung einer Idee des okularen Empowerments bezieht sich *EOP* stark auf Max Webers Theorie des Charismas. Charismatische Herrschaft ist für Weber diejenige Form legitimer Herrschaft, in welcher man Anführern nicht wegen dem folgt, was sie sagen – und auch nicht wegen ihrer Position in einer präexistenten bürokratischen Hierarchie –, sondern wegen dem, *wer* sie sind: Was sie legitimiert, ist unser Glaube in ihre spezielle Begabung. Soweit ist Webers Theorie allgemein bekannt.

Was weitaus seltener wahrgenommen wird, ist, dass es eine quasi-egalitäre Voraussetzung für die Erzeugung charismatischer Herrschaft gibt: Der politische Führer muss öffentlich auftreten und er muss dies darüber hinaus unter Bedingungen tun, die er nicht vollständig kontrollieren kann.

In anderen Worten, das demokratische Gegenstück zu Webers ansonsten elitenzentrierter Beschreibung charismatischer Herrschaft ist Offenheit. Man ist, zumindest in einem soziologisch relevanten Sinn, nur in dem Maße charismatisch, in dem es einem gelingt, eine Anhängerschaft an sich zu binden – aber damit diese Anhängerschaft intakt bleibt, sprich, um Charisma in seiner reinen Form erkennen zu lassen, muss der angehende Charismatiker die Möglichkeit von Indifferenz, Kritik und Schmähungen in Kauf nehmen.

Obwohl die Bedingung offener öffentlicher Auftritte für die Erzeugung charismatischer Herrschaft in den meisten von Webers Schriften zu Charisma, Demokratie und Politik implizit präsent ist, findet sich die vielleicht deutlichste explizite Behandlung dieses Aspekts in Webers Darstellung der antiken hebräischen Propheten. Diese sind in vielerlei Hinsicht der Prototyp des charismatischen Anführers für Weber. Ihre Autorität hing von ihrer Fähigkeit ab, spontan öffentlich zu erscheinen und den kritischen Nachfragen, Tests und oftmals heftigem Widerspruch von Zuschauern und Rivalen, die ebenfalls behaupteten, im Besitz prophetischer Weisheit zu sein, erfolgreich standzuhalten.¹⁶

Durch die Anerkennung dieser anderen Seite des Charismas – seiner Abhängigkeit von offenen Auftritten vor Publikum – entwickelt *EOP* Webers Konzept der »plebiszitären Führerdemokratie« in eine stärker egalitäre Richtung fort. Für Weber wird Demokratie größtenteils aus der Perspektive des politischen Führers heraus theoretisch erfasst: Webers vorrangige Hoffnung war, dass die im 20. Jahrhundert aufkommenden demokratischen Gesellschaften imstande wären, in Abgrenzung zu den konkurrierenden Typen der Bürokraten und Aristokraten, die für Weber keine echte Berufung zum Anführer hatten, quasi-charismatische Politiker zu erschaffen.

EOP wendet die Perspektive dieser Betrachtung und stellt folgende These auf: In einer modernen Demokratie, in der die meisten Bürger/

16 | Weber, Max: *Ancient Judaism*, übers. von Gerth, Hans H./Martindale, Don, Glencoe, Illinois: Free Press 1952, S. 267-333.

-innen die meiste Zeit Zuschauer/-innen der Politik sind, dürfen wir zumindest hoffen, dass die Wenigen, die substantielle Entscheidungsmacht haben, in die Öffentlichkeit gezwungen werden und den kritischen, stechenden Blick der Öffentlichkeit ertragen müssen, mit all den dazugehörigen Risiken und Unwägbarkeiten. Oder, um die Sache präziser auszudrücken, die Forderung von *EOP* ist, dass wir das Ausmaß, in dem solche offenen Auftritte stattfinden, als wichtige und bislang vernachlässigte Maßeinheit für Demokratie und das Empowerment des Volkes ansehen sollten. Während Weber das größte Versprechen der Demokratie in ihrer Fähigkeit sieht, charismatische Anführer hervorzubringen, anerkennt und bekräftigt *EOP* die offenen Formen politischer Kommunikation, die als Voraussetzung für jeglichen nicht-propagandistischen, aufrichtig verdienten Anspruch auf charismatische Autorität bestehen müssen, und spricht diesen eine zentrale Stellung zu. Was das zudem bedeutet, ist, dass okulare Macht sich dadurch unterscheidet, dass sie mit der traditionellen Annahme bricht, dass das Objekt des Empowerments der Bürger das *Gesetz* sein muss: bedeutende Entscheidungen über die Politik, die das öffentliche Leben steuern. Das Objekt okularer Macht sind viel eher die politischen *Führungspersonen*: Die Kontrolle darüber wie, wann und unter welchen Bedingungen diese auftreten.

Zugegebenermaßen verfügt das Volk nicht in dem Ausmaß über okulares Empowerment, wie es über eine Stimme hinsichtlich dessen verfügt, was getan werden soll. Okulare Macht ist stattdessen insofern ein negatives Ideal, als Offenheit dadurch definiert ist, dass ein politischer Anführer *nicht* die Kontrolle über die Bedingungen seines öffentlichen Auftretens besitzt (sprich, *candor* setzt nicht voraus, dass das Volk auswählt, was diese Bedingungen sein sollen).

Sofern okulare Macht in der Politikwissenschaft ein Novum darstellt und deshalb seltsam oder anderweitig schwer zu akzeptieren erscheinen könnte, sollte davon Notiz genommen werden, dass andere Disziplinen außerhalb der Politikwissenschaft schon seit langem die Macht des Sehens und die Entmachtung, die mit dem Gesehenwerden einher geht, erkannt haben. Diese Betrachtungen umfassen den göttlichen Blick, wie er in der theistischen Theologie theoretisiert wurde, Freuds und Lacans Konzept des Ideal-Ichs (der Person, deren Blick das hypothetische Publikum darstellt, vor dem man performt), Sartres Konzept des »le regarde« (der Blick, der eine Person objektiviert und ihm oder ihr potentiell die Handlungsfähigkeit raubt), Foucaults Konzept der Disziplinarmacht, wie

sie sich in panoptischen Strukturen ereignet, in denen einen die ständig präsente Möglichkeit der Überwachung gefügig und produktiv macht und Laura Mulveys These vom männlichen Blick, der, wie sie annimmt, neben anderen Absatzmärkten auch Hollywoodfilme dominiert, indem er einen männlichen Referenzrahmen voraussetzt. Diese wichtigen Beispiele für okulares Empowerment in anderen Disziplinen als der Politikwissenschaft erinnern uns daran, dass *EOP* in seiner Theoretisierung okularer Macht keinesfalls einzigartig ist, wenngleich auch das Buch diese Idee in die Untersuchung demokratischer Politik importiert und das Konzept dadurch auf eine klar politische und egalitäre Art und Weise entwickelt.

Eine dritte Art und Weise, in der *EOP* darauf zielt, zur Wahrnehmbarkeit von Politik beizutragen, hat eher mit seiner Bestimmung und Wiederherstellung einer *plebiszitären* Tradition demokratischen Denkens zu tun als mit dem schlichten Vorbringen ideologischer Argumente. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat plebiszitäres Denken (*plebiscitarianism*) eine rein negativ konnotierte Bedeutung. Entgegen der wortwörtlichen Bedeutung von Plebiszit als »Entscheidung des Volkes« weist das Plebiszitäre (*plebiscitarianism*) in der gegenwärtigen Theorie in der Regel auf eine Scheindemokratie hin, in der vordergründig akklamatorische Prozesse echte Volkssouveränität untergraben und die Bedingungen für mächtige Individuen schaffen, um in quasi-cäsaristischer Art und Weise zu herrschen. Ohne diese Darstellung plebiszitärer Verhältnisse gänzlich zurückzuweisen, ist *EOP* doch bestrebt, sie sowohl präziser zu beschreiben, als das allgemein der Fall ist, als auch die Idee eines normativ-plebiszitären Theoretikers bzw. einer Theoretikerin wieder einzuführen, der/die sich unter solchen Bedingungen um moralisch bessere Resultate bemüht. Definitorisch stellt *EOP* plebiszitäre Bedingungen als Bedingungen dar, die fünf miteinander in Beziehung stehende Dynamiken beinhalten: Die Medialisierung politischer Kommunikation, die Personalisierung politischer Macht, eine erweiterte Verfügungsfreiheit politischer Führungspersönlichkeiten in der Ausübung ihrer Macht, eine Gestaltungsmacht politischer Führungspersönlichkeiten hinsichtlich der Bildung der öffentlichen Meinung und schließlich die konsequente Darstellung der *Vox Populi* als einer größtenteils trivialen und fiktiven Entität.¹⁷ Jenseits der Definition plebiszitärer Bedingungen argumentiert *EOP*, dass es tatsächlich eine plebiszitäre Tradition der politischen *Ideengeschichte* gibt, die

diese Bedingungen nicht nur akzeptiert, sondern die auch die bestmöglichen Ergebnisse eines Agierens unter diesen Bedingungen anstrebt. Die zentrale Figur dieser Tradition ist, wie ich bereits angedeutet habe, Max Weber, dessen Idee einer *plebiszitären Führerdemokratie* mit ihrem Fokus auf der Hervorbringung charismatischer Führungspersönlichkeiten implizit die Norm der Offenheit als alternatives, nicht-repräsentatives Kriterium für das Empowerment des Volkes enthält. *EOP* bezieht sich auch auf andere Autoren dieser oft vergessenen plebiszitären Tradition, einschließlich Shakespeare (dessen Römerdramen plebiszitäre Verhältnisse dokumentieren, die die Norm der Offenheit andeuten und die Weber beeinflusst haben), Benjamin Constant (der zu Beginn des 19. Jahrhunderts gründliche investigative Nachforschungen vorschlug, denen Politiker regelmäßig unterzogen werden sollten, welche, wie er erkannte, im Staat eine Position innehatten, die sich fundamental von derjenigen der normalen, größtenteils in einer Zuschauerrolle sich befindenden Bürgern unterschied), Carl Schmitt (dessen totalitäre Verkürzung plebiszitärer Demokratie [*plebiscitarianism*] möglicherweise der wichtigste Grund dafür ist, dass diese später in Verruf geraten ist) und Joseph Schumpeter (der klar der Weberschen Tradition folgte, Demokratie neu zu betrachten, nämlich so, dass sie eher die Regulierung politischer Führungspersönlichkeiten involviert als die Repräsentation von Volkes Stimme, auch wenn er sich selbst nicht als Denker der plebiszitären Demokratie bezeichnete). Folglich ist einer der Ansprüche von *EOP*, die Möglichkeit anzudenken, dass plebiszitäre Demokratie eine gangbare (sprich nicht-totalitäre, nicht-illiberale) Interpretation demokratischer Politik bietet, die es verdient, Teil der gegenwärtigen Debatten über die Demokratie zu sein, ob man sich nun mit plebiszitärem Denken identifiziert oder nicht. Die Wiedergewinnung und Weiterentwicklung dieser übermäßig geschmähten früheren Tradition eröffnet eine neue Alternative innerhalb des zeitgenössischen demokratischen Denkens – die, wie in diesem Kontext erwähnt werden sollte, in besonderem Maße dem deutschsprachigen politischen Denken verpflichtet ist.¹⁸

18 | Mit *EOP* als einem Hauptvertreter wird die Idee einer gangbareren Form des Plebiszitarianismus, wenn auch auf kritische Art und Weise, in Nadia Urbinatis aktuellem Buch behandelt: *Democracy Disfigured: Opinion, Truth, and the People*, Cambridge, MA.: Harvard University Press 2014, S. 171-227.

Viertens verteidigt *EOP* nicht nur Offenheit – die Norm, dass politische Führungspersonen nicht die Kontrolle über die Bedingungen ihres öffentlichen Auftretens besitzen sollen –, *EOP* stellt auch deutlich heraus, dass dieses Ideal nicht identisch mit anderen, geläufigeren liberal-demokratischen Normen wie derjenigen der Transparenz ist. Was Offenheit besonders macht, ist, dass es nicht *die Informationen über*, sondern *die politischen Führungspersonlichkeiten selbst* sind, die einer kritischen Öffentlichkeit ausgeliefert werden. Sicher ist unter ansonsten gleichbleibenden Bedingungen zu erwarten, dass durch Offenheit eher mehr als weniger Informationen in Erfahrung gebracht werden und dass diese Informationen eher zutreffend sind als falsch. Aber es gibt Situationen, in denen Transparenz und Offenheit auseinanderstreben. Zum Beispiel in der Frage, ob eine Debatte zwischen Kandidaten und Kandidatinnen um das Amt des Regierungschefs bzw. der Regierungschefin so organisiert werden sollte, dass Dritte (z.B. Moderatoren oder Moderatorinnen und das Publikum) den Kandidierenden Fragen stellen können, oder ob diese Debatten ein fortgesetztes Kreuzverhör der Kandidaten und Kandidatinnen untereinander beinhalten sollten. Der erstere Vorschlag liefert mit größerer Wahrscheinlichkeit Informationen, ist der Offenheit aber weniger zuträglich, während der letztere Vorschlag Gefahr läuft, weniger nützliche Informationen zu politischen Sachthemen zu Tage zu fördern, jedoch deutlich offener ist, da er politische Führungspersonlichkeiten Umständen aussetzt, die mit größerem Risiko behaftet, kontroverser und unsicherer sind. *EOP* favorisiert daher die letztere Variante gegenüber der ersteren.¹⁹ Das Argument, das ich hier vorbringen möchte, ist schlicht, dass *EOP* durch die Verteidigung von Offenheit diesen Begriff zugleich definiert und ihn von anderen ähnlichen, jedoch trotzdem unterschiedlichen Normen abgrenzt, die die Öffentlichkeit und demokratische Werte in Einklang bringen sollen. Im ständigen Bemühen darum, die politische Kommunikation zu demokratisieren, müssen wir das Ausmaß, in dem wir Führungspersonlichkeiten einer kritischen Öffentlichkeit aussetzen wollen, mit dem Umfang an Informationen in Einklang bringen, die wir von ihnen erhalten wollen. Ungeachtet seiner ideologischen Position macht uns *EOP* auf die Bedeutung dieser Alternative aufmerksam.

Und schließlich führt *EOP* das Konzept eines »Machiavellismus des Volkes« ein: Die Idee, dass das tragische, sogenannte *Dirty-Hands*-Modell

19 | *EOP*, S. 194-198.

der politischen Verantwortung – welches einen Bruch zwischen politischer Ethik und Ethik als solcher geltend macht – auf der Ebene der Ethik der normalen Bürger/-innen zur Anwendung gebracht werden sollte. *EOP* argumentiert, dass dieses Modell historisch gesehen auf den Bereich der Ethik politischer Führungspersönlichkeiten beschränkt war. Die einflussreichsten Denker in der Tradition des *Dirty-Hands*-Modells – wie Thukydides, Machiavelli und Weber – sind davon ausgegangen, dass es nur die wenigen Mächtigen sind, die ihre Seelen beflecken müssten (dadurch, um Machiavellis passenden Ausspruch zu bemühen, dass sie »die Fähigkeit erlernen, nicht gut zu sein«²⁰) um ihren politischen Gemeinwesen zu dienen: Zum Beispiel, wenn die Situation dies erfordert, ethisch so zweifelhafte Dinge zu tun wie zu lügen, zu täuschen, zu töten und die Macht zu ergreifen. *EOP* argumentiert, dass, falls es eine dergestalt moralisch problematische Form politischer Ethik gibt, es unlogisch ist – oder zumindest dem Geist der Demokratie widerspricht – wenn es nur die wenigen Mächtigen sind, die etablierte moralische Normen überschreiten dürfen. In anderen Worten, was geschehen muss, ist, dass die zeitgenössische Demokratietheorie das machiavellistische Projekt ausweitet und danach fragt, welche Verhaltensweisen und welche Verpflichtungen einen Machiavellismus für den normalen Bürger und die normale Bürgerin definieren. *EOP* trägt zu diesem Bestreben durch den Vorschlag bei, dass der Wunsch, die wenigen Mächtigen auf dem öffentlichen Parkett belastet und manchmal leidend zu sehen, eine Verpflichtung ist, die sicherlich moralischen Befindlichkeiten als gemein oder neidvoll widerstreben wird, die aber nichtsdestotrotz notwendig für die Kontrolle von politischen Führungspersönlichkeiten ist, deren Autorität niemals vollständig legitim ist. Doch selbst wenn der Leser oder die Leserin weder diesen spezifischen Vorschlag noch überhaupt die generelle Notwendigkeit akzeptiert, die Nutzung des Machiavellismus auf das Volk auszuweiten, so klärt *EOP* doch zumindest, auf welche Art und Weise die *Dirty-Hands*-Tradition bis heute in ihren einflussreichsten Anwendungen eine elitäre ist. Diese Einseitigkeit des politischen Realismus zu erkennen, und vielleicht, sie als Problem zu verstehen, ist ein Beitrag, den *EOP* unabhängig von seinen ideologischen Argumenten über die Zukunft der Demokratie leistet.

20 | Vgl. Machiavelli, Niccolò: *Il Principe*/Der Fürst, übersetzt und herausgegeben von Philipp Rippel, Stuttgart: Reclam Verlag 2007, S. 119.

Zusammen stellen diese fünf Bestandteile das dar, was die Interpretation Okularer Demokratie in *EOP* denjenigen Studentinnen und Studenten der Politikwissenschaften bieten kann, die seiner grundlegenden programmatischen Schwerpunktsetzung darauf, politische Führungspersönlichkeiten offenen Formen von Öffentlichkeit auszusetzen, ansonsten skeptisch gegenüberstehen.

III. OKULARE DEMOKRATIE SECHS JAHRE NACH *THE EYES OF THE PEOPLE*

In den sechs Jahren seit seinem Erscheinen haben mir die verschiedenen Rezensionen und Symposien zu *EOP* sowohl geholfen, einige Grenzen des Ansatzes zu erkennen, als auch Punkte zu verdeutlichen, die in dem Buch nicht in vollem Umfang behandelt wurden.

Die größte Einschränkung, die meiner heutigen Ansicht nach in Bezug auf *EOP* gemacht werden muss, ist, dass in dem Buch ein enger Machtbegriff verwendet wird. Es konzentriert sich fast ausschließlich auf das formale Innehaben politischer Ämter und behandelt beispielsweise die Auswirkung wirtschaftlicher Macht im liberal-demokratischen Staat nur in sehr geringem Umfang. Die Ereignisse der letzten fünf Jahre – vor allem die Occupy-Bewegung und das wachsende Bewusstsein darüber, wie sich ökonomische Ungleichheiten im Laufe der letzten Generation in nahezu allen liberalen Demokratien vergrößert haben – hat die Grenzen des Ansatzes nur noch enger gezogen. Daher befasse ich mich in der Fortsetzung zu *EOP*, *The Shadow of Unfairness*, mit den wirtschaftlichen Eliten – und im Besonderen mit dem, was ich für einen unvermeidbaren Zustand unter plutokratischen Verhältnissen halte. Nämlich, dass ökonomische Ungleichheiten in einem bedeutenden Ausmaß öffentliche Räume infizieren werden, die sie laut Befürwortern liberaler Demokratien nicht berühren sollten: vor allem die Bereiche der Bildungschancen und der politischen Einflussmöglichkeiten. Genauso wie ich in *EOP* argumentiert habe, dass es eine Bedingung der Demokratie ist, den politisch Mächtigen in der Öffentlichkeit Beschränkungen aufzuerlegen, plädiere ich in *The Shadow of Unfairness* dafür, dass die Reglementierung der ökonomisch Begünstigten (sprich, der Superreichen) durch verbindliche

Akte gesetzlich geregelter »Noblesse oblige« zu Recht eine Bedingung der Demokratie darstellt.²¹

Den Schwerpunkt meiner Machtanalyse über das formelle Innehaben politischer Ämter hinaus auszuweiten hat mich auch dazu bewogen, das theoretische Paradigma, das meinen Beitrag zur Demokratietheorie zusammenfasst, als »plebejisch« anstatt wie vorher als »plebiszitär« zu bezeichnen. Das Problem mit letzterem Begriff ist nicht nur, wie ich erwähnt habe, dass er seltsamerweise auf eine der wortwörtlichen Bedeutung entgegenstehende, und daher verwirrende Art verwendet wird: sowohl Kritiker/-innen plebiszitärer Demokratie, als auch diejenigen, die – wie ich – den Begriff rehabilitieren wollen, verstehen »plebiszitäre« Bedingungen so, dass diese eine Politik kennzeichnen, die das Zustandekommen eines authentischen Volkswillens nicht oder nur in geringem Maße ermöglicht, wobei die wörtliche Bedeutung von »Plebiszit« ja gerade die Entscheidung des Volkes beinhaltet. Zudem ist problematisch, dass »plebiszitär« einen enger gefassten Machtbegriff andeutet, welcher das Innehaben politischer Ämter ins Zentrum rückt. Im Gegensatz dazu weist Plebejanismus auf eine weiter gefasste Problematik hin, in der gewöhnliche Bürger/-innen nicht nur größtenteils reine Zuschauer/-innen des tagtäglichen politischen Betriebs sind, sondern in der sie ihre Gewöhnlichkeit zumindest im Durchschnitt und teilweise auch als etwas begreifen, das aus einem eher mittelmäßigen Niveau ökonomischen Wohlstands resultiert. Beide Bücher, *EOP* und *Shadow of Unfairness*, können als Neuauflage und Umkehrung von Juvenals berühmter Anklage der römischen Plebejer verstanden werden. Juvenal warf den Plebejern vor, ihre politische Freiheit für zwei jämmerliche Hoffnungen zu opfern: Brot und Spiele.²² Metaphorisch und progressiv gelesen (und zudem in Verbindung mit gewissen historischen Fakten über die römischen Plebejer, die Juvenal nicht bedacht hat), nimmt das Verständnis von »Brot und Spielen« folgende Gestalt an: in einer Welt, in der umfassende demokratische Teilhabe und Gleichheit nicht vollständig realisiert werden können, kann sich das Empowerment des Volkes nicht länger auf seine traditionelle Selbstgesetzgebung beschränken, sondern es sollte auf zwei zusätzliche Arten verfolgt werden. Einerseits im *okularen Bereich der Erscheinung* (nicht nur

21 | Green, Jeffrey Edward: *The Shadow of Unfairness: A Plebeian Theory of Liberal Democracy*, Oxford/New York: Oxford University Press 2016.

22 | Juvenal, *Satires*, 10. S. 77-81.

Zirkus [circus] und Spiele, sondern ein wachsames Ausspähen politischer Anführer/-innen, so dass deren Projekte und Persönlichkeiten unter den kritischen Blick öffentlicher Überwachung fallen) und andererseits im *Ökonomischen* (nicht nur kostenloses Brot für die Bürger/-innen, und nicht nur Sozialhilfe für die Bedürftigen, sondern diverse wirtschaftliche Beschränkungen, die den wohlhabendsten Mitgliedern als Entschädigung für ihre niemals völlig verdienten und niemals völlig unschädlichen glücklichen Umstände Beschränkungen auferlegen). In anderen Worten kann mein aktuelles Buchprojekt, *The Shadow of Unfairness*, als eine progressive Neuinterpretation der »Brot«-Komponente des Plebejanismus gesehen werden, während mein erstes Buch, *The Eyes of the People*, als eine progressive Neuinterpretation der »Spiele«-Komponente gesehen werden kann. Zusammengefasst zielen diese Bücher darauf ab, den Plebejanismus zu einem tragfähigen und tatsächlich überzeugenden Rahmen für das Verständnis der Natur – sprich der Grenzen aber auch der Möglichkeiten – liberal-demokratischer Regierungssysteme zu machen.

Die vielleicht energischste Infragestellung, der sich *EOP* gegenüber sieht, wurde von denen geäußert, die meinem Anliegen, mich jenseits eines Verständnisses von Demokratie zu bewegen, das in der Metaphysik des Volkswillens gründet, wohlwollend gegenüberstehen, die sich aber gewundert haben, warum ich es für nötig hielt, mich überhaupt auf die Idee der Volkssouveränität zu beziehen. Dieser Punkt wurde besonders stark von Schwartzberg vorgebracht, die argumentiert, dass ich durch den Versuch, die Idee der Souveränität auf okularer eher denn auf vokaler Ebene zu reformulieren – anstatt dieses Konzept ganz zu verwerfen – erstens Gefahr laufe, in Widerspruch mit meinem generellen Standpunkt zu geraten, was die Offenlegung heteronomer Bestandteile des alltäglichen politischen Lebens betrifft und zweitens, dass ich ein schwer zu verifizierendes, spekulatives Makrosubjekt des Volkes (die Masse der einfachen Bürger/-innen in ihrer Eigenschaft als *Kollektiv*) verwende, demgegenüber man zurecht skeptisch sein könnte. Warum nicht, so ihr Vorschlag, die Nüchternheit walten lassen, von welcher die anderen Aspekte meiner Kritik an der Demokratietheorie durchdrungen scheinen und schlicht auf die Metaphysik der Volkssouveränität verzichten? Was wäre schließlich verloren, fragt Schwartzberg, wenn ich lediglich von den Augen »eines Aggregates oder einer Masse von Bürgern und Bürgerinnen« spräche, anstatt mich auf das Volk zu beziehen? Warum also nicht einfach den

Begriff von Souveränität insgesamt aufgeben – und, vor allem, den problematischen Begriff des Volkes, auf dem er basiert?²³

Dieser Kritik zu begegnen erlaubt mir zu verdeutlichen, warum ich den Begriff des Volkes als wesentliches Element der Demokratie ansehe.²⁴ Es ist nicht nur die Etymologie des Wortes Demokratie, die es erforderlich zu machen scheint, dass die demokratischen Bürger/-innen ein gewisses lebendiges Verständnis des *demos* besitzen. Konkreter ist der Verlust eines sinnvollen Verständnisses von Volk [*peoplehood*] zugleich der Verlust nicht-atomistischer Zugänge zum Empowerment. Dies würde eine unerwünschte Entleerung der Bedeutung von Demokratie darstellen, da es historisch gesehen ein zentrales Versprechen der Demokratie war, dass der/die einfache Bürger/-in mit einer größeren Entität – dem Volk – verbunden sein würde, und dass, zusätzlich zur Erwägung der privaten Interessen des Individuums, der Wille des Volkes geformt und durchgesetzt werden würde. Rousseau greift diesen doppelten Aspekt demokratischen Empowerments – seine individuellen und seine kollektiven Komponenten – in der Annahme des demokratischen Bürgers bzw. der demokratischen Bürgerin auf, der oder die sich nach dem Einbringen der eigenen Präferenz in einer politischen Entscheidung dem Mehrheitswillen als dem Willen des Volkes stellen muss. Und der Wille des Volkes ist etwas, dem der Bürger bzw. die Bürgerin seine oder ihre eigene Präferenz anpassen muss: »When, therefore, the opinion contrary to my own prevails, this proves only that I have made a mistake, and that what I believed the general will was not so.«²⁵ Ohne ein bedeutungsvolles Verständnis des demokratischen Volksbegriffes denken heute nur wenige in solchen Begriffen. Man muss Rousseaus Demokratietheorie nicht im Detail akzeptieren – und ganz bestimmt nicht seine Darstellung der *volonté générale* – um eine gewisse Nostalgie und legitime Sehnsucht nach einer demokratischen Gesellschaft zu zeigen, in

23 | Schwartzberg, Melissa: »Superhuman Vision: Beyond the Gaze«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 191.

24 | Das hier vorgebrachte Argument orientiert sich stark an meiner Antwort auf Schwartzberg: J.E. Green, »Reply to Critics«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 213.

25 | Rousseau, Jean- Jaques: *The Social Contract*, übers. von Cranston, Maurice, London: Penguin, 1968, IV.2, S. 153.

der einem gewöhnlichen Bürger bzw. einer gewöhnlichen Bürgerin *zwei* Möglichkeiten des Empowerments offen gestanden haben: Die eine durch die Möglichkeit, die eigenen Präferenzen als individuell zu äußern, die andere in der Befriedigung darüber, dass die besondere Gemeinschaft, zu der man gehört – der *Demos* – herrscht, weil man in einer Demokratie lebt. Weil ich denke, dass ein Teil des Versprechens der Demokratie dieses doppelte Empowerment des gewöhnlichen Bürgers und der gewöhnlichen Bürgerin – sowohl als Individuum, als auch als Angehörige/-r des Volkes – ist, denke ich, dass Schwierigkeiten mit dem dominanten Paradigma der Volkssouveränität als vokalem Prozess zu einer Revision, aber nicht zu einer Preisgabe unseres Verständnisses von Volk führen sollten: konkret, zur Neuformulierung der Volkssouveränität in okularer Form.

Eine weitere Entwicklung in meinem Verständnis Okularer Demokratie war die klarer werdende Erkenntnis, dass die Idee nicht als eine einzig auf das Volk zielende Philosophie ausgelegt werden muss, die der Maximierung des Einflusses, den das Volk ausübt, verpflichtet ist. Stattdessen könnte Okulare Demokratie auch unter manchen politischen Führungspersönlichkeiten Adressaten und Adressatinnen finden, die glauben, dass sie die Risiken eines offenen öffentlichen Auftretens erfolgreich meistern können, da diese Führungspersönlichkeiten die Aussicht darauf, zusätzliche Legitimität zu gewinnen, attraktiv finden würden. Vor allem das Vorstellen von *EOP* an chinesischen Universitäten im Jahr 2011 hat mir verdeutlicht, dass Offenheit den Regierungschefs eines Regimes die Möglichkeit bietet, sich und ihren Programmen größere Legitimität, größere öffentliche Unterstützung und ein unter Demokratieaspekten höheres Ansehen in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu erwerben, selbst in einem Regime, in dem die Spitzenpolitiker/-innen nicht erwarten müssen, ihre Macht durch eine Wahl zu verlieren. Während Offenheit das Risiko öffentlicher Auftritte, die nicht von oben durchgeplant sind, beinhaltet, verleiht sie denjenigen Regierungschefs und Beamten bzw. Beamtinnen, die sich ihr erfolgreich öffnen, eben dadurch auch größere Autorität. Durch die Anerkennung des Potentials, das Offenheit im Hinblick auf die Verleihung charismatischer Legitimität an Politiker/-innen besitzt, wiederhole ich gewissermaßen nur Webers ursprüngliche Theorie, der zufolge eine lebhaft demokratische Öffentlichkeit der Übungsplatz für die Generation genuiner quasi-charismatischer politischer Anführer sein könnte. Jedoch spreche ich das Thema potentieller Vorzüge von Offenheit für Spitzenpolitiker/-innen, die in ihr erfolgreich bestehen

können an, um zwei Punkte zu verdeutlichen, die in *EOP* nicht ausgeführt wurden. Dass manche Spitzenpolitiker/-innen Offenheit attraktiv finden könnten, erklärt erstens, wieso die Art von Reformen, für die in *EOP* plädiert wird, als realistisch erreichbar und nicht als bloße Utopie angesehen werden können. Es deutet in anderen Worten an, wie Befürworter/-innen okularer Demokratisierung und bestimmte mächtige politische Führungspersönlichkeiten, die ansonsten nicht per se der Demokratie verpflichtet sind, sich auf die Unterstützung solcher Reformen einigen könnten, die ein größeres Ausmaß an Offenheit in der Politik etablieren. Zweitens zeigt die potentielle Attraktivität, die offene Formen von öffentlichem Auftreten auf Spitzenpolitiker/-innen ausübt ein weiteres Anwendungsgebiet Okularer Demokratie jenseits des liberal-demokratischen Paradigmas an, auf das sich meine Überlegungen in *EOP* beziehen. Das soll heißen, dass Offenheit nicht nur eine Rolle in der Förderung des Empowerments von Bürger/-innen in liberal-demokratischen Regimen spielen könnte (indem sie über die reine Wahlpolitik hinausgeht und sich zugleich auf die Umstände konzentriert, unter denen politische Führungspersönlichkeiten auftreten), sondern auch in der Demokratisierung des öffentlichen Lebens nicht-liberaler oder nicht-elektoraler autoritärer Regime.

Als ein Beispiel des letzteren Prozesses wäre Venezuela unter der Präsidentschaft von Hugo Chaves (1999-2013) zu betrachten. Chavez Venezuela wird im Allgemeinen nicht als klassische liberale Demokratie nach dem Amerikanischen oder Europäischen Modell betrachtet, da Venezuelas politisches System ein stärker ausgeprägtes autoritäres Element beinhaltet als die anderen genannten demokratischen Staaten. Selbst wenn dies zuträfe, so ist es nichtsdestotrotz der Fall, dass Chavez sich weitaus mehr Formaten eines durch Offenheit bestimmten öffentlichen Auftretens ausgesetzt hat als Führungspersönlichkeiten anderer demokratischer Staaten. Seit 1999 moderierte Chaves seine eigene Fernseh-sendung, in der er unter anderem live Zuschaueranrufe beantwortete, in denen ihm gewöhnliche Bürger/-innen Fragen stellten. Da diese Ereignisse live übertragen wurden, waren sie weitgehend unkontrolliert. Gelegentlich kritisierten Anrufer/-innen die Regierung. Zuschauer/-innen konnten ihren Staatschef dabei beobachten, wie er spontan reagieren²⁶ und ohne die übliche Inszenierung und Manipulation auf Ereignisse ein-

26 | Im Original »thinking on his feet«, D.H.

gehen musste, während diese sich vollzogen. Dass sich Chavez lange Jahre auf seine Fernsehsendung verlassen hat – die bis zu seiner Krankheit mehrmals die Woche gesendet wurde – kann als Beleg dafür verstanden werden, dass Chavez ihren politischen Wert für ihn persönlich und für das Regime, das er geführt hat, erkannt hat. Es demonstriert vielleicht, wie ein autoritärer Demokrat einen Wert darin erkennen kann, unter Bedingungen, die er nicht gänzlich kontrollieren kann, in der Öffentlichkeit aufzutreten, da diese Auftritte seiner Herrschaft ein zusätzliches Element von Legitimität, Popularität und potentieller internationaler Anerkennung verleihen. Durch das Anführen dieses Beispiels möchte ich keine Unterstützung für autoritäre Formen der Demokratie zum Ausdruck bringen, sondern lediglich hervorheben – in einer Art, in der ich das in *EOP* nicht getan habe –, dass Okulare Demokratie in autoritären Regimen außerhalb der konventionellen Modelle liberaler Demokratie eine potentielle *progressive* Rolle spielen kann.

IV. DIE RELEVANZ VON OKULARER DEMOKRATIE FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Bei der Erwägung, die Idee Okularer Demokratie einem deutschsprachigen Leser/-innenkreis nahe zu bringen, ist es wichtig, sich mit dem potentiellen Einwand auseinanderzusetzen, dass *EOP* ein Buch sei, das auf die amerikanische politische Erfahrung zugeschnitten ist, und das folglich geringere Relevanz für ein europäisches liberal-demokratisches Regierungssystem besitze. Nun war es freilich mein Ziel, eine solche konzeptionelle Enge zu verhindern. Ich habe *EOP* in einer Sprache verfasst, die in hohem Maße vom politischen Prozess einzelner liberal-demokratischer Staaten abstrahiert. Wenngleich auch die USA das am häufigsten aufgeführte Beispiel sind, ist das Buch der Versuch einer generellen Darstellung einer Zuschauerpolitik, die mehr oder weniger in allen liberal-demokratischen Regierungssystemen des 21. Jahrhunderts anzutreffen ist. Nichtsdestotrotz könnte eine Kritik an *EOP* darauf bestehen, dass das darin vorgestellte Konzept mindestens auf zweierlei Weise eher auf die Vereinigten Staaten denn auf Deutschland und andere liberale Demokratien in Europa zutrifft. Ich widerspreche wiederum diesen zwei Kritikpunkten.

Erstens könnten Kritiker/-innen beanstanden, dass *EOP* eine höchst personalisierte Politik voraussetzt und in gewisser Hinsicht weiter befördert, die nicht vereinbar ist mit einer deutschen politischen Kultur, welche, verglichen mit Amerika, eher programmatisch und weniger auf Persönlichkeiten ausgerichtet ist.²⁷ Schließlich ist nicht nur Offenheit selbst ein Wert, der ausdrücklich eher auf die Führungspersönlichkeiten als auf die Gesetze abzielt, eine Konsequenz ausgeweiteter offener Beobachtung von Führungspersönlichkeiten könnte darüber hinaus sehr wohl die Entstehung einer politischen Kultur sein, die sich um Fauxpas, Skandale und andere Sensationsgeschichten dreht, die mehr mit Persönlichkeiten denn mit konkreten Politikinhalten zu tun haben. Ohne die Unterschiede zwischen der amerikanischen und der deutschen politischen Kultur abzustreiten, die hinsichtlich der Rolle der Persönlichkeit in der Politik bestehen, sollte doch anerkannt werden, dass es sich hier eher um graduelle denn um kategoriale Unterschiede handelt. Selbst wenn der Aspekt der Persönlichkeit in der deutschen Politik weniger hervorgehoben wird, so ist er dennoch präsent. Tatsächlich gibt es sogar Anzeichen dafür, dass dieser Aspekt an Bedeutung gewinnt.²⁸ Als ein zu betrachtendes Beispiel wäre die seit der letzten Bundestagswahl einsetzende Entwicklung des weit verbreiteten, bewundernd gemeinten Spitznamens *Mutti* für Kanzlerin Angela Merkel anzuführen. Individuelle Anekdoten beiseite, der Kernpunkt ist schlicht, dass es in jeder liberalen Demokratie individuelle Führungspersönlichkeiten gibt, die ein stark überproportionales Ausmaß an Macht besitzen, welche nie vollständig auf das Parteiprogramm reduziert werden kann, das sie vertreten. Okulare Demokratie zielt nicht darauf ab, die personelle Dimension der Politik auszuweiten, sondern eher darauf, die bereits existierende personelle Dimension zu kontrollie-

27 | Zum Unterschied zwischen Deutschland und den USA hinsichtlich der Personalisierung der Politik, siehe z.B. Boomgaarden, Hajo G./Semetko, Holli A.: »Duell Mann gegen Frau?! Geschlechterrollen und Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung,« in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hg.): Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 171-196, 191.

28 | Zur möglichen »Amerikanisierung« der deutschen Politik siehe Wagner, Jochen W: Deutsche Wahlwerbekampagnen made in the USA?: Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.

ren – und zu demokratisieren. Okulare Demokratie möchte die politische Kommunikation mächtiger Politiker/-innen weniger propagandistisch machen und sie in größerem Ausmaß dem kritischen Blick unterwerfen, die offene Formen öffentlichen Auftretens mit sich bringen. Und trotzdem ist die Sorge, dass Okulare Demokratie eine inhaltsleere Politik befördern könnte, die sich auf so scheinbar triviale Themen wie das Privatleben von Spitzenpolitikern und Spitzenpolitikerinnen bezieht, berechtigt. Jedoch sollte die Beschäftigung mit dieser Sorge nicht zur Verwerfung Okularer Demokratie führen, sondern eher dazu, sie so auszugestalten, dass sie sich an den jeweils zugrundeliegenden kulturellen Werten eines spezifischen politischen Systems orientiert. In dem Ausmaß also, in dem es in Deutschland eine weit verbreitete Abneigung dagegen gibt, dem Privatleben von Spitzenpolitikern und Spitzenpolitikerinnen Einfluss auf den politischen Diskurs zu erlauben, sind diejenigen, die für Offenheit sorgen sollen – vielleicht in erster Linie die Journalisten und Journalistinnen – dafür verantwortlich, den politischen Führungspersonlichkeiten die Kontrolle über die Voraussetzung ihres öffentlichen Bildes abzurufen, ohne dabei in Trivialitäten abzugleiten. Eine solche Aufgabe mag schwierig sein, aber sie ist nicht unmöglich zu bewältigen, da es keine inhärente Verbindung zwischen Offenheit und Trivialität gibt. Die Bemühung, Spitzenpolitiker/-innen öffentlich unter Bedingungen auftreten zu lassen, die sie nicht kontrollieren, muss das politische Gespräch nicht notwendigerweise von der vermeintlich gewichtigeren, und auf jeden Fall weniger personalistischen Diskussion über Gesetze und politische Inhalte wegführen.

Ein zweiter Bestandteil der Kritik, dass *EOP* eher ein amerikanisches Buch sei und die Theorie Okularer Demokratie nicht so einfach auf Deutschland und andere europäische Staaten anwendbar wäre, betrifft die Frage der Repräsentation. Je mehr man die Funktionalität der Repräsentation bezweifelt, desto größer ist die Attraktivität nicht-repräsentationeller Ansätze wie der Okularen Demokratie. Es könnte hier eingewendet werden, dass, insofern die Krise der politischen Repräsentation eher ein amerikanisches denn ein europäisches Phänomen ist, auch Okulare Demokratie eher auf den amerikanischen denn auf den europäischen Kontext anwendbar ist. Schließlich wird in denjenigen europäischen Demokratien wohl ein höherer Grad an politischer Repräsentation erreicht, in denen – verglichen mit den USA – die Wahlbeteiligung höher ist; das Wählen weniger durch verwirrende Registrierungsregeln behindert wird;

ein geringeres Maß an Einkommensungleichheiten und robustere Sozialsysteme die Entpolitisierung mindern, die durch extreme Armut droht; und, in denen die proportionale Verteilung von Parlamentssitzen Anreize für die Partizipation politischer Minderheiten schafft und die Stimmen der Schwächeren formell mit einschließt. Aber selbst falls es stimmt, dass die durchschnittlichen Europäer/-innen in ihren politischen Gemeinwesen besser repräsentiert werden als ihre amerikanischen Gegenüber, der genaue Grad der Repräsentation, der in europäischen Demokratien erreicht wird, wäre immer noch zu unklar, um ihn auf irgendeine definitive, absolute, unverfälschte Art zu bestätigen. Weil uns heute immer noch ein fundiertes Kriterium dafür fehlt, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Politik zu messen, weil selbst die überzeugtesten Verteidiger/-innen der Repräsentation fast nie behaupten, diese sei allumfassend oder frei von Widersprüchen, weil gewöhnliche Bürger/-innen zu einer großen Anzahl von Themen keine Meinung haben und daher in diesen Bereichen nicht repräsentiert werden können, weil die jeweilige Regierung dazu beiträgt, genau diejenige öffentliche Meinung zu formen, der gegenüber politische Macht dann wiederum rechenschaftspflichtig und responsiv sein soll und weil die höchsten politischen Führungszirkel offenkundig nach eigenem Ermessen die öffentliche Meinung ignorieren können, selbst wenn diese klar zu sein scheint; aus all diesen Gründen ist es selbst in Europa sinnvoll, traditionelle repräsentationale Ideen mit nicht-repräsentationalen Bestrebungen wie denjenigen, die in der Okularen Demokratie formuliert werden, zu ergänzen.²⁹ Darüber hinaus könnte es im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Europäischen Union zu einem immer wichtigeren Schauplatz des europäischen politischen Lebens geschehen, dass der Krise der Repräsentation in Anbetracht dessen, was viele als diese europaweite Institution durchdringendes »Demokratiedefizit« betrachten, eine immer größere Bedeutung zukommt. Da

29 | Für einen aktuellen Überblick zum Niederschlag der öffentlichen Meinung in der Regierungspolitik, der, obwohl er der Funktionsfähigkeit der Repräsentation im Allgemeinen positiv gegenübersteht, die Faktoren anerkennt, die ein absolutes Vertrauen in die Repräsentation verhindern – speziell das Problem des Fehlens eines allgemein anerkannten Standards für die Messung von Meinung, Politik und deren Verhältnis zueinander – siehe Burstein, Paul: »Public Opinion, Public Policy, and Democracy«, in: Leicht, Kevin T./Jenkins, J. Craig (Hg.): *Handbook of Politics: State and Society in Global Perspective*, New York: Springer 2010, S. 63-79.

Repräsentation in keinem politischen Kontext mit absoluter Gewissheit angenommen werden kann – und da Okulare Demokratie zusammen mit traditionelleren repräsentationsorientierten Idealen verfolgt werden kann – glaube ich, dass der Anspruch auf Offenheit zu Recht auch in Deutschland und anderen Europäischen Staaten seine Berechtigung hat.

Natürlich muss hier noch einmal wiederholt werden, was ich im letzten Kapitel von *EOP* festgestellt habe: Ich beanspruche nicht, mit der Verteidigung Okularer Demokratie auch schon ihren vollen Gehalt erfasst zu haben. Vielleicht gibt es neben der Offenheit noch andere Werte, die als zusätzliche, oder übergeordnete Leitnormen für das Empowerment des Volkes in einem Zeitalter des Zuschauens einbezogen werden müssen. Und vielleicht würde eine Beschreibung von okularer Demokratie, die expliziter in europäischen politischen Systemen verankert ist, das Paradigma auf vielerlei unvorhersehbare und lehrreiche Arten weiterentwickeln. Solche Beiträge wären sehr im Sinne des Gedankens, der *EOP* zugrunde liegt, und der eine Weiterentwicklung unseres Verständnisses von Demokratie einfordert – und, wenn möglich zu diesem beitragen möchte. Die Theorie und Praxis demokratischer Institutionen ist nun seit mehr als zwei Jahrhunderten in einer konstanten, größtenteils *progressiven* Entwicklung begriffen, aber eine solche Weiterentwicklung ist weder unausweichlich noch vorherbestimmt, sondern sie ist vielmehr abhängig von der fehlenden Bereitschaft einer demokratischen politischen Kultur, jemals vollständig mit der Demokratie, die sie vorfindet, zufrieden zu sein. Die Theorie der Okularen Demokratie ist in dem gleichen Maße ein Bestehen auf einem Problem, das eine vollständige Zufriedenheit mit unseren liberal-demokratischen Regierungssystemen verhindert – dem Problem, dass die meisten von uns die meiste Zeit bloße Zuschauer/-innen anstatt Entscheidungsträger/-innen im politischen Prozess sind – wie sie auch eine Lösung dieses Problems ist. Okulare Demokratie ist geleitet von dem Glauben daran, dass die konstante Neuformulierung der Bedeutung von Demokratie dem Projekt der Demokratisierung inhärent ist, und von der Gewissheit, dass wir noch nicht hinreichend verstanden haben, was Demokratie überhaupt bedeutet.

Übersetzung: Dominik Hammer

Okulare Demokratie, eine abgeschwächte Politik

Nadia Urbinati

Die schwerste ökonomische Krise, der westliche demokratische Gesellschaften jemals gegenübergestanden haben, ereignet sich zu einer Zeit, in der sämtliche menschlichen Beziehungen dem erheblichen Einfluss des Internets – der vielleicht wichtigsten technologischen Revolution nach der Erfindung des mechanischen Buchdrucks 1450 – unterliegen. Die Wirtschaftskrise und die neue Medientechnologie belasten die Institutionen des Repräsentativsystems, wenngleich auch in entgegengesetzten Arten und Weisen, da erstere die Handlungsfähigkeit vieler Menschen in unterschiedlichen Bereichen ihres Lebens einschränkt, während letztere diese ausweitet. Entsprechend werden politische Institutionen sowohl deswegen in Frage gestellt, weil ihre debattenintensive Natur sie langsam macht und ihre Verfahrensweisen keine Garantie dafür bieten können, dass sich kompetente Entscheidungen durchsetzen werden, als auch deswegen, weil die neue Medientechnologie ihre Funktionsstörungen verstärken und den Glauben der Bürger daran bekräftigen, dass Politik nicht länger auf die Vermittlung durch professionellen Journalismus und politische Parteien angewiesen ist. Der Ruf nach Kompetenz und das Einfordern einer direkteren Rolle der Bürger profitieren von dem selben Faktor, der die Öffentlichkeit in der parlamentarischen Demokratie stärkt – dem Internet, welcher daher genauso gut dazu geeignet zu sein scheint, eine Vertikalisierung der Politik (sprich Epistokratie und Cäsarismus) als auch eine horizontale Ausdehnung der Rolle der Öffentlichkeit voranzutreiben. Diesen widersprüchlichen Szenarios gemeinsam ist die Erosion des Vertrauens in Repräsentativinstitutionen und ein wachsendes Vertrauen in die demokratischen Potentiale neuer Medientechnologien. Das

ist der weitere Kontext, in welchen ich meine kritische Analyse des Phänomens einbetten möchte, dem Jeffrey E. Green den ansprechenden Namen »Ocular Democracy« gegeben hat und das er als eine wünschenswerte plebiszitäre Korrektur repräsentativer Regierungssysteme sieht.¹

Ich widerspreche Greens Ansicht, dass okulare Demokratie eine Stärkung der Demokratie verspricht und vertrete, dass sie vielmehr eine Akzeptanz des Status quo darstellt und eine Schwächung der politischen Autonomie legitimiert. Meine Kritik gründet darin, dass okulare Demokratie die Dyarchie der Demokratie zerbricht, indem sie das Verhältnis der beiden Kräfte aus dem Gleichgewicht bringt, die für politische Autonomie konstitutiv sind: des Willens (damit meine ich vor allem die Macht der Wahl und die Entscheidungsmacht) und der Meinung (damit meine ich den komplexen und beweglichen Bereich der politischen Urteile, die freie Bürger entwickeln und ausdrücken). Der normative Kern der repräsentativen Demokratie besteht aus einer Interaktion zwischen diesen beiden Kräften, die sich voneinander unterscheiden, und die distinkt, wenngleich auch in einem permanenten Wechselverhältnis, verhaftet bleiben müssen.² Okulare Demokratie jedoch trennt die politische Aktivität und das Urteil der Öffentlichkeit den Wähler und den Bürger voneinander und schlägt darüber hinaus vor, der Meinung vor dem Willen Vorrang zu gewähren. Green schreibt explizit: »The plebiscitarian approach to democratic reform is valuable precisely because it deprivileges both the specific act of voting and the general conception of the everyday citizen as a decider.«³ Das Argument, auf das sich die Akzentverschiebung okularer Demokratie stützt, basiert auf einem Verständnis von Demokratie, das im Verhältnis zur klassischen Idee der Autonomie exzentrisch und in die-

1 | Ich beziehe mich auf Jeffrey Edward Green, *The Eyes of the People: Democracy in the Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2013. Das Hauptargument, das ich in diesem Beitrag entwickle, ist an mein Buch *Democracy Disfigured: Opinion, Truth and the People*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 2014 angelehnt, dessen viertes Kapitel sich ausschließlich dem Plebiszit des Publikums und Greens Arbeit als einem wichtigen Beitrag zu dieser Theorie widmet.

2 | Für eine Definition von dyarchy sowie eine Darstellung der drei Faktoren von doxa und deren Entstellungen, die ich kurz erwähnen werde, siehe *Democracy Disfigured*, vor allem die Einleitung und das erste Kapitel.

3 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 199.

ser Hinsicht anti-normativ ist. Es setzt voraus, dass Politik nicht frei von Führung funktionieren kann, da die Massen unfähig sind, selbständig zu agieren und dass sie ohne die Führungspersönlichkeiten stimmlos sind; in der Folge sollte Demokratie in der Sphäre der Öffentlichkeit und in der Bewertung von Politikern angestrebt werden, außerhalb des klassischen Bereichs der Deliberation und der Entscheidungsfindung. Tatsächlich scheint die Öffentlichkeit ein in größerem Maße horizontales, unparteiisches und kollektives Gebilde zu sein als das Volk im politischen Sinne oder die Bürgerschaft, die unvermeidlich von Interessen erfüllt und parteiisch ist und die daher des entlang von Parteilinien sich vollziehenden Zählens von Wahlstimmen und Präferenzen bedarf. Zusammengefasst, anstatt aus Stimme und Worten zu bestehen, ist Demokratie eher okular, beziehungsweise besteht sie aus Sicht und Urteil. Stattdessen argumentiere ich, dass repräsentative Demokratie, genauso wie direkte Demokratie auch, ein System ist, in dem kritisches Denken und Krise mit dem Maß der politischen Freiheit Hand in Hand gehen, sowohl im Hinblick auf die Macht der Wahlstimme als auch der Stimme im allgemeinen. Die Implikationen dieser dyarchischen Dynamik, die Aristotelischen Charakter besitzt, sind zweierlei: Dass Meinung den Kontext bildet, in dem Politik sich vollzieht (und darüber hinaus, dass Meinung dafür sorgt, dass Politik mit Freiheit als andauernder Offenheit identifiziert wird, eine Entscheidung in Frage zu stellen und zu ändern) und mit den Worten Reinhart Kosellecks: »[C]risis is most necessary for the community, representing what is at once just and salutary.«⁴ Kurz, demokratische Politik ist eine Manifestation der Macht der Bürger, Ziele dadurch zu verwirklichen, dass sie gemeinsam handeln und das, was sie tun, dem »Urteil« und dem »Verfahren«⁵ kritischen Denkens unterziehen. Diese dyarchische Sichtweise ist keine realistische Beschreibung des Bestehenden, sondern eine normative Konzeption, die auf der Idee politischer Autonomie oder Freiheit besteht, der Macht, die Bürger besitzen, das Bestehende zu kritisieren und zu verändern. In diesem Ansatz spielt das öffentliche Forum der

4 | Koselleck, Reinhart: »Crisis« (1982 in Band 3 von *Geschichtliche Grundbegriffe*, Übersetzung Michaela W. Richter, *Journal of the History of Ideas*, 67(2), (2006): S. 359.

5 | Im englischen Original werden die Begriffe »judgement« und »trial« verwendet, die im konkreten Kontext übersetzt auch »Gerichtsurteil« und »Gerichtsprozess« bedeuten können, D.H.

Meinungen ebenfalls eine zentrale Rolle, aber in dem Sinne, dass es beinhaltet, dass Institutionen nicht nur für Veränderungen der Machtverhältnisse offen sind (jegliche Mehrheit ist immer temporär), sondern auch für Kontrolle durch die Bürger; kurz gesagt, dass Institutionen sowohl deswegen öffentlich sind, weil das Gesetz fordert, dass Entscheidungen von öffentlichen Akteuren unter den Augen des Volkes getroffen werden (das heißt im Einklang mit bestehenden Normen und offen für eine Untersuchung durch Justiz und Presse gleichermaßen) als auch deswegen, weil die Institutionen in niemands Besitz stehen, da eine Ernennung durch Wahlen bedeutet, dass die souveräne Gewalt jegliche konkrete Verortung, Verkörperung und jeglichen konkreten Besitz verloren hat. Die Art und Weise, in der diese beiden Funktionen in einer repräsentativen Demokratie erfüllt werden, ist der Streitpunkt, an dem sich okulare oder plebiszitäre Kritik entzündet.

Angesichts dieser theoretischen Prämisse beruht mein Argument in diesem Beitrag auf der von mir an anderer Stelle durchgeführten Analyse der drei Funktionen, die *doxa* (Meinung) im öffentlichen Forum der modernen Demokratie erfüllt: die kognitive, die politische und die ästhetische. Korrespondierend zu diesen Funktionen habe ich einige radikale Veränderungen in der Rolle und Bedeutung der Meinung für die dyarchische Ordnung festgestellt, die jeweils epistemische (Wahrnehmung wird zu einer Frage der Wahrheitsfindung gemacht), populistische (Politik wird zu einem Akt der Vereinigung der Masse gemacht) oder plebiszitäre (Politik wird zu einer Angelegenheit des Zuschauens) Entstellungen befördern. Dies sind mögliche Radikalisierungen jeweils einer der drei Funktionen von *doxa*, die sich aus dem Inneren repräsentativer Demokratien heraus entwickeln. Obwohl diese Entstellungen nicht zu einem Systemwechsel führen, da sie nicht die Demokratie selbst (die Stimmgleichheit und das Mehrheitsprinzip) infrage stellen, verändern sie die repräsentative Demokratie auf eine erkennbare, jedoch nicht unbedingt auf aktivere Bürgerschaft ausgerichtete Art und Weise.⁶ Okulare Demokratie oder das »Plebiszit der Zuschauerschaft«, gehört zur letzteren der aufge-

6 | In der Habermas'schen Tradition stehend hat Klaus Eder eine interessante Analyse jedes einzelnen dieser drei Aspekte der öffentlichen Sphäre vorgeschlagen: »The Transformations of the Public Sphere and Their Impact on Democratization«, in: Pizzorno, Alessandro (Hg.), *La democrazia di fronte allo Stato: Una discussione sulle difficoltà della politica moderna*, Milano: Feltrinelli 2010, S. 247-79.

zählten Arten von Entstellungen. Sie führt zu einer Abwertung der Rolle des »Willens«, oder der Autonomie (also Wahlen und Deliberation) und zu einer Stärkung der Rolle des »Urteils«, nicht durch den einzelnen Bürger (als die wir beispielsweise dann aktiv werden, wenn wir politischen Entscheidungen im *kontradiktorischen Verfahren* durch die juristischen Kanäle widersprechen, die uns der Rechtsstaat zur Verfügung stellt⁷), sondern durch die Öffentlichkeit. Der Akteur in der okularen Demokratie ist das gewöhnliche Publikum, das den Aufführungen derjenigen, die auf der Bühne der Politik agieren, beiwohnt und diese beurteilt. Das Plebiszit des Publikums scheint folglich eine Legitimation der Regierung durch die wenigen zu beinhalten, weil es postuliert, dass die visuelle Teilnahme eines entindividualisierten Publikums die beste umsetzbare Form der Demokratie darstellt. Dem Volk die »Fähigkeit« abzuerkennen, »Normen und Gesetze zu verfassen«, führt dazu, dass man der Öffentlichkeit eine rein ästhetische Rolle zuweist. Letztendlich reinterpretiert okulare Demokratie das Bürger-Sein nicht als Autonomie und schreibt ihm hauptsächlich eine beobachtende Zuschauerfunktion zu.

I.

Da die Theoretisierung okularer Demokratie auf Jeffrey Green zurückgeht, ist es sinnvoll, dass ich meine kritischen Betrachtungen in einem direkten Dialog mit seinem Werk entwickle. Seine plebiszitäre Demokratietheorie ist Teil eines elitären Politikverständnisses, das in der realistischen Tradition von Machiavelli bis Schumpeter steht und das die visuelle Transformation der Meinungsmacht widerspiegelt, die ein Resultat der technologischen Revolution auf dem Feld der Informations- und Kommunikationsmittel darstellt. Sich auf Max Webers Lesart plebiszitärer Demokratie beziehend (aber Carl Schmitts ästhetische Theorie der Öffentlichkeit teilend), vermutet Green, dass einer Führerdemokratie, obwohl sie im frühen zwanzigsten Jahrhundert geboren wurde und dann aufgrund des schlechten Rufs, den ihr totalitäre Regime eingetragen haben, verschwand, ein erneutes Erstarken bestimmt sei und dass sie

7 | Zu gerichtlicher Anfechtung siehe Philip Pettit: »Republican Freedom and Contestatory Democracy,« in: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hg.), *Democracy's Value*, Cambridge: Cambridge University Press 1999, S. 163-90.

tatsächlich »a nascent theory« ist, »that has yet to mature«.⁸ Der Grund hierfür liegt darin, dass das Fernsehzeitalter und die weite Verbreitung der Internetnutzung dazu beigetragen haben, eine authentischere Form der Demokratie wiederherzustellen, nämlich eine Regierungsform, die auf einem direkten Kontakt der Massen zu ihren Führungspersonlichkeiten basiert. Green ersetzt die plebiszitären Massen, die den Führer auf den überfüllten Plätzen des faschistischen Europas durch Akklamation bestätigten, durch die »Augen des Volkes«, die politische Führungspersonlichkeiten und andere wichtige Personen des öffentlichen Lebens bewegen sollen, sich unter unkontrollierten Bedingungen der Öffentlichkeit auszusetzen: »to appear in public under conditions they do not control«.⁹ Im Plebiszitarianismus der 1930er Jahre kontrollierte der Führer die Massen durch eine orchestrierte und laute Propaganda; in der gegenwärtigen Videodemokratie kontrolliert die Masse (der Geschmack des Publikums) die Spitzenpolitiker dadurch, dass sie deren Verhalten der öffentlichen Wahrnehmung aussetzt. Wie wir sehen werden, nimmt Green an, dass Wörter – und folglich Redner – eine größere Macht über die Öffentlichkeit ausüben als Bilder und Akteure; er schließt daraus, dass eine Politik, die auf Diskurs (und Stimme) beruht, anfälliger für Ungleichheit ist als eine Politik, die auf Sicht (und Sehvermögen) basiert. Folglich spielt die neue Medientechnologie mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Video anstatt auf Audio eine entscheidende Rolle dabei, plebiszitäre Politik von ihren früheren negativen Eigenschaften zu befreien. Tatsächlich konnte die Öffentlichkeit ihre politischen Führungspersonlichkeiten bis zur Entstehung von für die Öffentlichkeit produzierten Tonmedien nicht ernstlich kontrollieren, da Eloquenz Ungleichheiten im Auftreten verstärkt und Wörter darüber hinaus eher dem Verdecken und der Manipulation als der Transparenz und der Direktheit dienen. Stellt aber die videokratische Öffentlichkeit einen gesicherten Fortschritt dahingehend dar, dass die Öffentlichkeit von Manipulationsversuchen befreit und das Volk zu einem selbstbestimmten Betrachtungsorgan wird?

Die Annahme, dass ein von einem visuellen Publikum gefälltes Urteil demokratischer sei als ein durch institutionelle *checks and balances* zustandegekommenes, wird auch von Eric A. Posner und Adrian Vermeule geteilt, die eine direkte Beziehung des Präsidenten zum Publikum be-

8 | J.E. Green: *The Eyes of the People*, S. 120.

9 | Ebd., S. 207.

fürworten und damit die zentrale Bedeutung der Exekutive herausstellen wollen.¹⁰ Green hat kein Interesse an der Stärkung einer zentralen Rolle der Exekutive gegenüber der Legislative (wenngleich dies auch das unvermeidbare Resultat seiner plebiszitären Wende ist). Was er stattdessen anstrebt, ist eine Rekonfiguration im Verhältnis zwischen der Macht des Willens (Entscheidungen, Abstimmen, Wählen und das Ausdrücken von Zustimmung oder Ablehnung in der öffentlichen Arena) und der Macht der Meinung oder des Urteils (Überwachung und Aufsicht qua Beobachtung) dergestalt vorzunehmen, dass die Bedeutung und die Rolle der politischen Autonomie, des wichtigsten Prinzips der Demokratie, neu definiert werden. Okulare Demokratie ist der Name dieser Demokratietheorie, die sich selbst vom Erbe des 18. Jahrhunderts befreien möchte, welches auf einem individualistischen Prinzip politischer Legitimität gründet – der Souveränität des Bürgers oder der Bürgerin durch seine bzw. ihre Wahlstimme. Dieses Erbe schließt die repräsentative Regierungsform ohne imperatives Mandat mit ein. Das letztliche Angriffsziel okularer Demokratie ist die parlamentarische Demokratie, die deutlichste Ausprägung repräsentativer Demokratie und die konsequenteste Umsetzung des aus dem 18. Jahrhundert stammenden Glaubens in die zivilisierende Kraft der Partizipation und der Deliberation gegen oder ohne cäsaristische Führer. Ich vertrete, dass okulare Demokratie ein *mono-archisches Korrektiv* der Demokratie darstellt.

In der Tradition des antidemokratischen Denkens, welches mit Joseph des Maistre und seinem Angriff auf die Demokratie zugunsten eines starken souveränen Anführers begann, wurden *mono-archische Korrekturen* politischer Gleichheit zyklisch wiederkehrend in Stellung gebracht, um die Unfähigkeit des gemeinen Volkes, effektiv als führerloses Kollektiv zu agieren, zu demonstrieren. Skepsis gegenüber der Führungslosigkeit der Demokratie und gegenüber dem Optimismus des 18. Jahrhunderts hinsichtlich der rationalen Verständigung über Meinungsverschiedenheiten zeichnete jedoch auch die Theoretiker der Staatssouveränität aus. Henry Sumner Maine schrieb am Ende des 19. Jahrhunderts, da jede Regierung einer Person bedürfe, die über die Handlungen des Staates entscheide, sei Demokratie »most accurately described as inverted Monarchy«; folglich bestimme die Mehrheit eine »numerous but indeterminate portion

10 | Posner, Eric A./Vermeule, Adrian: *The Executive Unbound: After the Madisonian Republic*, Oxford: Oxford University Press 2011.

of community«, die dank der Opportunität der elektoralen Auswahl nur dann fähig ist, Entscheidungen zu treffen, wenn sie vorgeht wie ein König.¹¹ Diese Sichtweise, die in Schumpeters Theorie der elektoralen Auswahl paradigmatisch wurde, beruht auf der Überzeugung, dass, um es mit Machiavelli zu sagen, während Deliberation oder Diskussion viele einbezieht, Entscheidung in die Domäne des Einen fällt. Folglich kann Demokratie entweder als Amtseinsetzung eines politischen Führers durch die Massen oder stattdessen als führerlos verstanden werden: repräsentative Demokratie gehört zu letzterem, plebiszitäre Demokratie zu ersterem Verständnis.

Um einen kurzen Überblick zur mono-archischen Theorie der Politik zu geben: es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Thukydides die Attische Demokratie in ihrer hegemonialen Phase als »Fürstentum« charakterisierte und eine Beziehung zwischen dem Anführer und den Massen konstruierte, die für die Elitentheorie und die Theorie der plebiszitären Demokratie paradigmatisch wurde. Diese Ansicht wurde am Ende des 19. Jahrhunderts erneut bemerkenswert erfolgreich – zur gleichen Zeit, als die Legitimität parlamentarischer Regierungsformen in Folge der Bürokratisierung politischer Parteien und des Umstandes, dass die Parlamentsarbeit einer Klasse gewählter Honoratioren unterstellt war, abnahm.¹² Diese Probleme finden ihren Widerhall in Webers erneuter Bekräftigung des legitimen Ranges, den ein Führer in der Politik einnimmt: »But the major decisions in politics, particularly in democracies, are made by *individuals*, and this inevitable circumstance means that mass democracy, ever since Pericles, has always had to pay for its positive successes with major concession to the Caesarist principle of leadership selection.«¹³ Okulare Demokratie gehört zu dieser Tradition und erscheint während einer tiefen Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie. Der Ansatz

11 | Maine, Henry Sumner: *Popular Government: Four Essays* (1885), London: John Murray, 1909, Forgotten Books 2012, S. 59-61.

12 | Momigliano, Arnaldo: *The Classical Foundations of Modern Historiography*, Sather Classical Lectures, Berkeley: University of California Press 1990; de Romilly, Jacqueline: *Problèmes de la démocratie grecque*, Paris: Herman 1975 und Canfora Luciano: *La democrazia di Pericle*, Roma-Bari: Laterza 2008.

13 | Weber, Max: »Parliament and Government in Germany under a New Political Order« (1918), in: Lassmen, Peter/Speirs, Ronald (Hg.), *Political Writings*, Cambridge: Cambridge University Press 1994, S. 222.

macht das antike Paradigma des »demokratischen Fürstentums« und die elitenförmige Verbesserung der Regierung der Vielen wieder fruchtbar. Allerdings verabschiedet sich okulare Demokratie von deren antidemokratischen Bedeutung und vertritt, dass eine Führerdemokratie die am ehesten konsistente Form der Regierung durch das Volk ist. Demokratie ohne Demagogen ist keine schlechte Demokratie, ein solches System ist schlicht weniger demokratisch.¹⁴ Heute ist es eher die Technologie, die die plebiszitäre Mutation der Demokratie lenkt und weniger die herkömmliche Propaganda: das Internet und die Wandlung der politischen Sprache mit auf das Publikum zugeschnittenen Botschaften und leicht verständlicher Werbung markieren den Niedergang der Politik als Deliberation und die steigende Tendenz hin zur Politik als Führerauslese. In dieser Hinsicht stellt Green realistischerweise fest, dass der plebiszitären Demokratie die Zukunft gehören könnte.

Plebiszitäre Demokratie und Populismus deuten auf die Renaissance eines Römischen Stils der Politik hin. Dies gilt sowohl bezogen auf seine moderne Praxis als auch auf seine theoretische Analyse, und vor allem im Hinblick auf das Ideal der Offenheit, *candor* (von der sich der Begriff »Kandidat« und »Kandidatur« ableiten), oder der öffentlichen Bloßstellung des Führers als Person vor dem Volk in einem Forum, das wie der römische Plebs über ihn urteilt und schließlich im Hinblick auf die Rolle des Volkes als Publikum, das das Auftreten und die Vorstellung des Führers visuell inspiziert.¹⁵ Das Modell eines Forums in der Mediengesellschaft, das in großem Ausmaß von Bildern abhängt, verändert den Stil der Politik auf geradezu spektakuläre Weise, weil es Sehvermögen und nicht Hörvermögen zum zentralen Sinn der Partizipation macht. Überraschend ist der Schluss, den Green aus dieser Analyse zieht: Die okulare Transformation der Öffentlichkeit macht den Plebiszitarianismus weniger anfällig für den möglichen Missbrauch durch politische Führer. Und tatsächlich, während direkte Demokratie dazu führte, dass sich die Völ-

14 | Thucydides: *The Peloponnesian War*, übers. von Finley, Moses I., London: Penguin Classics 1972, S. 163f. In der Tradition des Historikers Wolfgang Mommsen macht Weber die Größe des attischen Anführers und dessen harmonisches Verhältnis zum Volk als Gründe für die Größe Athens aus.

15 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 130. Nicht umsonst finden sich Shakespeares Römerdramen, *Coriolanus* und *Julius Caesar*, unter den von Green ausgewählten Werken plebiszitärer Theorie.

ker der antiken Republiken mit den Worten ihrer Führer identifizierten, schaffen die Massenmedien naturgemäß eine gewisse Distanz, die für sich allein genommen schon einen Grund für ein sichereres Verhältnis kritischer Anziehung zwischen dem Volk und seinen politischen Führern darstellt.

Wie Posner und Vermeule zeigt Green großes Vertrauen in die zivilisierende Wirkung der Marktwirtschaft und des modernen Informations- und Kommunikationssystems, den beiden Bedingungen, die es einer großen und ausdifferenzierten Gesellschaft erlauben, ohne die Notwendigkeit einer starken Inkorporation sowie sozialer und kultureller Homogenität zu funktionieren. Darüber hinaus soll das Fernsehen dadurch, dass es das Sehen statt des Hörens ins Zentrum stellte, dazu beigetragen haben, die Meinung der Massen von all der Vorspiegelung von Rationalität zu befreien, auf die die Überzeugungskraft der Redner angewiesen war. Im Fernsehzeitalter konnte die aus dem 18. Jahrhundert stammende Ideologie einer fortschreitenden Rationalität durch politische Partizipation kaum aufrechterhalten werden. Video-Demokratie bestätigt den Umstand, dass die Politik der Massen in den Bereich des Ästhetischen und Theatralischen gehört, nicht des Kognitiven oder des Deliberativen; sie hat nichts mit Rationalität zu tun. Dieser Punkt ist entscheidend.

II.

Das Fernsehen ist, wie Niklas Luhmann erklärt, der wesentliche Gegenentwurf zum Öffentlichkeitsverständnis des 18. Jahrhunderts, denn: »the more ›that which is perceived‹, say, television, plays a role in this [creating the public], the more communication is based on implicit knowledge which cannot even be communicated.«¹⁶ Die ästhetische Funktion der okularen Öffentlichkeit soll die Idee beinhalten, dass die Zuschauer ohne die Intention, das Wahrgenommene als Handlungsmittel einzusetzen, am Zuschauen partizipieren. Ein »visuelles Wissen« kann insofern nicht subjektiv kontrolliert werden, da das, was die Zuschauer gemeinsam aufnehmen (die selben Bilder) sie und die Art, nach der sie Dinge wahrnehmen, erst erschafft. »Whereas the Enlightenment assumed that

16 | Luhmann, Niklas: *The Reality of the Mass Media*, übers. von Cross, Kathleen, Stanford: Stanford University Press 2000, S. 84.

commonality consists in a communicable interest based on reason,« hat sich Kommunikation durch die Massenmedien hin zu einem Identifikationsprozess der Zuschauer verändert.¹⁷ Die okulare Öffentlichkeit ist deshalb eine Öffentlichkeit, deren Identität darauf beruht, im Einklang mit den sittlichen Parametern zu urteilen, in denen die subjektive Anschauung zum peinlichen Ausdruck eines Anachronismus wird. »*Homo sapiens* is or has developed into a reading animal capable of abstraction [...]. *homo videns*, a television-made animal whose mind is no longer shaped by concepts, by abstract mental constructs, but by images. *Homo videns* just ›sees‹ [...] and his horizon is confined to the images that he or she is given to see, thus why *homo sapiens* is entitled to say, in all innocence, ›I see‹ to mean ›I understand‹, *homo videns* sees unassisted by understanding.«¹⁸

Wenn dies jedoch der Fall sein sollte, wie Green ebenfalls zu implizieren scheint, dann ist unklar, wie eine okulare Öffentlichkeit mit einem so dürftigen kritischen Potential eine Autorität zum Überwachen besitzen kann. Um noch einmal zu den oben erwähnten drei Funktionen der *doxa* zurückzukehren: Green behauptet, dass die Sphäre der öffentlichen Meinung mit dem neuen Mediensystem neben ihrer kognitiven Rolle auch ihre politische Rolle verliert, da sie die Bürger weder in der Selbst-Regierung kompetenter macht, noch sie zu einer Mobilisierungsmasse macht, die Souveränität fordert. Während traditionelle Populisten seiner Ansicht nach anachronistisch sind, ist es völlig unvertretbar, deliberativen Modellen anzuhängen. In der Tat: sofern wir der ästhetischen Funktion des Forums zustimmen, muss die Öffentlichkeit nicht notwendigerweise Beteiligung und rationale Deliberation anregen, um politisch zu sein. Die Öffentlichkeit ist insofern politisch, als sie es den Bürgern ermöglicht, ihre Anführer sichtbar zu machen, und *Bilder* sind für diesen Zweck effektiver als Worte. Da Sicht und nicht *Verstehen* das Werkzeug der Kontrolle ist, ist Videopolitik sogar ein geschickteres Kontrollsystem als das Wählen. Darüber hinaus beinhalten Bilder mehr egalitäre Implikationen und sind demokratischer als Worte. Während sich deliberative Demokratie folglich noch in einem aristokratischen Rahmen bewegt, ist

17 | Ebd.

18 | Sartori, Giovanni: *Comparative Constitutional Engineering: An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*, zweite Auflage, New York: New York University Press 1997, S. 148.

okulare Demokratie plebejischer und inklusiver gegenüber gewöhnlichen Bürgern.

Die von Green vorgeschlagene Parallele zwischen einer logos-orientierten Form und einer okular-orientierten ist interessant, triftig und voller Potentiale in einer Gesellschaft, die wie die unsere auf Bildern von Führungspersönlichkeiten und deren visuellen Überwachung aus der Ferne basiert, und, darüber hinaus, aus diesen Bildern und Tätigkeiten entsteht. Die schlechte Seite der Rhetorik entstammt sowohl der Sprache als auch der Vernunft (*logos* war das griechische Wort, um beide zu bezeichnen). Sie macht die Intentionalität des Sprechers zu einem Faktor, der vollkommen beliebig ist und der ungeprüft bleibt, weil er den Zuhörern nie transparent gemacht werden kann. Green argumentiert gegen Worte und für den Vorrang des Sehens, indem er behauptet, dass Wörter und Gehör zu einem System intransparenter Machtbeziehungen gehören (wenngleich sie diesem auch widerstreben). Dies würde erklären, warum die Öffentlichkeit zur gleichen Zeit wie die großen Staaten, die zentralisierte Systeme organisierten Verhaltens und Information benötigten, geboren wurde und gleichzeitig mit der Videotechnologie. Dementsprechend weist Green darauf hin, dass eine Demokratie von Angesicht zu Angesicht undurchsichtiger eingerichtet ist als eine medialisierte Demokratie, da sie fast ausschließlich auf Worten und Rede basiert und Rhetorik eher Verschleierung als Transparenz mit sich bringt. Aber wenn Politik erst einmal in einem Forum der Bilder operiert, könnten die Absicht des Redners und sogar seine Manipulationsversuche nicht lange ungestört und ohne die kontrollierende Intervention durch die Augen des Volkes bleiben. Green denkt, dass Machiavellis *Maxime*, dass ein guter Anführer sprechen sollte, ohne das Gesagte zu meinen (er muss eher scheinen als sein), besser in einer Politik funktioniert, die nicht auf Bildern basiert, weil diese nicht erfordert, dass die Handlungen der Führungspersönlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit enthüllt werden. Aber Bilder sind sehr viel verheerender für Popularität (und Doppelzüngigkeit und Verschleierung) als Worte. Und obwohl Führungspersönlichkeiten zu allen Zeiten und an allen Orten von der Versuchung getrieben sind, die Zustimmung der Bürger zu manipulieren, ist es erst die Verwendung von Worten, die ihren Absichten größeren Erfolg verspricht. Über Bilder haben die Zuschauer schließlich eine weitaus größere Verfügungsgewalt als über Worte. Die politischen Führungspersönlichkeiten unterliegen genau wie alle anderen dem Einfluss des Zeitgeistes und genau das ist es,

was die Macht der Bilder egalitärer und ihre Fähigkeit, Beschränkungen aufzuerlegen, effektiver macht.

Diese Neubewertung der Stellung des Bildes in der Demokratie erlaubt es Green, die Rhetorik der deliberativen Demokratie zu demaskieren, der zufolge Stimme oder Dialog oder Wörter eine überlegene Form demokratischer Teilhabe im Entscheidungsfindungsprozess darstellen. Er argumentiert stattdessen, dass Unverfälschtheit, beziehungsweise die Offenbarung der Führungspersönlichkeit vor dem Publikum viel demokratischer ist, obwohl sie keine partizipatorischen Ambitionen kultiviert. Faktisch verdeckt die deliberative Demokratietheorie mit ihrem abstrakten Scholastizismus die schlichte Tatsache, dass die Wenigen herrschen, ohne den Vielen irgendeine Form von reeller Macht zur Beeinflussung des politischen Spiels zu geben, da das politische Spiel aus den Normen der Deliberation herausfällt. Plebiszitäre Politik jedoch beginnt bei der Anerkennung dieser schlichten Tatsachen und möchte sicherstellen, dass eine Kompensation für das Machtungleichgewicht geleistet wird: »those who do have massively disproportionate authority and power in a democracy in some sense be compelled to recompense the public for this privilege.«¹⁹ Kurz gesagt, okulare Demokratie *erkennt* die Existenz einer ungleichen Machtverteilung zwischen den Regierten (den Vielen) und den Regierenden (den gewählten Wenigen) *an*, *akzeptiert* und subsumiert sie unter die Norm des Handels, die da lautet »do ut des«. Mit anderen Worten: okulare Demokratie tauscht genau in dem Moment, in dem sie versucht, Worte aufzuheben, die Autonomie der Bürger gegen das öffentliche Bild der politischen Führungspersönlichkeiten ein.²⁰

Kehren wir zu Rolle und Funktion von Worten und Rede in der Demokratie zurück. Okulare Demokratie reklamiert einen normativen Wert für sich und der Vergleich zwischen Blick (*gaze*) und Worten ist der Schlüssel dazu, diesen Wert zu erfassen. Die Rhetorik wird beschuldigt, mehr Passivität zu befördern, unter dem Vorwand, Wissen und vernünftige Argumente im öffentlichen Diskurs voranzutreiben. Außerdem verletzt sie die Gleichheit weitaus systematischer als visuelle Auftritte dies tun. Das Bei-

19 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 26 (Hervorhebung im Original).

20 | Der politische Prozess wird durch Sprache getragen, nicht durch Bilder: »The elementary political process is the action of mind upon mind through speech.« de Jouvenal, Bernard: *Sovereignty: An Inquiry into the Political Good*, übers. von Huntington, J. F., Chicago: University of Chicago Press 1957, S. 304.

spiel der Eloquenz scheint Greens Argument zu belegen. Der öffentliche Gebrauch der überzeugenden Sprache ist auf die Vielen abgestimmt und bedarf einer wesentlichen Gleichheit von Potentialen, wie die Fähigkeit, moralische Urteile zu fällen, jedoch keinesfalls irgendeine spezifische Art von intellektueller Kompetenz oder Fähigkeit oder Wissen.²¹ Die öffentliche Rede setzt keine direkte Antwort oder einen dialogischen Austausch voraus: das Publikum eines Redners, ähnlich wie dasjenige eines Schauspielers auf der Bühne, ist zum großen Teil eher geneigt zuzuhören denn zu sprechen. Faktisch kann Eloquenz nicht ohne Publikum existieren, und Aufmerksamkeit heischende Worte sind wichtiger als logische Folgerungen, weil Ästhetik die Emotionen bewegen kann. Daher spielt das Publikum eine wichtige Rolle, weil es über die Qualität von Argumenten und das Verhalten des Redners bestimmt.²² Darum hat Platon die Eloquenz in *der Staat* mit der Poesie verglichen, weil sie ein Publikum und ein wohlwollendes Verhältnis zwischen Autor und Redner und Leser und Zuhörer voraussetzt.²³ Ziel der Eloquenz ist es jedoch, die Zuhörer in ihrem Willen zu beeinflussen, indem ihre Gefühle berührt und ihre Handlungsentscheidungen inspiriert werden. Es ist nicht Ziel der Eloquenz, die Mitglieder des Publikums zu gleichwertigen Beteiligten oder zu zur Kontrolle Befähigten zu machen.

Aus seiner Umkehrung der Idee, die im Zentrum der linguistischen Basis deliberativer Demokratie steht, schließt Green, dass Wörter das Volk weder in einem größeren Ausmaß vor Beeinflussung und Manipulation schützen, als Bilder das täten, noch mehr Partizipation erlauben würden, noch egalitärer seien. Zusammengefasst scheint es keinen Grund zu geben, warum eine Öffentlichkeit der Wörter eine bessere Demokratie ermöglichen sollte als eine Öffentlichkeit der Bilder. Der Vergleich wird

21 | Perelman, Chaim/Olbrechts-Tyteca, Lucie: *The New Rhetoric: A Treatise on Argumentation*, übers. von Wilkinson, John und Weaver, Purcell, Notre Dame: University of Notre Dame Press 1971, S. 14-19.

22 | Ebd., S. 24.

23 | Plato: *The Republic*, übers. von Grube, G. M.A., überarbeitet von Reeve, C.D.C., Indianapolis: Hackett 1992, S. 23f. Während Eloquenz gehört (bzw. erhört) werde, würde Poesie überhört, wie John Stuart Mill zu diesem Satz feststellte. Vgl. ders.: »Thoughts on Poetry and Its Varieties« (1833), in: Robson, John M./Stillinger, Jack (Hg.): *Collected Works*, Band I, Toronto: University of Toronto Press 1981, S. 348 und S. 363.

sogar noch überzeugender, wenn wir das Kontrollpotenzial dieser beiden Formen von demokratischer Öffentlichkeit in Betracht ziehen. Obwohl plebiszitäre Demokratie von der Akzeptanz eines ungleichen Verhältnisses zwischen politischen Führungspersonlichkeiten und dem Blick des gewöhnlichen Bürgers ausgeht, sieht sie eine »Korrektiv-Strategie« vor, die die deliberative Theorie nicht anbieten kann. Deliberative Demokratie macht Demokratie zu einem philosophischen Ideal (das durch die normativen Werte der Autonomie, Reziprozität und Universalisierbarkeit charakterisiert ist), aber sie schweigt sich darüber aus, wie Demokratie funktioniert. Die Kluft zwischen Ideal und Realität macht die deliberative Demokratietheorie ineffektiv und zahnlos. Diese Kritik ist treffend. Der Lösungsentwurf der okularen Demokratie ist jedoch nicht zufriedenstellend.

Wie wir sehen können, ist die »Heilungs«-Strategie, welche die okulare Demokratie vorschlägt, nicht von dem Ziel getragen, die Macht der Bürger zu vergrößern oder ein Element (Partizipation) gegen ein anderes (Entscheidung) zu wenden. Stattdessen ist die Strategie von der Idee be-seelt, dass das Aufdecken von *arkana* gleichbedeutend damit ist, ihnen die willkürliche Komponente zu nehmen, die im Geheimen liegt. Darin, dass die Entscheidungsgewalt bei den Wenigen verbleibt, weil sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der unorganisierten Vielen fallen kann, stimmt Green komplett mit Joseph A. Schumpeter überein. Green gibt »dem Volk« jedoch sodann eine Macht, welche die Wenigen nicht besitzen: die des Enthüllens. Das Gegenmittel für das unvermeidbare Machtungleichgewicht, das Politik mit sich bringt (Demokratie ist hier keine Ausnahme), stammt von einer Macht *negativen* Typs: einer Macht, die spezielle okulare Beschränkungen auferlegt, und zwar den wenigen Auserwählten, deren Stimmen besonderer Einfluss verliehen wurde, andere zu repräsentieren, mit anderen Angehörigen der Eliten zu deliberieren und sich an den tatsächlichen Entscheidungen zu beteiligen. Offenheit erlegt Personen des öffentlichen Lebens »zusätzliche Beschränkungen« auf, während es die Beobachtenden und die Beobachteten in einem wichtigen Punkt gleichstellt: der öffentlichen Enthüllung ihrer Handlungen, oder, anders gesagt, der okularen Macht.²⁴ Kurz gesagt, Demokratie liegt im Negativen; sie ist reaktiv und *ex post*, eine Beurteilung der Handlungen und Entscheidungen, die von den Wenigen getätigt wurden.

Green überhöht das demokratische und egalitäre Potential des Blicks, indem er sich unter anderem auf den existentiellen Aspekt von Kontrolle und Handlungsfähigkeit bezieht, die der Zuschauer gegenüber der politischen Führungspersönlichkeit ausübt. Ungeachtet der unerfreulichen und sogar perversen Implikationen, die die Macht des Blickes haben mag, ist es klar, dass der Blick eine direkte Konfrontation zwischen den Zuschauern und den Beobachteten ermöglicht, und das trägt zu seinen im Gegensatz zum Zuhören egalitäreren Implikationen bei. Die Disziplinarmacht des Blickes erkennt den Zuschauer als Inhaber einer Machtposition an: »the spectator as potentially occupying a position of power vis-à-vis the individual who is being seen.«²⁵ Das Bentham-Foucault-Paradigma eines Zuschauers, der seine Macht proportional zu seiner Unsichtbarkeit erhöht, inspiriert Greens Model der okularen Demokratie, in welcher die Massen die selbe allmachtsartige Unsichtbarkeit besitzen wie der Wächter eines Gefängnisses, dessen Architektur dazu prädisponiert ist, seine Präsenz unbemerkt zu machen (Bentham, dessen Verteidigung der repräsentativen Regierungsform ihm Schmitts Anschuldigung eingetragen haben, ein »fanatic of liberal rationality« zu sein, schlug vor, das Volk, ganz ähnlich wie den Gefängniswächter im Urteil zu stärken, als er die öffentliche Meinung als »the power of a tribunal« definierte).²⁶

25 | Ebd., S. 11.

26 | Schmitt, Carl: *The Crisis of Parliamentary Democracy*, übers. von Kennedy, Ellen, Cambridge: MIT Press 1994, S. 38. »The public compose a tribunal, which is more powerful than all the other tribunal together. An individual may pretend to disregard its decrees – to represent them as formed of fluctuating and opposite opinions, which destroy one another; but everyone feels, that thought this tribunal may err, it is incorruptible; that it continually tends to become enlightened; that it unites all the wisdom and the justice of the nation; that it always decides the destiny of public men; and that the punishments which it pronounces are inevitable. Those who complain of its judgments, only appeal to itself; and the man of virtue, in resisting the opinion of to-day – in rising above general clamour, counts and weighs in secret the suffrage of those who resemble himself«, Bentham, Jeremy: *An Essay on Political Tactics, or Inquiries Concerning the Discipline and Mode of Proceeding Proper to Be Observed in Political Assemblies*, in: *The Works of Jeremy Bentham published under the superintendence of his Executor, John Bowring* (1843), Elibron Classics Series 2005, S. 310.

Durch die Verschiebung der bürgerlichen Urteilsmacht weg von Wörtern hin zum Visuellen, vom Tun zum Beurteilen, möchte Green das »tribunal of opinion« wahrhaft effektiv machen. Er denkt, dass die Revolution der Informations- und Kommunikationsmittel seine Sache unterstützen, da sie dem Volk eine eigene Funktion verleihen, die keine des Handelns ist (eine Masse kann, wie Weber gezeigt hat, nicht ohne Führer agieren), sondern die des Beobachtens und Beurteilens. Kurz gesagt, plebiszitäre Demokratie rekonfiguriert die dyarchische Struktur der Demokratie dadurch, dass sie zwei Akteure schafft: Bürger als Wähler (mit Ideologien, Interessen, der Absicht und dem Streben danach, um Macht zu konkurrieren) und das Volk als unpersönliche und vollständig interessenfreie Einheit, die das politische Spiel dadurch inspiziert, dass sie eine Öffentlichkeit schaffen und dem Spiel diese Bürde auferlegt. Wie bei Schumpeters Bürgern ist die politische Partizipation auf ein Minimum beschränkt und erschöpft sich in der elektoralen Auswahl der Elite. Der tatsächliche Ort des Volkes ist das Forum, in dem es jedoch nicht die Funktion hat, sich Meinungen zu bilden, da es nicht die Form einer Pluralität von Interessen oder Ansichten besitzt, sondern eher die Form einer anonymen Masse von Zuschauern. »Das Volk« ist der oberste Kontrolleur der »nur zusieht« aber »nicht gewinnt«, weil er nicht am Konkurrenzkampf der Politik, einer Aufgabe für die Wenigen, partizipiert.²⁷

III.

In der plebiszitären Publikumsdemokratie zur politischen Führungspersonlichkeit zu werden, muss zu einer beschwerlichen Angelegenheit werden: das sicherzustellen ist das einzige Kontrollmittel, das das Publikum besitzt. Der Preis, den eine Führungspersonlichkeit im Austausch dafür zahlen muss, die Werkzeuge der Staatsmacht in ihren Händen zu halten, ist der Verzicht auf den Großteil ihrer persönlichen Freiheiten. Der Spitzenpolitiker ist in den Händen des Volkes, weil er ständig unter dessen Beobachtung steht. Das sind die »extra burdens on public figures«, welche die okulare plebiszitäre Demokratie bereitstellt. Greens Vorschlag ist verlockend, weil es unbestreitbar so ist, dass diejenigen, die um Macht konkurrieren, sich bewusst sein sollten, dass sie die Dimension negativer

Freiheit, wie gewöhnliche Bürger sie genießen, weder selbst genießen, noch beanspruchen können. Mehr Macht bringt mehr Verantwortung mit sich und daher weniger Freiheit zum Verbergen. Die politisch Mächtigen sehnen sich nach dem Ring des Gyges, oder der Macht, unsichtbar zu sein, um tun zu können, was ihnen sonst verwehrt wäre.²⁸ Verschwiegenheit ist im Privatleben eines Individuums ein basales Gut, im Fall von Spitzenpolitikern könnte sie jedoch zu einer hartnäckigen Hürde werden. Selbstverständlich sind die Grundrechte eines Ministers oder Premierministers genauso geschützt wie die aller anderen. Damit aber sichergestellt werden kann, dass sein Privatleben transparent und gesetzestreu abläuft, ist möglicherweise ein zusätzlicher Grad an Kontrolle erforderlich. In diesem Fall wird Vertrauen nicht *ex ante*, als Blankoscheck gewährt, sondern es beinhaltet die Bestätigung durch Beweise und setzt diese sogar voraus. Tatsächlich ist die Kandidatur für einen politischen Posten eine freie Entscheidung des Kandidaten, die in der Folge von einer Mischung aus Ehrungen und Bürden begleitet wird.

Was am Plädoyer okularer Demokratie dafür, Spitzenpolitiker zum Objekt der Zuschauer zu machen, weniger überzeugend ist, ist die Zuversicht, dass die Platzierung des Spitzenpolitikers auf der Bühne *eo ipso* zur Folge haben wird, dass seine Macht stärker beschränkt oder besser kontrolliert wird; dass die Öffentlichkeit der Sache nach rechtsstaatliche Kontrollen zur Einschränkung der Macht ersetzen könnte, und dadurch das Ziel erreicht, Politik zu demokratisieren, weil diese dann in geringerem Maße der Kontrolle nichtdemokratischer Institutionen unterworfen ist. Jedoch gilt: »[the] politician's motive for wearing a socially accepta-

28 | Für eine exzellente Reflexion über Geheimhaltung und Undurchsichtigkeit als unschätzbar wertvolle persönliche Güter und die neuen Risiken, die aus der Besessenheit mit Berichterstattung und der Technologie des Alles-Sehens-und-Wissens resultieren, siehe Kateb, George: »On Being Watched and Known«, in ders.: Patriotism and Other Mistakes, New York: Yale University Press 2004, S. 93-113. Zum Bereich wertvoller Öffentlichkeit und dem Bereich, in dem die Begrenzung von Öffentlichkeit wertvoll ist, siehe Gutmann, Amy/Thompson, Dennis F.: Democracy and Disagreement, Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University 1996, S. 95-127; zu den Versprechen von Öffentlichkeit im demokratischen Staat siehe Bobbio, Norberto: Il futuro della democrazia, Turin: Einaudi 1984, S. 95-113 (englische Ausgabe mit dem Titel The Future of Democracy, übers. von Bellamy, Richard, London: Polity Press 1984.

ble mask did not disappear with the advent of modern democracy«²⁹, und Greens Argument für die Kontrollmacht einer okularen Öffentlichkeit ist ungerechtfertigt. Sie basiert auf abstrakten Erwägungen der Rolle einer okularen Öffentlichkeit, welche die tatsächlichen Erfahrungen zu widerlegen scheinen.

Premierminister Silvio Berlusconi bewegte sich andauernd unter den Augen der Medien, die nicht unbedingt deshalb in sein Leben eindringen, um sein ungesetzliches Verhalten aufzudecken, sondern um die Skandal lust der Öffentlichkeit zu befriedigen, was wiederum einen Markt für Skandale schuf und die öffentliche Meinung in Boulevardformat presste. Das Privatleben des Premierministers den Blicken der Bürger auszusetzen hat weder dabei geholfen, seine Macht zu kontrollieren, noch, sie zu begrenzen; darüber hinaus hat es ihn nicht einmal davon abgehalten, sein Leben so zu leben wie er es wünschte. Die Tatsache, dass Berlusconi sechs landesweit ausstrahlende TV-Sender besaß oder kontrollierte, war selbstverständlich ein gravierender Faktor, aber es war nicht der einzige Grund, der die italienische Zuschauer-demokratie zu einer passiven Demokratie machte, die den Politiker Berlusconi kaum kontrollieren konnte. In der Tat ist das Imperium des Okularen oder das Aufblähen der Bilder gerade der Faktor, der das Sehen zu einer besonders ungeeigneten Macht im Dienste der Kontrolle werden lässt. Er wiegt sogar mehr als das Eigentum an Informationsmedien. Das Paradox der Überbetonung des ästhetischen Faktors öffentlicher Meinung auf Kosten ihrer anderen beiden Funktionen (der kognitiven und der politischen, und zwar dem Verstehen und dem Partizipieren) beim Fällen eines politischen Urteils ist, dass hierbei nicht berücksichtigt wird, dass Bilder zu einer Art von Urteil führen, das eher Geschmacksfragen als politische und moralische Fakten bewertet. Der Geschmack mehrt, wie Immanuel Kant erklärte, die rhetorischen Möglichkeiten der Sicht eher, als dass er sie eindämmen würde, und darüber isoliert er Kommunikation mehr als dass er sie fördern würde. Gewiss, während es möglich ist »über den Geschmack zu argumentieren«, ist es unmöglich über ihn »zu streiten«, weil in Geschmacksfragen keine unbestrittene konzeptuelle Bestimmung verfügbar ist. Bestenfalls können wir darauf vertrauen, dass »es Hoffnung darauf geben muss, zu einer einvernehmlichen Einigung zu kommen«, und darauf hinzuarbeiten, dass diese möglich wird. Geschmack ist eine private Ansicht über Aussagekraft

und kann kaum ein Medium für die einvernehmliche Einigung unter den Zuschauern sein. Im Gegenteil ist es ein hypothetisches Folgern (Vorstellung, in Kants Worten), welches die Macht und die Fähigkeit besitzt, den Willen anzustacheln und dies auch tut, indem es unsere Vernunft dazu bewegt, Strategien zu entwickeln, die Zustimmung hervorrufen: »there must be hope of coming to mutual agreement; hence one must be able to count on grounds for the judgment that does not have merely private validity and thus are not merely subjective, which is nevertheless completely opposed to the fundamental principle *Everyone has his own taste*.«³⁰ Ideologie ist die Tochter des hypothetischen Denkens oder der Vorstellung; sie lässt uns die Zukunft so ausmalen, dass wir in der Gegenwart unseren Handlungswillen mobilisieren, um sie herbeizuführen. Ideologische Darstellungen anzubieten ist ein rationales Verhalten in einem Bereich, der wie die Politik mit zukunftsorientiertem Verhalten zu tun hat, oder mit Entscheidungen, die auf konkrete Auswirkungen abzielen. Vorstellung ist daher eine Art und Weise, dem Verstand eine mögliche oder wünschenswerte Welt einsehbar zu machen, die Wille und Handlungen versuchen, real werden zu lassen, indem sie instrumentelles Denken, Besonnenheit und all die ethischen Tugenden nutzen, die zur Politik gehören. Aber wozu führen Bilder, die in der Domäne des Geschmacks angesiedelt sind? »The upshot is this: that the priorities of television are the scoop, the shoot (a good image), and the ratings (the largest possible audience).«³¹ Das vorhersehbare Resultat ist, dass Information nicht per se das Urteilsvermögen stärkt.

Die Hegemonie des Okularen würde die Öffentlichkeit in die genau entgegengesetzte Richtung dessen führen, was Green beabsichtigt. Das Publikum kontrolliert den Anführer nicht, sondern suggeriert ihm, was er tun oder lassen sollte, um die Gunst des Volkes (die nicht unbedingt identisch mit den Interessen der Gesellschaft ist) zu erlangen, und tatsächlich die Voraussetzungen dieser Gunst zu formen. Darüber hinaus ruiniert das Imperium der visuellen Unvermeidbarkeit den Tenor und den Stil des politischen Diskurses. Die »italienische Erfahrung« bestätigt diese Diagnose, denn in den Jahren, in denen Berlusconi als de facto plebiszitärer Monarch einer Publikumsdemokratie regierte, wurden die

30 | Kant, Immanuel: *Critique of the Power of Judgment*, übers. Guyer, Paul/Matthews/Eric, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 214-17 (§§ 56-57).

31 | G. Sartori: *Comparative Constitutionalism*, S. 149.

Themen der politischen Debatte durch die Logik des kommerziellen Marketings und der Publicity diktiert. Politische Themen, die die Massenmedien führten, wurden schlicht deswegen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt, weil sie für Fernsehsender nicht attraktiv und für die Zuschauer störend waren.³² Das Paradox der totalen visuellen Öffentlichkeit oder der »zusätzlichen Beschränkung« öffentlicher Figuren besteht darin, dass politische Entscheidungen unsichtbar und verdeckt bleiben, weil sie für den ästhetischen Geschmack und das Bedürfnis nach Spektakel, wie es die Masse vor den Fernsehbildschirmen besitzt, unattraktiv sind. Sehr wenig darüber zu wissen, was gewählte Politiker taten, war der Preis, den die italienischen Bürger dafür bezahlten, zu einem allmächtigen okularen Publikum zu werden, das mit einer Art von Informationen gefüttert wurde, die von dem Ziel getrieben war, den Geist der Menschen mit Bildern zu beeindrucken, welche Mitgefühl oder Zorn erregen. »The effect is not the function where the mass media seems to lie, therefore, [but this functions seems to lie] in the reproduction of non-transparency through transparency, in the production of *non-transparency of effects* through *transparency of knowledge*.«³³ Das Leben von Spitzenpolitikern sichtbarer und zu einem Objekt des Spektakels zu machen, könnte daher eine neue Undurchsichtigkeit unter dem Vorwand der Öffentlichkeit erzeugen.

Die Transformation der Grundlagen der Politik weg von Parteiprogrammatik hin zum Publikum, generell gesprochen weg von politischen Ideologien hin zum kommerziellen Kalkül einer gewerblichen Marke, hat dem Volk nicht nur Kontrolle entzogen, sondern ihm genau genommen sogar die Fähigkeit genommen, zu beobachten und sie hat den Bereich der Politik anfälliger für Korruption werden lassen. All das beweist das italienische Beispiel. Vor einigen Jahren hat Alessandro Pizzorno das durch diese Transformation entfaltete Paradox als ein Anzeichen für den Verfall der politischen Sprache und des politischen Urteilsvermögens und ihre Ersetzung durch die Sprache der privaten Moral und des Geschmacks interpretiert. Die zentrale Bedeutung von Symbolen im Vergleich zu Pro-

32 | In einem Kommentar zu Bill Clintons außerehelichen Affären, die die amerikanische Öffentlichkeit die Hälfte von Clintons zweiter Amtszeit über beschäftigte, stellen Gutmann und Thompson richtig fest, dass die Deliberation weniger angespannt wäre, wenn wir weniger über die privaten Amoralitäten öffentlicher Personen sprechen würden, in: *Democracy and Disagreement*, S. 124.

33 | N. Luhmann: *Reality of the Mass Media*, S. 103 (Hervorhebung im Original).

grammen, der *Führungspersönlichkeit* gegenüber dem Kollektiv der Parteianhänger, übersetzt sich in die zentrale Bedeutung subjektiver Qualitäten gegenüber politischer Qualitäten in der Formulierung eines politischen Urteils durch die Bürger. Politische Tugenden (Besonnenheit, Kompetenz etc.) verfallen, und persönliche Tugenden (ästhetisch, sexuell etc.) werden zentral. Eine erwiesene Folge dieser Transformation ist die Zunahme der Korruption, denn das, was der Gegenstand öffentlicher Sichtbarkeit sein sollte, ist für die Zuschauer und die Medienexperten nicht so wichtig wie die Person des Spitzenpolitikers. Politik wird professioneller in dem Sinne, dass sie zu einer Aktivität wird, die von verdeckten Austauschgeschäften lebt. Tatsächlich fördert das Plebiszit des Publikums die Korruption.³⁴

IV.

Dem Volk eine exklusive okulare Macht zu verleihen gibt ihm noch keinerlei Garantie darauf, dass das, was es sehen wird, die wichtigsten Dinge sind, mit denen sich die Regierung oder Politiker beschäftigen, oder das, was die Gesellschaft braucht und will.³⁵ Damit Meinungen öffentlich sind, reicht es nicht, dass sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden; es ist auch notwendig, dass sie »öffentliche Dinge« betreffen. Die *res publica* und die Beurteilung dieser Relevanz ist etwas, das die Bürger frei entwickeln, wenn sie an ihrer Willensbildung partizipieren und Urteile als Bürger, nicht einfach als Zuschauer fällen.³⁶ Das tun Bürger, wenn sie neben dem Zusehen noch andere Dinge tun, wie zum Beispiel, sich in Bewegungen, Vereinen und an Wahlen beteiligen; ihre Repräsentanten auf ihre Probleme und Interessen aufmerksam machen; sie in einer Kampfkandidatur herausfordern; und sie in das Parlament oder aus dem Parlament herauswählen. Es sind jedoch nicht nur der Inhalt und der Produzent, die ein Faktum zu einem öffentlichen Faktum werden lassen, sondern auch die Art und Weise, in der es dazu wurde. Bürger tragen dazu bei, Öffentlichkeit zu schaffen, wenn sie den Staat veranlassen zu

34 | Pizzorno, Alessandro: *Il potere dei giudici: Stato democratico e controllo della virtù*, Roma-Bari: Laterza 1998, S. 45-63.

35 | G. Sartori: *Comparative Constitutionalism*, S. 149-50.

36 | Sartori, Giovanni: *The Theory of Democracy, Part One: The Contemporary Debate Revisited*, Chatman, NJ: Chatman House 1987, S. 87.

tun, was Kant vorschlug: nämlich, sein Handeln der Beurteilung durch die Bürger vorzulegen, damit diese Handlungen nach den Prinzipien des öffentlichen Gebrauchs der Vernunft bewertet werden können, was die Gleichheit von Rücksichtnahme und Freiheit bedeutet. Der öffentliche Vernunftgebrauch der Bürger verlangt, dass das staatliche Handeln öffentlich bekannt ist. Aber ab welchem Punkt ist eine öffentliche Handlung öffentlich? Beginnt die Öffentlichkeit einer Handlung, wenn sie noch in der Form eines Plans im Kopf eines Politikers ist,³⁷ oder wenn in einer öffentlichen Institution wie einer Versammlung über sie debattiert wird?

In einem Kommentar zur Kantischen Maxime der öffentlichen Vernunft stellt Noberto Bobbio die folgenden Fragen: Wenn die Geheimhaltung des Regierungshandelns per se ein Eingeständnis darstellt, dass diese Handlungen skandalös sind, »was ist es [dann], das einen Skandal konstituiert?« und »an welchem Punkt wird ein Skandal geboren?« Wie weit muss eine Handlung der Öffentlichkeit gegenüber enthüllt sein, damit sie als etwas zählt, das im Blick des Volkes ist? Mit anderen Worten: keine Entscheidung kann auf komplett transparente Art und Weise getroffen werden – besonders dann nicht, wenn, wie es in einer Demokratie der Fall ist, individuelle Freiheit das Prinzip ist, das politisches (und nicht nur privates) Handeln leitet, weil sie die Bedingung ist, dank derer Aushandlungsprozesse und Kompromisse zwischen pluralistischen Parteien und Interessen gelingen können.³⁸ Die Art und Weise, in der öffentliche Handlungen öffentlich gemacht werden (wann? In welcher Form? Durch welche Arten von Bildern?) ist an und für sich keine transparente Angelegenheit.

Die Antwort der okularen plebiszitären Demokratie scheint die Undurchsichtigkeit nicht zu beseitigen: »Candor is useful because it seeks to regulate this secondary set of concerns: not the policies that are legislated, but the leaders empowered to legislate.«³⁹ Die okulare Macht des Volkes funktioniert eher gegenüber der Person des Spitzenpolitikers denn gegen-

37 | Siehe Walzer, Michael: »Political Action: The Problem of Dirty Hands«, in: *Philosophy and Public Affairs* 2 (2), (1973): S. 160-180; sowie Nagel, Thomas: »Ruthlessness in Public Life«, in: Hampshire Stuart (Hg.) *Public and Private Morality*, Cambridge: Cambridge University Press 1978, S. 75-91.

38 | N. Bobbio: *Il futuro della democrazia*, S. 93.

39 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 203.

über den politischen Inhalten. Das ist es, was sie zu einem Teil des Plebiszitarismus macht. »Presidential debates, public inquiries, and press conferences« sind die Strategien okularer Demokratie, deren essenzieller Geltungsbereich die *watchability* von Verhalten ist.⁴⁰ Wie Luhmann aber überzeugend argumentierte, ist Undurchsichtigkeit im Paradigma der Öffentlichkeit als totalem Zuschauer deswegen impliziert, weil »being offered from the outside, entertainment aims to activate that which we ourselves experience, hope for, fear, forget – just as narrating of myth once did.«⁴¹ Die okulare Öffentlichkeit fördert Identifikation und Empathie, zwei Phänomene, die einer kritischen oder kontrollierenden Grundhaltung kaum zuträglich sind.

Obwohl die visuelle Transformation der Öffentlichkeit also deren »konstante Präsenz« erzeugt, könnte es daher sein, dass es sich hierbei nicht um eine kontrollierende Präsenz handelt. Mehr und konstant zu sehen, impliziert nicht notwendigerweise, alles zu sehen, oder das zu sehen, was für die Beurteilung von Spitzenpolitikern wichtig ist, oder dafür, sie für ihre Entscheidungen zur Verantwortung zu ziehen. Vor allem anderen macht das Sehen die Bürger, anders als Green denkt, nicht mächtiger, als ihre Abstimmung bei einer Wahl. Green führt aus: »The plebiscitarian approach to democratic reform is valuable precisely because it debilitates both the specific act of voting and the general conception of the everyday citizen as a decider.«⁴² Wahlen aber, die das Gegenteil einer »konstanten Präsenz« darstellen, haben die Macht, einen unerfreulichen Spitzenpolitiker aus dem Amt zu befördern; eine politische Führungspersönlichkeit hingegen jeden Tag durch die Informationen oder Bilder, die von den Massenmedien oder Presseagenturen bereitgestellt werden, zu beobachten, könnte dazu führen, dass sich die Bürger machtlos fühlen – es sei denn, okulare Demokratie wird als Mittel für mehr Partizipation oder sogar als Bruch mit der gewöhnlichen Politik interpretiert. Dies ist jedoch nicht, was Greens plebiszitäre Bürger anstreben oder tun sollen, denn Zuschauerschaft soll mehr ein Ersatz für Partizipation sein, anstatt sie anzuregen.⁴³

40 | Ebd., S. 203, S. 200.

41 | N. Luhmann: *Reality of the Mass Media*, S. 58.

42 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 199.

43 | Ebd., S. 28.

An diesem Punkt ergibt sich spontan die Frage: Da das Volk nur als beobachtendes Publikum gedacht wird, das keinerlei Rolle im Entscheidungsprozess innehat, der nur den Wenigen vorbehalten ist, zu welchem Zweck soll das Volk beobachten? Diese Frage scheint für die realistische Tradition der politischen Theorie, zu der okulare Demokratie gehört, verheerend zu sein. Dem Volk seine »Fähigkeit, Normen und Gesetze zu verfassen«, zu nehmen, geht damit einher, der Öffentlichkeit eine lediglich ästhetische Rolle zuzuweisen, deren Einfluss mehr unterhaltend als kontrollierend ist. Der Mangel an Normativität ist fatal für okulare Demokratie. Die Aussage, nach der »in der modernen Demokratie *die Minderheit* regiert«, muss deshalb erweitert werden um die Aussage, dass sie regiert, nachdem die Bürger sie gewählt haben. Ohne den Aspekt der Partizipation oder den *des Willens* in die Definition des Volkes einzubeziehen – die normative Idee politischer Autonomie – hat okulare Demokratie kein Ziel, oder, genauer gesagt, hat sie kein anderes Ziel als zuzuschauen. Es wäre die Dyarchie von Wille und Urteil, die den demokratischen Bürger zu einem Kontrollakteur macht, weil sie eine strukturelle Form der Kommunikation (reguliert durch Prozeduren und verfassungsrechtliche Normen und betrieben durch intermediäre Verbände wie Parteien und Organisationen aus der Zivilgesellschaft) zwischen politischem Handeln und politischem Urteil einbezieht. Diese Dyarchie wird entstellt, wenn der Wille den Wenigen delegiert wird, die (als gewählte Elite) das prozedurale und institutionelle Spiel bestimmen, und die Beurteilung den Bürgern eingeräumt wird, dies aber einzig in visueller oder ästhetische Form. Green deutet an, dass es für den Präsidenten oder die Exekutive ausreichen würde, regelmäßige Pressekonferenzen abzuhalten, oder, dass es für die Kandidaten ausreichen würde, sich an einer unverfälschten und offenen Fernsehdebatte zu beteiligen – kurz gesagt, die politische Arena zu einer Gladiatorenarena zu machen, um ihn oder sie der okularen Macht der Bürger auszusetzen. Diese Events, so vermutet Green, stehen im Einklang mit der Identität des Volkes als einer Einheit, die nicht entlang Parteilinien fragmentiert ist. Wahlen verkünden die Mehrheitsentscheidung und spiegeln Parteikämpfe wider. Sie sind Werkzeuge in den Händen politischer Gruppen, nicht eine Prozedur, die der demokratische Souverän nutzt, um die Macht des Staates zu begründen, zu kontrollieren und zu begrenzen. In diesem Verständnis sind Wahlen oder die autoritative Stimme außerhalb des Kompetenzbereichs des Volkes, der nur in einem besteht: von einer Position aus zu beobachten und zu beurteilen,

die über allen Parteimeinungen und ohne aktiv angestrebtes Ziel ist. Die politische Souveränität des Volkes verschwindet. Der Souverän ist nur ein Publikum.⁴⁴ Die ästhetische und theatralische Öffentlichkeit okularer Demokratie verdrängt zugleich die politische wie auch die deliberative Funktion von *doxa* und schwächt insofern die Demokratie eher, als dass sie sie neu beleben würde.

Zum Abschluss meiner Überlegungen würde ich vorschlagen, dass wir das plebiszitäre Argument, das okulare Demokratie stützt, umkehren und hervorheben, dass, im Blick des Volkes zu sein, eine raffinierte Strategie sein könnte, die der politische Anführer oder schlicht Medienexperten nutzen, um die Kontrolle des Volkes über die Macht des Spitzenpolitikers zu verringern. Dies gilt, *sofern* keine Vorkehrungen getroffen werden, die nicht einfach nur die Reglementierung des öffentlichen Auftretens des Spitzenpolitikers betreffen. Kurz gesagt, es ist die dyarchische Prämisse, welche die okulare Demokratie vor ihrem zahnlosen und anti-normativen Realismus retten kann.

Übersetzung: Dominik Hammer

44 | Ebd., Kap. 7.

Okulare und repräsentative Demokratie

Anna Fruhstorfer/Felix Petersen

DIE THEORIE OKULARER (VISUELLER) DEMOKRATIE

Mit seinem Werk *The Eyes of The People* wirbt Jeffrey Green für nicht weniger als einen Paradigmenwechsel von einem kommunikativen (*vocal*) zu einem visuellen (*ocular*) Begriff und Verständnis der Demokratie.¹ Er kritisiert die falsche Festlegung insbesondere zeitgenössischer Demokratietheorien, die um die Werte Deliberation, Partizipation und Transparenz organisiert sind.² Hierbei hebt er vermehrt hervor, dass all diese Theorien von einem vokalen, d.h. kommunikativen und an die Stimme gebundenen Modell der Demokratie ausgingen, obschon die Stimme des Volkes, heute wie eh und je, in der politischen Entscheidungsfindung weitgehend außen vor sei. Sowohl deliberative, partizipatorische wie auf Transparenz aufbauende Theorien der Demokratie kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen, was die Probleme zeitgenössischer Demokratien betrifft. Sie fordern jedoch – und hier ist Greens Kritik absolut nachvollziehbar und erfrischend, weil selten auf diese Art artikuliert –, dass *mehr Deliberation in, mehr Teilhabe an und mehr Transparenz über* Entscheidungsfindungsprozesse die Lösung des Problems der weitgehenden Ausgeschlossenheit des Volkes von herrschaftsrelevanten Entscheidungen darstellen muss.

1 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2010, S. 15. Siehe auch Avramenko, Richard/Schwartzberg, Melissa: »Symposium: Jeffrey Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*«, in: *Political Theory* 42 (2), S. 188-217 (2014).

2 | J.E. Green: *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship* [im Folgenden EOP], S. 178, 179, 196.

Dem plebiszitären Modell der Demokratie zufolge ist hier besonders problematisch, dass eine einseitig auf die Stimme des Volkes ausgerichtete politische Philosophie unterschlägt, dass die Stimme des Volkes selten direkt Einfluss nimmt.³ Diese Tatsache, die *Stimmlosigkeit* der von Herrschaft Betroffenen, soll nun für die Theorie der plebiszitären Demokratie den Ausgangspunkt bilden.

Grundsätzlich geht Green also von einem realistischen Begriff der zeitgenössischen Politik aus und kritisiert berechtigterweise, dass das im Begriff »*political dissatisfaction*«⁴ umschriebene Gefühl der Entfremdung von Bürgern und politischer Elite auch darauf beruht, dass Politiker ihre Auftritte inszenieren und sich hinter Presse- und Regierungssprechern verstecken können.⁵ Für das Volk, so Green, sei es unabdingbar, dass politische Führer nicht die Kontrolle über die Gegebenheiten ihrer Öffentlichkeit und Publizität besitzen.⁶ Er argumentiert, in Abgrenzung zu klassischen Demokratietheorien, für einen plebiszitären Begriff der Demokratie – das heißt, dass aus der Perspektive einer Theorie der visuellen, okularen Demokratie – der »*citizen-spectator*«⁷ oder »*citizen-being-ruled*«⁸ und nicht der idealisierte und realitätsferne »*citizen-governor*«⁹ im Zentrum des Erkenntnisinteresses steht.

Um nicht dem Fehlschluss zu erliegen, dass sein Vorschlag nun darin bestünde, einen theoretischen Ansatz zu erarbeiten, der ausschließlich von einer Gesellschaft ausgeht, die durch beobachtende, inaktive Bürger lebt, wollen wir hier herausstellen, dass Green keinesfalls die aktiven, partizipationswilligen Bürger ausschließen will oder für unwichtig erachtet, sondern vielmehr einzig den Fokus der Aufmerksamkeit verschiebt auf die von politischen Prozessen Ausgeschlossenen. Wobei Sätze wie der folgende missverständlich sind: »*The ocular model understands the object of*

3 | R. Avramenko/M. Schwartzberg, Symposium: Jeffrey Green's *The Eyes of the People*, S. 188.

4 | Siehe auch Inglehart, Ronald: »Political Dissatisfaction and Mass Support for Social Change in Advanced Industrial Society«, in: *Comparative Political Studies* 10 (3) (1977) S. 455-472.

5 | EOP, S. 198.

6 | EOP, S. 13.

7 | EOP, S. 29, 32, 34, 62, 187, 194, 202, 211.

8 | EOP, S. 32, 33, 34, 35, 37-42, 47, 48, 51-55, 57, 59, 62, 63, 178, 200.

9 | EOP, S. 33, 38, 42-44, 47, 48, 51-54, 58, 178, 199.

popular power to be the gaze rather than the decision, and the critical ideal of popular power to be candor rather than autonomy.«¹⁰ Man kann also schlussfolgern, dass es für Green nicht darum geht, das verbreitete Modell politischer Organisation nach dem repräsentativ-demokratischen Prinzip abzuschaufen oder zu revolutionieren. Er konzentriert sich einzig auf die aus seiner Perspektive wichtigsten Probleme und versucht mit Blick auf diese Probleme Lösungen anzubieten.

Die Versprechen dieser Theorie der Demokratie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Mit einem Begriff plebiszitärer Politik oder Demokratie, der auf den Blick und nicht die Stimme rekurriert, lässt sich zunächst die Hegemonie des repräsentativen Modells durchbrechen. Damit verliert auch das problematische Verständnis der Selbstgesetzgebung seine Relevanz.¹¹ Hiermit betont Green, dass die Krise politischer Partizipation darin besteht, dass die Teilhabe an politischen Entscheidungen nur bedingt möglich ist.¹² Trotz aller Kritik an der Arbeit Schumpeters ist ihm die Einsicht zu verdanken, dass sich die Demokratietheorie nicht wirklich fähig gezeigt hat, Antworten auf signifikante Probleme der Demokratie (z.B. Nichtbeteiligung, Nichtentscheidungsfähigkeit, Hierarchie, Nichtpräferenz, zuschauende Passivität) zu formulieren.¹³ Die Theorie der okularen Demokratie ist nun als ein Versuch zu lesen, neue Antworten auf diese ›alten‹ Probleme zu finden. Damit soll ein Diskurs eingeleitet werden, der jenseits bekannter Pfade nach politischen Lösungen sucht.

Zunächst bedient sich Green der von schon von Guy Debord artikulierten Diagnose einer Scheingesellschaft, in der jeder einzelne seine Rolle spielt und als Teil des Systems in der Hauptsache seiner Pflicht zu funktionieren nachkommt.¹⁴ Green schließt nun nicht unmittelbar an Debord an, er bezeichnet ihn sogar als polemisch und kritisiert, dass dieser eben nicht zwischen moralisch besseren und schlechteren Formen des Spektakels unterscheide.¹⁵ Jedoch stimmt er zu, dass Politik heute weitgehend spektakularisiert sei und vor allem Politiker mehr denn zu handeln und

10 | EOP, S. 15.

11 | EOP, S. 19.

12 | Green, Jeffrey E.: »Three Theses on Schumpeter: Response to Mackie«, in: Political Theory 38 (2) (2010), S. 268-275.

13 | J.E. Green: Three Theses on Schumpeter: Response to Mackie, S. 273.

14 | Debord, Guy: Die Gesellschaft des Spektakels, Berlin: Edition Tiamat, 1996.

15 | EOP, Fn 12 auf 214.

das Volk zu vertreten, sich selbst und ihre Taten inszenierten. In diesem Szenario, so folgert er, ist eine Mehrheit von Bürgern dazu verdammt, passiv zuzuschauen. Entsprechend sind es auch eher die passiven Sinneserfahrungen des Sehens und Hörens, die typisch für das Beherrschtsein in der Moderne sind.¹⁶ Und Jeffrey Green fokussiert seine Theorie auf »political leadership«, politische Führung: »a plebiscitary politics grounded on the ocular idea of candor [...] focused on the behavioral constraints placed upon leaders rather than laws«¹⁷.

Damit steht er in einer Theorietradition, die Machiavelli, Schumpeter und teilweise auch Weber einschließt.¹⁸ Eine der zentralen Fragen, die sich explizit im Prinzip des »candor«¹⁹ (dt. Offenheit) ausdrückt, ist demnach, wie eine Gesellschaft sich selbst ermächtigen kann, politische Führer, die zur Wahl stehen, zur Aufrichtigkeit zu disziplinieren. »A politics guided by the principle of candor would thus seek to bring decision makers before the public eye, where they might be compelled to join word to their actions and actions to their words.«²⁰ So erhofft sich Green durch verstärkte Öffentlichkeit, die dem Einfluss der politischen Akteure entzogen ist, eben diese Disziplinierung der Politik zu erreichen.²¹ Im Vordergrund steht

16 | EOP, S. 40.

17 | EOP, S. 19.

18 | Green konzentriert sich in seiner Analyse von Weber vor allem auf dessen Arbeiten zu politischer Führerschaft, wobei die Herrschaftssoziologie u.E. zu wenig Beachtung findet. Wir beziehen uns hier vor allem auf Webers Feststellung, dass Herrschaft im Alltag primär Verwaltung ist, und eben nicht nur durch die mitunter entfremdende Beziehung zu den gewählten politischen Führern besteht. Auch in Webers Religionssoziologie geht es nicht primär um Führerschaft, sondern vor allem um soziale Integration, Wirtschaft, Herrschaft und Gesellschaftsorganisation. Nur ein kleiner Teil von Webers Arbeiten befasst sich mit politischer Führerschaft, und auch sein Begriff plebiszitärer Demokratie ist nicht wirklich systematisch entwickelt.

19 | Der englische Begriff »candor« rekurriert auf einen lateinischen Begriff, der für das Weiße, das Helle oder den Glanz steht. Heute kann der Begriff als Offenheit ins Deutsche übersetzt werden.

20 | EOP, S. 22.

21 | EOP, S. 154.

hier die Idee der Demokratie als Nichtbeherrschung (non-domination).²² Dem Problem der Beherrschung mit den bekannten und teilweise dysfunktionalen Mitteln beizukommen, scheint ihm nicht ausreichend. Eine weitgehende Beschränkung politischer Macht durch die Bindung jeder Entscheidung an das Recht oder richterliche Kontrolle von legislativen und exekutiven Akten und Handlungen reicht nicht in einer Gesellschaft, in der Beteiligung an Politik für eine große Gruppe fast unmöglich ist.²³ Eines der Versprechen des demokratischen Rechtsstaats besteht in der Entpersonalisierung von Herrschaft.²⁴ So heißt es dann, das Recht solle herrschen. Green argumentiert nun, da verhältnismäßig wenige Bürger auf die Gesetze Einfluss nehmen können und faktisch Politiker herrschen, muss sich die Volkssouveränität anders Bahn brechen können.²⁵ Die Disziplinierung der Politik, die er mit Verweis auf Foucault einführt²⁶, bedeutet, auf das Problem der Beherrschung und Ausgeschlossenheit mit Dominanz zu antworten. Der Bürger soll durch schweigende Beobachtung in einem Raum, den der Politiker nicht mitbestimmen darf, Druck aufbauen,²⁷ sodass sich die politischen Führer zur Aufrichtigkeit gezwungen sehen und mehr Facetten der eigenen Persönlichkeit offenbaren müssen.²⁸ Hiermit soll eine besser informierte Wahlentscheidung möglich werden; zudem geht Green von der Annahme aus, dass mittels dieses Mechanismus auch die oft allzu große Macht von Politikern effektiver kontrolliert werden kann.²⁹

22 | Siehe hierzu Pettit, Philip: *On the Peoples' Terms: A Republican Theory and Model of Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press 2012; Ders., »Two Republican Traditions«, in: Niederberger, Andreas/Philipp Schink (Hg.): *Republican Democracy: Liberty, Law and Politics*, Edinburgh: Edinburgh University Press 2013, S. 169-204.

23 | Green nennt Zahlen zu politischer Beteiligung für die USA und folgert, dass 5-10 % der Bevölkerung aktiv teilhaben, 60-70 % wenig partizipieren und 20-30 % überhaupt nicht beteiligt sind. EOP, S. 49.

24 | Koselleck, Reinhart: *Begriffsgeschichten: Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006, S. 35.

25 | EOP, S. 57.

26 | EOP, S. 154-157.

27 | EOP, S. 183.

28 | EOP, S. 186.

29 | EOP, S. 203.

Um zu illustrieren, wie seine theoretischen Überlegungen praktisch politische Prozesse beeinflussen könnten, diskutiert Green im sechsten Kapitel Präsidentschaftsdebatten, öffentliche Anhörungen von Politikern und parlamentarische Ausschüsse, sowie wichtige politische Pressekonferenzen.³⁰

- Mit einer an Carl Schmitt angelegten Rhetorik folgert er mit Blick auf TV-Duelle, dass für diese Spektakel der Rahmen so gesetzt werden müsste, dass am Ende einer der Kandidaten über den anderen triumphiert.³¹ Wenn Politiker nicht in der Lage wären, den Ausgang eines TV-Duells vorab zu beeinflussen, wenn Fragen nicht abgesprochen wären, sondern die Kandidaten ins gegenseitige Kreuzverhör geschickt würden. Und dies, ohne zu wissen, um welche Inhalte es gehen soll, dann, so folgert Green, könnte am Ende eines Präsidentschaftsduells für den Wähler besser zu entscheiden sein, was genau es bedeuten würde, einem Politiker seine Stimme zu geben.
- Auch bei der Diskussion der Untersuchungen und Verhandlungen, denen Politiker ausgesetzt werden sollen, wählt er eine leicht martialische Sprache: »*Public inquiries – in which leaders are investigated, tried, and possibly punished – are a prime example of a site of candor.*«³² Interessanterweise betont er mit Verweis auf Benjamin Constant, dass es bei diesem Kontrollmechanismus nicht in der Hauptsache darum gehe, Politiker zu strafen, sondern vielmehr um ein Interesse an öffentlichen Untersuchungen zu wecken und einen Verantwortungssinn für die Aufrechterhaltung von Verfassung und Staat zu entwickeln; schließlich könnten Bürgerinnen und Bürger auf diese Art und Weise stärker in die Politik eingebunden werden.³³
- Auch Pressekonferenzen, auf denen politische Nachrichten und Entscheidungen kommuniziert werden, sollen nach Green stärker aus der Perspektive der charismatischen Gemeinschaft organisiert werden: die Theorie der plebisitären Demokratie erwartet, dass die politischen Führer und nicht deren Vertreter oder Pressesprecher zur Öff-

30 | EOP, Präsidentschaftsdebatten (S. 182-187), Anhörungen und Ausschüsse (S. 187-194), Pressekonferenzen (S. 194-198).

31 | EOP, S. 185.

32 | EOP, S. 187.

33 | EOP, S. 190.

fentlichkeit sprechen.³⁴ Zudem argumentiert Green, dass die Anzahl von Pressekonferenzen erhöht werden sollte und den Regierungen in der Kommunikation weniger Freiraum zugestanden werden dürfte, sodass Inhalte nicht beeinflusst werden und Fragen nicht unbeantwortet bleiben können.³⁵

Wie die vorangehenden Ausführungen zeigen, stellt die von Jeffrey Green skizzierte Theorie plebiszitärer Demokratie insbesondere eine Herausforderung für Theorien demokratischer Politik dar, also solche Ansätze, die Demokratie in der Hauptsache als Selbstgesetzgebung konzipieren. In diesem Sinne: »[W]hat I have insisted upon is the possibility of finding a new understanding of popular sovereignty over and against the usual – and indeed almost universal – conceptualization of popular sovereignty in terms of self-legislation.«³⁶ Im Folgenden wollen wir nun die von Green formulierten Ideen einer kritischen Überprüfung unterziehen, und seine Theorie der plebiszitären Politik mit grundsätzlichen Annahmen und Problemen repräsentativ-demokratischer Modelle ins Verhältnis setzen.

2. REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE: THEORETISCHE PRÄMISSEN UND PRAKTISCHE PROBLEME

2.1 Theoretische Grundannahmen

Schon in Montesquiueus Theorie der Politik ist die Idee angelegt, dass Repräsentation ein effektives Mittel darstellt, große Gesellschaften gerecht zu organisieren. Diese Idee wird von den Federalists aufgegriffen und zu dem Prinzip republikanischer Herrschaft *à l'américaine* erhoben. Dies gilt auch entgegen der durch Rousseau im Anschluss an Montesquieu vorgebrachten Kritik, dass der Wille des Volkes nicht repräsentiert werden könne. Um nicht dem Fehlschluss zu verfallen, dass Rousseau sich grundsätzlich und vollständig gegen politische Repräsentation ausspricht, die ihm als Kritiker der feudalistischen Gesellschaft als Relikt einer massiv ungleichen und ungerechten Gesellschaftsordnung erschien und deswe-

34 | EOP, S. 198.

35 | EOP, S. 195.

36 | EOP, S. 205.

gen verhasst war, ist es wichtig, hier eine Unterscheidung hervorzuheben. Rousseau spricht sich gegen die Vertretung des Volkes in der Gesetzgebung aus, betont aber ebenfalls im »*Gesellschaftsvertrag*«, dass die Exekutive sehr wohl gewählt sein soll und dann als Repräsentant des Volkes angesehen werden kann.³⁷ Da die für Rousseau entscheidende Kompetenz demokratischer Organisation in der Gesetzgebung und nicht der Ausführung von Gesetzen liegt und die politische Autonomie einer Gesellschaft eben darin besteht, sich mit allen anderen Bürgern zusammen zu schließen und in den Gesetzen dem Allgemeinwillen Ausdruck zu verschaffen, ist Repräsentation in diesem Sinne nicht das richtige Mittel. Er kommt zu diesem Schluss, da politische Autonomie eben keinen individuellen, sondern einen kollektiven Zustand darstellt.³⁸ Auf Basis dessen erscheint es sinnvoll, Greens Vorstellungen in Abgrenzung zu Annahmen repräsentativer demokratischer Herrschaft zu skizzieren.

Der von den Federalists entwickelten Idee, dass Repräsentation einer Pluralität gesellschaftlicher Interessen Ausdruck verschafft und dass die aus diesem Akt hervorgehenden Entscheidungsorgane (Präsident oder Kongress) somit ein Spiegelbild der Gesellschaft und diese konstituierenden Identitäten ist, liegt ebenfalls kein reiner Individualismus zu Grunde; auch hier ist schon angelegt, dass repräsentative Demokratie die gesellschaftlichen Interessen übersetzen und somit zum Ausgangspunkt von politischen Entscheidungen werden soll.³⁹ Jeffrey Green hebt berechtig-

37 | Rousseau, Jean-Jacques: »The Social Contract (1762)«, in: Dunn, Susan (Hg.): *Rethinking the Western Tradition: The Social Contract and the First and Second Discourses*, New Haven: Yale University Press 2002, S. 149-254, 170, 221-222. Wesentlich konkreter ist sein Text zu den Reformvorschlägen für die Regierung von Polen, siehe Rousseau, Jean-Jacques: »Considerations on the Government of Poland and its Proposed Reform (1772)«, in: *The Government of Poland*, übers. Willmoore Kendall, Indianapolis: Hackett 1985. Siehe auch, Urbinati, Nadia: *Representative Democracy: Principles and Genealogy*, Chicago: University of Chicago Press 2006; Fralin, Richard: *Rousseau and Representation*, New York: Columbia University Press 1978; Fetcher, Irving: *Rousseaus politische Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1975.

38 | Neuhouser, Frederick: »Jean-Jacques Rousseau and the Origins of Autonomy«, in: *Inquiry* 54 (5), (2011), S. 478-493.

39 | Hamilton, Alexander/Madison, James/Jay, John: *The Federalist Papers*, edited by Clinton Rossiter. New York: Signet Classics 2003, S. 71-79.

terweise hervor, dass dies keinesfalls der zeitgenössischen sozialen Realität entspreche, da die Mehrheit eben nur dem Gesetz gehorchen und nicht an dessen Aushandlung und Ausformulierung teilhaben kann.⁴⁰ Dies entspricht allerdings einer sehr spezifischen, dennoch weit verbreiteten Interpretation des Repräsentativgedankens. Zieht man zum Verständnis der repräsentativen Logik Hanna Pitkins⁴¹ zweidimensionalen Begriff des Handelns heran, so zeigt sich die Einseitigkeit der Kritik Greens. Handeln im Interesse der Repräsentierten bedarf einer starken Responsivität zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Gesetze entstehen nicht als holzschnittartige Entscheidungen, sondern sind – gerade in repräsentativen Demokratien – Resultat eines komplexen Aushandlungsprozesses zwischen parlamentarischer Mehr- und Minderheitsmeinung, Interessengruppen und anderen Akteuren.⁴² Gleichwohl, und hier ist sowohl die Kritik von Green, als auch die von Seiten der Repräsentationsforschung zutreffend,⁴³ ist gerade in diesem Aushandlungsprozess eine Reihe von Problemen zu beobachten. Darunter fallen Stichworte wie Lobbyismus, Tyrannei der Mehrheit, Korruption, aber auch fehlende Kompetenzen der Akteure (siehe hierzu im Detail Abschnitt 2.2).

Der Umgang mit diesen ähnlich definierten Problemlagen unterscheidet sich allerdings. Die unorganisierte Masse kann nach Greens Idee zum Volk werden, und den heute leeren Begriff wieder mit Leben füllen, wenn nur die Prinzipien plebiszitärer Demokratie eine größere Rolle spielen würden. Ob der Begriff des Volkes hier wirklich aktualisiert wird, bleibt indes fraglich. Denn durch öffentliche Kontrolle des politischen Führungspersonals können keine besseren oder demokratisch hochwertige-

40 | EOP, S. 57.

41 | Pitkin, Hanna: *The Concept of Representation*, Berkeley: The University of California Press, 1967.

42 | Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1998.

43 | Sarcinelli, Ulrich: »Von der parlamentarisch-repräsentativen zur medial-präsentativen Demokratie?«, in: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hg.): *Sprache des deutschen Parlamentarismus: Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*, Wiesbaden: Springer VS 2013, S. 161; Alonso, Sonia/Keane, John/Merkel, Wolfgang. »Editor's introduction: Rethinking the future of representative democracy.« in: dies. (Hg.): *The Future of Representative Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press 2011, S. 1-22.

ren Gesetze gemacht werden, da Kontrolle eben nur eine andere Form der Beherrschung ist und aktive, kollektive Beeinflussung der gemeinsamen Handlungsrahmen nicht vorsieht. Aus der Logik repräsentativer Demokratie ist demnach weniger der Ausbau plebiszitärer Elemente sinnvoll, als die tatsächliche Nutzung bereits bestehender Kontrollmechanismen.

Allerdings verfehlt aus der Perspektive einer demokratischen Theorie, die den von Green kritisierten Begriff der Selbstgesetzgebung radikal verwirklicht sehen will, die Kritik der plebiszitären Demokratietheorie das eigentliche Problem. Wie bereits angemerkt ist nach Rousseau die Idee repräsentativer Gesetzgebung an sich schon problematisch. Wenn der für die Gesetzgebung konstitutive Wille des Volkes repräsentiert werden soll, also die Gesetze nicht direkt, sondern vermittelt auf die von Herrschaft Betroffenen zurückgehen, dann herrscht nach Rousseau nicht der Wille des Volkes, sondern eine Macht, die vom eigentlichen Souverän nur berufen ist.⁴⁴ Für Rousseau ist darüber hinaus weitgehend unerheblich, wie sich politische Führer verhalten, da diese ohnehin nur eingesetzt sind die Gesetze auszuführen und sonst über die gleichen Rechte verfügen und von den gleichen Strafgesetzen betroffen sind wie alle Bürger.⁴⁵

Mit Blick auf die von Green artikulierte Theorie plebiszitärer Politik lässt sich in diesem Zusammenhang festhalten, dass auch aus Sicht einer an Rousseau angelehnten Konzeption der Selbstgesetzgebung ein Problem oder eben eine Krise repräsentativer Politik diagnostiziert werden kann. Gleichwohl trifft Rousseaus Kritik auf jegliche repräsentative und plebiszitäre Demokratie zu, ist die Kritik doch rein normativ und idealtypisch in ihrem Anspruch. Sie kann nur dann zutreffen, wenn man Demokratie und Herrschaft als gegensätzliche Seiten eines dialektischen Spannungsverhältnisses verstehen will. Wie bereits erwähnt, vertritt Green ein weitgehend realistisches Menschenbild mit einer hierarchisch anmutenden Einordnung von Beobachtern und Beobachteten. Die Logik repräsentativer Herrschaft resultiert ebenso wenig in einer eindeutigen Abwendung von der Elitenherrschaft, fordert jedoch eine Pluralisierung der Elite. So finden sich das rationalistische Menschenbild Greens und die damit verbundene Elitenherrschaft stellenweise auch in frühen Ansätzen repräsentativer Demokratievorstellungen. Bereits hier ist die Dar-

44 | Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag, Stuttgart: Reclam 2000, S. 27.

45 | J. J. Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, S. 62f., 109.

stellung verschiedener Schwachstellen repräsentativer Demokratie zentral. John Stuart Mill beispielsweise stellt die intellektuelle Qualität von Repräsentativversammlungen grundsätzlich in Frage, ebenso hebt er den Drang der Mehrheit zur Gleichmacherei hervor und betont die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit.⁴⁶ Dies bezieht sich vor allem auf seine Beobachtungen (gestützt auf Tocquevilles Beschreibungen) der repräsentativen Massendemokratie in den USA. Mills Lösung dieser Dilemmata ist nicht die Ausweitung politischer Partizipation, sondern eine durchdachte, an Qualifikation und Kompetenz ausgerichtete Repräsentation – mithin eine Lenkung durch Experten, die im normativen Sinne utilitaristisch entscheiden. Das von Green betonte Moment des *candor*, also der Offenheit, lässt sich hier gleichartig interpretieren. Für das Volk, so Green, ist es unabdingbar, dass politische Führer nicht die Kontrolle über die Gegebenheiten ihrer Öffentlichkeit besitzen.⁴⁷ Dieser Eindruck wird durch Greens Beschreibung von Mills Umgang mit politischer Öffentlichkeit verstärkt, in der Bürger (*»constituents«*) Teil einer deliberativen Gesamtbevölkerung werden und damit die Trennung zwischen dem Bürger mit und dem Bürger ohne formale politische Entscheidungsbefugnis zur Gesetzgebung aufheben.⁴⁸ Dieser Grundvorstellung repräsentativer Demokratie stehen demnach Greens Vorstellungen einer Gesamtschau, in negativer Konnotation: eines Panoptikums, nicht direkt entgegen. So zeigt Erik Jentges, dass das Charisma politischer Akteure aus der *»soziale(n) Magie politischer Repräsentation«*⁴⁹ entsteht. Okulare Demokratie, in der Spontanität und Authentizität normativ bedeutsam sind, funktioniert in ähnlicher Weise. Denn trotz Spontanität und Authentizität wird durch den *»gaze«* nicht zwangsläufig auf Aufrichtigkeit oder Offenheit geprüft, sondern auf Charisma und Talent zur Selbstdarstellung. Erinnert sei dabei an die beinahe schon mythische Fernsehdebatte zwischen Kennedy und Nixon, die das Bild von Fernsehdebatten – als mehr an Oberflächlichkeiten denn an Inhalten orientiert – nachhaltig prägte.

Mit dieser Interpretation von Demokratie als Methode (Schumpeter) zur Herstellung von politischer Öffentlichkeit steht Green klar in der Tra-

46 | Mill, John Stuart: *On Liberty* (1859). Kitchener: Batoche Books 2001, S. 68.

47 | EOP, S. 13.

48 | EOP, S. 97.

49 | Jentges, Erik: *Die soziale Magie politischer Repräsentation*, Bielefeld: transcript 2010, S. 94.

dition von Weber und Schumpeter, die obschon auch mit der Konzeption einer Regierungselite den Einfluss des Volkes nicht auf Gesetze bzw. Gesetzesinhalte, sondern auf das Erleben von Unsicherheit und Risiko durch die Machthaber betonen.⁵⁰ Ähnlich der Kritik von Melissa Schwartzberg erscheint aus der Logik der Repräsentation in und durch Parlamente, dass vokales und okulares Modell der Demokratie komplementär zu betrachten sind. »*The ocular model, then, is an important corrective to the vocal model, but it cannot entirely supplant it*«. ⁵¹ Dies gilt umso mehr, wenn man mit den Vorstellungen Michael Saward's Repräsentation vielschichtiger und im Sinne eines *representative claims* betrachtet.⁵² Saward betont eine Inszenierung von Repräsentationsansprüchen für das Publikum.⁵³ Mit hin ist diese Beschreibung die realistische Übersetzung der okularen Perspektive auf repräsentative Demokratie. Ähnlich argumentiert auch Bernard Manin, der dem Publikum durch das Betrachten als bedeutsame Handlung Entscheidungshoheit in Wahlen zurechnet.⁵⁴ Erwartungsgemäß kritisiert Green aber eben diese Perspektive, interpretiert er die Konzeptualisierung von *audience* doch völlig anders als Manin: »*Manin's description of the People as an audience ought to signify that the People does not engage in effective decision making in contemporary mass democracy – that its voice is effectively silenced, bypassed, or rendered vague and inarticulate. An audience as such does not decide.*«⁵⁵ Greens Neuinterpretation von so genannter ›Politikverdrossenheit‹ trägt damit einer neuen Realität Rechnung, in dem nicht nur die aktive politische Beteiligung als demokratische Methode zählt. Green rekurriert in seiner Kritik repräsentativer Demokratie unter anderem auf Schumpeter, in dem er die Existenz eines überzeugenden, dem Willen des Volkes entsprechenden Ergebnisses poli-

50 | E. Jentges: Die soziale Magie politischer Repräsentation, S. 128.

51 | Schwartzberg, Melissa »Superhuman Vision: Beyond the Gaze«, in: Political Theory 42 (2) (Symposium: Jeffrey Green's The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship) (2014) S. 189-192, 190.

52 | Saward, Michael: The Representative Claim. Oxford: Oxford University Press, 2009.

53 | E. Jentges: Die soziale Magie politischer Repräsentation, S. 42.

54 | Manin, Bernhard: The Principles of Representative Government. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

55 | EOP, S. 111.

tischer Entscheidungen in Frage stellt.⁵⁶ Aus der Perspektive repräsentativer Demokratie- bzw. Republikformen bleibt aber unklar, ob *Offenheit* als Basis politischer Entscheidungen eine zwangsläufig bessere und demokratischere Grundlage darstellen kann.

2.2 Praktische Probleme Repräsentativer Demokratie

Grundlage für die empirische Umsetzung von Repräsentativgedanken sind ständische sowie konstitutionell-dualistische Systeme.⁵⁷ Im konstitutionell-dualistischen Modell ist die doppelte Verantwortlichkeit von Monarch und Repräsentativversammlung entscheidend. Ständisch geprägte Systeme hingegen waren eher indirekt – unterbrochen von absolutistischen Phasen – Vorläufer der repräsentativen Herrschaftsform.⁵⁸ In der Entwicklung dieser Repräsentativverfassungen fand neben der engen Bindung an die Vorstellung von Volkssouveränität zunehmend eine Gleichsetzung mit dem Begriff der Parlamentarisierung statt. Da Greens Fokus aber eben nicht auf parlamentarischer, sondern eindeutig präsidentieller Funktionslogik liegt, kann eine auf diese Frage gerichtete Einordnung nicht erfolgen. Die Konsequenzen, die aus den Unterschieden organschaftlicher und funktionaler Gewaltenteilung erfolgen, machen eine gemeinsame Einschätzung schwierig.

Gleichwohl stehen einige grundlegende Ideen repräsentativer Demokratie dem eigentlich plebiszitären Modell von Green nicht völlig entgegen. So ist die Vorstellung der Demokratie als Methode zur Herstellung von Öffentlichkeit in beiden Konzepten vorhanden. So vielschichtig die Probleme repräsentativer (parlamentarischer) Demokratie sind, so vielschichtig sind auch die Lösungsansätze zu einer kritischen Perspektive auf Fragen der Transparenz, Responsivität sowie Tyrannei der Mehrheit.

56 | EOP, S. 175. Eine ähnliche Analyse findet sich in Pierre Rosanvillons Werk zur Gegendemokratie (»counter democracy«), wobei Rosanvallon andere Lösungsvorschläge anbietet, siehe Rosanvallon, Pierre: Counter-Democracy: Democracy in an Age of Distrust, Cambridge: Cambridge University Press 2009.

57 | von Beyme, Klaus: Die parlamentarische Demokratie: Entstehung und Funktionsweise 1789-1999, Wiesbaden: Springer VS 1999, S. 18.

58 | Hier sei auf G.W.F. Hegels Betrachtungen zur bürgerlichen Gesellschaft verwiesen, Hegel, Georg W.F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Werke, Bd. 7, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1986, S. 339-397.

Wie bereits erwähnt, interpretieren wir Greens Theorie eher als Theorie der demokratischen Führerschaft denn als Demokratietheorie. Demnach ist auch die Kritik Greens an demokratischer Herrschaft ähnlich der Herrschaftskritik aus einer Perspektive repräsentativdemokratischer Theorie.

Greens Forderung nach Offenheit der politischen Klasse ist wenig überraschend, spiegelt sie doch die Probleme demokratischer Herrschaft und deren Wahrnehmung durch »*citizen-spectator*« oder »*citizen-being-ruled*«. Hierzu zählen vor allem ein Ungleichgewicht von Lobbyismus, Interessenlagen wirtschaftlicher Akteure, externer Expertenmeinung und fehlender Qualifikation des »*citizen-governor*«. Die Aufhebung dieser wahrgenommenen Missstände durch eine bessere Kontrolle und Disziplinierung des politischen Personals liegt dabei im Erkenntnisinteresse sowohl repräsentativer als auch plebiszitärer Demokratiemodelle. Gleichwohl lassen sich Greens Handlungsempfehlungen als komplementäre Heilmittel für repräsentative Herrschaftsmodelle verstehen. Das bedeutet, dass nicht durch die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten, sondern die Intensivierung bereits bestehender direkter Kontakte zwischen Herrscher und Beherrschten, eben diese Trennlinie verwischt. Genau hier liegt die Bedeutung von Greens Ideen, und hier zeigt sich das Potential der Verbindung repräsentativer Herrschaftslogik mit plebiszitären Elementen jenseits von policy-Entscheidungen. Werden Parlamentsdebatten zum Beispiel um aktive Beteiligungsformen (Fragemöglichkeiten) erweitert oder forciert man die Rechtfertigung für politische Entscheidungen, kommt dies den Idealen Greens durchaus nahe. Offenheit nimmt damit die Rolle als oberstes Prinzip – auch repräsentativer Herrschaftsformen – ein. Abgesehen von den Medienereignissen »Kanzlerduell« oder den US-amerikanischen *presidential debates*, haben politische Debatten jedoch bislang kaum Potential, Zuschauer zu finden. Beispielhaft ist hier die fehlende Aufmerksamkeit für Parlamentsdebatten in Deutschland sowie das größere Interesse an den kritischer geführten Parlamentsdebatten in Großbritannien.⁵⁹ In Verbindung mit den Ideen einer spontaneren und häufigeren Pflicht für den politischen Akteur, politische Entscheidungen zu rechtfertigen (*leadership debates* und *presidential press conference*)

59 | www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2014/dezember/bundestagsdebatten-mehr-schlagabtausch-unterm-bundesadler/ vom 30.04.2017.

bzw. in Untersuchungsausschüssen (inquiry) direkt für Fehlverhalten belangt zu werden, mögen hier Lösungen für die skizzierten Probleme demokratischer – und zumal repräsentativer – Herrschaft sein. Unklar ist allerdings, wie in diesen Szenarien mit Problemfeldern (Stichwort: Dominanz, konservativ, weiß, männlich) partizipativer Demokratie umgegangen werden soll. Ob der *gaze* durch Minderheiten oder Frauen eine ähnliche Wirkung entfaltet, bleibt unklar. Ähnliches gilt für die allzu optimistische Darstellung von »*public inquiries*«.

3. KRITIK UND SCHLUSSFOLGERUNG

Zunächst ist hervorzuheben, dass Green keine eigentliche Demokratietheorie, sondern vielmehr eine politische Theorie demokratisch-politischer Führung verfasst. Hierbei beschränkt er sich vordergründig auf die Perspektive des Volkes und die Frage, wie dies politische Führer besser zu kontrollieren und zu disziplinieren vermag. In der Grundstruktur seines Gedankens – der zwar die Fokussierung auf einen Bereich politischer Theorie ermöglicht, der lange Zeit wenig beachtet wurde, jedoch gleichzeitig viel ausblendet und oft nicht ins Detail geht, wo dies wünschenswert wäre – scheint ein Problem angelegt. Green rekurriert auf einen gänzlich auf Staat und politische Elite zugespitzten Begriff von Demokratie, jedoch scheint ihm ein Begriff demokratischer Politik zu fehlen. Das heißt, dass er sich mehr mit der Frage der Nichtbeherrschung denn mit politischer Autonomie befasst.

Die Demokratietheorie unterscheidet weitgehend zwei Grundbestrebungen der Demokratie, nämlich Nichtbeherrschung (*non-domination*) und politische Autonomie (*political autonomy*). Green legt sich nur auf das Ziel der Nichtbeherrschung fest und will die Beherrschung des Volkes durch die zu autonome Politik brechen, indem er vorschlägt, dass sich dieses Verhältnis nur umkehren müsste und die Beherrschten nur befähigt und berechtigt sein müssten, die Politik zu beherrschen. Damit ist er nicht besser oder schlechter als die von ihm kritisierten Theorien, die ein Problem attestieren und dann zur Lösung dieses Problems einen Weg vorschlagen der voraussetzt, dass das eigentliche Problem behoben ist. Aus Sicht der repräsentativen Demokratie sind die theoretischen Überlegungen und die praktischen Handlungsanleitungen weniger eine Verdrängung denn eine Ergänzung der demokratischen Metho-

de. Während Green das Prinzip »Volkssouveränität durch Gesetzgebung« durch das visuelle Prinzip der Offenheit ersetzt,⁶⁰ können repräsentative Demokratiemodelle ergänzt und eben nicht ersetzt werden.

Green versucht, Offenheit als oberstes Handlungsprinzip der Demokratie zu definieren und bietet mit seiner Neudefinition von politischer Beteiligung durch eine Art der *teilnehmenden und disziplinierenden Beobachtung* einen interessanten Vorschlag, um über Demokratie jenseits klassischer, bekannter Konzeptualisierungen nachzudenken. Gleichwohl fehlt seiner normativen Idee des *gaze* eine kulturwissenschaftliche Durchdringung. Die Bedeutung non-verbaler Kommunikation, die kulturellen Differenzen des »Ansehens« finden kaum Beachtung. Demokratie existiert jedoch nicht nur in einem kulturell homogenen Kontext. Für Aspekte wie Blickkontakt, direktes Ansehen, ebenso wie die Notwendigkeit in der Öffentlichkeit das »Gesicht zu wahren«, spielen kulturelle, genderspezifische und andere Kriterien eine zentrale Rolle. Green versäumt mit einer US-zentrierten Perspektive, diesen Unterschieden Rechnung zu tragen.

Green geht auch nur implizit darauf ein, dass Max Weber, der für seinen Begriff der plebiszitären Demokratie konstitutiv ist, in seiner Soziologie der Herrschaft betont, dass die moderne Herrschaftserfahrung vor allem in der Konfrontation mit verschiedenen Arten der Bürokratie besteht.⁶¹ Leider beschränkt Green seine Ausführungen auf Politiker und lässt die Bürokratie außen vor. In Zeiten verstärkter Exekutivierung politischer Entscheidungsprozesse – Beispiele sind die Europäische Rettungspolitik nach der Finanzkrise, die Ausweitung der Befugnisse von Geheimdiensten nach 9/11, oder die Exekutivierung der amerikanischen Politik in Zeiten legislativer Blockaden – ist allerdings gerade diese Form der Herrschaft ein zentrales Problem zeitgenössischer Gesellschaften, das auch Gegenstand einer Vielzahl politischer Proteste der vergangenen Jahre ist. Auf dieses Problem gibt die Theorie plebiszitärer Demokratie keine Antwort; obwohl sich die Idee durchaus auf diesen Bereich anwenden ließe. Zwar stellt Green fest, dass Demokratie vor allem ein Staats-

60 | EOP, S. 205.

61 | Max Weber argumentiert, dass »[...] Herrschaft [...] im Alltag primär [...] Verwaltung« ist. Weber, Max: »Die Legale Herrschaft mit Bürokratischem Verwaltungsstab«, in: Ders. *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Verlag Zweitausendeins [1921] 2008, S. 160-167, 162.

organisationssystem sei (*»a system of state«*⁶²), was auch bedeutet, dass das Volk die Staatsmacht besitze (*»possession of state power«*⁶³). Trotzdem finden sich für den in den vergangenen Jahren wiedererstarkten sozialwissenschaftlichen Diskurs um den Staat in *The Eyes of the People* keine Lösungsansätze.⁶⁴

Im Grundsatz, und das ist ein entscheidendes Problem aus Sicht der vergleichenden Demokratieforschung, handelt es sich hierbei um eine Theorie, die sehr stark von den Voraussetzungen des amerikanischen Falles ausgeht und die sich vor allem auf präsidentielle Systeme anwenden lässt. Aus parlamentarischer Logik von Gewaltenverschränkung, Mehrheit- und Minderheitenrolle bei Investitur und Vertrauensfrage verschwimmt die allzu klare Herrschaftsidee des okularen Modells. Während in präsidentiellen Regierungssystemen die Personalisierung von Politik konstitutiv ist, ist in der parlamentarischen Logik die Personalisierung eher als nachteilig zu sehen. Schließlich kann man auch fragen, welche Bedeutung sozialen Netzwerken und der schleichenden Vereinnahmung dieser Medien durch die Politik zukommen muss.

Um zu illustrieren, inwiefern die Beherrschung von Politikern durch das Aufbauen von medialem, öffentlichem Druck pervertiert werden kann, zeigt die Fernsehserie *»Black Mirror«*⁶⁵ wie der *gaze*, der Blick des Volkes, zu einem hässlichen, voyeuristischen Starren auf die politischen Akteure verkommt. Dabei werden Erpressung und Zerstörung jeglicher Privatheit mit politischen Entscheidungen und sogar Wahlerfolgen verknüpft. Aber gerade die breite Zustimmung in den Wahlen wirkt wie eine Entschuldigung für das voyeuristische Verhalten der Bevölkerung. Dieses Bild mag verunsichern, doch steckt in der Allegorie ein wahrer Kern, der die postdemokratische Gesellschaft und ihre Probleme gut umschreibt.

62 | EOP, S. 42.

63 | EOP, S. 99.

64 | Siehe hierzu Fukuyama, Francis: »Democracy and the Quality of the State«, in: *Journal of Democracy* 24 (4) (2013), S. 5-16; Merkel, Wolfgang: »Staatstheorie oder Demokratietheorie: Wie viel Staat braucht die Demokratietheorie?«, in: Voßkuhle, Andreas/Bumke, Christian/Meinel, Florian (Hg.): *Der Staat, Beiheft 21: Verabschiedung und Wiederentdeckung des Staates im Spannungsfeld der Disziplin*, (2013) S. 285-306.

65 | Vgl. *Black Mirror*, »The National Anthem«, Staffel 1/Folge 1 (Großbritannien 2011: Charlie Brooker).

Wenn Politiker *demokratisch* durch die Öffentlichkeit kontrolliert und beurteilt werden sollen, dann muss gleichfalls das Bewusstsein vorhanden sein, dass auch diese Form der Herrschaft missbraucht werden kann. Leider geht Green auf diese Problematik nicht vertiefend ein, und dies, obwohl doch die Theorie der okularen Demokratie die Umstände des *Sehens* und des *Gesehen-Werdens* in den Mittelpunkt stellen will.

Die Kritik eines falschen Universalismus, den Green gegen Vertreter des vokalen, kommunikativen Modells von Demokratie ins Feld führt, wird ihm am Ende selbst zum Verhängnis. Zu postulieren, dass *candor* zum ersten Prinzip der Demokratie erhoben werden sollte und hiermit ein neuer Begriff der Volkssouveränität gefunden sei, bricht nicht das problematische Verhältnis von Herr und Untergebenem auf, sondern stellt es einfach auf den Kopf. Mit Nietzsche könnte man auch radikaler argumentieren, dass nach diesem Modell der Demokratie sich die Sklaven zu Herren machen, was allerdings keinesfalls bedeutet, dass die Sklaven auch herrschen.⁶⁶ Der theoretischen Relevanz und Ernsthaftigkeit des Beitrags wäre es in keinerlei Hinsicht abträglich, wenn Green etwas weniger substantiell auf einen Paradigmenwechsel zustürmen würde. Auch wäre es einem konstruktiven Diskurs durchaus zuträglich, wenn sich der Begriff okularer Demokratie und der Begriff kommunikativer Demokratie ergänzen und nicht ausschließen würden. Wenn Volkssouveränität heute eher als Kontrolle politischen Führungspersonals denn als Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung verstanden werden soll, dann droht die Gefahr, die soziologische Realität, die Green ja zum Ausgangspunkt seiner theoretischen Überlegungen machen wollte, zu verkennen. Auch in der politischen Praxis existieren unterschiedliche Verständnisse und somit Begriffe von Politik, Demokratie, Legitimation oder Gerechtigkeit. Das erste Prinzip einer zeitgemäßen Demokratietheorie sollte nun darin bestehen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

66 | Nietzsche, Friedrich: *Zur Genealogie der Moral*, Stuttgart: Reclam 2007.

Deutungskämpfe vor den Augen des Volkes

Zur Dynamisierung demokratischer Ordnungen
durch okulare Praktiken

André Brodocz

1. EINLEITUNG: VOM NORMATIVEN ZUM EMPIRISCHEN BLICK AUF DIE THEORIE OKULARER DEMOKRATIE

Politische Theorien werden häufig danach unterschieden, ob sie normativ oder empirisch vorgehen. Damit öffnen sich zwar Schubladen für eine systematische Ablage, doch der klassischen Idee politischer Theorie läuft dies zuwider. Politische Theorien zeichnet vielmehr aus, wie sie die normative und die empirische Perspektive ins Verhältnis setzen und ob sie dabei mit der normativen oder empirischen Perspektive beginnen.¹ Auch Jeffrey Green weist in seinem Beitrag zu diesem Band ganz in diesem Sinn darauf hin, dass eine politische Theorie nicht nur in normativer Hinsicht eine ideologische, sondern auch in empirischer Hinsicht eine phänomenologische Funktion hat.² In den Leitunterscheidungen von *The Eyes of the People*³ finden sich dementsprechend schon beide Perspektiven angelegt: In normativer Hinsicht unterscheidet Green das okulare vom

1 | Vgl. so auch die Einleitung von Gary Schaal und mir in Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart*, 3 Bde., Opladen/Toronto: Verlag Barbara Budrich 2016. Für viele andere in diesem Sinn siehe auch u.a. Sartori, Giovanni: *Demokratietheorie*, Darmstadt: WBG 1997, S. 15ff.

2 | Green, Jeffrey Edward: »Okulare Demokratie revisited«, in diesem Band, S. 13.

3 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2010.

vokalen Modell, Ideal oder Paradigma,⁴ während er in empirischer Hinsicht zwischen okularen und vokalen Mechanismen, Prozessen, Funktionen von Institutionen, Bereichen, Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten oder kollektiven Einheiten differenziert.⁵

In bisherigen Debatten stand die normative Perspektive im Vordergrund und mit ihr die Zweifel, aus welchen guten Gründen dem okularen Modell der Demokratie ein normativer Vorrang gegenüber dem vokalen Modell gebühren soll und ob in der Konsequenz die okulare Demokratie an die Stelle des vokalen Modells der Demokratie treten *soll*. Dieser normative Blick auf *EOP* liest eine normative Hierarchisierung in Greens Theorie hinein, die ihr fremd ist, weil diese Hierarchisierbarkeit ihr – ganz in der Tradition des politischen Realismus – zuerst eine empirische und keine normative Frage ist. Problematisch an dieser Lesart ist zudem, dass sie das normative »entweder vokales oder okulares Modell« in seiner Ausschließlichkeit auf die empirische Evidenz von *EOP* überträgt und dann das normative Modell der okularen Demokratie an singulären Widersprüchen zu der vokalen Wirklichkeit zur Gänze scheitern sieht.⁶ Damit verfehlt sie die realistische Pointe. Denn in empirischer Hinsicht zeichnet sich *EOP* gerade nicht dadurch aus, dass moderne Demokratien tatsächlich entweder okulare oder vokale Demokratien sind. Vielmehr zeigt *EOP*, dass die Geltungsansprüche moderner Demokratien im Alltag sich nicht allein mit Mechanismen, Prozessen und Institutionen einlösen lassen, die eine rein vokale Demokratie bereitstellt: »In many cases, vocal and ocular mechanisms intersect.«⁷ Genau diese empirische Perspektive geht Greens Kritik am normativen Modell vokaler Demokratie voran. Heutigen demokratischen Ordnungen stehen danach okulare Mechanismen, Prozesse und Institutionen nicht nur als normative Optionen offen. Vielmehr sind sie bereits in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen im Gebrauch, doch ließen sie sich institutionell effektiver nutzen,

4 | Vgl. J.E. Green: *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship* [im Folgenden *EOP*], S. 7ff.

5 | Vgl. etwa *EOP*, S. 12, 13, 15 und 209.

6 | Vgl. etwa Schwartzberg, Melissa: »Superhuman Vision: Beyond the Gaze«, in: *Political Theory* 42 (2014), S. 189-192; Landemore, Hélène: »Neither Blind, nor Mute: Why the People Shouldn't Give Up on the Voice«, in: *Political Theory* 42 (2014), S. 192-197.

7 | *EOP*, S. 12.

wenn sich demokratische Ordnungen in normativer Hinsicht vorrangig nicht mehr als vokale, sondern als okulare Demokratien verstehen und zwar aus empirischen Gründen. Denn: »[...] most citizens most of the time are not decision makers, relating to politics with their voices, but *spectators* who relate to politics with their eyes.«⁸

In diesem Beitrag steht deshalb die bisher vernachlässigte phänomenologische Funktion von Greens *EOP* im Mittelpunkt. Indem ich Greens *EOP* mit meiner neo-weberianischen Theorie dynamischer demokratischer Ordnungen lese, will ich zeigen, welchen neuen *empirischen Perspektiven* sich mit Greens *EOP* auf demokratische Ordnungen eröffnen und wie sich Greens Theorie auf diese Weise sozialtheoretisch fortschreiben lässt. Dafür wird zunächst kurz zusammengefasst, warum sich demokratische Ordnungen durch deutungsoffene Einheitsvorstellungen konstituieren und wie sie durch Deutungskonflikte und Kämpfe um Deutungsmacht dynamisiert werden (2.). Im Anschluss an Green wird dann dargelegt, wie sich die Deutungsöffnung von Einheitsvorstellungen in der vokalen und okularen Logik vollzieht und wie das Zuschauen als okulare Praktik funktioniert (3). Damit lässt sich im nächsten Schritt zeigen, wie das Zusammenwirken von vokaler und okularer Logik zur Fragilität von Ordnungen beiträgt, sobald in der Zusammenschau die Deutungsoffenheit einer Einheitsvorstellung ausdrücklich reflektiert wird (4). Vor diesem Hintergrund kann sodann vorgeführt werden, inwiefern sich vokale und okulare Deutungsmachtpolitiken unterscheiden, lassen (5.), bevor am Beispiel des »Wutbürgertums« zumindest kurz angedeutet wird, welches zeitdiagnostische Potential sich mit diesem empirischen Blick auf Greens Theorie der okularen Demokratie erschließen lässt (6.).

8 | *EOP*, S. 4, Hervorheb. im Orig.

2. DEMOKRATIE ALS DYNAMISCHE ORDNUNG⁹

Nach Max Weber stehen Handeln und Ordnung im Allgemeinen und damit auch politisches Handeln und demokratische Ordnung im Besonderen in einem »engen Zusammenhang«.¹⁰ Auf der einen Seite bietet eine demokratische Ordnung ihren Bürgern Orientierung, wenn sie politisch handeln. Deshalb stellen die Bürger die demokratische Ordnung mit ihrem Handeln immer auch dar, sobald sie sich beim Handeln an ihr orientieren. Allerdings ist die Ordnung gegenüber dem Handeln deswegen nicht vorrangig. Denn auf der anderen Seite stellen die Bürger diese Ordnung mit ihrem Handeln erst her, indem sie ihre Handlungen mit den Handlungen ihrer Mitbürger so verbinden, wie sie ihres Erachtens miteinander verbunden sein sollten. Die Bürger verknüpfen ihr Handeln mit den Handlungen ihrer Mitbürger zu einer Ordnung, die ohne ihre aktuelle Verknüpfung nicht existieren würde. Sobald sich Bürger an einer Ordnung orientieren, gehen sie also davon aus, dass diese Ordnung tatsächlich existiert. Dies gelingt, weil es die eigene Handlung ist, die *ihnen* zumindest für den Moment ihrer Verknüpfung die Existenz dieser Ordnung beweist. Der enge Zusammenhang von politischem Handeln und demokratischer Ordnung beruht also darauf, dass Ordnungen existieren, weil und solange sich die Bürger beim Handeln an ihnen orientieren.

Auch wegen dieses Zusammenhangs existiert nicht nur eine einzige Ordnung. Vielmehr gibt es stets verschiedene Ordnungen, an denen sich die Bürger beim Handeln orientieren können.¹¹ Die Pluralität von Ordnungen verschafft den Bürgern beim Handeln einerseits die Freiheit, sich an dieser oder jener Ordnung zu orientieren. Andererseits verlangt diese Pluralität vom Bürger auch eine Entscheidung darüber, woran er sich orientieren soll und mit welchen anderen Handlungen seiner Mitbürger in der Konsequenz seine Handlung schließlich verknüpft wird. Die Pluralität von Ordnungen konfrontiert den politisch Handelnden des-

9 | Siehe hierzu ausführlich Brodocz, André: »Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen«, in: Martinsen, Renate (Hg.): Ordnungsbildung und Entgrenzung. Demokratie im Wandel, Wiesbaden: Springer Fachmedien 2015, S. 23-43

10 | Anter, Andreas: Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen, Tübingen: Mohr Siebeck 2007, S. 90.

11 | A. Anter: Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen, S. 86ff.

halb zudem mit den Erwartungen seiner Mitbürger, seine Orientierung an dieser und nicht an jener Ordnung ihnen gegenüber ggf. auch rechtfertigen zu können.

Weber zufolge ist es die *Legitimität* einer Ordnung, mit der die Bürger ihr Handeln rechtfertigen. Ordnungen generieren ihre legitime Geltung allerdings nicht aus sich selbst heraus.¹² Vielmehr wird ihnen diese Legitimität zugeschrieben – und zwar von den Bürgern selbst. Das heißt, dass sich die Bürger beim Handeln an jener Ordnung orientieren, der sie legitime Geltung zuschreiben. Im Handeln der Bürger kommt deshalb nicht nur die Ordnung an sich zum Ausdruck. Darüber hinaus wird mit der dieser Ordnung zugeschriebenen Legitimität gegenüber den Mitbürgern die Erwartung geweckt, dass diese sich ebenso an der gleichen Ordnung orientieren sollen. Wenn die Bürger ihr Handeln auf diese Weise an einer Ordnung orientieren, verknüpfen sie ihre Handlungen deshalb nicht nur retrospektiv, sondern auch prospektiv. In diesem – Weberschen – Sinn existieren darum nur Ordnungen, die auch legitim sind.

Damit sich die Bürger beim sozialen Handeln und in sozialen Beziehungen orientieren können, müssen sie also zunächst die Existenz einer *legitimen Ordnung* unterstellen. »Geltung« beweist diese Ordnung aber erst, wenn sich die Bürger auch »tatsächlich« an ihr orientieren.¹³ Ob eine Ordnung den Bürgern für ihr Handeln Orientierung bietet und dadurch Geltung erlangt, hängt deshalb von der Legitimität ab, die die Bürger dieser Ordnung zuschreiben. Nach Weber kann Legitimität dabei bekanntermaßen aus verschiedenen Gründen zugeschrieben werden: »*Legitime* Geltung kann einer Ordnung von den Handelnden zugeschrieben werden: a) kraft *Tradition*: Geltung des immer Gewesenen; b) kraft *affektuellen* (insbesondere emotionalen) Glaubens: Geltung des neu offenbarten oder des Vorbildlichen; c) kraft *wertrationalen* Glaubens: Geltung des absolut gültig Erschlossenen; d) kraft *positiver* Satzung, an deren *Legalität* geglaubt wird.«¹⁴ Vor diesem Hintergrund wird es möglich, Ordnungen nach den Quellen ihrer Geltung zu unterscheiden, wie es Weber dann

12 | Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. revidierte Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck 1980, S. 16ff.

13 | M. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, S. 16, Hervorheb. im Orig.

14 | M. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, S. 19.

auch in seiner Differenzierung zwischen legaler, traditionaler und charismatischer Herrschaft getan hat.

Nach Weber handelt es sich dabei allerdings nur um methodische »Idealtypen«, d.h. um Typen legitimer Herrschaft, die sich zu analytischen Zwecken trennen lassen, in ihrer reinen Form historisch aber gar nicht auftreten.¹⁵ Methodisch sind die Abweichungen realer Ordnungen von den Idealtypen nützlich, weil sich genau daran die Spezifika einer realen Ordnung und darin wiederum auch die Differenzen zu anderen Ordnungen erkennen und vor allem verstehen lassen.¹⁶ Über diese methodische Funktion hinaus wird häufig vernachlässigt, dass Weber auch in empirischer Hinsicht gar nicht mit der Existenz reiner Typen legitimer Herrschaft rechnet. Denn rein wäre die Geltung einer Ordnung, wenn die an einer Ordnung beteiligten Bürger ihr faktisch aus den *denselben* Gründen Legitimität zuschreiben. »Tatsächlich findet die Orientierung des Handelns an einer Ordnung naturgemäß bei den Beteiligten aus *verschiedenen* Motiven statt.«¹⁷

Wie die Konstitution und Verstetigung von Ordnungen unter Berücksichtigung dieser divergierenden Motive erklärt werden kann, bleibt bei Weber offen. Denn Ordnung ist für Weber »immer schon da«, weshalb auch der Begriff der Ordnung bei Weber »undefiniert« bleiben kann.¹⁸ Anter zeigt, dass sich dies mit dem »handlungstheoretischen Kontext« erklären lässt, in den Weber seinen Ordnungsbegriff stellt und der Ordnung »unlöslich«¹⁹ mit Handlung verbindet: »Wenn einerseits Ordnungen erst durch Handlungen konstituiert werden, andererseits aber das Handeln stets auf Ordnungen bezogen ist, dann beißt sich doch die Katze in den Schwanz. Weber hat hier also ein *Problem* aufgeworfen, die *Lösung* aber offengelassen.«²⁰

15 | M. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, S. 124.

16 | Allerdings sind sie für die weitere Theoriebildung auch nachteilig; vgl. dazu Brodocz, André: »Erfahrung mit Verfahren. Zur Legitimation politischer Entscheidungen«, in: *Zeitschrift für historische Forschung*, Beiheft 44 (2010), S. 91-109.

17 | M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, S. 16, meine Hervorheb.

18 | A. Anter: *Die Macht der Ordnung*, S. 89.

19 | A. Anter: *Die Macht der Ordnung*, S. 89f.

20 | A. Anter: *Die Macht der Ordnung*, S. 89, Hervorh. im Orig.

Eine neo-weberianische Theorie und Analyse politischer Ordnungen muss genau hier ansetzen und die empirische Herausforderung ernst nehmen, wie einer Ordnung Legitimität *trotz* unterschiedlicher Motive und Gründe zugeschrieben werden kann und wie sie daraus *noch* Geltung generieren kann. Meine These ist, dass die divergierenden Motive und Gründe gerade kein Hindernis darstellen, hinter dem Geltungsressourcen lagern, die nur durch Überwindung des Hindernisses gewonnen werden können. Vielmehr gewinnt eine Ordnung legitime Geltung genau dadurch, *weil* ihr Legitimität aus unterschiedlichen Gründen und Motiven zugeschrieben werden kann. Ordnungen können dies leisten, weil sie sich mit einer Einheitsvorstellung symbolisch zur Darstellung bringen, die sich mit den unterschiedlichen Motiven und Gründen der Bürger verbinden lassen. Eine Ordnung gilt danach unter den beteiligten Bürgern als legitim, wenn sie eine Einheitsvorstellung als Symbolisierung dieser politischen Ordnung anerkennen.

Entscheidend dabei ist, dass es dafür unter den Bürgern zwar einen weitgehenden Grundkonsens über eine die Ordnung symbolisierende Einheitsvorstellung geben muss, jedoch keinen Grundkonsens über deren Bedeutung. Im Gegenteil: Mit den verschiedenen Vorstellungen der Bürger ist diese Einheitsvorstellung nur solange vereinbar, wie eine eindeutige Fixierung ihrer Bedeutung gerade nicht herbeigeführt wird. Weil die Bedeutung dieser Einheitsvorstellung also nicht fixiert ist, kann eine Einheitsvorstellung deshalb eine Ordnung auch nur symbolisieren und nicht abbilden oder gar spiegeln. Aus diesem Grund ist es immer auch eine empirische und umkämpfte, also hegemoniale Frage, mit welcher Einheitsvorstellung eine Ordnung symbolisiert wird.²¹

Da eine politische Ordnung wegen der Ereignishaftigkeit der in ihr verknüpften Handlungen immer wieder neu hergestellt werden muss,²² kann eine hegemonial gewordene Einheitsvorstellung diese Ordnung nur symbolisieren, wenn der Symbolisierungsprozess selbst konstituti-

21 | Vgl. Brodocz, André: »Kampf um Deutungsmacht. Zur Symbolisierung politischer Ordnungsvorstellungen«, in: Detlef Lehnert (Hg.): *Demokratiekultur in Europa. Politische Repräsentation im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/Wien/Weimar: Böhlau 2011, S. 47-62.

22 | Vgl. grundlegend für die Ereignishaftigkeit des Sozialen Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1984, vor allem S. 78ff.

ver Bestandteil der Ordnungsherstellung ist. Demokratische Ordnungen existieren also, solange sich das Handeln der Bürger an ihnen orientiert, d.h. an einer Einheitsvorstellung, durch die die demokratische Ordnung symbolisch zum Ausdruck gebracht wird. Weil diese Orientierungen *an* und die damit verbundenen Deutungen *der* hegemonialen Einheitsvorstellung unterschiedlich sind, wird die Einheitsvorstellung durch diese Deutungen in ihrer Bedeutung geöffnet.²³ Dieser emergente Effekt der Deutungsoffenheit stellt sich auf der Makro-Ebene ein und charakterisiert eine stabile Ordnung. Auf der Mikro-Ebene hingegen hat diese Einheitsvorstellung für die beteiligten Bürger eine jeweils durchaus eindeutige, aber gerade nicht zwingend identische Bedeutung.

Diese unterstellbare Eindeutigkeit ist auf der Mikro-Ebene nötig, da die Beteiligten ansonsten von der Ordnung keine Orientierung mehr erwarten und deshalb auch die Motivation verlieren, weiterhin die hegemoniale Einheitsvorstellung zu deuten.²⁴ Nötig ist deren unterstellbare Eindeutigkeit ebenfalls auf der Makro-Ebene, um den Prozess ihrer Deutungsöffnung am Laufen zu halten, da sich eine auf ereignishaften Handlungen beruhende Ordnung ansonsten nicht in der Zeit halten kann. Die Bürger müssen sich dem Bestehen, also der Existenz ihrer legitimen Ordnung *dauerhaft gewiss* sein und zwar trotz divergierender Gründe. Geteilte Gewissheit über die Existenz einer politischen Ordnung bedeutet aber nicht notwendigerweise Konsens über deren Identität, Bedeutung und Rechtfertigung. Dass der Gehalt der politischen Ordnung umstritten ist, schließt Einigkeit über deren Bestehen also nicht aus. Die Gewissheit über die Existenz der politischen Ordnung impliziert wiederum nicht, dass diese Ordnung an sich dauerhaft gegeben ist. Im Gegenteil: Gerade weil die politische Ordnung wegen ihres sozialen Charakters unvermeidlich ereignishaft ist, muss ihre Existenz immer wieder neu hergestellt werden.

23 | Aus diskurstheoretischer Perspektive beschreibt Ernesto Laclau diesen Prozess auf eine komplementäre Weise als Entleerung jenes Signifikanten, der einen Diskurs konstituiert; vgl. Laclau, Ernesto: *Emacipation(s)*, London: Verso 1996, S. 36ff.

24 | Siehe dazu auch Brodocz, André: »Töten und Sterben für die Gemeinschaft«, in: Frankfurter Arbeitskreis für Politische Theorie & Philosophie (Hg.): *Autonomie und Heteronomie der Politik. Politisches Denken zwischen Poststrukturalismus und Post-Marxismus*, Bielefeld: transcript 2004, S. 57-77.

Zugleich impliziert die Deutungsöffnung dieser Einheitsvorstellung, dass eine Ordnung auf durchaus widersprüchlichen Deutungen beruht, aus denen immer wieder Deutungskonflikte um die Einheitsvorstellung hervorgehen. Deshalb kann eine Ordnung fragil werden, sobald diese Deutungsoffenheit auf der Mikro-Ebene der ihre Deutungskonflikte austragenden Bürger reflektiert, sprich: die Ordnung als *beliebig deubar* erlebt wird. Deutungskonflikte können also eine die Ordnung zersetzende Reflexion der Deutungsoffenheit befördern, einerseits. Andererseits kann im Deutungskonflikt eine Deutung auch erfolgreich gegen konkurrierende Angebote durchgesetzt werden. Diese verbindliche Durchsetzung einer Deutung im Deutungskampf wird so ihrerseits zum Ausweis von Deutungsmacht. In demokratischen Ordnungen ist diese Deutungsmacht deshalb umkämpft, insbesondere wenn sie an einzelnen Instanzen konzentriert wird und damit die direkten Deutungskämpfe in indirekte Deutungskonkurrenzen um die Gunst dieser autoritativen Instanzen transformiert werden.²⁵ An die Stelle der direkten Deutungskonfrontation rückt dann das indirekte Ringen um die Entscheidung des Deutungskonflikts durch einen Dritten, der daraus Macht über die Bedeutung der hegemonialen Einheitsvorstellung gewinnt: Deutungsmacht.²⁶ Die Deutungsmacht dieser Instanz ist darum ohne die von ihr autoritativ gedeutete hegemoniale Einheitsvorstellung nicht möglich, die darum auch als symbolische Bedingungen der Deutungsmacht umkämpft sind.²⁷

Hinsichtlich dieser unterschiedlichen Möglichkeiten, mit Deutungskonflikten umzugehen, lassen sich konzentrierte und diffuse Formen des Deutungskonfliktmanagements unterscheiden.²⁸ Konzentriert ist das Deutungskonfliktmanagement, wenn eine autoritative Deutungsinstanz

25 | Vgl. generell dazu Werron, Tobias: »Direkte Konflikte, indirekte Konkurrenzen. Unterscheidung und Vergleich zweier Formen des Kampfes«, in: Zeitschrift für Soziologie 39 (2010), S. 302-318.

26 | Brodocz, André: Die Macht der Judikative, Wiesbaden: VS Verlag 2009, S. 98ff.

27 | Zu diesen Kämpfen um die symbolischen Bedingungen von Deutungsmacht siehe auch Bonacker, Thorsten/Brodocz, André/Distler, Werner/Travouillon, Katrin: »Deutungsmacht in Nachkriegsgesellschaften. Zur politischen Autorität internationaler Administrationen in Kambodscha und im Kosovo«, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 21 (2014), S. 7-36.

28 | A. Brodocz: Kampf um Deutungsmacht, S. 50ff.

über die Deutungsmacht verfügt, Deutungskonflikte anderer Konfliktparteien verbindlich zu entscheiden. Mangelt es dagegen an einer Institution, die im Konfliktfall autoritativ über die Bedeutung der Einheitsvorstellung entscheidet, dann bleibt das Deutungskonfliktmanagement diffus. Für politische Ordnungen sind mit beiden Varianten des Deutungskonfliktmanagements Chancen und Risiken verbunden (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Deutungskonfliktmanagement

	<i>Diffuses Deutungskonfliktmanagement</i>	<i>Konzentriertes Deutungskonfliktmanagement</i>
<i>Chancen</i>	kontinuierliche Deutungs- öffnung der hegemonialen Einheitsvorstellung	Motivation zur weiteren Deutung der hegemonialen Einheitsvorstellung durch Entscheidung von Deutungskonflikten
<i>Risiken</i>	Demotivation zur weiteren Deutung der hegemonialen Einheitsvorstellung durch die Reflexion ihrer Deutungs- offenheit	Delegitimation der hegemonialen Einheitsvorstellung

Die Chancen und Risiken des diffusen Deutungskonfliktmanagements sind damit verbunden, dass der Deutungskonflikt unentschieden bleibt und deshalb nicht verbindlich über die Bedeutung der gemeinsamen Einheitsvorstellung entschieden wird. Wenn beide Konfliktparteien an ihren divergierenden Deutungen festhalten können, besteht darin die Chance, dass die Einheitsvorstellung durch diese unterschiedlichen Interpretationen weiter deutungsoffen gehalten wird. Allerdings kann es unter diesen Bedingungen ebenso dazu kommen, dass angesichts ungelöster Deutungskonflikte auch die Deutungsoffenheit der Einheitsvorstellung auf der Mikro-Ebene von den Beteiligten reflektiert wird. Dies birgt das Risiko, dass den Beteiligten dadurch die Motivation verloren geht, sich weiterhin an dieser ihnen jetzt als ›beliebig‹ deutbar erscheinenden Einheitsvorstellung zu orientieren, so dass die damit verbundene Ordnung fragil wird.

Im konzentrierten Deutungskonfliktmanagement sind Chancen und Risiken dagegen mit der Herstellung einer verbindlichen Entscheidung über die Bedeutung der Einheitsvorstellung verbunden. Solche Entscheidungen beweisen den Beteiligten die Eindeutigkeit der Einheitsvorstellung und blockieren damit die reflektierte Deutungsoffenheit als Belie-

bigkeit der gemeinsamen Einheitsvorstellung. Politischen Ordnungen erwächst daraus zwar die Chance, dass die Beteiligten sich weiterhin an ihrer Einheitsvorstellung orientieren und so deren ordnungsstabilisierende Deutungsöffnung vorantreiben. Doch damit ist auch das Risiko verbunden, dass die im Deutungskonflikt unterlegene Seite die Überzeugung verliert, ihre Vorstellungen von der Legitimität der politischen Ordnung würden noch durch genau diese Einheitsvorstellung überhaupt symbolisiert, weshalb sie ihre Orientierung an dieser Ordnung aufgeben und ihr keine legitime Geltung mehr zuschreiben.

3. ZUSCHAUEN ALS OKULARE PRAKTIK

Nach dem vokalen Modell der Demokratie sind an der Konstitution und Verstetigung der demokratischen Ordnung alle Bürger beteiligt, solange sie zur Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen beitragen – und zwar indem sie selbst entscheiden. Für die meisten Bürger reduziert sich diese Entscheidung, auf die periodisch wiederkehrende Möglichkeit, Repräsentanten in legislative und exekutive Ämter zu wählen. Dies verbürgt ihre Freiheit, weil die Gesetze, die ihre Gefolgschaft verlangen, aus einer Entscheidungskette resultieren, über deren Anfang sie selbst entschieden haben. Dem normativen Geltungsanspruch der Gesetze genügt dieser einzelne, momenthafte Akt, weil in zukünftigen Konflikten um die Rechtfertigung der Gesetze immer wieder auf ihn rekurriert werden kann. Geltung ist deshalb in der Rechtsordnung »ein Symbol der dynamischen Stabilität [...], die sich in Rückgriffen und Vorgriffen auf Vergangenes und Künftiges manifestiert.«²⁹

Reicht dies aber für die alltägliche Reproduktion der Demokratie als politische Ordnung aus? Weil sich Ordnungen erst in Handlungen aktualisieren, die ereignishaft und nicht an sich von Dauer sind, sind sie notwendigerweise prozesshaft, also dynamisch konstituiert. In der Logik des vokalen Modells der Demokratie erscheint die Konstitution demokratischer Ordnungen dann als ein Projekt Weniger: der politischen Eliten. Ihr alltägliches Agieren ist gekennzeichnet durch die Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Dabei orientieren

29 | Luhmann, Niklas: Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 107.

sie sich an der Einheitsvorstellung der demokratischen Ordnung, tragen Deutungskämpfe aus, ringen um Deutungsmacht und halten so den Ordnung stabilisierenden Prozess der Deutungsöffnung am Laufen. Die breite Masse der Bürger beteiligt sich an der vokalen Praktik des Entscheidens nur episodisch, insbesondere beim Wahlakt. Im Alltag bleiben sie, wie Green zurecht feststellt, außen vor: »In any case, the key point is that the vast majority of our political experience, whether voter or nonvoter, is not spend engaged in such action and decision making, but rather watching and listening to *others* who are themselves actively engaged.«³⁰

Wie Green zeigt, kommt es im okularen Modell der Demokratie deshalb weniger auf die Teilhabe am Entscheiden an. Zentral ist hier vielmehr, dass die Bürger vor allem denjenigen zuschauen, die kollektiv bindende Entscheidungen herstellen und durchsetzen. Dies zielt nicht darauf, dass die Verfahren, die zur Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen durchlaufen werden sollen, möglichst transparent gemacht werden müssen, um den Zuschauern Einsicht in entscheidungsrelevante Fakten, Informationen und Wissensbestände zu ermöglichen.³¹ Vielmehr geht es darum, einen Blick auf die politischen Eliten in Situationen zu ermöglichen, die die Eliten nicht kontrollieren können. So können Ereignisse geschaffen werden, in denen sie vor den Augen des Volkes mit Risiken und Ungewissheiten konfrontiert werden, auf die sie spontan reagieren müssen. Dabei soll nicht in erster Linie deutlich werden, ob sie ihre politischen Forderungen auch wahrhaftig rechtfertigen können. Ziel ist zuvorderst, durch geeignete institutionelle Arrangements Einblicke in ihre *wahre Persönlichkeit* zuzulassen. Dieser »*candor*«³² ist institutionell voraussetzungsvoll, weil er davon abhängt, dass die politischen Eliten die Bedingungen ihres öffentlichen Auftritts weder steuern noch kontrollieren können. Erst an solchen Bedingungen des *candor* und nicht bloß an der Forderung nach aufrechten Eliten zeigt sich im okularen Modell die demokratische Qualität einer politischen Ordnung. *Candor* ist danach also ein Ideal, an dem der normative Gehalt demokratischer Ordnungen im Zeitalter der Zuschauerschaft kritisierbar wird. Die empirische Relevanz dieses kritischen Ideals ist eng mit dem Zuschauen verknüpft. Denn anders als das Wählen ist das Zuschauen für

30 | EOP, S. 4, Hervorheb. im Orig.

31 | Vgl. EOP, S. 179-182.

32 | EOP, S. 130.

die meisten Bürger zunächst eine Option, die sich ihnen nahezu täglich bietet. Sind die Bürger aber beim Zuschauen auch an der Konstitution und Verstetigung der demokratischen Ordnung als Bürger beteiligt?

Sein Blick auf die politischen Eliten eröffnet dem einzelnen Bürger eine Erfahrung, die er mit allen anderen teilt und an der alle zusammen ein gemeinsames Interesse haben. Auf diesem Zuschauen der einzelnen Bürger kann, so Green, ein kollektives Interesse aufsetzen, das Solidarität unter den Bürgern ausbilden kann.³³ Solidarische Beziehungen resultieren dabei nicht erst aus der kollektiven Verständigung über das individuell Angesehene, sondern schon über die individuelle Unterstellung kollektiven Zuschauens. Nur deshalb ist es nach Green auch nicht zwingend, dass alle dasselbe anschauen.³⁴ Für die Genese solidarischer Beziehungen eines Bürgers zu seinen Mitbürgern mag seine bloße Unterstellung kollektiver Zuschauerschaft ausreichen – zumindest so lange, wie die Mitbürger die reziprok erwartete Solidarität nicht faktisch enttäuschen. Es reicht jedoch nicht aus für die Ausbildung eines kollektiven Interesses an *candor*, also daran, den Regierenden unter Bedingungen zuzuschauen, die sie nicht kontrollieren können.³⁵ Denn dies setzt entsprechende Erfahrungen voraus. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, schärfer zwischen dem Erlebnis und der Erfahrung des Zuschauens zu unterscheiden.³⁶ Aus dem Erlebnis des Zuschauens wird für den Bürger schließlich erst eine Erfahrung, wenn er das Erlebte unter einer Zweck-Mittel-Relation reflektiert.³⁷ Die Genese eines kollektiven Interesses an *candor* steht deshalb in einem internen Zusammenhang mit dem Zweck, den *candor* für das Kollektiv der Zuschauer hat. Nach Green liegt dieser Zweck darin, die niemals vollständig rechtfertigbare Asymmetrie zwischen den regierenden Eliten und den regierten Bürgern auszugleichen. Denn »[...] *candor*

33 | Vgl. EOP, S. 27-29.

34 | EOP, S. 28.

35 | Vgl. EOP, S. 130.

36 | Lash, Scott: »Experience«, in: *Theory, Culture & Society* 23 (2006), S. 335-341.

37 | Vgl. Gutmann, Mathias: »Erfahren«, in: Brodacz, André (Hg.): *Erfahrung als Argument. Zur Renaissance eines ideengeschichtlichen Grundbegriffs*, Baden-Baden: Nomos 2007, S. 27-41.

imposes such extra burdens on public figures – burdens unlikely to be experienced by ordinary citizens in their private lives [...].«³⁸

Ein individuelles Interesse an *candor* entwickelt sich danach erst, wenn dem Bürger seine Sicht auf die Eliten als ein geeignetes Mittel erscheint, ihnen eine zusätzliche Last aufzubürden, mit der die politische Ungleichheit nicht aufgehoben, aber doch wenigstens teilweise kompensiert werden kann. Damit sich ein kollektives Interesse an *candor* entwickelt, müssen die Bürger von ihrem jeweiligen Zuschauen und ihren Erfahrungen allerdings auch wechselseitig wissen. Wie Peter Berger und Thomas Luckmann gezeigt haben, ist dafür die Versprachlichung der Erfahrung nötig, weil sie das individuell Erlebte in einen Bezug zu einer gemeinsamen Tätigkeit oder einem gemeinsamen Interesse setzen kann.³⁹ Das Zuschauen kann deshalb nur dann ein kollektives Interesse an *candor* generieren, wenn es von den Bürgern als entsprechende Erfahrung kommuniziert worden ist. Entscheidend dabei ist, wie Ruth Abbey betont, dass das Betrachten desselben keine identischen Erfahrungen auslösen muss, im Gegenteil: »[...] the witnessing of candor is unlikely to be a uniform experience: candor will be interpreted differently by different parts of the electorate.«⁴⁰

Nur in dieser Form wird das Zuschauen schließlich zu einer *okularen Praktik*, mit der das Volk konstant präsent ist und nicht nur episodisch im Moment des Wahlakts. Mit dem Zuschauen gewinnt aber genau genom-

38 | EOP, S. 23. Für Green ist diese Asymmetrie zudem auch in der Praxis nicht aufhebbar, weil das politische Leben keine öffentliche Sphäre ist, die jedem Zugang erlaubt, sondern eine Bühne, auf der nicht für alle Platz ist und von der deshalb die meisten ausgeschlossen werden; vgl. dazu und zu den Lasten Green, Jeffrey E.: »Analysing legislative performance: a plebeian perspective«, in: *Democratization* 20 (2013), S. 417-437.

39 | Vgl. Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M.: Fischer 1970, S. 41; dazu auch Brodocz, André: »Erfahrung – Zur Rückkehr eines alten Arguments«, in: ders. (Hg.): *Erfahrung als Argument. Zur Renaissance eines ideengeschichtlichen Grundbegriffs*, Baden-Baden: 2007, S. 9-24.

40 | Abbey, Ruth: »Lots'a Gotcha Moments for the Deciders: Jeffrey Green's Eyes of the People«, in: *Political Theory* 42 (2014), S. 202-206 [hier: S. 204].

men nicht das Volk dauerhafte Präsenz,⁴¹ sondern die demokratische Ordnung. Denn das Volk trägt mit okularen Praktiken tagtäglich zur Konstitution und Verstetigung der demokratischen Ordnung bei: Die Bürger schauen zu, (a) wie die politischen Eliten agieren, die sich zum Herstellen und Durchsetzen kollektiv bindender Entscheidungen an der Einheitsvorstellung der demokratischen Ordnung orientieren, (b) bringen ihre Erfahrungen *mit diesen Orientierungen* zur Sprache und (c) tragen so selbst zur weiteren Deutungsöffnung der Einheitsvorstellung bei, wodurch die Ordnung in der Zeit gehalten wird.

4. DEUTUNGSOFFENHEIT DURCH ZUSAMMENSCHAU

Die Rekonstruktion demokratischer Ordnungen in der okularen Logik zeigt, dass nicht nur die politischen Eliten, sondern auch alle Bürger jeden Tag an der Deutungsöffnung jener Einheitsvorstellung mitwirken können, mit der die Ordnung symbolisch zum Ausdruck gebracht wird. Die alltägliche Konstitution und Verstetigung einer demokratischen Ordnung hängt deshalb nicht allein von den vokalen Praktiken weniger ab, sondern auch von den okularen Praktiken aller. Auf diese Weise wird zum einen hinsichtlich der vielen Bürger deutlich, wie sie sich auch jenseits des entscheidenden Wahltags an ihrer demokratischen Ordnung orientieren. Zum anderen lässt sich hinsichtlich der Ordnung erkennen, dass sie wegen der okularen Praktik des Zuschauens nicht nur episodisch, sondern fortlaufend durch alle Bürger reproduziert wird. Für die Theorie und Analyse der Stabilisierung demokratischer Ordnungen ist diese im Anschluss an Green möglich gewordene theoretische Rekonstruktion der okularen Praktiken ein wichtiger Faktor, weil damit genauer zwischen der »intensiven« und »extensiven« Wirkung von demokratischen Ordnungen unterschieden werden kann.⁴² Intensiv wirken demokratische Ordnungen in erster Linie auf und durch die politischen Eliten, deren aktives Herstellen und Durchsetzen von Entscheidungen alle Bürger in

41 | So aber Green: »It [the people, AB] would have a constant presence rather than an episodic one [...].«, EOP, S. 28.

42 | Zur Unterscheidung zwischen intensiven und extensiven Machtgeflechten siehe Mann, Michael: *Geschichte der Macht*, Bd. 1, Frankfurt a.M./New York: Campus 1994, S. 24ff.

ihren Handlungen bindet. Im Unterschied dazu wirken demokratische Ordnungen extensiv auf und durch die zuschauenden Bürger, weil die Ordnungen so einer großen Zahl an Individuen über einen weiten Raum hinweg in zumindest minimaler, weil erlebender Form Orientierung zu bieten vermögen.

Mit dieser sozialtheoretischen Präzisierung zwischen der intensiven Wirkung demokratischer Ordnung durch vokale Praktiken und der extensiven Wirkung demokratischer Ordnung durch okulare Praktiken lässt sich rekonstruieren, wie der auf der Makro-Ebene angesiedelte emergente Effekt einer deutungsoffenen Einheitsvorstellung auf der Mikro-Ebene zur Reflexion gebracht werden kann: als Folge von Deutungskämpfen vor den Augen des Volkes. Wenn die Bürger zuschauen, wie die politischen Eliten um Deutungshoheit über die Einheitsvorstellung kämpfen und um die Deutungsmacht autoritativer Instanzen konkurrieren, und wenn die Bürger ihre individuellen Erfahrungen dieses Zuschauens kommunizieren, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie in der *Zusammenschau* den emergenten Effekt der Deutungsöffnung einvernehmlich deuten – und zwar als Indiz oder gar Beweis für eine ›beliebig deutbare‹ und damit desorientierende Einheitsvorstellung.

Dieser Effekt der okularen Praktik wird in Verbindung mit den vokalen Praktiken der Demokratie noch verstärkt. Denn im vokalen Modell, in dem verschiedene Parteien um die Stimmen der Bürger konkurrieren, werden geradezu Deutungswidersprüche gesucht, an denen sich öffentlich austragbare Deutungskonflikte entzünden können. »The public appeals of democratic politicians would be distinguished not merely by a struggle for the public attention, but by a struggle *before* the public's attention.«⁴³ Durch die institutionalisierte Trennung von Regierung und Opposition werden in repräsentativ verfassten Demokratien die politischen Eliten zudem sichtbar verdoppelt: in diejenigen, die regieren, und diejenigen, die an ihrer Stelle regieren könnten.⁴⁴ Dies hat zwei Effekte: Zum einen können Deutungskonflikte unter diesen Bedingungen tagtäglich zwischen Regierung und der Opposition ausgetragen werden. Zum anderen führt diese personalisierte Repräsentation dessen, was ist (Regierung) und was stattdessen gewesen sein könnte (Opposition), den

43 | EOP, S. 164, Hervorh. im Orig.

44 | Luhmann, Niklas: »Theorie der politischen Opposition«, in: Zeitschrift für Politik 36 (1989), S. 13-26.

Bürgern zudem stets vor Augen, dass es sogar zu jeder bereits getroffenen Entscheidung weiterhin eine Alternative und damit eine andere Deutung derselben Einheitsvorstellung gibt. Im Parlamentarismus erscheinen demokratische Ordnungen deshalb als unaufhebbar konflikthaft,⁴⁵ weshalb auch für die Bürger beim Zuschauen kein Ende in Sicht erscheint.

Das Zuschauen der Bürger forciert so jene Deutungskonflikte unter den Eliten, die eine Zusammenschau der Bürger wahrscheinlicher machen, in der die Deutungs Offenheit der Einheitsvorstellung reflektiert wird. Wegen dieser Rückwirkung des Zuschauens auf die Zusammenschau tendieren demokratische Ordnungen dazu, die Reflexion ihrer deuths Offensten Einheitsvorstellung zu befördern. Allerdings sind demokratische Ordnungen auch durch Institutionen geprägt, die dieser Reflexion wie eine Barriere entgegenwirken. Insbesondere Verfassungsgerichte können diese Funktion übernehmen, wenn die politischen Eliten statt des Deutungskampfs die Deutungskonkurrenz um die Deutungsmacht des Verfassungsgerichts suchen. In solchen Fällen handelt es sich um ein am Verfassungsgericht konzentriertes Deutungskonfliktmanagement. Das Verfassungsgericht entscheidet in der vokalen Logik die Deutungskonflikte der politischen Eliten und wirkt damit in der okularen Logik dem Eindruck der Bürger entgegen, dass ihre Ordnung auf einer beliebig erscheinenden Einheitsvorstellung beruht.

Dabei kommt es darauf an, dass das Verfassungsgericht es dennoch weiterhin den Bürgern überlässt, wie sie – beim Zuschauen – seine autoritative Deutung erleben. Denn auf diese Weise kann ein in vokaler Hinsicht Deutungskonflikte beendendes und deshalb in diesem Konflikt deuthsschließendes Urteil der okularen Praktik des Zuschauens zugeführt werden, die zur fortgesetzten Deuthssöffnung der Einheitsvorstellung führt. Wenn ein Urteil allerdings eher maximalistisch statt minimalistisch begründet wird,⁴⁶ also weit über den zu entscheidenden Fall hinausweist und sogar beansprucht, den zuschauenden Bürgern vorzuschreiben, wie sie dieses Urteil zu erleben haben, dann treten die Bürger

45 | Lefort, Claude: Fortdauer des Theologisch-Politischen?, Wien: Passagen 1999; siehe auch Greens Rekurs auf Lefort in EOP, S. 206.

46 | Vgl. Cass R. Sunstein, One Case At a Time: Judicial Minimalism on the Supreme Court, Harvard 1999; dazu André Brodocz: Judikativer Minimalismus. Cass R. Sunstein und die Integration demokratischer Gesellschaften, in: Kritische Justiz 41 (2008), S. 178-197.

aus einer okularen Beziehung zum Verfassungsgericht in eine vokale und damit *Widerspruch* provozierende Beziehung.

5. OKULARE UND VOKALE DEUTUNGSMACHTPOLITIK

Eine demokratische Ordnung ist somit durch ein Zusammenwirken ihrer vokalen und okularen Logiken geprägt. Dies forciert die Entstehung von Deutungskonflikten, mit denen die Deutungsöffnung jener Einheitsvorstellung vorangetrieben wird, mit der sich diese Ordnung symbolisch zum Ausdruck bringt. Mit der Unterscheidung zwischen vokalen und okularen Praktiken eröffnet sich zudem ein präziserer analytischer Zugriff auf Deutungsmachtpolitiken,⁴⁷ durch die demokratische Ordnungen dynamisiert werden können. Okulare und vokale Deutungsmachtpolitik weisen vor allem in drei Aspekten wichtige Unterschiede aus: im Hinblick auf die Objekte, auf die Deutungsmachtpolitik zielt, im Hinblick auf die Effekte, die mit Deutungsmachtpolitik erzielt werden können und im Hinblick auf den Wandel, den Deutungsmachtpolitik anstoßen kann (vgl. Tab. 2)

Tabelle 2: Okulare und vokale Deutungsmachtpolitik

	Okulare Deutungsmachtpolitik	Vokale Deutungsmachtpolitik
Objekt	Symbolische Bedingungen der Deutungsmacht	Autoritative Deutungsinstanzen und Deutungen
Effekt	Reflektierte Deutungs Offenheit durch Zusammenschau	Performative Affirmation der Einheitsvorstellung
Wandel	Ordnungszersetzend	Ordnungsimmanent und strukturkompatibel

In der vokalen Logik zielt Deutungsmachtpolitik auf die Entscheidung von Deutungskonflikten. In einem konzentrierten Deutungskonfliktma-

47 | Zu einem Vergleich der Verfassunggebung als Deutungsmachtpolitik in konsolidierten Demokratien und Postkonfliktgesellschaften siehe auch André Brodocz, »Verfassunggebung in konsolidierten Demokratien und Postkonfliktgesellschaften. Perspektiven einer Theorie der Deutungsmacht«, in: Ellen Bos/Kálmán Pócza (Hg.): Verfassunggebung in konsolidierten Demokratien: Neubeginn oder Verfall eines politischen Systems? Baden-Baden 2014, S. 43-58.

nagement kommt der autoritativen Deutungsinstanz dabei eine herausragende Position zu, weshalb sich Deutungsmachtpolitik unter diesen Bedingungen in erster Linie an dieser Position und deren Besetzung orientiert. Diejenigen, die diese Position inne haben, verfolgen zum einen eine Deutungsmachtpolitik, die die Konzentration von Deutungsmacht an dieser Stelle sichert. Dazu tragen Entscheidungen bei, mit denen sie strukturell neue Möglichkeiten schaffen, um weiterhin als autoritative Deutungsinstanz wirken (und auftreten) zu können. Dies geschieht durch Entscheidungen, an denen sich weitere Deutungskonflikte entzünden lassen, die »zwingend« durch genau diese autoritative Deutungsinstanz entschieden werden müssen. Neben der Absicherung dieser herausgehobenen Position durch die Eröffnung neuer Deutungskonflikte und deren dezisionale Kanalisierung ist die Deutungsmachtpolitik auf der Position der autoritativen Deutungsinstanz zum anderen dadurch geprägt, dass deren Inhaber in der Regel auf die Besetzung dieser Position zielen – und zwar entweder durch sich selbst oder durch bevorzugte Nachfolger. In demokratischen Ordnungen beinhaltet dies in der Regel, dass diese Besetzung von der direkten oder indirekten Entscheidung der Bürger abhängt. Autoritative Entscheidungen von Deutungskonflikten können deshalb zwar vereinzelt, aber nicht fortdauernd gegen die Deutungen ausfallen, die die Mehrheit der Bürger teilen. In der vokalen Logik kommt es deshalb darauf an, dass die Inhaber konzentrierter Deutungsmacht dauerhaft als Autorität von den Bürgern anerkannt werden.⁴⁸

Um dauerhaft als Autorität anerkannt zu werden, braucht es für den Inhaber konzentrierter Deutungsmacht fortlaufend Gelegenheiten, bei denen er als Autorität auftreten und so in den Blick der Bürger (gaze) geraten kann: »It is a basic feature of charismatic authority that the charismatic leader appear in public.«⁴⁹ Okulare Deutungsmachtpolitik, die darauf abzielt die Entscheider von Deutungskonflikten in den Blick zu nehmen, kann genau hier zwar ansetzen. Dennoch sind vokale und okulare Deu-

48 | Vgl. zur Autorität des Bundesverfassungsgerichts etwa A. Brodacz: Die Macht der Judikative, S. 139ff.; Lembcke, Oliver: Hüter der Verfassung. Eine institutionentheoretische Studie zur Autorität des Verfassungsgerichts, Tübingen: Mohr Siebeck 2007, S. 167ff. und Vorländer, Hans: »Deutungsmacht – die Macht der Verfassungsgerichtsbarkeit«, in: ders. (Hg.): Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden: Springer VS 2006, S. 9-33.

49 | EOP, S. 159.

tungsmachtpolitik deshalb nicht kompatibel. Green zeigt im Gegenteil, dass die Entscheider in der vokalen Logik danach streben, ihren Auftritt selbst zu inszenieren, während die zuschauenden Bürger in der okularen Logik idealerweise auf *candor* aus sind, d.h. auf öffentliche Auftritte, deren Umstände und Ablauf die Entscheider gerade nicht kontrollieren können.⁵⁰ Denn je weniger die Entscheider die Bedingungen ihrer Auftritte beherrschen, desto höher ist für die Bürger die Chance zuzuschauen, wie es um die Offenheit und Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Redlichkeit, aber vor allem um die wahre Persönlichkeit der Entscheider bestellt ist.

Okulare Deutungsmachtpolitik ist aber nicht nur eine Frage, wie die Bürger insbesondere diejenigen politischen Eliten in den Blick bekommen, die autoritativ über Deutungskonflikte entscheiden. Okulare Deutungsmachtpolitik wird zudem auch aus der Zusammenschau eröffnet, aus der die von Green beschriebenen sozialintegrativen Auswirkungen des Zuschauens resultieren. Die Zusammenschau ist jedoch ebenso ein Mechanismus, durch den der emergente Effekt einer deutungsgeöffneten Einheitsvorstellung auf der Makro-Ebene auf die Mikro-Ebene durchschlägt, indem die Einheitsvorstellung von den einzelnen Bürgern als ›beliebig deutbar‹ gedeutet wird. Deutungsmachtpolitisch ist dies vor allem deshalb höchst relevant, weil die jeweils hegemoniale Einheitsvorstellung die symbolischen Bedingungen bestimmt, von denen die Deutungsmacht autoritativer Instanzen abhängt. Mit einer okularen Deutungsmachtpolitik, die eine Zusammenschau herbeiführt, bei der die Deutungsoffenheit der Einheitsvorstellung explizit reflektiert wird, lassen sich also die symbolischen Bedingungen erschüttern, die erst die Deutungsmacht der herrschenden autoritativen Instanz ermöglichen.

Allein durch eine vokale Deutungsmachtpolitik lassen sich die symbolischen Bedingungen in einer stabilen demokratischen Ordnung auf keine vergleichbare Weise angreifen. Unabhängig davon, ob vokale Deutungsmachtpolitik auf eine Entscheidung, auf die Position der autoritativen Deutungsinstanz oder auf deren konkrete Besetzung zielt, unvermeidlich orientiert sie sich dabei an der hegemonialen Einheitsvorstellung: Denn entweder ist *diese* Entscheidung oder die Konzentration von Deutungsmacht bei *dieser* Instanz oder genau *diese* Besetzung der Instanz

50 | Deshalb ist das okulare auch nicht bloß eine Ergänzung zum vokalen Model der Demokratie; vgl. zu deren Verhältnis auch J.E. Green: »Reply to Critics«, in: Political Theory 42 (2014), S. 206-217 [hier: S. 209f.].

nicht mit der vorherrschenden Einheitsvorstellung vereinbar. Jede vokale Deutungsmachtpolitik bestätigt und stärkt deshalb in performativer Hinsicht die Einheitsvorstellung, mit der sich eine demokratische Ordnung symbolisch zum Ausdruck bringt.

Dieser performative Effekt ist bei der okularen Deutungsmachtpolitik zwar nicht ausgeschlossen, aber weniger zwingend. Es kommt darauf an, wie die Bürger in ihrer Zusammenschau ihre Erfahrungen mit den politischen Eliten und deren Orientierungen an der Einheitsvorstellung zur Sprache bringen. Kommt es in der Zusammenschau zur Reflexion der Deutungsoffenheit, dann verliert die jetzt als ›beliebig deubar‹ gedeutete Einheitsvorstellung an Orientierungskraft und die Ordnung als Ganze wird fragil. Das hat Konsequenzen für die autoritativen Instanzen. Denn die symbolischen Bedingungen ihrer Deutungsmacht sind nur solange stark, wie die von ihnen autoritativ gedeutete Einheitsvorstellung auch als symbolischer Ausdruck der Ordnung fungiert. Mit einer okularen Deutungsmachtpolitik, die auf die Reflexion der Deutungsoffenheit zielt, können deshalb nicht nur die symbolischen Grundlagen der Ordnung, sondern zugleich die symbolischen Bedingungen für die Deutungsmacht autoritativer Instanzen geschwächt werden.⁵¹

Für den Wandel von Ordnungen ist dies ebenso ein wichtiger Hinweis für die Unterscheidbarkeit von großen, also Ordnungen und ihre Strukturen als Ganze transformierende, und kleinen, also ordnungsimmanenten und strukturkompatiblen, Umbrüchen.⁵² Während vokale Deutungsmachtpolitik wegen ihres *performativen Effekts* auf die Einheitsvorstellung überwiegend kleine Umbrüche befördern kann, sind große Umbrüche enger mit okularer Deutungsmachtpolitik verbunden, weil sie den *emergenten Effekt* der Deutungsoffenheit zur Reflexion bringen, so bestehende Ordnungen zersetzen und den Weg für die Entstehung neuer Ordnungen frei machen kann.

51 | Zur Unterscheidung von starken, schwachen und unsicheren symbolischen Bedingungen von Deutungsmacht vgl. A. Brodocz: Die Macht der Judikative, S. 116ff.

52 | Siehe zu großen und kleinen Umbrüchen auch Braune, Andreas/Brodocz, André: »Große und kleine Umbrüche zwischen Struktur und Ereignis«, in A. Braune et al. (Hg.): Umbrüche. Festivalband zum 6. Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte, Bad Berka: Thillm 2015, S. 13-18.

6. ZEITDIAGNOSTISCHER AUSBLICK:
DEUTUNGSKÄMPFE VOR DEN AUGEN DER WUTBÜRGER

Deutungskonflikte vor den Augen des Volkes sind solange eine Geltungsressource demokratischer Ordnungen, wie die Bürger darin eine zusätzliche Bürde für die politischen Eliten sehen, die deren politische Privilegierung zu kompensieren hilft. Fehlt es den öffentlichen Auftritten der politischen Eliten an *candor*, sei es weil sie diese Auftritte weitgehend meiden oder weil sie ihre Auftritte weitgehend selbst kontrollieren, dann wird vor diesem Hintergrund ihre politisch privilegierte Position besonders sichtbar. Bürger erleben dieses Verhalten dann als ›selbstherrlich‹ und werfen den Eliten vor, dass ›die da oben machen, was sie wollen‹. Dies kann dazu führen, dass das Zuschauen ihres Erachtens kein Mittel (mehr) ist, um den politischen Eliten eine Last aufzubürden. Diese sogenannten »Wutbürger« können ganz unterschiedlich auf diese Erfahrungen reagieren: mit Gleichgültigkeit, mit Empörung und mit Verachtung (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Varianten des Wutbürgertums

	Gleichgültigkeit	Empörung	Verachtung
Okulare Praktik	Wegschauen	Weiterschauen	Hinabblicken
Vokale Praktik	Schweigen	Anklagen	Strafen
Deutungskampf	Kapitulation	Kampf um die Ordnung	Kampf gegen die Ordnung

Bürger reagieren *gleichgültig*, wenn sie ihren Blick von den politischen Eliten und ihren Entscheidungen abwenden. Ihre Erwartungen an *candor* wurden so oft enttäuscht, dass sie diese Erwartung für die Zukunft aufgeben. Sie fügen sich ihrer Unterwerfung und bleiben in politischer Hinsicht gänzlich passiv, weil es ihnen gleich ist, woraus die Ordnung ihre Geltung bezieht.⁵³ Gleichgültige Bürger wechseln deshalb aber nicht

53 | Nach Ruth Abbey bleibt diese Gruppe der nicht zuschauenden Bürger bei Green unsichtbar und fällt deshalb aus Greens Begriff des »Volks« heraus. Dann, so Abbey weiter, kann Zuschauerschaft aber nicht die Einheit des ganzen Volkes charakterisieren, so dass sein Begriff des »Volks« unvollständig bleibt. Vgl. R. Abbey: Lots’a Gotcha Moments for the Deciders: Jeffrey Green’s Eyes of the People, S. 205.

von der okularen Logik in die vokale Logik, um mit der Teilhabe an Entscheidungen die Bedingungen von *candor* so zu ändern, dass sie künftig nicht wieder enttäuscht werden. Ihre vokale Praktik ist das Schweigen. Insofern betreiben sie deshalb aktiv keine Deutungsmachtpolitik gegen die Ordnung, die sie symbolisierende Einheitsvorstellung oder ggf. deren autoritativen Interpreten, sondern kapitulieren. Jedoch stellen sie mit ihrem Wegschauen zugleich alle okularen Praktiken ein, die die extensive Wirkung demokratischer Ordnungen tragen und sie darüber auch performativ reproduzieren. Der für die Konstitution und Verstetigung einer demokratischen Ordnung zentrale Deutungsöffnungsprozess ihrer Einheitsvorstellung bricht so an verschiedenen Stellen ab, ohne dadurch bereits zur Gänze zusammenzubrechen.

Bürger reagieren hingegen *empört*, wenn sie trotz wiederholter Enttäuschungen durch die politischen Eliten ihre Erwartung an *candor* aufrecht erhalten und entweder die Strukturen, die dieses Verhalten der Eliten produzieren, oder die charakterliche Schwäche der regierenden Personen anklagen. Sie fühlen sich durch das Verhalten der politischen Eliten in ihren »Statusansprüchen«⁵⁴ auf »politische Gleichheit«, die ihnen ihres Erachtens berechtigterweise zustehen, verletzt. Ihr Blick bleibt dabei an den politischen Eliten und ihren Entscheidungen, aber auch an den Bedingungen ihres Auftretens haften. Sie schauen weiter und im Selbstverständnis häufig sogar »genauer« zu. Empörungen befördern somit die Fortsetzung okularer Praktiken und können zugleich zum Wechsel in die vokale Logik motivieren, etwa mit Protesten gegen konkrete Amtsinhaber oder bestimmte Entscheidungen. Anders als beim Weggucken tragen Empörungen durch die Fortsetzung okularer Praktiken deshalb dazu bei, den für die demokratische Ordnung konstitutiven Deutungsöffnungsprozess ihrer Einheitsvorstellungen am Laufen zu halten. Zugleich bringen Empörungen so auch die weiterhin extensive Wirkung einer demokratischen Ordnung zum Ausdruck.

Bürger reagieren *verachtend*, wenn »die da oben machen, was sie wollen, weil sie einfach machen *können*, was sie wollen«. Das Problem sind ihres Erachtens weder die charakterschwachen politischen Eliten noch die unzureichenden Strukturen – das Problem ist die Ordnung: Die da oben können machen, was sie wollen, weil ihnen die demokratische Ord-

54 | Iser, Mattias: Empörung und Fortschritt. Grundlagen einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York: Campus 2008, S. 283.

nung keine Orientierung mehr bietet. Deshalb verachten sie die demokratische Ordnung und die sie symbolisierende Einheitsvorstellung. Mit dem verächtlichen Blick und der verächtlichen Abwendung stehen okulare und vokale Praktiken zur Verfügung, um zu zeigen, dass die verachtete Ordnung und den verachtenden Bürger »keine Gemeinsamkeit« verbindet.⁵⁵ Diese Verachtung der Ordnung wird häufig noch auf jene Mitbürger übertragen, die sich an der Ordnung orientieren und ihr zur Geltung verhelfen.⁵⁶ Während der gleichgültig reagierende Bürger seine Enttäuschung beschweigt und der empört reagierende Bürger seine Verletzung anklagt, straft der verachtend reagierende Bürger die Ordnung und die an sie glaubenden Mitbürger mit Verachtung, indem er sich selbst moralisch darüber erhebt und so auf die Ordnung und ihre Eliten hinabblickt. Die öffentlichen Auftritte der politischen Elite stellen für die Verächter keine Bürde dar, die den politischen Eliten auferlegt wird. Vielmehr erscheinen den verachtenden Zuschauer der politischen Eliten als eine zusätzliche Last, der sich zu entledigen gilt.

Anders als durch die Gleichgültigkeit, die die Bürger das Zuschauen einstellen lässt, können demokratische Ordnungen durch Empörung und Verachtung dynamisiert werden, sobald sie in der Zusammenschau selbst als Verbindlichkeit beanspruchende Deutung kommuniziert werden und so zu Deutungsmachtpolitik werden. Voraussetzung für diese Zusammenschau ist, dass das Zuschauen nicht nur individuell erlebt, sondern auch kollektiv erfahren werden kann. Erst Protestveranstaltungen wie Demonstrationen und Kundgebungen machen das individuelle Erlebnis des Zuschauens zur gemeinsamen Erfahrung der Wutbürger. Zugleich verschränken sie okulare und vokale Praktiken dadurch, dass Protestveranstaltungen selbst eine Bühne schaffen, die von den politischen Eliten nicht kontrolliert werden kann. Diese Bühne wird so selbst zu einem Ort, der für die zuschauenden Demonstranten *candor* repräsentiert. Wer auf dieser Bühne auftritt, bestätigt den Zuschauern, dass ihre generellen Erwartungen an *candor* berechtigt sind, auch wenn sie bisher enttäuscht

55 | Liebsch, Burkhard: »Spielarten der Verachtung. Sozialphilosophische Überlegungen zwischen Gleichgültigkeit und Hass«, in: Ricken, Norbert (Hg.): Über die Verachtung der Pädagogik. Analysen – Materialien – Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS 2007, S. 43-77 [hier: S. 69].

56 | Vgl. B. Liebsch, Spielarten der Verachtung. Sozialphilosophische Überlegungen zwischen Gleichgültigkeit und Hass, S. 53.

worden sind; gleichzeitig demonstriert der Auftretende allein mit seinem Erscheinen auf dieser Bühne, dass er – anders als die kritisierten Eliten – bereit ist, diese berechtigten Erwartungen zu erfüllen. Ob der Auftretende diese Protestveranstaltung selbst initiiert hat, ist für den Effekt irrelevant, weil die materialisierte Bühne erst in den Augen der Demonstranten zur *candor* repräsentierenden Bühne wird.

Ob die zuschauenden Bürger dabei überwiegend aus Empörung oder Verachtung vor Ort sind, wird in der Zusammenschau einer ganzen Menge nicht immer klar.⁵⁷ In ihr bilden sich kleinere Gruppen, in denen aus dem individuellen Erleben durch dezentralisiertes Zusammenschauen durchaus verschiedene Erfahrungen hervorgehen. Gruppenpolarisierungen⁵⁸ können hierbei dazu beitragen, dass Empörte und Verächter zunächst unter sich bleiben; allerdings kann dies ebenso zu einer Radikalisierung führen, mit der zunächst nur Empörte sukzessive zu Verächtern werden. Letzteres setzt voraus, dass es sich regelmäßig wiederholende Gelegenheiten zu Protesten gibt, in denen diese Gruppen zur Fortsetzung ihrer Zusammenschau zusammenkommen.

Ob die kollektive Erfahrung der ganzen demonstrierenden Zuschauerschaft als Empörung oder Verachtung gedeutet wird, hängt zudem ganz wesentlich davon ab, wie sie auf der Bühne zur Sprache gebracht wird: Bekommen die konträren Deutungen des kollektiven Protests als »Empörung« oder »Verachtung« den gleichen Raum auf der Bühne? Werden die Deutungswidersprüche ausgehalten oder erhebt eine Deutung einen verbindlichen Anspruch für alle? Konzentriert sich die Entscheidung solcher Deutungskonflikte bei einzelnen, die so sukzessive autoritative Deutungsmacht über die Menge generieren? Wiederholen sich solche Protestveranstaltungen regelmäßig, dann wird die Bühne zu einer Ge-

57 | Siehe etwa zu den verschiedenen Motiven der PEGIDA-Demonstranten Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS 2015, S. 53-70.

58 | Siehe zur Bedeutung von Gruppenpolarisierung für die Demokratie Sunstein, Cass R.: Why Societies Need Dissent, Cambridge, MA: Harvars University Press, S. 111-144.

legenheitsstruktur für die Genese und Verstetigung von Deutungsmacht über die demonstrierende Zuschauerschaft.⁵⁹

Okulare und vokale Logik des politischen Prozesses sind hier zudem dadurch verschränkt, dass diese Protestveranstaltungen ihrerseits vor den Augen der politischen Eliten stattfinden.⁶⁰ Ihnen kommt die Konzentration von Deutungsmacht über den Protest bei einzelnen Akteuren entgegen, weil die protestierenden Zuschauer ansprechbar werden. So wird es den politischen Eliten in ihrer Beziehung zu den Demonstranten ermöglicht, von der okularen in die von ihnen bevorzugte vokale Beziehung zu wechseln. In vokaler Hinsicht bekommen die protestierenden Zuschauer eine Stimme, mit der die Eliten reden und der sie auch widersprechen können. Durch die politischen Eliten werden die autoritativen Deuter des Protestes zu Repräsentanten der protestierenden Menge, ohne dass sie von der Menge überhaupt als Repräsentanten autorisiert werden müssen.⁶¹ Jetzt können diese Repräsentanten des Protests ihrerseits aufgefordert werden, vor den Augen des Volkes auf (Talk Show-)Bühnen aufzutreten, die sie selbst nicht kontrollieren können, und so *candor* zu beweisen.

Deutungsmachtpolitisch besteht zwischen Protest aus Empörung und Protest aus Verachtung für demokratische Ordnungen ein wichtiger Unterschied. Im Protest aus Empörung findet der Kampf um Deutungsmacht nicht auf der Ebene der Einheitsvorstellung ab, mit der sich die demokratische Ordnung symbolisch zur Darstellung bringt. Vielmehr ist die Einheitsvorstellung der symbolische Bezugspunkt für den Kampf um ihre ›richtige‹ Deutung, der auch als Kampf gegen die politischen Eliten, deren Deutungen abgelehnt werden, und als Kampf gegen das Deutungskonfliktmanagement, das diesen Eliten deutungsmächtige Positionen sichert, geführt werden kann. Im Protest aus Verachtung wird der Geltungsanspruch der demokratischen Ordnung gänzlich abgelehnt. Des-

59 | Dazu sehr anschaulich sind die Rekonstruktionen der Abläufe von PEGIDA-Demonstrationen bei H. Vorländer/M. Herold/S. Schäller, PEGIDA Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, S. 47-52.

60 | Auch hier wieder sehr anschaulich dargelegt am PEGIDA-Protest bei H. Vorländer/M. Herold/S. Schäller, PEGIDA Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, S. 17-30.

61 | Ganz im Sinne von Rehfeld, Andrew: »Towards a General Theory of Political Representation«, in: The Journal of Politics 68 (2006), S. 1-21.

halb findet der Kampf um Deutungsmacht hier vorrangig auf der Ebene der Einheitsvorstellung statt. Sie liefert aus der Sicht der Verächter keine Orientierung mehr, weshalb auch auf der Ebene der Deutungen nicht um ihre ›richtige‹ Deutung gekämpft wird. Vielmehr findet der Kampf um Deutungsmacht hier statt, um die Sinnlosigkeit des richtigen Deutens vorzuführen. Der Protest aus Verachtung ist deshalb ein Kampf gegen die Ordnung, während Protest aus Empörung ein Kampf um die Ordnung ist.

Okulare Demokratie und die Frage nach der demokratischen Ermächtigung

Felix Gerlsbeck/Solongo Wandan

Durch Jeffrey Greens *The Eyes of the People (EOP)* zieht sich eine Metapher, welche die Kernaussage des ganzen Werkes widerspiegelt; nämlich, dass während in der politischen Theorie demokratische Institutionen typischerweise als Institutionen der Ermächtigung (*empowerment*) des Volkes durch die Verstärkung von dessen *Stimme* verstanden werden, die Dimension der *Augen* oder des *Blickes* des Volkes bisher völlig vernachlässigt wurde.¹ Der Blick ist jedoch, so Green, ein ganz zentraler Mechanismus, durch den eine Ermächtigung des Beobachtenden gegenüber dem Beobachteten erfolgen kann; auch deswegen ist es dem Autor zu Folge unbedingt erforderlich, zu untersuchen, inwieweit demokratische Institutionen diese »okulare« Ermächtigung des Volkes ermöglichen.

Zum einen steht hinter dieser Idee ein phänomenologisches Projekt, in dem die Politikerfahrung der breiten Masse der Bürger, welche Politik hauptsächlich als – durchaus gut informierte, aber grundsätzlich passive – Zuschauer verfolgt, sowohl beschrieben als auch aufgewertet werden soll.² Zum anderen steckt ein analytisches – oder wie Green es selbst bezeichnet, ideologisches – Projekt hinter dieser Metapher, nämlich, den normativen Blick auf jene Mechanismen demokratischer Prozesse zu lenken, die nicht über eine direkte explizite Autorisierung von Machthabern

1 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press, 2010 [im Folgenden EOP], S. 3.

2 | Vgl. Green, Jeffrey Edward: »Okulare Demokratie revisited«, in diesem Band S. 21ff.

durch das Volk, sondern über subtilere Wege stattfinden.³ Dies erfolgt über den normativ aufgeladenen Begriff der (demokratischen) Ermächtigung. Diese Ermächtigung des Volkes kann nicht nur darüber stattfinden, dass dieses – mehr oder weniger direkt – Einfluss auf das Schreiben von Gesetzen und Regeln ausübt, sondern, so Greens Theorie, dadurch, dass das Volk als Zuschauer beobachtend am politischen Prozess teilnimmt.

Von diesem Blickwinkel aus müssen bei der Analyse demokratischer Institutionen andere Begriffe und Konzeptionen betont werden. Zentral bei EOP ist hier natürlich das Ideal der *Offenheit (candor)*⁴ demokratischer Politik – das Verständnis, dass in Demokratien, zumindest im Idealfall, die Ausübung und Rechtfertigung politischer Macht *in der Öffentlichkeit* erfolgt. Was vor sich geht, kann direkt beobachtet, hinterfragt und nachvollzogen werden. Dies wiederum erfordert, dass Machthaber gerade eben *nicht* kontrollieren können, was von ihrem Handeln in die Öffentlichkeit getragen und unter welchen Gesichtspunkten es präsentiert wird. Für wahre Offenheit ist es zentral, dass die Fähigkeit zum *Spin* unterbunden wird – wahrer *candor* erfordert, dass den Beobachteten die Kontrolle über die Bedingungen der Beobachtung entrissen wird.

Für die Bürgerin⁵ *qua* Zuschauerin ist Offenheit, laut Green, demnach ein zentraler Wert – denn sonst ist das Beobachten der Politik natürlich nicht wirkliches Wahrnehmen der Tatsachen, sondern nur die Betrachtung eines mit der Absicht der Beeinflussung inszenierten Schauspiels. Die Norm der Offenheit des betrachteten Subjekts ergibt sich in gewissem Sinn also bereits aus dem Akt des Zuschauens selbst. Zuschauerinnen *qua* Zuschauerinnen schätzen Offenheit, und wenn Bürgerinnen eben vor allem Zuschauerinnen sind, muss Offenheit ein grundlegendes bürgerschaftliches Ideal sein. Das ist eine der zentralen Aussagen von Greens phänomenologischem Projekt.

An dieser Stelle ist es jedoch nicht klar, inwieweit hier durch den unverfälschten Blick tatsächlich eine demokratische *Ermächtigung* der Bürgerinnen und Bürger stattfindet. Wie kann sich diese Behauptung aus

3 | Vgl. J.E. Green: »Okulare Demokratie revisited«, S. 14ff.

4 | Im Folgenden wird Greens Begriff *candor* durchgängig mit *Offenheit* übersetzt, auch wenn dies die Bedeutung des Ursprungsbegriffs nicht vollständig trifft.

5 | Im folgenden Text werden generisches Maskulinum und Femininum austauschbar verwendet.

demokratiethoretischer Perspektive begründen lassen, und auf welcher Konzeption der demokratischen Ermächtigung kann diese beruhen?

Bezüglich dieser Frage hat Greens Buch von mehreren Seiten Kritik erfahren; insbesondere wurde vermerkt, dass sein Fokus auf die Aspekte des Blickes nur dann eine Ermächtigung der Bürger bedeuten kann, wenn diesen auch noch andere effektive Sanktionsmechanismen – die wiederum eher auf der Funktion der *Stimme* basieren – zur Verfügung stehen. Grob gesagt, wenn ich die Machthaber nicht in der letzten Instanz dann doch für ihr Fehlverhalten mit materiellen Sanktionen abstrafen kann (etwa durch Verweigerung meiner Stimme bei der nächsten Wahl), dann können sie - trotz Offenheit und unter Beobachtung - tun und lassen was sie wollen. Ohne die im Hintergrund mitschwingende Drohung der späteren *stimmlichen* Sanktionierung, so das Argument, wird die Norm der Offenheit keinen ermächtigenden Effekt haben.

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns daher nur mit diesem Teilaspekt von Greens vielseitigem Projekt: mit der Frage, in wie weit eine Norm der Offenheit unabhängig von den typischen Wahl- und Abstimmungsmechanismen einen *Kontrolleffekt* auf Machthaber hat und damit als demokratische Ermächtigung verstanden werden kann. Unserer Meinung nach ist es ein Verdienst von *The Eyes of the People*, das Augenmerk in der Demokratietheorie auf *informelle* Mechanismen der politischen Einflussnahme zu lenken (also Mechanismen jenseits der formellen Autorisierung bzw. Sanktionierung), die, wie im Weiteren erläutert wird, für die demokratische Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich sind. Insofern kann *EOP* durchaus als eine notwendige Erweiterung der Demokratietheorie gelten. Wie aber nachfolgend dargelegt werden wird, ist nicht ganz klar, wie die Norm der Offenheit *allein* als Ermächtigungsbedingung der Bürgerinnen gelten kann. Auch wenn es zu begrüßen ist, dass *EOP* den demokratiethoretischen Blick auf formelle und informelle Institutionen und Mechanismen jenseits des Wahlvorganges und anderer offizieller Kanäle politischer Einflussnahme lenkt, ist der Blick wohl nur ein Element dieser Mechanismen, wenn auch ein wichtiges. *Effektive* demokratische Ermächtigung muss unserer Meinung nach als ein mehrdimensionales Konzept verstanden werden.

In Abschnitt 2 werden das generelle Problem der Ermächtigung der Bürger gegenüber den Machthabern sowie, im Einklang mit Greens Kritik des typischen »Stimmen«-Modells, die Probleme dieser Konzeption dargestellt. In Abschnitt 3 analysieren wir, wie die Ermächtigung der

Bürgerinnen unabhängig von Wahlmechanismen funktionieren kann. Insbesondere wird untersucht, ob und wie der Blick der Öffentlichkeit Machthaber disziplinieren kann und somit indirekt das Volk demokratisch ermächtigt. Abschnitt 4 zieht ein kurzes Fazit.

DEMOKRATISCHE ERMÄCHTIGUNG ALS BEGRIFF

Bevor wir auf die konkrete Frage eingehen können, muss der Begriff der Ermächtigung (empowerment) bei Green geklärt werden. Dem Autor zu Folge sind Bürgerinnen, die durch die Norm der Öffentlichkeit einen unverstellten Blick haben, nicht nur in der Lage, die von rein für Medienzwecke von Machthabern inszenierten Darstellungen zu durchschauen und sich somit ein besseres Urteil bei den nächsten Wahlen zu bilden. Vielmehr soll das okulare Modell auch eine Form demokratischer Ermächtigung für Bürgerinnen bieten, die noch gar keine wohlgeformten politischen Präferenzen und auch keine politische Agenda haben,⁶ sondern, wie bereits erwähnt, der Politik zuallererst als Zuschauer gegenüberstehen. Es geht also bei der Ermächtigung der Bürgerinnen hier nicht primär um den Einfluss auf die Inhalte der Politik oder vielmehr der politischen Entscheidungen direkt, sondern darum, die Machthaber als Akteure indirekt zu kontrollieren, bzw. durch Auferlegung von Regeln ihr Verhalten in bestimmte Richtungen zu lenken: »[C]andor is useful because it seeks to regulate this secondary set of concerns: not the policies that are enacted, but the leaders empowered to legislate.«⁷

Eine Grundannahme dieser Argumentation für Green ist, dass in real existierenden demokratischen Systemen immer nur ein *Teil* der Bürgerinnen aktiv an der Gestaltung der Politik teilnimmt. Typischerweise ist dies nur eine *Minderheit*, gemessen an der Bevölkerung: »The People does not author norms and policies; only the minority of active and well-organized citizens contributes to this process. As Dahl famously said, in a modern democracy *minorities rule*«⁸ (Herv. i.O.). Es ist also allein aus intellektueller Ehrlichkeit (»intellectual honesty«⁹) erforderlich, die metaphorische

6 | Green: »Okulare Demokratie revisited«, S. 16.

7 | EOP, S. 203

8 | EOP, S. 206.

9 | EOP, S. 205.

Idee aufzugeben dass »das Volk« in souveräner Kapazität *sich selbst* Gesetze gibt. Normen, Gesetze und verfassungsrechtliche Regeln werden *unweigerlich* am Ende von Eliten geschrieben, wenn es sich auch nur um die Elite der Bürger handelt, die gut genug organisiert und/oder interessiert sind, um auf den Policy-Prozess direkt Einfluss zu üben. Wenn man dieser Diagnose zustimmt – und vor dem Hintergrund der Massendemokratie ist dies plausibel –, dann scheint es durchaus fragwürdig, die in vier- oder fünfjährigen Abständen ausgeübte Wahl der Repräsentantinnen als direkten Ausdruck der Selbstgesetzgebung »des Volkes« zu verstehen.

An die Stelle dieser rein metaphorischen Konzeption von Volkssouveränität als Selbstgesetzgebung wird bei Green nun eine andere Interpretation gesetzt: Das Volk kann als Souverän gelten, wenn diejenigen, die über politische Macht verfügen (unweigerlich eine Minderheit), diese Macht nur innerhalb von bestimmten strikten Rahmenbedingungen ausüben können, bzw. sich bei der Machtausübung an gewisse Normen halten müssen. Die Norm selbst »herrscht« in diesem Sinne.¹⁰ Das Handeln der Machthaber wird also gewissermaßen diszipliniert, durch Regeln, Verhaltensnormen und Rahmenbedingungen in eine bestimmte Richtung gelenkt. Hierbei betont das okulare Demokratiemodell nicht etwa durch entsprechende Gerichtsbarkeit kontrollierte Verfassungsprinzipien, Grundrechte, oder selbst so etwas wie »checks and balances« – alles Maßnahmen, die Machthaber in gewisser Weise disziplinieren sollen – sondern die *Offenheit* der Aktivitäten der Machthaber gegenüber dem Blick des Volkes. Dieser Blick, so argumentiert Green in Foucault'scher Manier, »richtet« die Machthaber »ab« und »formt« sie, er ist eine Form von »Zwang durch das Mittel der Beobachtung«.¹¹ Volkssouveränität, in diesem Bild, ist verstanden als Einfluss des Volkes auf die Bedingungen, unter denen Herrschaft ausgeübt wird: Greens Ansatz »[locates] the People's interest not in this or that set of policies, decision, or election of candidates, but in the conditions that regulate how those who are separated from the People – leaders who decide how governmental power is to be used and as a result are empowered vis-à-vis the People – are to have their public lives conducted and organized.«¹²

10 | Siehe EOP, S. 207.

11 | EOP, S. 154, eigene Übersetzung.

12 | EOP, S. 204.

Diese Verhaltensnorm der Offenheit soll also direkt der *Ermächtigung* des Volkes dienen. Hier stellt sich also die Frage, wie dieses Konzept verstanden werden soll und wie die Norm der Offenheit diese Ermächtigung ermöglichen kann. Vor diesem Hintergrund können wir bei Green zwei verschiedene Interpretationen des Ermächtigungskonzeptes hervorheben: zum einen (a), dass Machthaber durch die Norm der Offenheit dazu gezwungen werden, *im Sinne* (nicht: *dem expliziten Willen* entsprechend) des zuschauenden Volkes zu handeln; sowie die komplementäre Dimension, in der den Machthabern (b) quasi als Kompensation für ihre politische Macht die Bürde der Offenheit auferlegt wird, um so ein Gleichgewicht zwischen Machthabern und Bürgerinnen wiederherzustellen (die Machthaber können zwar über Gesetze bestimmen, aber dafür steht jeder ihrer Schritte und Handlungen unter dem Blick des Volkes – siehe Green, dieser Band, 6). Im Sinne von (b) werden Bürgerinnen natürlich im *relativen* Sinne ermächtigt, indem die Macht der politischen Entscheidungsträger – im Idealfall – dem Machtgefälle entsprechend reduziert wird. Wir konzentrieren uns in diesem Kapitel jedoch auf Bedeutung (a): wie kann Offenheit als eine den politischen Akteuren auferlegte Norm dazu führen, dass politische Entscheidungen im Sinne des (nicht direkt beteiligten) Volkes getroffen werden, selbst wenn dieses gar keine klar gefassten politischen Präferenzen haben sollte, welche unmittelbar umgesetzt werden könnten – weswegen auch die klassischen Sanktionsmechanismen der demokratischen Kontrolle nicht greifen? Zu den Mechanismen, die hier wirken könnten, ist in *EOP* im Detail nur wenig zu finden, daher gehen wir in den folgenden Sektionen über den Text hinaus. Die im nächsten Abschnitt diskutierten Mechanismen sind nur *mögliche* Interpretationen, wie die Ermächtigungsfunktion der Norm der Offenheit im Sinne von (a) wirken kann. Wir beziehen neben den bei Green zentralen Kontexten der Offenheit – Debatten, Untersuchungsausschüsse und Pressekonferenzen – weitere Kontexte mit ein, um einen generellen Blick auf die Frage zu werfen, wie Offenheit Ermächtigung bedeuten kann.

Wie also wirkt der »Blick« der Öffentlichkeit auf die Motivationsstruktur der politischen Entscheider ein, so dass diese sich an den Interessen des »Volkes« orientieren?

DIE PSYCHOLOGISCHEN EFFEKTE VON OFFENHEIT

Was die ersten Rezensionen von *EOP* typischerweise kritisierten, war, dass Bedingungen der Offenheit zur Ermächtigung der Bürger nur dann beitragen können, wenn sie als *Ergänzung* zu den bestehenden klassischen demokratischen Mechanismen verstanden werden: eine öffentliche Debatte über die zur Wahl stehenden Kandidatinnen, und am Ende die freie, gleiche Wahl.¹³ Offenheit ist hier essenziell, damit die Willensbildung der Wähler sich auf korrekte Beobachtungen stützt. Wähler können Politikerinnen nämlich nur dann zur Verantwortung ziehen, wenn klar ist, für welche Entscheidungen oder Konsequenzen dieser Entscheidungen sie verantwortlich sind. Die Kombination von potentieller Sanktion durch Abwahl mit dem Zwang zur Offenheit, so die typische Theorie, leitet Machthaber an, im Sinne der Bürger (bzw. eigentlich nur im Sinne der *Wähler*) zu handeln.

Betrachtet aus der Perspektive der Machthaber allerdings gestalten sich die drohende Sanktionierung durch die Wähler und der Zwang zur Offenheit als Gegensätze. Um die Abwahl zu vermeiden, werden Politiker versuchen, sich möglichst gut zu präsentieren bzw. ihren Handlungen stets einen positiven *Spin* zu geben. Sie werden also versuchen, die Offenheit je nach ihren Möglichkeiten zu untergraben oder auszunutzen. Gewissermaßen ist hier ein inhärenter Konflikt vorhanden, da die bestehenden direkten Mechanismen, die Verantwortlichkeit der Machthaber zu identifizieren, gleichzeitig Anreize zur Manipulation setzen.

Dieses Problem verstärkt sich noch, wenn wir in realistischer Weise annehmen, dass Entscheidungen im Sinne der Bürger durchaus manchmal (wenn nicht sogar häufig) kurzfristig recht unpopulär sein können, oder, wenn wir annehmen, dass selbst gut gemeinte Entscheidungen fehlschlagen können. Wenn so ein Risiko des Scheiterns besteht, werden rationale Entscheidungsträger mit Blick auf die potentielle Abstrafung natürlich die Entscheidung lieber auf die lange Bank schieben. Unter bestimmten Umständen kann die Kombination aus Offenheit und drohender Sanktionierung also zu Entscheidungsmustern führen, die eben nicht

13 | Z.B. die Beiträge in Avramenko, Richard; Schwarzberg, Melissa; Landemore, Helen; Hunt Botting, Eileen, Abbey, Ruth; and Green, Jeffrey E.: »Jeffrey Green's The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship«. *Political Theory* 42(2), (2014), S. 188-217.

im Interesse der Bevölkerung liegen. Notwendige, aber höchst unbeliebte Maßnahmen wie etwa Steuererhöhungen, so könnte man denken, würden nur im Ausnahmefall von Entscheidungsträgern angepackt.¹⁴ David Runciman bezeichnete vor dem Hintergrund dieser Tendenz Demokratie als »untimely«.¹⁵

Allerdings: auch wenn die Belohnungs-/Sanktionierungsfunktion demokratischer Wahlen eine ambivalente Rolle bei der Disziplinierung der Machthaber spielen kann, scheint sie doch zunächst alternativlos: wie soll das Volk die gewaltige Machtfülle gewählter Politiker kontrollieren, wenn nicht durch diese »stimmliche« Maßnahme? Zunächst lässt sich anmerken, dass die Angst vor der Sanktionierung durch die Wähler nicht der einzige Grund sein kann, warum Offenheit eine demokratische Ermächtigung bewirkt: es gibt zahlreiche Situationen auch in existierenden Demokratien, in denen die Möglichkeit der Sanktionierung wegfällt.

Dieses Szenario ist nicht ganz unrealistisch; es ist z.B. denkbar im Falle von US-amerikanischen Präsidenten in der zweiten und letzten Amtszeit, oder in Situationen, in denen Parlamentarier sich entscheiden, nicht zur Wiederwahl anzutreten. Zum Beispiel 2016: nachdem Präsident Obama weder wieder- noch abgewählt werden kann, scheint das Volk tatsächlich nur durch Greens angenommene *Offenheit* und den damit assoziierten »Blick von Außen« in der Lage – ermächtigt – zu sein, das Verhalten des Präsidenten zu kontrollieren.¹⁶ Der englische Premierminister David Cameron äußerte vor Kurzem genau diesen Gedanken als er betonte: »I am not standing for re-election, I have no other agenda than what is best for our country«.¹⁷ Gerade die Entscheidung, sich der Sanktionierung durch Wiederwahl zu entziehen, so scheint Cameron zu argumentieren, ermöglicht ihm, im Sinne des Landes zu handeln. Man fragt sich unweigerlich, welcher demokratische Mechanismus hier – außer Camerons gutem Willen – am Werke ist.

14 | Zumindest wenn die Möglichkeit besteht, die Entscheidung auf die Zukunft abzuwälzen.

15 | Runciman, David: *The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present*. Princeton: Princeton University Press, 2014.

16 | Dies ist, wenn wir von der Möglichkeit der Absetzung durch das *impeachment*-Verfahren absehen.

17 | www.telegraph.co.uk/news/newsttopics/eureferendum/12167851/eu-referendum-david-cameron-faces-mps-after-boris-johnson-backs-brexite-live.html

Nachdem es in diesen Fällen dem Volk nicht möglich ist, materielle Anreize (in verhaltensökonomischen Theorien sogenannte Belohnungen bzw. die Auferlegung von Kosten) zu setzen, könnte der Blick der Öffentlichkeit zunächst einmal über rein interne, also psychologische, Kalkulationen funktionieren. Das heißt, das Verhalten des Machthabers würde dadurch gelenkt, dass durch die Präsenz der Beobachter mit verschiedenen Verhaltensweisen verschiedene psychologische Effekte verknüpft werden, die unter Umständen in der Entscheidungsfindung zentrale Auswirkungen haben können. In der Psychologie finden sich insbesondere zwei Emotionen, die stark mit prosozialem Verhalten assoziiert sind, bzw. das Verhalten von Personen in diese Richtung lenken können: Scham und Stolz.¹⁸

Der »Blick« des Volkes könnte zunächst einmal darüber funktionieren, dass Menschen typischerweise danach streben, Beschämung zu vermeiden (*»shame-avoidance«*). Zahlreiche Studien zeigen dass Menschen unter tatsächlicher oder vorgetäuschter Beobachtung dazu tendieren, *ceteris paribus*, sich den existierenden sozialen Normen konform zu verhalten, nicht nur primär, um private Sanktionen (z.B. spätere gesellschaftliche Ausgrenzung) zu vermeiden, sondern auch, um den Einklang zwischen ihrem Erscheinungsbild auf Andere und dem eigenen positiven Selbstbild nicht zu gefährden.¹⁹ Dies ist vermutlich die Art der Selbstdisziplinierung, auf die Green mit seinen Verweisen auf Foucault hindeuten möchte. Konkret könnte dies etwa bedeuten, dass allzu offensichtlich auf das eigene Interesse oder auf das Interesse bestimmter Gruppen abzielende Politik, unproduktives oder unsachliches Verhalten, korrupte »Deals« oder unter disproportionaler Einflussnahme von Lobbyisten oder

18 | Siehe z.B. Gerber, Alan S., Green, Donald P. and Larimer, Christopher W., »Social Pressure and Voter Turnout: Evidence from a Large-Scale Field Experiment.« *American Political Science Review* 102(1), (2008), S. 1-16. Panahopoulos, Costas, »Affect, Social Pressure and Prosocial Motivation: Field Experimental Evidence of the Mobilizing Effects of Pride, Shame and Publicizing Voting Behavior.« *Political Behavior* (32)3, (2010), S. 369-386.

19 | Siehe z.B. Elster, Jon, *Alchemies of the Mind*. Cambridge: Cambridge University Press, 1999, S. 145-164, Smith, Richard H.; Webster, J. Matthew; Parrott, W. Gerrod; Eyre, Heidi L. »The Role of Public Exposure in Moral and Nonmoral Shame and Guilt«. *Journal of Personality and Social Psychology*. 83(1), (2002), S. 138-159.

Interessenvertretern entstandene Politik vermieden wird. Wenn die Bedingungen der Öffentlichkeit nicht vom Machthaber selbst kontrolliert werden kann, dieser aber auch Scham vermeiden will, könnte man also vermuten, dass ihm nichts anderes übrig bleibt, als im Interesse der Bevölkerung zu handeln, auch wenn er dies nicht genuin beabsichtigt. Elster bezeichnet diesen Effekt als »civilizing force of hypocrisy«.²⁰ Heute würde man hier vielleicht von dem sogenannten »chilling effect«, also der Selbstzensur durch »vorausseilenden Gehorsam«, sprechen.

Es scheint plausibel, dass Offenheit klare Fälle von Korruption und illegalem Verhalten unterbinden könnte. Seit langem ist dies die zentrale Rechtfertigung von Transparenznormen (der Name der Antikorruptionsorganisation *Transparency International* zeugt davon). Darüber hinaus aber wird die Sache schwieriger. Natürlich ist die Tendenz, unter Beobachtung sozialen Normen genügen zu wollen (was sich durch einen Blick auf das zeitgenössische Reality-TV belegen lässt), in jedem Menschen unterschiedlich stark ausgeprägt, aber dennoch können wir annehmen, dass Politiker unter Beobachtung – auch wenn sie nicht um ihre Wiederwahl fürchten – versuchen, ihr Verhalten an *positiven, vorherrschenden* sozialen Normen auszurichten. Dabei ist es jedoch fraglich, ob aus dieser Ausrichtung an vorherrschenden Normen eine politische Entscheidungsfindung im Sinne des Volkes resultiert.

Politische Entscheidungen im Sinne des Volkes müssen mindestens zwei Anforderungen genügen: sie müssen das Wohl des Volkes als Ziel haben; sie müssen aber auf korrekten Tatsachen beruhen, damit die gewählte Policy das Wohl des Volkes zum Ergebnis hat. Die erstere Dimension betrifft also die Motivation und Absichten der Entscheider, die zweite deren Tatsachenannahmen und faktische Überzeugungen.

Shame-avoidance greift vor allem auf der ersteren Dimension. Aber es muss klar sein, dass Offenheit *nur dann* einen ermächtigenden Effekt haben kann, wenn im relevanten Publikum die »richtigen« sozialen Normen geschätzt werden, um das Verhalten durch die Foucault'sche Disziplinierung in die *richtige* Richtung zu lenken. Man muss nicht bis zu Edward Banfields klassischer Studie²¹ über den vorherrschenden »amo-

20 | Siehe z.B. Elster, Jon, *Securities Against Misrule. Juries, Assemblies, Elections*. Cambridge: Cambridge University Press, (2013), S. 91-92.

21 | Banfield, Edward C.: *The Moral Basis of a Backward Society*, Glencoe: The Free Press, 1958

ralischen Familismus« in Südtalien zurückgehen, die zeigt, dass allgemeinwohlorientiertes Verhalten keinesfalls überall von den vorherrschenden sozialen Normen belohnt wird.²²

Auch anderswo gilt, dass in ideologisch, ethnisch oder anderweitig gespaltenen Gesellschaften, in denen Politik sich vor allem als *zero sum*-Ressourcenkonflikt manifestiert, es tendenziell mehrere relevante Publiken gibt. So könnte man erwarten, dass Machthaber versuchen, ausschließlich den sozialen Normen ihrer eigenen Fraktion zu genügen. Wie bei Banfield gilt hier sicher die Norm »hole das Beste für deine eigene Gruppe heraus«. Einlenken, Kompromisse sowie rationale Argumentationsführung könnten durchaus als Schwäche gewertet werden. Ebenfalls kann eine unproduktive Blockadehaltung hier als heroische Verhinderung des Triumphs der Gegenseite gelten. Dies wird beispielsweise durch den periodisch wiederkehrenden Konflikt über das Anheben des Schuldenlimits im US-amerikanischen Kongress illustriert. Die Blockadehaltung der Republikaner im Kongress, nämlich augenscheinlich einen Staatsbankrott hinzunehmen, nur, um in keinem Falle in den Haushaltskompromiss der Regierung einzulenken, ist nicht unbedingt ein Zeichen produktiven Problemlösungsverhaltens im Sinne des gesamten Volkes. Gegenüber einer sozialen Norm »kämpfe mit allen Mitteln für deine eigene ideologische Basis« ist die Strategie aber durchaus konform. Generell kann die Strategie von populistischen Minderheitsparteien unter diesen Gesichtspunkten gesehen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der AfD etwa sind vermutlich durchaus durch den Blick der Bürgerinnen diszipliniert, sie beachten hierbei allerdings nur ein bestimmtes, eng umrissenes Publikum. Dies wiederum lässt Zweifel aufkommen an der Gemeinwohlverträglichkeit ihrer Politik.

An dieser Stelle lässt sich generell festhalten, dass Ermächtigung durch den disziplinierenden Blick nur dann effektiv funktioniert, wenn Machthaber von bestimmten – dem Handeln im Interesse der Bevölkerung zuträglichen – vorherrschenden sozialen Normen in der Bevölkerung ausgehen. Sollte dies zutreffen, funktioniert das okulare Modell natürlich nur dort, wo, wenn man so will, eine zivile und mehr oder min-

22 | Banfield stellte unter anderem fest dass in einigen Teilen Südtaliens soziale Normen gemeinwohlorientiertes Verhalten völlig abwerten; im Gegensatz dazu war der ausschließliche Fokus auf das Wohl der eigenen (Groß-) Familie auch auf Kosten der Allgemeinheit akzeptierte und geschätzte Handlungsorientierung.

der gemeinwohlorientierte »politische Kultur« bereits vorherrscht. Dort, wo politische Konflikte nicht primär als *zero-sum*, sondern als potentiell kooperativ lösbar verstanden werden, wird Scham zu (politisch) produktivem und prosozialem Verhalten führen. Dies wiederum führt zu der paradox scheinenden Annahme, deren Green sich durchaus bewusst ist, dass demokratische Ermächtigung des Volkes nur dann möglich ist, wenn das Volk von Machthabern als undifferenzierte Masse wahrgenommen wird und nicht als einschätzbares, umrissenes politisches Subjekt.

Ein zweiter psychologischer Effekt neben Scham, durch den Offenheit auf Entscheidungsträger einwirkt, ist *Stolz*. In diesem Fall handelt es sich um die Motivation, durch politische Aktivität etwas zu schaffen, das von der »Nachwelt« geschätzt wird – und bei politischen Entscheidungen, so sollte man denken, werden sich Entscheider darum bemühen, im (langfristigen) Interesse des Volkes zu handeln. Das Streben nach der Empfindung von Stolz ist in der Literatur, ähnlich wie das Vermeiden von Scham, tendenziell mit prosozialem Verhalten assoziiert.²³ In Bezug auf den US-amerikanischen Präsidenten ist hier viel vom »Erbe« (*legacy*) des Amtsinhabers die Rede, bzw. wie dieser in »der Geschichte« später gesehen wird. Insbesondere in der zweiten Amtszeit, in der – wie bereits gesagt – die Wiederwahl nicht möglich ist, ist die »legacy« des jeweiligen Präsidenten in den Medien eine zentrale Analysekategorie.

Gerade in Situationen, in denen die direkte Belohnung durch Wiederwahl nicht möglich ist, ist das Verlangen, positiv in den Geschichtsbüchern vermerkt zu werden, sicher eine mögliche Motivationsquelle. Dazu kommt noch die Motivation, etwas zu schaffen, das nicht von der nächsten Generation der Entscheidungsträger sofort wieder rückgängig gemacht wird. In demokratischen Systemen (unabhängig von der Wiederwahlmöglichkeit des einzelnen Kandidaten) gibt es immer einen zukünftigen Machtwechsel, dessen »Schatten« auf die heutige Entscheidung einwirkt. Wenn ich also stolz sein will auf meine politischen Errenschaften, sollten diese zumindest so viel Halt in der Bevölkerung (auch bei zukünftigen Generationen) haben, dass die neuen Machthaber diese nicht sofort wieder abschaffen.

23 | Siehe z.B. Williams, Lisa A. und DeSteno, David: »Pride and Perseverance: The Motivational Role of Pride«. *Journal of Personality and Social Psychology*. 94(6), (2008), S. 1007-1017.

Die Kombination aus diesen beiden Umständen könnte daher eine Ermächtigung bedeuten – unter Bedingungen der Offenheit wird den Bürgern auch in der Zukunft klar sein, wie ein Machthaber historisch einzuschätzen ist. Sofern Machthaber diesen Stolz empfinden, wirkt der »Blick« der *Zukunft*, nicht nur der Blick der anwesenden Zuschauerinnen, also potentiell disziplinierend.

Die Verbindung zwischen hehren Zielen und tatsächlichen Effekten gestaltet sich hierbei jedoch etwas komplizierter. Ebenso kann hier eine Ermächtigung des Volkes nur unter bestimmten Umständen erfolgen, nämlich, wenn die politische Aktion für das Gemeinwohl die ist, die der Entscheider dafür hält. Die Offenheit hier unterbindet also – im Idealfall – *willentliche* Zuwiderhandlung gegen das Interesse des Volkes (z.B. dass ein Politiker *weiß*, dass ein Gesetzentwurf nur bestimmten Einzelinteressen dient, diese aber trotzdem verabschiedet), nicht aber jene, die vorsätzlicher (oder unfreiwilliger) Ignoranz geschuldet sind. Ob Ermächtigung durch den Blick der zukünftigen Generationen erfolgt (also ob die Entscheidungen im Sinne des Volkes erfolgen), hängt somit durchaus von den Tatsachenannahmen des jeweiligen Machthabers ab.

Dies führt allerdings zu einem weiteren interessanten Punkt. Wenn wir uns noch einmal die Grundannahmen von Greens Ansatz vor Augen halten, nämlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger gerade keine klar definierten politischen Präferenzen haben bzw. ihre Präferenzen nicht gegenüber den Machthabern ausdrücken, erzeugt dies eine grundlegende Unsicherheit bei den politischen Entscheidern. Das heißt, wenn ihnen eine eher schwer definierbare Masse an Zuschauern gegenübersteht, können sich Machthaber nicht sicher sein, welche Verhaltensweisen beim Publikum »ankommen«. Die Tatsache dass die Entscheidung unter gewissen für die Politiker undurchschaubaren Bedingungen stattfinden muss, könnte wiederum kontrollierend wirken – denn Machthaber die durch den unscharfen Blick diszipliniert werden, würden sich vielleicht an jenen Verhaltensnormen ausrichten, für welche die breiteste Zustimmung angenommen werden kann. Wenn ein auf ein spezielles Publikum maßgeschneidertes Verhalten nicht möglich ist, so die Annahme, würden Politiker danach streben, ehrlich, fleißig und gemeinwohlorientiert zu erscheinen. Dieser etwas paradox erscheinende Effekt, dass schlechter definierte Präferenzen auf Seiten der Bürger eine Moderation der politi-

schen Entscheidungsfindung zu Folge hat, wurde auch für das klassische Wahlmodell modelliert.²⁴

SCHLUSSBEMERKUNG

Was diese kurze Diskussion zeigt, ist, dass der disziplinierende Effekt der Offenheit nur unter bestimmten Bedingungen als eine Ermächtigung der Bürgerinnen verstanden werden kann. Prinzipiell kann Offenheit ganz verschiedene Konsequenzen haben. Worauf Greens Modell und diese Analyse jedoch völlig zu recht das Augenmerk richten, sind die *informellen* politischen Vorgänge und Mechanismen jenseits der öffentlichen Kanäle, die unter Umständen den politischen Entscheidungsprozess viel tiefergehend beeinflussen können als die formellen Kanäle wie zum Beispiel Wahlen oder Volksentscheide. In diesem Sinne greift das klassische Autorisierungs-/Abstrafungs-/Belohnungsmodell durch demokratische Wahl als einzige Quelle der Ermächtigung der Bürgerinnen zu kurz. Demokratische Ermächtigung – verstanden als eine Lenkung des Verhaltens der Machthaber in eine mit dem Interesse der Bürgerinnen kompatible Richtung – funktioniert, wenn überhaupt, über die komplexe Interaktion verschiedener formeller und informeller Mechanismen. Offenheit und der Blick des Volkes sind hierbei wichtige Elemente, welche aber, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, nicht in einem Vakuum funktionieren können.

Die vorherrschende Tendenz, politische Konflikte zu strukturieren, kann, wie hier beschrieben, über die Normenumgebung einen entscheidenden Effekt auf das Verhalten der Machthaber haben. Darüber hinaus: Für das Ziel, Entscheidungen im Sinne des Volkes zu treffen, kann auch etwa die sozio-epistemische Dimension nicht unterschlagen werden.²⁵ Die Frage, wie die Machthaber zu ihren Tatsachenannahmen und Überzeugungen kommen, bzw. wie die epistemische Umgebung diese struk-

24 | Vgl. Ashworth, Scott/Bueno de Mesquita, Ethan: »Is Voter Competence Good for Voters?: Information, Rationality, and Democratic Performance«, *American Political Science Review* 108(3), (2014), S. 565-587.

25 | Gerlsbeck, Felix: »What is democratic reliability? Epistemic theories of democracy and the problem of reasonable disagreement«, *Critical Review of International Social and Political Philosophy*. Online first, 2016.

turiert, ist ebenso wichtig wie die Frage, wie die *Absichten* der Machthaber diszipliniert werden. Auch spielen für diese Frage die psychologischen Mechanismen der »belief formation« eine wichtige Rolle: basieren Entscheidungen auf anekdotischen oder statistisch überprüfbaren Berichten? Wie werden Probleme in der Öffentlichkeit auf die politische Agenda gebracht? Werden Risiken nach emotionalen Beweggründen oder auf der Basis von tatsächlichen Wahrscheinlichkeiten berechnet?

EOP beleuchtet zu Recht eine im Zuge von Rational-Choice Belohnungs-/Sanktionsmodellen entwickelte Dimension der Demokratietheorie, die von dem bisher dominierenden Wahlmodell oft überschattet wurde. Darüber hinaus wird aus der vorliegenden Betrachtung auch deutlich, dass über okulare und vokale Wege hinaus demokratische Ermächtigung noch weiterer Dimensionen bedarf.

Das Volk als Zuschauer – die Zuschauer als Volk?

Dominik Hammer/Greta Jasser

In seinem Buch *The Eyes of the People (EOP)* bricht Jeffrey Green mit einem Paradigma, das die demokratietheoretische Diskussion der Moderne bestimmt: dass das Volk seinen politischen Einfluss allein durch die Stimme zum Ausdruck bringt: sei es in der Funktion des Volkes als Krea-
tionsorgan, als Wählerinnen¹, oder als Autorinnen der Gesetze, denen das Volk wiederum unterworfen ist. Politische Aktivität, so die herrschende Meinung, ist stimmlich – vokal. Dies hat freilich Implikationen für die Rolle der Bürgerinnen. Das Idealbild der demokratischen Bürgerin ist das eines informierten, aktiven und für die öffentlichen Angelegenheiten und die Demokratie eingenommenen Typs. Solche Bürgerinnen gestalten gemeinsam – und freilich auch gegeneinander – Politik und stützen die Demokratie. Wo es sie nicht gibt, verknöchert die Demokratie. Soweit das bürgerschaftliche, beziehungsweise zivilgesellschaftliche Ideal, das auf die gemeinwohlorientierten, partizipierenden Aktivbürgerinnen zielt. Andere Arten der Lebensführung sind aus dieser demokratietheoretischen Perspektive defizient. Egal, ob es sich um die liberalen oder libertären Bourgeoises handelt, die mit den öffentlichen Angelegenheiten oder ihren Mitbürgerinnen lieber weniger als mehr zu tun hätten; die Unpolitische, die der Bürgerpflicht zur Information über das Politische nicht nachkommt oder den Nichtwählerinnen aus der Unterschicht, die »nur konsumieren«, sich aber weder einbringen noch sich überhaupt einbringen möchten. Die skizzierten Typen – und es gäbe noch einige mehr – sind die Negativfolie, vor der politische Theoretikerinnen, aber auch die

1 | Wo möglich, wurde in diesem Text ein generisches Femininum verwendet.

diversen Akteure der »Zivilgesellschaft«, ihr Bild von der Aktivbürgerin zeichnen.

Radikaldemokratische Autorinnen wollen die aktiven Bürgerinnen gegen die vermittelnden Repräsentativinstitutionen stärken, indem sie Möglichkeiten zur Gesetzgebung stärker an die Bürgerinnen rückkoppeln. Dies soll durch eine Ausweitung von Volksentscheiden geschehen, durch die Repolitisierung der politischen Handlungslogik, die den Radikaldemokratinnen in eine postdemokratische, technokratische Verfallsform abgeglitten zu sein scheint. Auch die Schaffung kleinerer Verwaltungseinheiten, die einen größeren Einfluss der einzelnen Bürgerinnen bedeuten würden, wird als Maßnahme diskutiert. Das hier zugrundeliegende Verständnis der Bürgerin jedoch bildet die Realität repräsentativer Demokratien nicht ab:

»The question of the nature and interests specific to the citizen in a mass representative democracy has not been adequately addressed. For the most part this citizen has been treated either as identical to the participatory citizen constitutive of direct democracy, or as a depoliticized economic agent without any sustained interest in political life. Both accounts deny that there is a distinctive form of citizenship that arises within the modern mass democracies of today: either democratic citizenship is what it has always been – action and speech before a body of coparticipants – or it is not political at all.«²

Jeffrey Green hingegen weist auf die empirische Realität der Demokratie hin, in der das Volk weniger als Gestalter, oder als Sprecher auftritt, sondern eher als Zuschauer:

»Against the reduction of citizenship to these two models, my claim is that mass representative democracy engenders and normalizes a type of citizen that, as a matter of law and abstract principle, has full political rights, but, as a matter of practice, experiences politics primarily as a spectator.«³

2 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press, 2010 [im Folgenden zitiert als EOP], S. 32.

3 | EOP, S. 32.

Diese Bürgerinnen nehmen den politischen Prozess zwar beobachtend wahr, nehmen aber nicht direkt an ihm teil: »As a spectator rather than a participant, the citizen-being-ruled is not a political animal but a frequent attendee at the political zoo.«⁴ Die *citizen-spectator* oder *citizen-being-ruled* ist keine aktive Gestalterin der Politik. Sie ist aber auch nicht gänzlich passiv. Ihre Rolle als Zuschauerin verortet sie in einer intermediären Position zwischen apolitischer und politisch aktiver Bürgerin: »The citizen who occupies this middle space [...] can be seen as a mixture of aspects from both the citizen-governor and the apolitical citizen.«⁵ Die *citizen-spectator* (oder *citizen-being-ruled*) ist nicht notwendigerweise parteipolitisch oder ideologisch gebunden. Und sie weiß, dass ihre Präferenzen keine direkte Auswirkung auf politische Entscheidungen und Ergebnisse haben. Sie ist nicht politisch aktiv, auf jeden Fall übersteigt ihr Interesse an der Politik ihr Engagement im politischen Feld.⁶ Ihr Zugang zur Politik ist vor allem das Zuschauen. Eben in diesem Zuschauen erkennt Green Potential für die Demokratisierung. Das Volk handelt in seinem Entwurf vor allem als ein Volk von Zuschauerinnen. Was sich in dieser Konzeption des Volkes ändert, ist auch der Volksbegriff selbst. Dieser Artikel behandelt die Frage, wie das Volk im vokalen und im okularen Modell der Demokratie verstanden wird. Er widmet sich auch der Frage, was ein Volk aus Zuschauerinnen umgekehrt für die Konstitution des Volkes bedeutet und welche Folgerungen sich hieraus ergeben können.

DIE SCHWÄCHEN DES VOKALEN MODELLS

Green konfrontiert das vokale Modell der Volkssouveränität mit seinen theoretischen, aber auch mit seinen empirischen Schwächen. Er identifiziert drei zentrale Probleme eines vokalen Modells der Volkssouveränität:

»[I]t is *unrealistic* (it exaggerates the potential of the popular voice in mass representative democracy), *inexact* (any voice that is heard in a modern democracy is not that of a genuinely collective People, but only of a majority – or, what is just as likely, a well-organized minority), and *hegemonic* (when the People is theorized

4 | EOP, S. 33.

5 | EOP, S. 33.

6 | EOP, S. 33.

as a vocal, legislative being, its exclusion from government is concealed and considered nonexistent).«⁷

Das Problem einer Hegemonie des vokalen Modells ist hier von besonderer Bedeutung:

»Exclusion and the spectatorship it engenders are fundamental to the contemporary experience of democracy. But when the People is conceived as a legislative force, popular power becomes understood only in relation to what the People – or, more accurately, a majority – occasionally might say and not in relation to what the People always sees: namely, individual leaders, with vast and disproportionate power, who continually appear on a public stage only a few can occupy.«⁸

Green kritisiert die hegemoniale Stellung des vokalen Modells und seine blinden Flecken nicht nur im Hinblick auf die Übereinstimmung politischer Entscheidungen mit dem Willen des Volkes – er stellt in Frage, ob im Volk überhaupt ein klar erkennbarer Wille vorhanden sei, soweit die Inhalte politischer Entscheidungen betroffen sind. Green beschränkt sich hierbei nicht auf die Feststellung, dass die Responsivität, also die Übereinstimmung des Regierungshandelns mit den Wünschen der Bürgerinnen, abnimmt,⁹ was etwa durch die viel beachtete Studie von Gilens und Page¹⁰ empirisch gestützt wird. Er stellt auch infrage, ob *retrospective voting*, also Wahlentscheidungen, die auf der Evaluation von Regierungshandeln basieren, tatsächlich zur erhofften Annäherung von künftigem Regierungshandeln und der öffentlichen Meinung führen. Denn, wenn gleich das Modell des *retrospective voting* in der Hinsicht realistisch ist, dass es die Rolle des Volkes als diejenige einer vorwiegend passiven, stillen Entität klar fasst, wird es doch ganz anders interpretiert. So wird davon ausgegangen, dass die Kandidatinnen bei wiederholten Wahlen die Wünsche des Volkes antizipieren würden, und dass sich die Bürgerinnen vor allem für die Politikergebnisse und nicht so sehr für die einzelnen

7 | EOP, S. 68.

8 | EOP, S. 68.

9 | EOP, S. 113.

10 | Gilens, Martin/Page, Benjamin I.: »Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens«. In: *Perspectives on Politics*, 12 (3), (2014), S. 564-581, S. 575.

Maßnahmen interessieren würden. Beides sind Argumente, die eine sehr beschränkte inhaltliche Gestaltungsmacht der Bürgerinnen, wie sie im Modell des *retrospective voting* beschrieben wird, verschmerzbar machen. Da die Standards anhand derer gutes Regierungshandeln festgemacht und evaluiert werden, sich konstant ändern, liefert *retrospective voting* eben keine Garantie dafür, dass der Volkswille umgesetzt wird: »In politics the ends are not set as they are in a track meet, but are themselves up for constant debate and redefinition.«¹¹ In anderen Worten: der Volkswille, der umgesetzt werden soll, ist kein monolithischer Block, der nach der Regierungsbildung umgesetzt wird, er ist nicht einmal klar fassbar und kann dies auch nicht sein.

Auch die Annahme, dass sich die öffentliche Meinung in klare, konsistente ideologische Spektren einordnen lasse, sowie die Annahme, dass selbst in einer *audience democracy* die Politik letztlich responsiv sei, kritisiert Green. Und schließlich stellt er die Idee der öffentlichen Meinung selbst infrage. Nicht nur deren Manipulation durch die Eliten, oder, dass sie ignoriert und übergangen werde, sei problematisch, die Aussagekraft der öffentlichen Meinung selbst habe inhärente Grenzen:

»[T]here is a growing awareness that public opinion's impact is confined to a few salient issues and that whatever is outside of these issues remains relatively immune from public sanction. Given political elites' role in defining the agenda, there is thus a real methodological and moral difficulty of distinguishing genuine responsiveness from top-down construction of public opinion. Further, public opinion also seems to reveal itself in what Almond calls 'formless and plastic moods', rather than in precise articulations;«¹²

Dort, wo die öffentliche Meinung nicht eine Menge von relativ klar ausformulierten politischen Meinungen und Positionen darstellt, kann sie kein eigenständiger Faktor für politische Entscheidungen sein. Die öffentliche Meinung muss erst geformt werden, um zu einer politisch einflussreichen Größe zu werden.

Die Lösung der repräsentativen Demokratie für dieses Problem ist, dass Parteien und Verbände als intermediäre Instanzen die in der diffusen öffentlichen Meinung vorhandenen Tendenzen und Stimmungen

11 | EOP, S. 107.

12 | EOP, S. 113-114.

bündeln, aggregieren, ordnen und in politische Ideen und politische Forderungen wandeln. Freilich führt das Zwischenschalten von intermediären Instanzen dazu, dass nun zwar klare Positionen geschaffen sind, diese aber nur die Interessen *eines Teils* des Volkes abbilden, wobei sich dieser Teil entlang von ideologischen, materiellen, kulturellen oder sozialen Trennlinien von anderen Teilen abgrenzt. Aus der öffentlichen Meinung wird die Meinung eines Teils der Öffentlichkeit. Sofern dieser Teil besser organisiert ist, oder mehr Ressourcen zur Verfügung hat, um seine Interessen in politische Maßnahmen umzusetzen, erhöhen sich seine Chancen auf die Durchsetzung der eigenen Interessen. Unorganisierte Interessen oder die Interessen der im politischen Streit unterlegenen Gruppen werden dann in weitaus geringerem Maße berücksichtigt. Dies kann dazu führen, dass diese unorganisierten Interessen anfangen, sich zu organisieren, um politisch wirkmächtig zu werden und dazu, dass die politisch unterlegene Minderheit daran arbeitet, zur Mehrheit zu werden, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Der pluralistische Widerstreit der Interessen kann also eine Dynamik in Gang setzen, die eine wechselseitige Machtkontrolle von Interessengruppen befördert und damit verhindert, dass allzu unerträgliche Entscheidungen getroffen werden.¹³ Der politische Prozess innerhalb einer pluralistischen Demokratie kann jedoch auch Machtstrukturen schaffen und verstetigen, die diese Dynamik untergraben. Die Machtungleichheit zwischen den einzelnen Interessengruppen führt in einer solchen Situation dazu, dass der Einfluss von Bürgerinnen, die nicht organisiert sind oder deren Interessengruppe unterliegt, kaum berücksichtigt wird. Und auch in einer funktionierenden pluralistischen Demokratie ist eben nicht mehr das Volk ein kollektiv handelnder Akteur, sondern einzelne Interessengruppen und in ihnen die oben beschriebenen Aktivbürgerinnen, weswegen Green feststellt

»None of this is to dissuade ordinary citizens from taking up a more active brand of politics and supporting particular candidates, organizations, ideological platforms, or other policies. However, my claim will be that we need to understand such activism as what specific individuals and groups do, not what the People -

13 | Denn die Mehrheit muss antizipieren, dass auch sie zur Minderheit und die Minderheit zu Mehrheit werden kann.

the mass of ordinary, non-office-holding citizens taken in their collective capacity – does.«¹⁴

Was also tut *das Volk* aus gewöhnlichen Bürgerinnen und wer genau ist *das Volk*?

WER IST DAS VOLK? EINE ANNÄHERUNG MIT HANS KELSEN

Green wirft den Pluralistinnen vor, den Begriff des Volkes in einen Sammelbegriff für verschiedene politische Gruppen aufzulösen: »Pluralists reject the notion of a single People, dissolving the concept into a collection of discrete minority groups that must both cooperate and compete for power«.¹⁵

Was Green an pluralistischen Demokratietheorien im Speziellen und am vokalen Modell der Volkssouveränität allgemein kritisiert, wurde bereits in den 1920er Jahren von dem Juristen und Demokratietheoretiker Hans Kelsen beschrieben. Kelsen analysiert den Volksbegriff in seiner Schrift *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. In der Tat geht auch Kelsen so vor, wie Jeffrey Green es den Pluralisten vorwirft – er löst den Volksbegriff auf und bestreitet eine Einheit des Volkes. Dies tut Kelsen jedoch nicht, um den Unterschied zwischen dem Volk als *Objekt* der Herrschaft und dem Teil des Volkes, der als *Herrschaftssubjekt* auftritt, zu verhüllen. Im Gegenteil: es geht Kelsen darum, mit dem ihn auszeichnenden ideologiekritischen Impetus auf diesen Unterschied erst hinzuweisen. In seiner Analyse stellt Kelsen all die Kritikpunkte heraus, die auch Green als zentrale Punkte gegen das vokale Modell der Volkssouveränität ins Feld führt.

Der Idealbegriff der Demokratie würde das Volk, so Kelsen, als eine Einheit fassen, und müsste dies auch tun:

»Demokratie bedeutet Identität von Führer und Geführten, von Subjekt und Objekt der Herrschaft, bedeutet Herrschaft des Volkes über das Volk. Allein was ist dieses ›Volk‹? Daß eine *Vielheit von Menschen* in ihm zu einer *Einheit* sich gestaltet, scheint eine Grundvoraussetzung der Demokratie zu sein. Für diese ist das ›Volk‹

14 | EOP, S. 28.

15 | EOP, S. 27.

als Einheit um so wesentlicher, als es hier nicht nur, ja nicht so sehr *Objekt* als vielmehr *Subjekt* der Herrschaft ist oder doch der Idee nach sein soll.«¹⁶

Für »eine auf die Wirklichkeit des Geschehens gerichtete Betrachtung« sei jedoch, wie Kelsen weiter ausführt »nichts problematischer als gerade jene Einheit, die unter dem Namen des Volkes auftritt«.¹⁷

Das Volk umfasse tatsächlich eine Vielzahl von Menschen, die aufgrund von »nationalen, religiösen und wirtschaftlichen Gegensätzen gespalten«¹⁸ seien. Es stelle, soziologisch betrachtet, »eher ein Bündel von Gruppen als eine zusammenhängende Masse ein und desselben Aggregatzustandes dar«.¹⁹ Die das Volk formenden Menschen seien einer Vielzahl von Gruppenidentitäten verhaftet, in der selbst die dominanteste – die Staatszugehörigkeit – nur eine unter mehreren sei. Nur in einem normativen Sinne könne deswegen von einer Einheit gesprochen werden. Die Feststellung der Einheit sei dann ein »ethisch-politisches Postulat, das die nationale oder staatliche Ideologie mit Hilfe einer allerdings ganz allgemein gebrauchten und daher schon gar nicht mehr überprüften Fiktion real setzt«.²⁰

So die reale Einheit des Volkes präzise beschrieben werden solle, sei dies lediglich in Form eines juristischen Tatbestandes denkbar, nämlich als eine »Einheit der das Verhalten der normunterworfenen Menschen regelnden staatlichen Rechtsordnung«.²¹ Als derart begriffene Einheit sei der Volksbegriff »gar nicht [...] ein Inbegriff, ein Konglomerat gleichsam von Menschen, sondern nur ein System von einzelmenschlichen Akten, die durch die staatliche Rechtsordnung bestimmt sind«.²² Auch trennt Kelsen den Volksbegriff nach seiner Verwendung in einen bezeichnenden Begriff für die Subjekte und einen Begriff für die Objekte demokratischer Herrschaft. Die Vermischung beider Begriffe verschleiert deren tatsächliche Differenz, denn nicht alle, die der Herrschaft als Teil des Vol-

16 | Kelsen, Hans: Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Neudruck der 2. Auflage Tübingen 1929, Aalen: Scientia Verlag, 1981, S. 14-15.

17 | Ebd., S. 15.

18 | Ebd., S. 15.

19 | Ebd., S. 15.

20 | Ebd., S. 15.

21 | Ebd., S. 15.

22 | Ebd., S. 15.

kes unterworfen seien – sprich die Objekte der Herrschaft – seien auch an der Schaffung staatlicher Normen als Subjekte beteiligt. Wenn beide Gruppierungen mit dem Volksbegriff als Einheit gefasst würden, werde damit begrifflich eine riesige Kluft verhüllt.²³ Mit dieser Feststellung benennt Kelsen klar die Ungenauigkeit, die Green am vokalen Modell der Volkssouveränität kritisiert.

Kelsen geht in seiner Analyse noch einen Schritt weiter, indem er eine extreme Form der Demokratie mit dem Ideal abgleicht: »Das Volk als Inbegriff der politisch Berechtigten stellt auch in einer extremen Demokratie nur einen kleinen Ausschnitt des Kreises der durch die staatliche Ordnung Verpflichteten, des Volkes als Objekt der Herrschaft dar.«²⁴ Denn nur diejenigen, die über politische Rechte verfügen und diese darüber hinaus auch effektiv einsetzen, um am Verfahren der Normerzeugung mitzuwirken, könnten zunächst überzeugend als Angehörige des Volkes im Sinne eines Subjektes der Herrschaft beschrieben werden. Also nur derjenige Teil der mit dem Wahlrecht ausgestatteten Bürgerinnen, die dieses Wahlrecht auch nutzen. Doch Kelsen schränkt den Kreis derjenigen, die tatsächlich zum Volk als Subjekt der Herrschaft gehören, noch weiter ein:

»Innerhalb der Masse jener, die, ihre politischen Rechte tatsächlich ausübend, an der staatlichen Willensbildung teilnehmen, müßte man zwischen jenen unterscheiden, die als urteilslose Menge ohne eigene Meinung dem Einflusse anderer folgen, und jenen Wenigen, die wirklich durch selbständige Willensentscheidung – der Idee der Demokratie entsprechend – Richtung gebend in das Verfahren der Gemeinschaftswillensbildung eingreifen.«²⁵

Letztendlich könnten also nur diejenigen, die in politischen Parteien und Verbänden organisiert sind, effektiv zum Volk gezählt werden, jene Aktivbürgerinnen also, die nur einen kleinen Teil des Volkes ausmachen, wie auch Green betont. Und genau wie Green zählt Kelsen die »urteilslose Menge«, die *citizen spectators*, eben nicht zum Volk als Subjekt der Herrschaft.

23 | Vgl. Ebd., S. 17.

24 | Ebd., S. 17.

25 | Ebd., S. 19.

LÖSUNGSANSÄTZE FÜR DIE MACHTLOSIGKEIT DES VOLKES

Hans Kelsen schließt seinen Ausführungen zum Volksbegriff eine Untersuchung des Parlaments an. Dessen Repräsentation des Volkswillens stelle eine Fiktion dar:

»Die Fiktion der Repräsentation soll den Parlamentarismus vom Standpunkt der *Volkssouveränität* legitimieren. Allein diese offenkundige Fiktion, dazu bestimmt, die wirkliche und wesentliche Beeinträchtigung zu verschleiern, die das Freiheitsprinzip durch den Parlamentarismus erfährt, hat den Gegnern das Argument in die Hände gespielt, dass die Demokratie sich auf einer handgreiflichen Unwahrheit aufbaue«. ²⁶

Während die Fiktion der Repräsentation daran gescheitert sei, den Parlamentarismus vom Standpunkt der Volkssouveränität her zu rechtfertigen, sei es ihr, wie Kelsen bemerkt, zumindest gelungen, die »Überspannung« der demokratischen Idee zu verhindern, die »mit einer unnatürlichen Primitivierung der politischen Technik verbunden gewesen wäre«. ²⁷ In seiner Feststellung, dass es sich bei der Idee der Repräsentation durch das Parlament schlicht um eine Fiktion handelt, ähnelt Kelsens Analyse erneut der von Green: Sowohl, dass die Macht des Volkes in der Demokratie überschätzt werde, als auch, dass es tatsächlich nicht das Volk als Kollektivakteur ist, welches legislativ tätig wird und auch, dass der Ausschluss des Volkes von der Regierung verdeckt wird, ist in Kelsens Darstellung des Volkes und des Parlaments zu erkennen. Auf der Analyseebene lassen sich also durchaus Parallelen zwischen der pluralistischen Theorie Hans Kelsens und dem plebiszitären Denken Jeffrey Greens finden.

Um die offenkundige Lücke zwischen dem Ideal der Demokratie (der Selbstregierung des Volkes durch das Volk) und der Realität der Demokratie (der Herrschaft einer kleinen, mächtigen Gruppe von Menschen über eine große, überwiegend machtlose Gruppe) zumindest zu verkleinern, um die beiden Mengen *Volk als Subjekt* und *Volk als Objekt* also zumindest näher aneinander zu rücken, schlägt Kelsen mehrere Reformen des Parlamentarismus vor. Hierzu gehört die Stärkung plebiszitärer Maßnahmen ebenso wie eine Aufhebung der Immunität der Abgeordneten und eine

26 | Ebd., S. 31.

27 | Ebd., S. 31.

stärkere Bindung der Abgeordneten an die Programme der Parteien und somit den Willen der Wähler. In seinen Reformvorschlägen bleibt Kelsen also durchaus dem vokalen Modell der Volkssouveränität verhaftet.

Green verfolgt einen anderen Ansatz, um dem Volk als Akteur Macht zu verleihen. Anstatt die vokale Kraft des Volkes durch eine Ausweitung der Mitbestimmung und eine stärkere programmatische Bindung von Politikerinnen zu erzielen, setzt er auf die okulare Macht des Volkes in seiner Rolle als gemeinsam zuschauendes. Er macht den Blick und die Kontrolle als Empowerment stark. Auch zielt Greens okulares Modell nicht in erster Linie auf Inhalte und Programmatik, sondern auf die Persönlichkeit von Spitzenpolitikerinnen. Diesen soll die Möglichkeit genommen werden, sich mit vorformulierten Presseerklärungen und auf minutiös geplanten öffentlichen Veranstaltungen in Szene zu setzen. Den Politikerinnen soll die Macht über ihr öffentliches Bild abgerungen werden.

Green schlägt vor, Spitzenpolitikerinnen Situationen auszusetzen, in denen sie dem kritischen Blick der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, ohne sich in großem Umfang auf vorbereitete Reden oder Statements verlassen zu können. Als Beispiel für ein solches Format nennt Green Debatten, in denen sich Präsidentschaftskandidaten gegenseitig »ins Kreuzverhör« nehmen, anstatt ihre Fragen von einer Moderatorin zu erhalten. Indem die Kandidatinnen spontan miteinander und mit dem Publikum interagieren müssen, werden Umstände geschaffen, die sie nicht kontrollieren können. Gerade diese unkontrollierten Situationen sollen der Ort einer vom Volk ausgeübten Kontrolle über die politischen Führungspersonlichkeiten sein. Den Wert, an dem diese politischen Ereignisse gemessen werden, nennt Green *candor*, Offenheit. Offenheit als negatives Ideal liegt für ein politisches Ereignis vor, wenn die involvierten Politikerinnen in diesem Ereignis nicht souveräne Gestalterinnen ihres eigenen öffentlichen Bildes sind, sondern wenn dieses Bild davon abhängig ist, wie sie mit einer Spontaneität und Haltung erfordernden Situation umgehen.

Die entstehende Unsicherheit zu meistern, sich als *des Sehens Wert* zu erweisen, soll das Kriterium sein, an dem politische Führungspersonlichkeiten gemessen werden. Green verweist auf Max Webers Arbeiten zu charismatischer Herrschaft und auf deren demokratisches Potential. Denn Charisma entsteht in einer wechselseitigen Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten. Der wohlbekannte Aspekt der charismatischen Herrschaft, dass die Beherrschten dem Herrschenden das Charis-

ma zusprechen und ihn (oder sie) aufgrund des Charismas unterstützen, ist hierbei nur eine Seite der Medaille. Deren andere Seite ist, dass charismatische Legitimität (wie jede andere Form der Legitimität auch) nie ohne Gegenleistung aufrechterhalten werden kann. Selbst eine von Natur aus charismatische Kandidatin muss sich beweisen, weil sie sonst Gefahr läuft, ihr Charisma zu verlieren. Wer Unterstützung möchte, muss liefern. Das wechselseitige Verhältnis, in dem Charisma entsteht, birgt für das Volk in seiner zuschauenden Rolle das Potential eines Macht- und Kontrollgewinns. Denn aus der Fähigkeit, die Performance der jeweiligen Kandidatinnen zu beobachten und zu bewerten, erwächst die okulare Macht der Deutung.

Dadurch, dass diese Deutungsmacht nicht direkt an politische Programmatik gebunden ist, sondern die Person der betreffenden Politikerin in den Fokus rückt, können auch politisch uninformierte Menschen Teil des okularen Kontrollorgans werden, das die Zuschauerschaft in Greens Modell darstellt. Ein weiterer positiver Effekt, den die Stärkung okulärer Demokratie laut Green mit sich bringt, ist der höhere Unterhaltungswert politischer Veranstaltungen. Dass sich Politikerinnen als *des Sehens wert* erweisen müssen, macht politische Events ereignisreicher, ästhetisch ansprechender und interessanter. Dies eröffnet einen neuen Zugang zum Politischen und steigert das Interesse an Politik.

Auch soll okulare Demokratie eine neue Form der Solidarität unter den Zuschauerinnen schaffen.

Der Spaltung des Volkes in einzelne, konkurrierende Akteure soll okulare Demokratie als eine Form plebiszitärer Demokratie entgegenwirken, indem sie die normalen Bürgerinnen in ihrer Alltagsrolle wahrnimmt und ihnen als Zuschauerinnen kollektive Macht verleiht: »Plebiscitarianism is therefore especially valuable to those citizens so often overlooked by democratic theory: the nonvoter, the nonideologue, the nonaffiliate of a political party, the nonmember of voluntary organizations of civil society.«²⁸

DER VOLKSBEGRIFF IN GREENS THEORIE OKULARER DEMOKRATIE

Schon in Greens Problemanalyse wird deutlich, dass sein Volksbegriff sich von denjenigen gängiger Demokratietheorien unterscheidet. Die Abkehr vom vokalen Modell der Volkssouveränität bringt eine Neukonzeption des Volksbegriffes mit sich. Das vokal verfasste und verfassende Volk tritt als die Menge der Staatsbürgerinnen auf, einer potentiell mit politischen Rechten ausgestatteten Entität, die sich selbst die Gesetze gibt, denen sie folgt. Greens Begriff des Volkes hingegen abstrahiert von der immanenten Partikularität des Volkes und konstituiert es als kollektive Entität – geeint in erster Linie durch den kontrollierenden Blick. Das okular verstandene Volk ist nicht und kann nicht mehr mit dem klassischen Staatsvolk identisch sein, da in seiner Konzeption die Zuschauerinnen zum Volk werden – vereint durch eine Rolle, die ihnen unabhängig von ihrer Wahlberechtigung zukommt. Als ergänzendes Element soll okulare Demokratie diejenigen stärken, die in der repräsentativen, pluralistischen Demokratie wenig bis keinen Einfluss besitzen. Das Volk soll, in seinem Verhältnis zu den Eliten, als *kollektiver Akteur* mit Macht ausgestattet werden. Besonders unter diesem Aspekt steht Greens Verständnis des Volkes im genauen Gegensatz zu beispielsweise pluralistischen oder deliberativen Konzeptionen. Denn ein kollektives Verständnis des Volkes aufzulösen, würde, so Green, die Demokratie schwächen. Er führt dazu aus:

»Es ist nicht nur die Etymologie des Wortes Demokratie, die es erforderlich zu machen scheint, dass die demokratischen Bürger/-innen ein gewisses lebendiges Verständnis des *demos* besitzen. Konkreter ist der Verlust eines sinnvollen Verständnisses von Volk [peoplehood] zugleich der Verlust nicht-atomistischer Zugänge zum Empowerment. Dies würde eine unerwünschte Entleerung der Bedeutung von Demokratie darstellen, da es historisch gesehen ein zentrales Versprechen der Demokratie war, dass der/die einfache Bürger/-in mit einer größeren Entität – dem Volk – verbunden sein würde, und dass, zusätzlich zur Erwägung der privaten Interessen des Individuums, der Wille des Volkes geformt und durchgesetzt werden würde.«²⁹

Während Green also das Verfolgen von partikularen Interessen unter demokratischen Bedingungen durchaus für legitim hält, möchte er den

29 | Green, Jeffrey Edward: »Okulare Demokratie revisited«, in diesem Band, S. 34.

Begriff des Volkes exklusiv für die Bezeichnung kollektiven demokratischen Handelns nutzen. Ihm wurde daraufhin – das kollektive Modell des Volkes an sich kritisierend – entgegnet, dass er den Volksbegriff für sein Modell nicht bräuchte und ihn verabschieden könnte.³⁰ Hiergegen verwehrt sich Green und betont, dass die Stärkung des Volkes als kollektivem politischen Akteur ihm ein, wenn nicht *das*, zentrale Anliegen ist. Green möchte also explizit am Begriff des Volkes festhalten: »The plebiscitarian insists that there is such a thing as the People – that is, ordinary citizens conceived in their collective capacity – and that this entity needs to be maintained and indeed revived against rampant pluralism.«³¹ Greens Volk ist eine einheitliche Entität, vereinheitlicht zumindest dadurch, dass sie innerhalb der gleichen Landesgrenzen leben und den Gesetzen unterworfen sind. Die Staatsbürgerinnen, die Green als Akteurinnen im Blick hat, sind hierbei diejenigen, die er als *citizen-being-ruled*³² bezeichnet, diejenigen, die also bisher eher *Objekt* als *Subjekt* der Herrschaft waren. Mit der Verschiebung des zentralen Definitionsbegriffs für demokratische Herrschaft, von der vokalen Äußerung der politischen Präferenzen zur okularen Demokratie, in dem vor allem die Kontrolle durch den Blick der Bürgerinnen das demokratische Moment konstituiert, wird gleichzeitig die Frage nach der in der Konsequenz auftretenden Verschiebung des Volksbegriffes aufgeworfen.

Für die Analyse dieses Volksbegriffes kann wiederum Hans Kelsens Unterscheidung des Volkes in Ideal- und Realtypus ein hilfreicher Ausgangspunkt sein. Seine klare Differenzierung zwischen dem Volk als *Objekt* und dem Volk als *Subjekt* der Herrschaft wird von Green ganz ähnlich vorgebracht, um auf die Mängel des vokalen Modells der Volkssouveränität hinzuweisen. So stellt Green fest, dass die Vorstellungen des vokalen Modells unrealistisch und ungenau sind (»any voice that is heard in a modern democracy is not that of a genuinely collective People, but only of a majority – or, what is just as likely, a well-organized minority«³³).

30 | Schwartzberg, Melissa: Superhuman Vision: Beyond the Gaze. In: Avramenko, Richard; Schwarzberg, Melissa; Landemore, Helen; Hunt Botting, Eileen; Abbey, Ruth; and Green, Jeffrey E.: »Jeffrey E. Green's The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship«, *Political Theory*, 42 (2), 2014, S. 188-217.

31 | EOP, S. 206.

32 | EOP, S. 33.

33 | EOP, S. 68.

Die schon von Kelsen vorgenommene Analyse, dass ein vokal konzipiertes Volk entlang politischer Linien und sozialer Schichten gespalten ist und daher eben keine Einheit darstellt, ist es, die Green an Wahlen und politischem Engagement im Rahmen des vokalen Modells als authentischer Ausdrucksform der Volkssouveränität zweifeln lassen. Das Volk als kollektiver Akteur müsste sich nicht nur jenseits seiner Eigenschaft als Bündel partikularer Gruppen konstituieren, sondern gegen diese Eigenschaft – sprich gegen seine eigene Diversität, die sich in Partikularinteressen ausdrückt. Die realen Spaltungen des Volkes, die bereits Kelsen feststellte, müssen hier in den Blick genommen werden, um von ihnen zu abstrahieren. Dies gilt sowohl für die soziologischen und ökonomischen Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen, als auch für den Unterschied zwischen der größeren Gruppe des Volkes als Beherrschte (letztlich alle Normunterworfenen umfassend, ob Staatsbürgerinnen oder nicht) und der sehr viel kleineren Gruppe des Volkes als Herrschende (umfassend die Parteien und Verbände). Green leistet diese Abstraktion, indem er das okulare Modell als Ergänzung des vokalen konzipiert und diejenigen Bürgerinnen in den Blick nimmt, die im vokalen Modell nicht partizipieren. Auch abstrahiert Green von den im Volk vorhandenen programmatischen Trennlinien, indem er an die Stelle des vokalen Ringens um die Repräsentation politischer Inhalte die okulare Kontrolle der Führungspersonen setzt. Durch Greens Fokus auf die Kontrolle der Herrschenden verschiebt sich der Begriff des Volkes weg von den Aktivbürgerinnen hin zu den Zuschauerinnen. Dies ist jedoch nicht die einzige Verschiebung, die okulare Demokratie impliziert. Die Frage, wer dem Volk angehört, muss für das okulare Modell grundlegend anders beantwortet werden als für vokale Konzepte.

Was nach der analytischen Trennung von vokalem und okularem Volksbegriff unklar bleibt: wer ist konkret der Souverän, der mit Kontrollmacht versehen wird? Wer ist das okulare Volk?

Okulare Demokratie wirkt kreativ, indem sie durch den Befund, das Volk bestehe vor allem aus Zuschauerinnen, zugleich die Zuschauerinnen als Volk konstituiert, sprich: sie schafft ein Volk von Zuschauerinnen als eigene Entität. Unabhängig von Staatsbürgerschaft und Ethnie schließt dieses Volk Migrantinnen, Minderjährige, Nichtwählerinnen und nicht-Wahlberechtigte im jeweiligen Land mit ein.

Wenn die Partizipation des okular konzipierten Volkes nicht primär durch Wahlen erfolgt, sondern durch die Kontrolle gegenüber den offen

agierenden politischen Führungspersönlichkeiten, so weitet sich auch der Begriff des Volkes unweigerlich aus. Jede Person, die der jeweiligen Sprache mächtig ist, trägt dann dazu bei, den kollektiven Blick durchdringender werden zu lassen und kann dergestalt Einfluss auf den Gang der Politik nehmen, und sei es »nur« durch entstehende überregionale Medienkontroversen. Der okulare Einfluss, den nicht-Staatsbürgerinnen in solchen Debatten ausüben, steht dem der Staatsbürgerinnen kaum nach. Auch, wenn sich vielbeobachtete Ereignisse um das Charisma und die Performance der jeweiligen Politikerinnen drehen, wirken sie auf die politischen Machtverhältnisse und die politische Programmatik zurück. Die Performance einer Kandidatin etwa, die mit ihren Äußerungen über oder auch nur ihrem Verhalten gegenüber einer nicht wahlberechtigten Gruppe aus dem Rahmen fällt, kann unter den Wahlberechtigten Solidarität mit dieser Gruppe inspirieren. Das Bewusstsein, dass diejenigen, die nicht wahlberechtigt sind, vielleicht auch nur *noch* nicht wahlberechtigt sind (etwa im Falle von Minderjährigen oder Migrantinnen), stättet auch deren Blick unter demokratischen Bedingungen mit einer Kontrollmacht aus.

Die Möglichkeit der Kontrolle durch den Blick geht sogar über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus. Denn das okular konstituierte Volk der Zuschauerinnen umfasst auch diejenigen Teile der internationalen Öffentlichkeit, die den politischen Ereignissen im Land folgen und die Offenheit der Politikerinnen, die sich bei öffentlichen Veranstaltungen präsentieren, bewerten. In Ansätzen finden sich solche Dynamiken auch jetzt schon. Die Begeisterung der Weltöffentlichkeit über Barack Obamas Charisma war etwa ein Faktor, der auf die Wahrnehmung des Präsidentschaftskandidaten in den USA zurückwirkte. Und auch die Wahrnehmung von Angela Merkel als persönlich wie programmatisch nüchterne Person war lang Zeit eine nationale wie internationale Legitimationsquelle für die Politik der deutschen Kanzlerin. Generell hat die Erwägung, wie sich Politikerinnen auf dem internationalen Parkett machen und vor allem wie ihre Performance wahrgenommen wird, Auswirkungen auf die Wahlentscheidungen und politischen Sympathien, die diesen Politikerinnen in ihren Heimatländern entgegengebracht werden. Die ausländischen Zuschauerinnen besitzen somit durch ihren Blick und durch die Kommunikation ihrer Wahrnehmung politischen Einfluss. Auch dieser Einfluss hat jedoch Grenzen: so hängt es letztendlich vom Volk des jeweiligen Landes ab, wie die internationalen Reaktionen auf eine politische Performance

aufgenommen werden. Möglich sind nicht nur das Aufkommen von Stolz im Falle einer guten Performance oder Scham und Peinlichkeit im Falle eines Fauxpas. Auch die gegenteiligen Reaktionen sind möglich. Denkbar wäre auch die nationale Solidarisierung angesichts internationaler Kritik oder auf der anderen Seite die Wahrnehmung, dass die betreffende Politikerin sich mehr um das Ausland kümmere als um das eigene Volk. So oder so trägt der kontrollierende Blick der internationalen Öffentlichkeit schon jetzt dazu bei, nationale Politik zu formen. Eine stärkere Wendung zur Offenheit würde nicht nur das Staatsvolk, sondern auch die internationale Gemeinschaft der Zuschauerinnen mit Macht ausstatten. Diese Aufweichung des klassischen Staatsvolksbegriffes ist nicht von Green beabsichtigt, sie ist aber implizit im Modell okularer Demokratie angelegt.

Da die Abhängigkeit eines okularen Modells vom vokalen Modell angeführt werden könnte, um das Konzept okularer Macht oder die Ausweitung des Volksbegriffes über die Gruppe der Staatsbürgerinnen hinaus zu kritisieren, müssen abschließend zwei Anmerkungen gemacht werden. Zum einen ist eine Rückbindung an vokale Formen der Volkssouveränität für die Entstehung okularer Macht nicht zwingend, wie Green in seinen Ausführungen zum Interesse an *Ocular Democracy* in China bemerkt.³⁴ Zum anderen läge aber gerade in einer solchen Rückbindung eine Chance. Denn ein okular konzipiertes Volk als politischer Machtfaktor würde auch auf die Grenzen des vokal verstandenen Volkes zurückwirken. Es nähme Einfluss auf die Themen, die vokal verhandelt würden und müsste als Adressat und Kontrolleur antizipiert werden.

Aber auch eine Eigenschaft des vokal verstandenen Volkes wirkt auf das in Abgrenzung und Abstraktion dazu entstehende Volk der Zuschauerinnen nach. Wenngleich das Volk nicht entscheidet und nicht regiert, wie Green feststellt, ist es doch von den gleichen oder zumindest ähnlichen cleavages durchzogen, die auch das vokal verfasste Volk spalten. Denn ob ein Blick stechend und disziplinierend oder aber bewundernd ist, liegt im Auge der Betrachterin.

34 | Vergleiche J.E. Green: »Okulare Demokratie revisited«, Seite 35 in diesem Band.

Putting Candor First

Zur normativen Dimension von Offenheit
in Jeffrey Edward Greens Demokratietheorie

Marie-Christine Kajewski

DIE KRISE DER DEMOKRATIE

Die Demokratien westlicher Prägung zeigen deutliche Erosionserscheinungen.¹ Im Zentrum der vielfältigen Problemlagen stehen der Bürger und sein Verhältnis zur Politik. Die Bindung zwischen politischen Eliten und Bürgern ist zerrüttet, die Wahlbeteiligung rückläufig und das Vertrauen in den politischen Prozess und die politischen Parteien geschwunden. Diese Krise der Demokratie, die vornehmlich eine Krise des Bürgers ist, wird in zahlreichen Studien rezipiert. Zumeist wird sie unter den Schlagworten der Postdemokratie, des Postparlamentarismus und der Refeudalisierung verhandelt. Freilich setzen die dahinterstehenden Theorien unterschiedliche Schwerpunkte. Sie eint jedoch die Problematisierung der Entmachtung des Bürgers, bedingt durch den Bedeutungszuwachs von Expertengremien, Wirtschaftsverbänden und Ver-

1 | Vgl. Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S.: »Demokratie im Angesicht ihrer Bedrohungen«, in: dies. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden: Springer VS 2008, S. 11-26; Schmidt, Manfred G.: »Zur Leistungsfähigkeit von Demokratien – Befunde neuerer vergleichender Analysen«, in: A. Brodocz/M. Llanque/G.S. Schaal (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden: Springer VS 2008, S. 29-41. Sowie Putnam, Robert D./Pharr, Susan J./Dalton, Russell J.: »Introduction. What's Troubling the Trilateral Democracies?«, in: S. J. Pharr/R. D. Putnam (Hg.): Disaffected Democracies. What's troubling the trilateral countries?, Princeton: Princeton University Press 2000, S. 3-27.

fassungsgerichten. So beschreibt Colin Crouch die Entwicklung hin zur Postdemokratie folgendermaßen:

»Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu.«²

Je größer dieser Einfluss der Eliten, desto begrenzter gestaltet sich der Spielraum für Parteien und Abgeordnete, den Wählerwillen umzusetzen. Dies wird als Signum der

»Evolution ›post-parlamentarischer Demokratie‹ mit wachsender Potenz privater Akteure und neuen außerparlamentarischen Formen politischer Steuerung [gedeutet; M.K.]: ein von Interessen, Experten, informalen Gruppen und Netzwerken unter Einbeziehung der Exekutive geprägtes System [...]. Intransparente Absprachen erlangen gesetzliche Verbindlichkeit, ohne aus allgemeiner Diskussion und Partizipation hervorzugehen. Der Akzent solcher Verfahren liegt auf Effektivität, nicht auf demokratisch-parlamentarischer Legitimation.«³

Angesichts dieser unheilvollen Verquickung von politischen Entscheidungsträgern und privaten Akteuren erblickt Ingeborg Maus die Refeudalisierung der Demokratie.

»In den politisch-gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen der Gegenwart haben nicht nur neokorporatistische Verflechtungen von Staats- und Wirtschaftsbürokratien das politische Entscheidungsmonopol unterlaufen, sondern in den wichtigsten Regelungsbereichen [...] sind die Handlungen politischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Akteure in einer Weise vernetzt, die den Begriff der Entscheidung überhaupt in Frage stellt. [...] In jedem Fall ist durch die gegenwärtige Vernetzung aller Handlungsbereiche jene historische Entwicklung rückgängig

2 | Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 13.

3 | Oberreuter, Heinrich: »Substanzverluste des Parlamentarismus«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38-29/2012, S. 25-31 [28].

gemacht, die Marx als Differenzierung von Staat und Gesellschaft beschrieben und mit der Aufhebung der ›Feudalität‹ identifiziert hatte«. ⁴

ZUR AUFGABE POLITISCHER PHILOSOPHIE

Die Frage, ob das Ergebnis des politischen Prozesses noch Resultat einer Entscheidung ist und wer diese Entscheidung trifft, ist letztlich die Frage nach den Beteiligungsmöglichkeiten und der Macht des Bürgers. Sie führt ins Zentrum allen Nachdenkens über Demokratie. Und doch, so zentral und aktuell brennend diese Frage für die Zukunftsfähigkeit der westlichen Demokratien ist, so überraschend mutet es an, dass die Begriffe zur Beschreibung der Problemstellung allesamt etwas Rückwärts-gewandtes an sich haben. Deutet das Präfix *post-* wenigstens vorgeblich auf eine Neuerung hin – freilich ohne aus der alten Begrifflichkeit auszu-brechen und der Neuerung auch begrifflich Rechnung zu tragen –, so ist das Präfix *re-* in aller Deutlichkeit auf etwas Vergangenes gerichtet, das sich nun bloß wiederholt. Aus den Begriffen spricht die Hoffnung, aus dem Bekannten, sich Wiederholenden, aus einer kenntnisreichen Rück-schau Orientierung in Zeiten der Krise zu erlangen. Letztlich aber bleibt festzuhalten:

»Post« ist das Codewort für Ratlosigkeit, die sich im Modischen verfängt. Es deutet auf ein Darüberhinaus, das es nicht benennen kann, und verbleibt in den Inhalten, die es nennt und negiert, in der Erstarrung des Bekannten. Vergangenheit plus ›post‹ – das ist das Grundrezept, mit dem wir in wortreicher, begriffsstutziger Verständnislosigkeit einer Wirklichkeit gegenüberstehen, die aus den Fugen zu geraten scheint.« ⁵

Angesichts krisenhafter Erschütterungen ist es die vordringlichste Aufgabe der politischen Philosophie, zu Orientierung beizutragen und einen Wandlungsprozess anzuregen, schließlich ist ihr Erkenntnisinteresse an

4 | Maus, Ingeborg: Über Volkssouveränität, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2010, S. 31.

5 | Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997, S. 12.

der Gegenwart vom Gestaltungswillen gegenüber der Zukunft motiviert.⁶ Oftmals aber lässt sich das der Krise zu Grunde liegende Problem nicht klar erfassen, da der richtige Begriff fehlt. So beginnt alle Änderung mit der Arbeit am Begriff, weshalb die politische Philosophie auf begriffliche Innovation verpflichtet ist.

»Die ›begriffliche Innovation‹, die hier gemeint ist, ist nicht die einfache Einführung eines neuen Begriffs in das Lexikon der Sprache [...] Die begriffliche Innovation in dem hier gefragten Sinne ist ein verwickelter Prozess, in dem deskriptive, analytische, normative und aspirative Elemente unauflöslich miteinander verschränkt sind.«⁷

Es geht darum, aus einer kontextsensiblen Diagnose der Problemlage innovative Begriffe zu gewinnen, die tatsächlich helfen, epochale Übergänge begrifflich zu fassen, die treffend erklären und beschreiben und damit eine Neuskizzierung der Bilder, die sich die Gesellschaft bisher von ihrer sozialen und kulturellen Welt gemacht hat, schaffen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, ist die Aufgabe der politischen Philosophie.

Derzeit stammen die innovativsten Begriffe zur Beschreibung des Zustands der westlichen Demokratien von Jeffrey Edward Green. In seinem Werk *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship* entwickelt er, ausgehend von der alltäglichen demokratischen Erfahrung des Otto-Normal-Bürgers, eine Demokratietheorie, die zentrale demokratische Gehalte gekonnt gegen den Strich bürstet.⁸ Dabei rückt der Bürger als Zuschauer in den Fokus der Betrachtung. Für Green ist es offensichtlich, dass normale Bürger ihre Stimme im politischen Kontext nur selten erheben und noch seltener Gehör finden. Der Großteil der Bürger ist mit der Politik wesentlich über die Augen verbunden, betrachtet die medial vermittelte Darstellung von Politik und ist so bloßer Zuschauer. Ohne zu behaupten, es sei besser, ein Zuschauer denn ein politischer Akteur zu sein, verdeutlicht Green, dass eine Demokratietheorie, welche auf der de-

6 | Vgl. Kajewski, Marie-Christine: Wahrheit und Demokratie. Eine Zeitdiagnose der Postdemokratie, Baden-Baden: Nomos 2014, S. 41-47.

7 | Geuss, Raymond: Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift, Hamburg: Hamburger Edition 2011, S. 67.70.

8 | Vgl. Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2010.

mokratischen Erfahrung der Bürger aufrucht, aus der Sicht des Bürgers als Zuschauer entwickelt werden muss:

»[I]t is possible to do democratic theory from the spectators perspective: that there are understandings of citizenship, popular power, and democratic progress that can be worked out from the standpoint of the political spectator.«⁹

Ausgehend von diesen Erwägungen prägt Green eine ganze Reihe neuer Begriffe für seine Demokratietheorie, welche er als *okulare Demokratie* bezeichnet. Gerade mit der Fokussierung auf den *beherrschten Bürger*, der *bürgerlicher Zuschauer* ist, findet eine weitreichende Verschiebung innerhalb der klassisch-demokratiethoretischen Gehalte statt. Ist die Demokratietheorie normalerweise um das Gesetz, die Entscheidung und die Autonomie der Bürger aufgebaut, so heißt die neue Trias *politisches Führungspersonal*, *bürgerlicher Blick* und *Offenheit*. Nachfolgend soll Greens Konzept der okularen Demokratie genauer betrachtet werden. Schwerpunkte werden dabei auf die Bestimmung des Bürgers und seine Verortung im politischen Prozess gelegt sowie auf das aus dieser Bestimmung resultierende Ideal der Offenheit. An die Darlegung anschließend soll diskutiert werden, ob in der spätmodernen Konstellation, die ihren Maßstab ohnehin nicht mehr in der Autonomie findet,¹⁰ die Offenheit geeignet ist, diese Leerstelle zu füllen. Letztlich ist nämlich dies der Prüfstein, an dem sich entscheidet, ob das Begriffssystem der okularen Demokratie orientierend und zukunftsweisend für die Bürger westlicher Demokratien ist.

DER BEHERRSCHTE BÜRGER

Mit einer Analyse dessen, was es heißt, ein Bürger zu sein, legt Green den Grundstein seiner Demokratietheorie. Gemeinhin kennzeichnet die demokratiethoretische Beschäftigung mit dem Bürger eine gewisse Verwunderung ob seiner ausbleibenden Beteiligung am politischen Leben. Zwar ist der Bürger durch das Gesetz mit vollen politischen Rechten aus-

⁹ | J.E. Green: *Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship* [im Folgenden EOP], S. 5f.

¹⁰ | Vgl. Rosa, Hartmut: *Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2013.

gestattet, in der Praxis aber ist er nur Zuschauer des politischen Geschehens. Die gängigen Erklärungen, die entweder Desinteresse oder Politikverdrossenheit, zuweilen auch die mangelnde Diversifizierung politischer Positionen, für die fehlende Partizipation verantwortlich machen, greifen für Green jedoch ins Leere, da sie allesamt auf verengten Vorstellungen vom Bürger basieren. Entweder begreifen sie den Bürger als apolitisch und damit desinteressiert, oder sie fassen den Bürger idealiter als herrschend und prinzipiell aktiv und involviert, weshalb der tatsächliche Partizipationsmangel durch Dysfunktionen des politischen Systems hervorgerufen wird. Was aber, wenn eine Verabschiedung vom idealen Bild des aktiven, herrschenden Bürgers zu einem besseren Verständnis der bürgerlichen Realität und zu einer realistischeren Demokratietheorie führte?

Green plädiert für einen solchen realistischen Blick. Dazu rekurriert er auf Aristoteles, da dessen Bestimmung bürgerlicher Tugenden eine wichtige Einsicht beinhaltet. Aristoteles bestimmt für den Bürger einer Demokratie zwei Tugenden: einerseits die Tugend der Herrschaftskunst, andererseits die Tugend des Beherrschtwerdens. Durch diese Differenzierung wird deutlich, dass das Bürger-Sein, bedingt durch jeweils spezifische Gegebenheiten und Voraussetzungen, sowohl in seinem Verpflichtungscharakter als auch in seinen Praktiken unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Während die Herrschaftskunst immer dann zum Tragen kommt, wenn der Bürger als Gesetzgeber und Herrscher fungiert, so markiert die Tugend des Beherrschtwerdens die alltägliche politische Erfahrung des Bürgers, nicht an dem Zustandekommen einer Entscheidung beteiligt, aber doch als Adressat dieser Entscheidung mit der Politik verbunden zu sein. Bei Aristoteles sind die Tugend der Herrschaftskunst und die Tugend des Beherrschtwerdens eng miteinander verflochten, da sie prinzipiell auf ein und denselben Bürger zutreffen können – schließlich macht es das Prinzip der Ämterrotation wahrscheinlich, dass jeder einmal herrscht. Zudem ist die Volksversammlung der attischen Demokratie so angelegt, dass eine strikte Trennung zwischen Herrschen und Beherrschtwerden verwischt. Der stumm zuhörende Bürger der Volksversammlung ist doch immer auch Mitgesetzgeber, der sich jederzeit Gehör verschaffen kann.

In der modernen Massendemokratie aber tritt die enge Verflechtung von Herrschen und Beherrschtwerden auseinander. Es begegnet fast ausschließlich der beherrschte Bürger. Einmal liegt dies am Repräsentativsystem, welches darauf fußt, dass die Mehrzahl der Bürger sich nicht an

der Regierung und Entscheidungsfindung beteiligt. Daneben tritt ferner eine Trennung von Herrschaft und Beherrschtwerden in zeitlicher, räumlicher und ideologischer Hinsicht, welche den beherrschten Bürger zum Zuschauer macht. Während der Bürger in der attischen Volksversammlung ein Adressat war, an den sich eine Botschaft richtete, auf welche eine Antwort möglich war, ist der Bürger heutzutage bloßer Rezipient der politischen Rede und zudem räumlich und zeitlich vom politischen Geschehen getrennt. Was bleibt, ist ein Teilhaben an Politik jenseits aktiver Beteiligung; ein Bürgersein, das sich alleine und schweigend vollzieht. Der Mainstream der demokratietheoretischen Forschung – sowohl in pluralistischer als auch in deliberativer Ausprägung – fokussiert jedoch weiterhin den herrschenden, nicht den beherrschten Bürger. Aber:

»When the citizen governor is taken as the central protagonist on the discourse of democracy, the everyday citizen is the object of democratic theory, not its subject. Contemporary democratic theory sets out to make all citizens into rulers, either by describing citizens as already being rulers, or by outlining the ideal conditions under which they might attain this status. What is not pursued is the acceptance of the citizen being ruled as the key figure within contemporary democracy and the discovery of ways to dignify this citizen in the very condition of being ruled. This is regrettable. Because democracy affords a special respect and prominence to citizens in their everyday capacity, it is appropriate and indeed necessary to think through the nature of this everyday position, treating it on its own terms, in order to fulfil the promise of an egalitarian democratic philosophy in an unequalitarian political world.«¹¹

Um dem beherrschten Bürger theoretisch Rechnung zu tragen und ihn als Subjekt der Demokratietheorie anzuerkennen, bietet sich ein Rückgriff auf die Tradition der plebiszitären Demokratie an. Diese gründet nämlich auf der Differenz von politischen Eliten und beherrschten Bürgern. Ferner hat sie einen progressivistischen Charakter, weshalb Green – ausgehend von der Bestimmung des beherrschten Bürgers als Zuschauer – die okulare Demokratie im plebiszitären Register entfaltet.

DER PLEBISZITÄRE CHARAKTER DER OKULAREN DEMOKRATIE

In der Forschung changiert der Begriff der plebiszitären Demokratie zwischen einer pejorativen Bedeutung, welche dahinter eine fiktive Demokratie vermutet, in der de facto Eliten und nicht das Volk regieren, und der Bezeichnung des gegenwärtigen Zustands der westlichen Repräsentativsysteme. Schließt man sich letztgenannter Sichtweise an, so lassen sich fünf Charakteristika identifizieren, welche konstitutiv für die jüngste Entwicklungsstufe der westlichen Demokratien sind. Zunächst einmal zeichnet sich plebiszitäre Politik dadurch aus, dass sie durch die Massenmedien vermittelt wird, wodurch dem öffentlichen Bild besondere Bedeutung zukommt. Darüber hinaus ist plebiszitäre Politik personalisierte Politik, in der politische Führung an Bedeutung gewinnt. Weiterhin ist sie dadurch geprägt, dass Spitzenpolitiker einen deutlich größeren Ermessensspielraum bei ihren Entscheidungen haben als in früheren Zeiten. Heutzutage erweisen sich viele Herausforderungen als grundlegend neu und ohne Vorbild, so dass der schnelle Wandel der Lebensverhältnisse zu größerer Freiheit der Entscheider führt, da diese sich weniger an Vorgaben und Erwartungen orientieren müssen. Des Weiteren bedingen die stärkere Personalisierung und der größere Ermessensspielraum, dass Spitzenpolitiker den Willen der Mehrheit, dem sie sich eigentlich verpflichtet wissen, allererst prägen und zuweilen gar herstellen. Entscheidungen werden getroffen und Politik gestaltet, dabei die öffentliche Meinung generiert und die Entscheidung im Nachhinein mit angeblich vorher existierenden Präferenzen gerechtfertigt. Schließlich führen die genannten vier Charakteristika zum fünften Wesensmal: In einer plebiszitären Demokratie erweist sich die Stimme des Volkes als überflüssig. Das Volk hat in der plebiszitären Führerdemokratie schlechte Karten, wenn es sich Gehör verschaffen und Werte, Präferenzen und Meinungen bekunden möchte.

Ein plastisches Bild der demokratischen Bedingungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzt sich aus diesen fünf Wesensmerkmalen zusammen. Aufgrund dieser analytischen Leistung kann eine realistische Demokratietheorie nicht auf den plebiszitären Denkansatz verzichten, denn nur die genaue Kenntnis der gegenwärtigen Umstände ermöglicht die Ausarbeitung einer Demokratietheorie, die im Lichte dieser Realität bestehen kann. Und doch muss eine Demokratietheorie mehr sein als eine bloße Zustandsbeschreibung; mehr als eine Analyse, schließlich ist die

Demokratie eine wertgebundene Staatsform, die immer wieder Ideale und Werte an das politische Alltagsgeschehen heranträgt. Doch auch wenn er nicht sofort ins Auge springt, eignet der plebiszitären Demokratietheorie ein ethischer Grundzug, wenn man die genannten Wesensmerkmale aus dem Blickwinkel des demokratischen Progressivismus betrachtet:

»At the most general level, the ethical contribution consists in grounding democracy on the *eyes of the People*, as opposed to the extremely widespread assumption that democracy must refer ultimately to the People's voice. Properly understood, plebiscitary democracy is not just a negative critique of the voice of the People, but a positive theory that translates popular power from a vocal to an ocular register. This means that plebiscitary democracy is misconceived merely as a sociological account of how contemporary politics effectively cancels the People's voice. It is also a political philosophy constitutive of a nonvocal, *ocular* kind of democracy.«¹²

Dadurch, dass Green den Bürger als Subjekt der Demokratie fasst und darüber hinaus mit der okularen Dimension den progressivistischen Grundzug der plebiszitären Tradition herausarbeitet, ergibt sich ein alternatives Sinn- und Begriffsgefüge. Gelten im traditionell-vokalen Modell das Gesetz als Objekt der Demokratie, die Entscheidung als ihr Organ und die Autonomie als ihr kritisches Ideal, so zählen im okularen Gegenentwurf das politische Führungspersonal als Objekt, der bürgerliche Blick als Organ und die Offenheit als kritisches Ideal. Da die plebiszitäre Tradition auf dem Gegensatz von herrschendem und beherrschtem Bürger aufruht und Green den beherrschten Bürger auf die Subjektposition rückt, ist es nur konsequent, dass das politische Führungspersonal, genauer sein öffentliches Leben, das Objekt der Demokratie wird. Bürgerliche Macht manifestiert sich nicht in den Inhalten politischer Entscheidungen, sondern primär in dem Maße, in dem die Umstände des öffentlichen Lebens der Spitzenpolitiker durch das Volk eingehegt und ggf. kontrolliert werden. Diese Sicht verändert sodann das Organ der Demokratie, welches nicht länger die Entscheidung als stimmlicher Ausdruck der bürgerlichen Präferenzen ist. Vielmehr ist es jetzt der kritische Blick des Volkes. Dabei gilt Green der Blick als ermächtigte Form des Schauens, die sich etwa in Überwachungen, Untersuchungen, Kontrollen und Prüfungen verwirk-

12 | EOP, S. 126.

licht. Demgemäß kann das kritische Ideal der Demokratie nicht die Urheberschaft des Volkes über die Gesetze sein. Stattdessen definiert Green die Kontrolle des Volkes über die Bedingungen, unter denen die Spitzenpolitiker sich zeigen, und darüber, was sie zeigen, als dieses Ideal. Diese Offenheit der Situation, in der die politischen Führungspersonlichkeiten keine Möglichkeit haben, ihr öffentliches Bild zu kreieren, ist Herzstück und Zielperspektive der okularen Demokratie.

ZIELPERSPEKTIVE OFFENHEIT

Das plebiszitäre Ideal der Offenheit sieht sich manchem Missverständnis ausgesetzt. Zunächst einmal ist mit dem Begriff keine individuell-psychologische Eigenschaft des Spitzenpolitikers im Sinne eines offenen, aufgeschlossenen und aufrichtigen Charakters gemeint. Stattdessen bezeichnet Offenheit ein institutionelles Ideal, welches Ziel progressiver demokratischer Reformen ist. Da das Objekt der okularen Demokratie der Spitzenpolitiker ist, in dem sich die politische Macht realisiert, bezieht sich das zugehörige kritische Ideal auf die Qualität seiner Führung. Offenheit beschreibt einen Zustand, in dem Spitzenpolitiker die Bedingungen ihres öffentlichen Auftretens nicht kontrollieren und deshalb ein politisches Geschehen erfolgt, das ereignisreich, authentisch und sehenswert ist. In der Folge zielt die Offenheit darauf, dass die Spitzenpolitiker durch sie derart diszipliniert werden, dass ihre Entscheidungen im Sinne des Volkes gefällt werden. Diese Disziplinierung erfolgt durch das Risiko des unkontrollierten Auftretens, der es ermöglicht, dass Spitzenpolitiker Widerspruch, offene Opposition und im äußersten Falle sogar Entmachtung erfahren. Dieses Risiko wird umso geringer, je mehr das Handeln der Politiker im Sinne des Volkes erfolgt und dieser Sachverhalt überzeugend kommuniziert wird.

Über die genannten hinaus ergeben sich weitere Missverständnisse aus der Verwechslung von Offenheit mit den verwandten Prinzipien Deliberation, Partizipation und Transparenz, zu denen jeweils Anknüpfungen gegeben sind, ohne dass die Prinzipien in Deckung kommen. In die Deliberation, deren Diskurs auf gegenseitige Verständigung zielt, ist Offenheit als wichtiges Strukturprinzip eingebaut, denn eine wirkliche Verständigung zwischen gleichen Diskursteilnehmern wäre nicht zu erzielen, wenn einige dieser Teilnehmer die Bedingungen des Diskurses

kontrollierten, um die eigene Position unangreifbar zu machen. Stattdessen ist das Ergebnis einer echten Verständigung von vornherein offen und nicht präjudizierbar. Im Falle der Partizipation, die auf bürgerliche Beteiligung am politischen Leben setzt, kann Offenheit als ein erster Schritt hin zu mehr Beteiligung gesehen werden. Offenheit regt ein ereignisreiches und sehenswertes politisches Geschehen an, welches zum Ansehen, d.h. visueller Teilnahme, verleitet. Wenn die Offenheit ferner politische Verstrickungen und Manipulationen aufdeckt, regt sie zudem aktiv verändernde Teilhabe an. Auch zur Transparenz leistet Offenheit einen Beitrag, denn je offener die Bedingungen, unter denen Spitzenpolitiker agieren, desto wichtigeres Wissen und desto genauere Informationen werden die Bürger von der politischen Elite bekommen. Doch trotz dieser Schnittmengen erschöpft sich Offenheit nicht in den genannten Prinzipien. Offenheit sucht nicht wie die Deliberation die Verständigung aller Diskursteilnehmer, sie setzt nicht wie die Partizipation auf stimmliche Teilhabe und anders als Transparenz sucht es keine unpersönliche Richtigkeit, sondern durch Personen gestaltete Ereignishaftigkeit und Spontanität.

»In sum, it can be said that candor is an ideal that simultaneously shares a great deal with the more familiar democratic values of deliberation, participation and transparency, yet cannot be compressed to any of them. Putting candor first, therefore, leads to a distinct vision of democratic progressivism.«¹³

OFFENHEIT STATT AUTONOMIE?

Im Anschluss an diese theoretischen Erwägungen leuchtet Green praktische Anwendungsfelder der Offenheit, beispielsweise Kandidaten-Duelle und Pressekonferenzen, näher aus und zeigt dabei, inwiefern die Berücksichtigung von Offenheit diese Prozesse in ihrem demokratischen Gehalt vertieft. Greens Konzept der Offenheit gewinnt durch die praktischen Beispiele an Kontur. Und doch bleibt ein gewisses Unbehagen, Offenheit als das kritische Ideal der Demokratie zu bestimmen. Zunächst, da es sich um ein ungewohntes Konzept handelt, das sich seine Plausibilitäten erst schaffen muss. Sodann aber im Besonderen, da die Demokratie mit der

13 | EOP, S. 181.

Autonomie als ihrem kritischen Ideal eine enge Verbindung eingegangen ist. Diese Verbindung ist so stark, dass es beinahe unmöglich erscheint, den einen Partner ohne den anderen zu denken geschweige denn, einen der beiden durch ein anderes, neues Konzept zu ersetzen. Was aber zeichnet diese enge Verbindung von Demokratie und Autonomie aus?

Die Autonomie galt schon in der Antike als zentrale politische Kategorie und bezeichnete als institutionelles Ziel die anvisierte Selbstständigkeit der griechischen Stadtstaaten. Mit Beginn der Moderne konkretisiert sich die Autonomie dann in der Demokratie, weil sie individueller begriffen wird. Der Mensch wird nun als Vernunftwesen gefasst, dessen Autonomie sich wesentlich als ethische Selbstbestimmung zeigt. Das beinhaltet, dass die Werte und Normen, nach denen ein jeder sein Leben gestaltet, weder von weltlichen noch religiösen Autoritäten gesetzt werden, sondern dem Einzelnen selbst entstammen. Dafür bedarf es eines entsprechenden gesellschaftlichen Raumes, der die notwendige Freiheit zur Ausbildung dieser Wertüberzeugungen bietet. Hier verbindet sich das Autonomiestreben des modernen Menschen mit dem Streben nach demokratischer Selbstbestimmung. Der selbstbestimmte moderne Mensch ist gleichzeitig demokratischer Bürger, der als solcher auf weitergehende Emanzipation und ein Mehr an Autonomie zielt.

Die Demokratie ermöglicht ihren Bürgern ein selbstbestimmtes Leben, im Gegenzug stützt die Autonomie die zentralen demokratischen Werte, Freiheit und Gleichheit. Die Nähe von Freiheit und Selbstbestimmung ist augenscheinlich. Wer autonom, also selbstbestimmt, ist, der folgt seinen Wünschen und Überzeugungen – selbst dann, wenn zu ihrer Erreichung Widerstände überwunden werden müssen. Ein autonomer Mensch handelt somit frei und trägt auf diese Weise zum Gelingen der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft bei, da er seiner Entscheidungsverantwortung gerecht wird.¹⁴ Die Beziehung von Autonomie und Gleichheit ist nicht weniger eng, denn es ist die Autonomie, die einen starken Begriff der Gleichheit unterstützt. Ein solch starker Begriff geht davon aus, dass alle Bürger ausreichend qualifiziert sind, mit ihren Interessen an der kollektiven Entscheidungsfindung mitzuwirken und dass ferner kein Bürger so außerordentlich qualifiziert ist, dass er alleine entscheiden sollte. Das Autonomieprinzip spezifiziert die Art dieser Qualifizierung:

14 | Vgl. Pauen, Michael/Welzer, Harald: Autonomie. Eine Verteidigung, Frankfurt a.M.: Fischer 2015, S. 33-50.

Nicht nur gelten die Interessen und das Wohl jedes Bürgers gleichermaßen; entscheidend ist, dass jeder einzelne Bürger nur selbst darüber befinden kann, ob eine kollektive Entscheidung in seinem Interesse liegt oder seinem Wohl dient. Gerade deshalb muss in einer Demokratie jeder Erwachsene als gleichwertiger Bürger gelten.¹⁵

Das Versprechen eines ethisch wie politisch selbstbestimmten Lebens ließ Autonomie und Demokratie eng zusammenwachsen. Im Ausklang der Moderne erweist sich dieses Versprechen jedoch als brüchig. Die gesellschaftliche Ausgangslage wird von Zygmunt Baumann auf den Begriff der flüchtigen Moderne gebracht.¹⁶ Soziale Formen wie Strukturen, Verhaltensweisen und Institutionen werden fluide; sie entstehen und vergehen in einem raschen Wechsel, der einen kohärenten Lebensentwurf verunmöglicht. Das ganze Leben zerfällt in Einzelepisoden, die sich zu keinen längeren Sequenzen mehr verbinden lassen. Das fragmentierte Leben kennt weder Entwicklungs- noch Reifungsprozesse, sondern nur Momentaufnahmen. Zwischenmenschliche Bindungen werden in ihrer Brüchigkeit radikal erfahren – der Einzelne hat darauf flexibel zu reagieren.¹⁷ Diese flexiblen Reaktionen sind situativ, keine Institutionen bieten Halt, keine Traditionen bremsen den radikalen Wandel. Der heutige Mensch sieht sich in eine »Brutstätte der Ungewissheiten« geworfen,¹⁸ in der Konkurrenz und Wettbewerb die herrschenden Prinzipien sind. Dieser Wettbewerb freilich dient nicht mehr einem potentiellen Fortschritt, sondern nur der Verhinderung eines allzu großen Rückschritts.

Es ist pikanter Weise die Autonomie selbst, welche die soeben skizzierte Entwicklung angestoßen hat. Selbstbestimmung wird nur dort möglich, wo naturgemäße Einschränkungen und soziale Vorgaben überwunden werden können. Der soziale Wandel ist daher logisches Resultat des Autonomieversprechens. Dieses geht zudem mit der Zuversicht einher, auch materielle Beschränkungen durch ein wettbewerbs- und wachstumsorientiertes Wirtschaftssystem zu überwinden. Doch diese

15 | Vgl. Dahl, Robert A.: *Democracy and its Critics*, New Haven/London: Yale University Press 1989, S. 97-105.

16 | Vgl. Bauman, Zygmunt: *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*, Hamburg: Hamburger Edition 2008.

17 | Vgl. Z. Bauman: *Flüchtige Zeiten*, S. 7-11.

18 | Z. Bauman: *Flüchtige Zeiten*, S. 7

Entwicklungen, einstmals Grundlagen der Selbstbestimmung, haben sich verselbstständigt:

»Nun zeigt sich jedoch, dass die soziale Beschleunigung machtvoller ist als das Projekt der Moderne. Sie schreitet einfach voran, obwohl ihre Logik sich nun gegen das Versprechen der Autonomie gewendet hat. In ihrer spätmodernen Gestalt stellt die Beschleunigung [...] nicht mehr die Ressourcen bereit für die Realisierung der Träume, Ziele und Lebenspläne der Individuen sowie für die politische Gestaltung der Gesellschaft im Einklang mit Ideen der Gerechtigkeit, des Fortschritts, der Nachhaltigkeit etc.; vielmehr verhält es sich genau andersrum: Die Träume, Ziele und Lebenspläne der Individuen werden verwendet, um die Beschleunigungsmaschine am Laufen zu halten.«¹⁹

Die Verwirklichung von Autonomie sieht sich so massiven Schwierigkeiten ausgesetzt. Dies liegt zunächst einmal daran, dass trotz der Möglichkeit, durch die selbstbestimmte Entscheidung etwas zu bewegen und einen Wandel zu ermöglichen, Autonomie zudem auch ein Mindestmaß an sozialer Beständigkeit benötigt. Denn der Einzelne muss Werte und Normen, welche die Grundlage der selbstbestimmten Entscheidung bilden, erst einmal ausbilden können. Dafür braucht es die Auseinandersetzung mit Institutionen und Traditionen. Unterbleibt diese, sind die Wertüberzeugungen bloß gesetzt und sind damit gerade nicht das Resultat einer autonomen, vernünftigen Entscheidung. Daneben ist auch die durch den raschen sozialen Wandel hervorgerufene Fragmentierung des Lebens ein Problem für die Selbstbestimmung. Der kohärente Lebensentwurf ist es, an dem der Einzelne Entscheidungen bemisst; auf Grund dessen er sich fragt, ob er sich selbst treu geblieben ist. Selbstbestimmt zu handeln ist ein Handeln, dass mit den eigenen Überzeugungen im Einklang steht. Zwar können diese auch situativ aufscheinen, aber im fragmentierten Leben stehen sie nicht mehr im Dienste einer individuellen Vervollkommenung, sondern werden überschattet vom Zwang, sich im Konkurrenzkampf durchzusetzen. Die starke Marktorientierung bedingt letztlich auch gravierende Einschränkungen der politischen Autonomie. Die eingangs zitierten Diagnosen zu Postdemokratie, Postparlamentarismus und zur Refeudalisierung der Demokratie problematisieren unisono die Verflechtungen von Staats- und Wirtschaftsbükratien, das

19 | H. Rosa: Beschleunigung und Entfremdung, S. 117f.

Entstehen informeller Netzwerke und die Ausweitung des Einflusses privilegierter Wirtschaftseliten. Auf der politischen Agenda steht nicht die Vertretung bürgerlicher, sondern ökonomischer Interessen. Was zählt, ist nicht die Gestaltung des Gemeinwesens, sondern die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft. Die Bürger sind in dieser Konstellation entmachtet, die politische Autonomie obsolet.

Dieses gebrochene Versprechen bringt den Bürger in einen Zustand der sozialen Entfremdung.²⁰ Es ist die Diskrepanz zwischen dem Versprechen eines selbstbestimmten Lebens auf der einen und der Erfahrung der Fremdbestimmung auf der anderen Seite, die ein Gefühl der Machtlosigkeit provoziert. Das eigene Handeln im sozialen und politischen Kontext erscheint daher wirkungslos, insbesondere, da die Komplexität der Handlungszusammenhänge, in die der spätmoderne Bürger gestellt ist, Orientierungslosigkeit bewirkt. Da handlungsleitende Vorgaben weder von außen in Form von Traditionen oder Institutionen an den Bürger herangetragen werden noch von ihm verinnerlicht sind, richtet er sein Handeln an vermeintlichen sozialen Erwartungen aus. So passieren selbstentfremdete Handlungen, obwohl echte Handlungsalternativen zur Verfügung stehen.

»Jedesmal handeln wir zugleich ›freiwillig‹ und gegen unseren ›eigentlichen‹ Willen. Wenn ein solcher Zustand andauert, werden wir früher oder später (individuell wie kollektiv) ›vergessen‹, was unsere ›eigentlichen‹ Ziele und Absichten waren – und doch bleibt ein vages Gefühl der Fremdbestimmung ohne Unterdrücker.«²¹

Es bleibt festzuhalten: In der Moderne sind Demokratie und Autonomie eine enge Symbiose eingegangen. Das Autonomieversprechen aber hat eine Bewegung in Gang gesetzt, die in der spätmodernen Konstellation letztlich Entfremdung bewirkt. Damit fällt Autonomie als kritisches Ideal der Demokratie aus. Eine Demokratietheorie, die den gegenwärtigen Bedingungen Rechnung trägt, muss sich daher mit Alternativen zur Autonomie auseinandersetzen. Es bleibt deshalb zu fragen, ob Jeffrey Green mit der Offenheit ein Ideal vorschlägt, das für eine zeitgemäße Demokratietheorie angemessen ist. Ein Ideal, das vielleicht sogar das eman-

20 | Vgl. Seeman, Melvin: »On the Meaning of Alienation«, in: American Sociological Review 24 (1959), S. 783-791.

21 | H. Rosa: Beschleunigung und Entfremdung, S. 121.

zipative Potential der Demokratie unterstützt und der Entfremdung entgegenwirkt.

VOM WESEN DER OFFENHEIT

Um diesen Fragen nachzugehen, muss die Offenheit in den Mittelpunkt rücken und einer vertieften Betrachtung unterzogen werden. Hierzu bietet es sich an, über Green hinauszugehen und in der (politischen) Philosophie weitere Wesensmerkmale der Offenheit zu ermitteln. Dies gestaltet sich insofern schwierig, weil Offenheit kein Kernbegriff der Philosophiegeschichte ist und sich nur vereinzelt Referenzpunkte finden. In der Philosophie Martin Heideggers allerdings nimmt Offenheit eine bedeutende Stellung ein. In Heideggers späten Arbeiten bilden Wahrheit, Ereignis und Offenheit eine eng verbundene Trias, welche die Voraussetzung für eine selbstbestimmte, gelingende Existenz bietet. Im Folgenden sollen diese Begriffe in ihrer Systematik entfaltet werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Struktur der Offenheit gelegt, da sich hieraus die relevantesten Rückschlüsse auf ihr Wesen ziehen lassen.

Heidegger entwickelt in seinem Spätwerk ein Denken des anderen Anfangs, welches denkerisch wie sprachlich einen Neuansatz markiert. Im Zentrum steht die geschichtlich begriffene Frage nach der Wahrheit des Seyns.²² Es zeichnet Heideggers Ansatz aus, dass ihm die Wahrheitsfrage nicht als abstrakter Begriff gilt, der als solcher nichts mit dem menschlichen Leben zu tun hätte. Vielmehr begreift er Wahrheit als Grundlage jedes gelingenden Lebens. Wahrheit und Mensch sind über das Ereignis verbunden, welches dem Menschen die Wahrheit ereignet. Am ehesten lässt sich das Ereignis als eine Art Evidenzerlebnis verstehen, in dem die Bedeutung der geschichtlichen Situation schlagartig und in aller Deutlichkeit aufscheint. Mit dieser ereignishaften Situation geht immer eine Beauftragung einher: Wenn sich einem oder mehreren Menschen die Wahrheit der geschichtlichen Stunde ereignet, sehen sich diese Menschen mit dem Auftrag konfrontiert, sich in der Wahrheit zu halten, sie ins Werk zu setzen und zu wahren. Erst dadurch werden sie der Bedeutung der Situation gerecht, und nur so sind ihnen eine gelingende

22 | Vgl. M. Kajewski: Wahrheit und Demokratie, S. 189-223.

Existenz und ein Ausleben der ihnen eigenen Möglichkeiten vergönnt.²³ So ist die Wahrheitsfrage für Heidegger unlösbar mit dem Sinn menschlichen Lebens verquickt, da sich dieser Sinn nur aus dem Auftrag der Wahrheit ergibt.

Betrachten wir diese Zusammenhänge nun genauer und auf die Offenheit bezogen, müssen wir tiefer in die Terminologie Heideggers eintauchen. Heideggers Überlegungen gehen vom Seyn aus. Das Seyn ist das Seiendste und damit jener Grund, der Seiendes wie den Menschen erst ermöglicht. Im Gegensatz zum Seienden ist das Seyn nicht und es kommt nicht vor. Das Seyn west als Ereignis, d.h. es zeigt sich in Form eines Evidenzerlebnisses. Indem das Ereignis das Seyn ereignet, realisiert sich eine bestimmte Möglichkeit des Seyns. Andere Arten, wie das Seyn auch hätte sein können, verbleiben unverwirklicht im Seinlosen. Daher weist das Ereignis eine agonale Struktur auf. Es ereignet sich in der Form eines Streits zwischen dem Seyn und dem Seinlosen, zwischen lichten- dem Entbergen des Seyns und Verbergen des Seinlosen. Deshalb ist die Wahrheit des Seyns für Heidegger Streit und damit Geschehnis. Kurzum: »Die Wahrheit des Seyns ist das Ereignis«.²⁴ Es ereignet sich als streitbares Lichtungsgeschehen, welches eine mögliche Weise des Seyns freisetzt, während andere Weisen zugleich enteignet werden und im Seinlosen verbleiben. Das ist die Wahrheit des Seyns: dass es so ereignet wurde und nicht anders. Dass sich seine spezifische Weise realisierte und andere Möglichkeiten seinslos geblieben sind.

Dort, wo der Streit ereignet, ist der Ort der Offenheit: Im gelichteten Inmitten des Seienden.²⁵ Heidegger selbst setzt das Wort *Ort* in Anführungszeichen und deutet damit schon an, dass es zu kurz greift, die Offenheit räumlich festlegen zu wollen. Die Offenheit hat keinen Ort, vielmehr ist sie Strukturprinzip des Wahrheitsereignisses und bestimmt das wesentliche Ausmaß der Wahrheit. Heidegger wählt den Vergleich mit einem Krug, dessen hohle Mitte nicht zufällig von Wänden umschlossen

23 | Vgl. Heidegger, Martin: Beiträge zur Philosophie (Gesamtausgabe 65), Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann 1989; ders.: »Der Ursprung des Kunstwerks«, in: ders., Holzwege (Gesamtausgabe 5), Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann 2003, S. 1-74.

24 | Heidegger, Martin: Zum Wesen der Sprache und zur Frage nach der Kunst (Gesamtausgabe 74), Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann 2010, S. 70.

25 | Vgl. M. Heidegger: Beiträge zur Philosophie, S. 329.

wurde, sondern die stattdessen das Bestimmende für die Wände ist, da sie ihre Offenheit wesens lässt.

»Entsprechend, nur wesentlich reicher, müssen wir die Wesung der Offenheit des Da verstehen. Seine umrandende Wandung ist freilich nichts dinghaftes Vorhandenes, ja überhaupt nicht ein Seiendes und selbst nicht das Seiende, sondern des Seins selbst, das Erzittern des Ereignisses im Winken des Sichverbergens.«²⁶

Als Strukturprinzip des Wahrheitsereignisses ist die Offenheit nicht, sondern sie *west*. Sie vollzieht sich ebenso wie das Ereignis und muss damit prozedural als ein Geschehnis verstanden werden; ein Geschehnis, das zuinnerst auf das menschliche Dasein bezogen ist.

Die Beziehung von Offenheit und Mensch beschränkt sich nicht auf das Erkennen der Offenheit, sondern ist besonders dadurch gekennzeichnet, dass der Mensch sich der Offenheit gegenüber auf eine bestimmte Art und Weise verhält. »Nicht nur das Vernehmen und Erkennen, sondern jede Art des Verhaltens und der Haltung und zumal jenes, was wir Stimmung nennen, gehört zur Offenheit«, wobei Stimmung heißt, dass der Mensch sich tätig zum Auftrag des Seyns verhält.²⁷ Dieser Auftrag des Seyns eröffnet die Selbstwerdung des Menschen dadurch, dass er den Menschen in die eigentliche Existenz rückt, in der er, basierend auf dem Wissen um seine Zugehörigkeit zum Seyn und dessen Auftrag, seine eigenen Möglichkeiten bewusst übernehmen kann. Der konkrete Auftrag lautet, der Mensch solle »Gründer und Wahrer der Wahrheit des Seyns« werden.²⁸ Um diesen Auftrag zu erfüllen, muss der Mensch die Wahrheit ins Werk setzen und ihr so im Seienden eine sichtbare Gestalt geben. Das politische Werk institutionalisiert das Wahrheitsereignis dergestalt, dass dem Werk selbst eine gewisse Ereignishaftigkeit zukommt. Das Werk setzt die Wahrheit als den Streit der lichternden Verbergung des Ereignisses in der Form um, dass »der Streit ein Streit bleibe«.²⁹ Es ist Anstiftung des Streits zwischen Verbergen und Entbergen und vollzieht ihn so, dass er erfahrbar wird.

26 | M. Heidegger: Beiträge zur Philosophie, S. 339.

27 | M. Heidegger: Beiträge zur Philosophie, S. 333.

28 | M. Heidegger: Beiträge zur Philosophie, S. 16.

29 | M. Heidegger: Der Ursprung des Kunstwerks, a.a.O., S. 36.

Aus diesen Überlegungen Heideggers lässt sich folgern, dass demokratische Regierungssysteme in Gestalt dieses Streits operieren. Einerseits stellen sie über das Rechtssystem und das Institutionengefüge eine sinnhafte, sich entbergende Lebenswelt bereit. Andererseits aber gibt es in der Demokratie mit der Menschenwürde ein Element, welches Grund und Grenze der gemeinsamen Welt ist: Auf ihr spannt sich die entbergende Welt auf, aber als verbergender Grenzbegriff kann man ihrer nicht habhaft werden.³⁰ Da die Offenheit das Strukturprinzip des streithaften Geschehens ist, gehört sie zentral zur Demokratie. Der Streit wäre ohne die Offenheit nicht zu denken, denn erst sie eröffnet ihm den nötigen Raum und institutionalisiert ihn. Durch diese Institutionalisierung von Agonalität geht es immer um Alternativen: Alles könnte anders sein und die aktuellen Mehrheiten und ihre Ansichten können sich wieder wandeln. Dazu nimmt die Offenheit den einzelnen Bürger in die Pflicht. Denn es ist sein Verhalten, das darüber entscheidet, ob der Streit lebendig bleibt. Eine selbstbestimmte und gelingende Existenz verträgt sich nicht mit Indifferenz, sie braucht tätiges Engagement und eine offene Haltung, in sich nicht abschottet, sondern sich im Fragen hält.

Die Offenheit existiert als Strukturprinzip nicht allein für sich. Sie steht in direktem und unauflöslichem Bezug zur Wahrheit, welche sich ausschließlich in der Offenheit ereignet. Dadurch, dass zusammen mit ihr ein Wahrheitsbezug gegeben ist, eignet der Offenheit eine normative Perspektive. Zwar ist die Wahrheit immer eine abgründige und vorläufige Wahrheit, die durch ein neues Ereignis überholt werden kann, und doch ist es diese Wahrheit, die den Menschen zu seinen Möglichkeiten ins Verhältnis setzt und zur Eigentlichkeit ruft. Deshalb tritt neben die normative auch eine emanzipative Perspektive. So abgründig die Wahrheit auch verbleibt, verweist sie dennoch auf tragende Werte. Auf Werte, die der Entfremdung entgegenwirken. Denn wenn das Gefühl der Entfremdung jenes ist, dass eigentlich alles anders sein sollte und die eigentlichen Absichten und Ziele in Vergessenheit geraten sind, dann erinnert die Wahrheit an genau diese Absichten und Ziele jenseits aller Zweckgebundenheit. Sie produziert ein Unbehagen: Zunächst auf Seiten der Spit-

30 | Vgl. Haltern, Ulrich: »Unsere protestantische Menschenwürde«, in: Bahr, Petra/Heinig, Hans-Michael (Hg.): Menschenwürde in der säkularen Verfassungsordnung. Rechtswissenschaftliche und theologische Perspektiven, Tübingen: Mohr Siebeck 2006, S. 93-124.

zenpolitiker, welche sie über alle Interessen des Machterhalts hinaus auf ihren Auftrag, dem Willen des Volkes zu entsprechen, hinweist. Daneben aber auf Seiten des Volkes, das sie an die Werte erinnert, denen sich die Politiker verpflichtet fühlen sollten und die so einen Prüfmaßstab an die Hand gegeben bekommen, um das Handeln der Politiker zu bewerten. Zusammen mit der Gerufenheit, die Wahrheit zu wahren, ist so ein emanzipativer Ausgang aus der Entfremdung angebahnt.

EINE HERAUSFORDERNDE ALTERNATIVE

Es lässt sich resümieren: Jeffrey Green entwickelt vor dem Hintergrund der Krise der Demokratie, die genauer eine Krise des Bürgers ist, seine Theorie der okularen Demokratie. Mit seinem phänomenologisch-zeitdiagnostischen Zugang prägt er ein innovatives Bedeutungsgefüge, welches – ausgehend vom politischen Führungspersonal, dem bürgerlichen Blick und der Offenheit – eine neuartige Beschreibung der spätmodernen Demokratie liefert. Dabei erweist sich besonders sein kritisches Ideal der Offenheit als Herausforderung. Zunächst einmal, weil das bekannte Ideal der Autonomie unlöslich mit der Demokratie verbunden wirkt und es ein alternatives Ideal daher besonders schwer hat, zu überzeugen. Daneben aber auch, weil Offenheit zunächst nur wenige und zudem missverständliche Assoziationen weckt. Durch die Betrachtung der Verbindung von Autonomie und Demokratie in der Spätmoderne hat sich sodann gezeigt, dass Autonomie unter den gegenwärtigen Bedingungen gerade nicht emanzipativ und die Selbstbestimmung unterstützend wirkt, sondern Entfremdung befördert. Vor diesem Hintergrund konnte die Offenheit in den Fokus treten. Der Rückgriff auf Martin Heidegger und sein Konzept von Offenheit konnte darlegen, welche über Green hinausgehenden Aspekte der Offenheit eignen – normativ wie emanzipativ.

Damit verbleibt, einen Bogen zurück zum Beginn dieses Textes zu schlagen. Dort wurde die Aufgabe politischer Philosophie definiert als begriffliche Innovation. Und zwar als eine begriffliche Innovation, in der deskriptive, analytische, normative und aspirative Elemente zusammenkommen. Jeffrey Greens Bedeutungsgeflecht der okularen Demokratie, deren Herzstück die Offenheit ist, leistet nicht weniger. Kenntnisreich beschreibt er die Situation der spätmodernen Demokratien, vertieft analysiert er diese vom beherrschten Bürger ausgehend mit dem normativen Ziel,

die alltägliche Erfahrung der Bürger zu würdigen und ihre Position durch progressive demokratische Reformen zu stärken. Der normativ-emanzipative Charakter der Offenheit, der durch den Rückgriff auf Heidegger herausgearbeitet wurde, ist vielversprechend. Er verheißt eine wertgebundene Demokratie, in der statt Zweckgebundenheit ein Verständnis letzter Wahrheiten herrscht und stellt eine selbstbestimmte Existenz im Dienste dieser Wahrheit in Aussicht. Der emanzipative Aspekt der Offenheit ist bei Heidegger freilich anders gelagert als bei Green. Während Green an der Offenheit schätzt, dass sie die Spitzenpolitiker diszipliniert und das Volk zur Ausübung des kritischen Blickes befähigt, präferiert Heidegger neben diesen einen weitaus tätigeren Aspekt. Für ihn ist zentral, dass der Einzelne durch die Stimmung – welche zur Offenheit gehört – gerufen wird, sich zu seinen ureigensten Möglichkeiten zu verhalten. So aber führt ein vertieftes Konzept von Offenheit, wie es Heidegger entwickelt hat, ein Stück weit über den Rahmen der okularen Demokratie hinaus. Greens große innovatorische Leistung, die ihn die Offenheit als kritisches Ideal der Demokratie hat entwickeln lassen, schmälert dies nicht. Doch ist es als Auftrag zu verstehen erneut zu durchdenken, inwieweit neben den kritischen Blick des bürgerlichen Zuschauers auch aktivere Elemente der Beteiligung und des gesellschaftlichen Engagements treten müssen.

Okulare Demokratie und demokratische Erfahrung

Michael L. Thomas

Von Beginn an war die Demokratie in Amerika für ihre turbulente Natur bekannt. Als die demokratische Gleichheit begann, über die westliche Welt zu fegen, wandte de Tocqueville sich Amerika zu. Sein Interesse an den Vereinigten Staaten gründete in deren Fähigkeit, das Chaos, welches mit dem Zusammenbruch der aristokratischen Regime entstand, zu zügeln und diese Instabilität im Kontext einer stabilen Nation zu verwalten. De Tocqueville weist darauf hin, dass diese Stabilität ebenso viel mit dem Charakter des Volkes zu tun hat wie mit der Struktur des amerikanischen Regierungssystems. Amerikanischer Individualismus, Dezentralisierung und das um sich greifende Verständnis, dass das Volk einen Sachverstand in politischen Fragen besitzt, bereiten ein Feld, in dem sich politische Führungspersönlichkeiten nie sicher sein können, dass ihre Führung bestehen bleibt und sie daher denjenigen verpflichtet, die sie repräsentieren. Trotzdem besteht dort das Risiko, dass ein demokratischer Despotismus entstehen kann, wenn es den politischen Anführern möglich wird, den Tumult des alltäglichen politischen Lebens so zu manipulieren, dass es ihren eigenen ökonomischen und politischen Interessen dient.

Jeffrey Greens *The Eyes of the People* ist eine Antwort auf die Tatsache, dass es in der Machtbalance der amerikanischen Demokratie eine Verschiebung hin zu den Eliten gegeben hat. Seine Position ist, dass unser Vertrauen in das deliberative Modell uns gegenüber der Tatsache geblendet hat, dass Bürgerinnen in der Realität der Demokratie vor allem Zuschauer sind: »[citizens] are first and foremost spectators rather

than decision makers«.¹ Die deliberative Sichtweise unterschlägt das und unterminiert den Respekt vor dem alltäglichen Erfahren der Demokratie, indem sie die Tatsache verschleiern, dass der Einfluss des Volkes auf die Gesetzgebung praktisch inexistent ist. Greens Position ist, dass wir den *gaze*, den kontrollierenden Blick des Volkes, stärken müssen, um die Bürgerinnen voll und ganz zu befähigen, sich in demokratische Politik einzubringen. Der vom Volk während öffentlicher Auftritte den politischen Eliten zugeworfene *gaze* wird zum Fundament dafür, dass Führungspersönlichkeiten ehrlich bleiben. Der *gaze* konzentriert sich eher auf die Spitzenpolitikerinnen als auf das Gesetz, und übt dabei einen Druck aus, der Offenheit generiert, das heißt einen Umstand, in dem Spitzenpolitikerinnen ihre Auftritte vor der Öffentlichkeit nicht kontrollieren können und sich in den Augen der Bürgerinnen als würdige Politikerinnen beweisen müssen.

Greens Betonung der okularen Beziehung zwischen politischer Elite und Bürgerinnen fordert uns heraus, Demokratie anders zu betrachten und in der Konsequenz, auf die Frage einzugehen, was demokratische Erfahrung ausmacht. Damit okulare Demokratie eine gangbare Alternative zu unserem momentanen Verständnis darstellen kann, muss Greens Analyse einer Politik der Offenheit ein überzeugendes Argument dafür liefern, dass die Kontrolle der Bürgerinnen über die öffentlichen Auftritte der Politikerinnen gleiche Verhältnisse zwischen den Herrschenden und den Beherrschten schafft. Greens Neubelebung der Weberianischen plebiszitären Demokratie stellt ein theoretisches Gerüst für die Untersuchung der Frage dar, wie der *gaze* der Bürgerinnen innerhalb einer von Eliten kontrollierten politischen Kultur allgemeingültige demokratische Bedingungen schaffen kann. Zudem argumentiert Green, dass eine auf den Zuschauern basierende Demokratie die Qualität der Führungspersönlichkeiten selbst verändern könnte. Ob eine Politik der Offenheit dieses Ziel erreichen kann, hängt jedoch von einer Analyse der Erfahrung ab, die in Greens Text fehlt.

Um mich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, werde ich die Konturen von Greens Politik der Offenheit nachzeichnen, um zu fragen, welche notwendigen Voraussetzungen für eine demokratische Erfahrung

1 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2010 [im Folgenden EOP], S. 199.

bestehen, die nicht nur den Beherrschten Macht über die Herrschenden gibt, sondern die auch einen Ort der Solidarität schafft, der den Demos wahrhaft demokratisch macht. Um diese Voraussetzungen zu entwickeln, müssen wir uns jenseits von Greens Emphase auf eine Politik der Offenheit bewegen, um nach der Struktur von Erfahrung in der Demokratie zu fragen und danach, ob der *gaze* passiver Zuschauer eine Form der Verbindung schaffen kann, die eine echte Beziehung sowohl zwischen den Führungspersönlichkeiten und der Öffentlichkeit, als auch zwischen den einzelnen Bürgerinneninnen herstellt. Eine solche Untersuchung bewegt sich in der soziologischen Dimension demokratischen Lebens, jenseits der politischen Arena, die Green anspricht. Ich argumentiere, dass wir, um den Graben zwischen dem Politischen und dem Soziologischen zu schließen, Deweys Darstellung ästhetischer Erfahrung folgen müssen, die zeigt, dass Zuschauerinnen nicht bloß passiv eingebunden sind, und dass *eine Erfahrung* zu machen bedeutet, in einen Akt genuiner Kommunikation zwischen Künstlerin und Zuschauerin einzutreten. Greens Bestehen auf der *eventfulness*, der Ereignishaftigkeit demokratischer Ereignisse und eines *canor*, einer Offenheit der Führungspersönlichkeiten, schafft solche Rahmenbedingungen, indem Politikerinnen gezwungen werden, sich und ihre Ideale neu zu entwerfen, so dass sie der Repräsentation des Landes würdig gelten. In diesem Lichte betrachtet ist Greens Vorschlag kein Allheilmittel für die Probleme der modernen Demokratie, sondern ein Ausgangspunkt für intelligente Interventionen in den demokratischen Prozess, die dem Volk im Angesicht einer Kontrolle durch die Eliten mehr Macht verleihen.

DIE STRUKTUR DEMOKRATISCHER ERFAHRUNG

Green schließt *The Eyes of the People* (EOP) mit der Feststellung, dass es nicht sein Ziel sei, die moralische Bedeutung der Demokratie festzulegen, sondern: »[to] make the question of democracy's meaning once more an urgent concern and the reformulation of political principles once more an essential task«. ² Unter diesem Aspekt erreicht der Text sein Ziel. Obwohl wir Volkssouveränität traditionell als Ausdruck des Willens eines *Volkes* betrachten, drückt sich dieser Wille selten in der politischen Realität aus.

2 | EOP, S. 211.

So beinhaltet beispielsweise die (mittlerweile über zwei Jahre reichende) Wahlkampfphase in den USA Rituale, die primär von Medien durchgeführt, organisiert und interpretiert werden, von denen jedes Medium die Gewinner und Verlierer von Debatten erklärt, die Erfolge und das Scheitern von Auftritten beurteilt und die Effekte von Publicity-Stunts bestimmt, bevor die Öffentlichkeit selbst die Zeit hat, zu reagieren. Während dieser Veranstaltungen spiegelt sich der *gaze* des Volkes in Hinweisen auf die Reaktionen auf Social Media, Umfragen und Interviews mit *einfachen Bürgerinnen* wider. Nichtsdestotrotz, ein Großteil der Inszenierung, Aktivität und Interpretation der Ereignisse geschehen in einer politischen Arena, die in zunehmendem Maße der Welt des Sports gleicht. CNN wird immer mehr zu ESPN.³

In Anbetracht dieser Ausgangslage ist es einfach, die Verlockung von Greens Position zu sehen. Es besteht ein zunehmendes Gefühl der Verdrossenheit, welches seit dem frühen 20. Jahrhundert diagnostiziert wird und für ein andauerndes Misstrauen gegenüber den Massenmedien und den Politikerinnen selbst steht. Die Öffentlichkeit hat anscheinend genug von dem Zirkus. Und trotzdem sieht sie sich weiter die Vorstellung an. Deshalb zielt Green darauf, ein alternatives Modell der Demokratie zu entwickeln, das nicht nur der Erfahrung der Bürgerinnen in der (amerikanischen) Demokratie entspricht, sondern eine Position schafft, aus der

3 | Social media, und vor allem Twitter, hat den Zuschauern eine Plattform bereitgestellt, mithilfe der sie ihre unmittelbaren Reaktionen auf öffentliche Auftritte und Debatten von Politikerinnen vor, während und nach diesen Ereignissen zum Ausdruck bringen können. Dieses Phänomen stellt Greens Fokus auf den *gaze* anstatt auf die Stimme zumindest geringfügig in Frage, insofern die öffentliche Reaktion auf die Performance der Spitzenpolitikerinnen verbal zum Ausdruck gebracht wird und durch die Medien und politische Organisationen ausgewertet wird, um die öffentliche Wahrnehmung des Charakters, der Botschaft und der *staatsmännischen Haltung* der betrachteten Politikerinnen zu erfassen. Ich hebe in diesem Fall dennoch die Kontrolle der Bilder durch die Medien hervor, da diese vokalen Antworten nicht die Art von starker Beschränkung ausüben, die Greens Modell erfordert und stattdessen als Medium für die Überarbeitung von Botschaften genutzt werden, die ihrerseits wiederum durch inszenierte Auftritte verbreitet werden. Als solche sind sie nicht ausreichend, um eine genuine Repräsentation des *gaze* oder des Willens des Volkes darzustellen, welche dem vokalen Model Priorität über das Okulare verleihen würde.

sich die Bürgerinnen als Volk rekonstituieren können, das demokratische Kontrolle ausübt. Greens Theorie ist nicht rein deskriptiv, sie besitzt auch eine performative Funktion, die die Individuen als kollektiven Akteur in die Partizipation bei demokratischen Ereignissen einbindet. Mit anderen Worten: Das höhere Ziel ist es, demokratische Erfahrung zu transformieren von einer Erfahrung machtloser Individuen hin zu der eines kollektiv eingebundenen »Volkes«. Die Frage, die wir stellen müssen, ist, ob Greens Modell der okularen Demokratie ausreichende Mittel bereitstellt, um die angestrebten Effekte zu erreichen. Genauer gesagt, das Problem ist, ob das Ideal der Offenheit, das Green dem deliberativen Ziel der Autonomie (Selbstregierung des Volkes) gegenüberstellt, eine adäquate Quelle der Macht des Volkes darstellt.

Aus der Perspektive okularer Demokratie dient Offenheit als kritisches Ideal, durch das die Bevölkerung empowered wird. Das Problem mit dem traditionellen vokalen Modell ist, dass das Volk (die nicht-Eliten) in der demokratischen Realität nicht fähig ist, durch seine Ziele und Interessen Autonomie (Selbstregierung) zu erlangen. Mehr noch als auf Autonomie zielt okulare Demokratie auf Offenheit, die Green wie folgt definiert: »the institutional requirement that leaders not be in control of the conditions of their publicity«.⁴ Er argumentiert, dass den Eliten die Macht über den öffentlichen Auftritt zu entziehen dem Volke ein Mittel der Kontrolle verleihen würde: »bestow[s] upon the People control of the means of publicity«.⁵ Anders ausgedrückt, Offenheit würde der Art von Spektakeln, die an der gegenwärtigen Politik so verabscheut werden, vorbeugen und Ereignisse schaffen, in denen Führungspersönlichkeiten sich als des Zuschauens würdig erweisen müssen.⁶

Dieser Punkt ist wesentlich, da er einen der zentralen Unterschiede zwischen dem Schwerpunkt des vokalen Modells auf der Selbst-Regierung und dem des okularen Modells auf der Offenheit markiert. Die Politik der Offenheit positioniert die demokratischen Bürgerinnen neu, und zwar in eine Rolle, in der sie die Kontrolle über die Beurteilung, die Entwicklung und die Reformulierung der demokratischen Bildsprache⁷ innehaben. Was Green vorschwebt, ist nicht, dass die Betonung des okularen Modells

4 | EOP, S. 13.

5 | EOP, S. 14.

6 | EOP, S. 15.

7 | EOP, S. 15.

die Strukturen von Wahlen ändern soll. Das Ziel okularer Demokratie ist, das Verständnis für das zu ändern, was als politisch signifikant wahrgenommen wird, »[to] recalibrate one's sense of what is and is not politically significant from the democratic point of view«. ⁸ Anders ausgedrückt, der Mangel an Kontrolle, der durch das Prinzip der Offenheit entwickelt wird, solle demokratische Spektakel auf eine Art und Weise verändern, die verändert, was derzeit politisch signifikante Interaktionen mit der Öffentlichkeit konstituiert. Dadurch, dass Politikerinnen die Kontrolle über ihre Auftritte genommen wird, öffnet sich das Feld für neue Formen politischer Spektakel, die auf eine kollektive Einbindung der wählenden (und nicht-wählenden) Öffentlichkeit zielen und die danach bewertet werden, wie gut sich Führungspersönlichkeiten als fähig erweisen, unter den Augen der Öffentlichkeit politisch zu überleben. Kann die Politik der Offenheit diesen Wandel herbeiführen? Green argumentiert, dass eine Politik der Offenheit dadurch gerechtfertigt ist, dass sie vier Werte umsetzt, die demokratische Erfahrung im okularen Model prägen: ⁹

- *Intellektueller Wert* – »a plebiscitarian politics of candor presents a promising path by which democratic theory might exit the increasingly contested, always obscure, rubric of representation.«
- *Ästhetischer Wert* – »plebiscitarianism [...] promises to inject eventfulness into a political culture inundated by [...] ›pseudo-events‹.«
- *Egalitärer Wert* – »a politics of candor [...] imposes special risks and obligations on political elites as a form of compensation for their disproportionate, never fully legitimate hierarchical authority.«
- *Wert der Solidarität* – »plebiscitary democracy [...] by redefining the People as an ocular rather than a vocal being [...] makes it possible for everyday citizens to understand themselves as members of a meaningful and effective collective.«

Ich gestehe dem okularen Modell die Umsetzung des ersten Wertes zu, da die Diskussion um Greens Text zeigt, dass seine Politik der Offenheit eine Möglichkeit eröffnet, Demokratie jenseits des Paradigmas der Repräsentation neu zu entwerfen. In den anderen drei Fällen liegt die Sache nicht so klar. Der ästhetische Wert der Offenheit ist, dass sie die Schaffung von *pseudo-events* vermeidet, ein Begriff, dessen dahinterste-

8 | EOP, S. 200.

9 | EOP, S. 17.

hendes Konzept von Boorstin entliehen wurde, um das übliche Strickmuster zu beschreiben, nach dem öffentliche Auftritte und Debatten in dieser Form wegen ihrer Gestaltung von oben, durch Politikerinnen und Medien, ablaufen. Für Green macht die fehlende Kontrolle über politische Auftritte diese zu wahrhaften Ereignissen, in denen wir sehen, wie sich etwas Neues ereignet: »we do not observe merely what we already know or what someone else wants us to know, but rather something that is revealed in the course of the happening itself«. ¹⁰ Anders ausgedrückt, sind diese Ereignisse insofern wahrhaft, als eine tatsächliche Beziehung zwischen der Performance der Politikerin und dem *gaze* des Volkes entsteht. Bezogen auf das Prinzip der Offenheit bedeutet dies, dass Politikerinnen sich als *des Sehens wert* zeigen, indem sie sich auf Arten und Weisen präsentieren, die auf genuine Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wecken. Die Bürgerinnen sind dann fähig, Politikerinnen auf eine Art und Weise reagieren zu sehen, die diejenigen zufriedenstellt, die nicht am politischen Prozess partizipieren.

Der egalitäre Wert einer Politik der Offenheit entspringt in Teilen dem ästhetischen. Indem den Politikerinnen die Möglichkeiten zur Kontrolle ihrer Auftritte entzogen werden, setzt okulare Demokratie diese besonderen Bedingungen aus, »conditions of intense risk and pressure«, was sie in Situationen der Unsicherheit bringt, die ihre Macht in Frage stellen. Dieser Wert macht die Politik der Offenheit zu einem »Machiavellianism for the people«, der die Mächtigen zwingt, sich dem öffentlichen Druck zu unterwerfen. ¹¹ Im Verhältnis zum ästhetischen Wert bedeutet dies, dass eine Politik der Offenheit ein gewisses Maß an Spontanität und Risiko (Ereignishaftigkeit) liefern muss, so dass die Führungspersönlichkeiten einem Grad von Druck unterworfen werden, der das Ausmaß an Kontrolle, das sie über das Leben der Bürgerinnen besitzen, aufwiegt. Zusammen münden diese beiden Werte in den dritten, dass eine bedeutungsvolle gemeinsame Partizipation der Bürgerinnen im Verhältnis zu den Politikerinnen entsteht, die der Idee des Volkes wieder Bedeutung gibt. Mit dem Ziel der Offenheit zu operieren, bringt nach Greens Ansicht ein kollektives Interesse hervor, das ein Gefühl der Solidarität zwischen

10 | EOP, S. 20.

11 | EOP, S. 25-26.

den Bürgerinnen schafft und ihnen eine gemeinsame Präsenz und Macht in der Politik verleiht.¹²

Diese Werte wirken zusammen im Entwurf einer alternativen Form der Erfahrung von Demokratie, die in einer auf dem Prinzip der Offenheit basierenden Politik am Werk ist. Die zentrale Wende besteht darin, dass die Kontrolle über die Bedingungen öffentlicher Auftritte die Ebene demokratischen Engagements hin zur Schaffung von Ereignissen verlagert, die dem *gaze* des Volkes Macht verleihen und dadurch eine neue Form der Solidarität zwischen den Bürgerinnen und der Bewertung von Politik produzieren. Während dies zweifellos ein attraktives Bild ist, scheint jedoch eine wesentliche Ebene zu fehlen. Durch ihren institutionellen Ansatz stattet die Politik der Offenheit das Volk zwar mit einer Form von Macht aus, die als nützlicher Ansatzpunkt dafür dient, neu über Demokratie nachzudenken, aber ihr Inhalt bedarf einer Erklärung. In *Eyes of the People*¹³ und in den Antworten auf seine Kritikerinnen und Kritiker¹⁴ hat Green angemerkt, dass die Macht des okularen Modells auf nicht-okularen Voraussetzungen beruht (der Tatsache, dass Politikerinnen Wahlen gewinnen müssen, um auf ihren Posten bleiben zu können); dies erklärt jedoch lediglich das Erfordernis, sich dem *gaze* der Öffentlichkeit auszusetzen. Was in dieser Darstellung fehlt, ist eine Analyse dessen, wie eine solche Erfahrung begünstigt werden kann, eine Frage, die nicht auf der Ebene des Politischen beantwortet werden kann. Eine Darstellung, die dies leisten möchte, müsste erklären, wie sich erstens, der Gehalt der Interaktion zwischen Politikerin und Zuschauerin, zweitens, der Druck, der durch diese Interaktionen entsteht und drittens, die Ausbildung von Solidarität zwischen den Bürgerinnen formieren.

12 | EOP, S. 28.

13 | EOP, S. 12.

14 | Green, Jeffrey Edward: »Reply to Critics«, in: Avramenko, Richard; Schwarzborg, Melissa; Landemore, Helen; Hunt Botting, Eileen, Abbey, Ruth; and Green, Jeffrey E.: »Jeffrey E. Green's The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship«, *Political Theory*, 42 (2), 2014, S. 188-217.

OFFENHEIT UND DIE MACHT DES GAZE

Mit Webers plebiszitärem Politikansatz skizziert Green einen vorläufigen Entwurf demokratischer Erfahrung. Was Weber im Gegensatz zu anderen erkannt hat, ist, dass die Größe eines demokratischen Staates die Bedingungen und die Struktur demokratischer Politik drastisch verändert. Während andere Theoretiker der Massendemokratie die Gegenwart als politisches Brachland ansehen, das die Möglichkeit wahrer demokratischer Erfahrung auslöscht, sieht Weber eine einzigartige Reihe von Voraussetzungen, die die Entwicklung neuer Ideale erforderlich machen. Sein Verständnis von charismatischer Führung sollte daher nicht als Zustimmung zu den ereignisarmen Spektakeln der gegenwärtigen Politik verstanden werden. Stattdessen sollte es als gangbarer Weg gesehen werden, eine Beziehung zwischen der Herrscherin und den Beherrschten herzustellen, in dem Erstere im Zaum gehalten werden und das Wesen der Führung sich unter dem *gaze* des Volkes transformiert. In diesem Verständnis ist es das Ziel der Demokratie, charismatische Führungspersönlichkeiten hervorzubringen, die auf der Grundlage ihrer Fähigkeit, Orientierung bei der Steuerung der Staatsgeschäfte (»strong, independent and creative direction to the modern, industrial nation-state«¹⁵) zu liefern, zur Macht gelangen. Diese neue Form politischer Führung entsteht nur, wenn der *gaze* des Volkes die Macht besitzt, die demokratische Bildersprache so zu verändern, dass sie den Einfluss seiner Zuschauerrolle widerspiegelt. Greens Neuerung besteht darin, den Schwerpunkt

15 | EOP, S. 142. Die Schwerpunktsetzung auf die Führung des Staates verweist auf eine der zentralen Verschiebungen, die aus der Fokussierung auf die Führungspersönlichkeiten anstatt auf die Gesetze in der Umstellung zu einem okularen Modell resultiert. Das Modell gesteht ein, dass das Volk wenig bis keine Mitsprache bezüglich der verabschiedeten Gesetze besitzt, dass seine Stimme aber zugunsten derjenigen Politikerinnen eingesetzt wird, die am besten befähigt scheinen, die Staatsgeschäfte zu lenken. Mit seiner Verwendung des Begriffes *demokratische Bildersprache* geht Green bezogen diese Idee sogar noch einen Schritt weiter, indem er uns zwingt, die Zeichen, Symbole und Ideale in unsere Erwägungen miteinzubeziehen, mit denen Politikerinnen werben und die als Anziehungspunkte politischer Unterstützung dienen und zum *Ereignisreichtum* politischer Events beitragen könnten. Dieses Argument, das sein Verständnis des ästhetischen Wertes von Demokratie stützen würde, entfaltet Green nicht zur Gänze.

von Webers Beschäftigung mit den charismatischen Führern hin zu der charismatischen Gemeinschaft zu verschieben, die Erstere hervorbringt. Diese Verschiebung des Schwerpunktes ist es, die das Ideal der Offenheit auf die Füße stellt. Daher müssen wir Greens Verwendung des Weberischen Verständnisses untersuchen, um festzustellen, wie sie ein adäquates Bild eines neuen Ideals demokratischer Erfahrung entwirft.

Der Reiz, den Webers plebiszitäre Demokratie ausübt, ist der gleiche wie in Greens okularem Modell: Es durchdenkt Demokratie innerhalb eines Feldes von Veränderungen, die im modernen Nationalstaat aufgetreten sind, neu. In Anbetracht des Aufstiegs großer bürokratischer Staatsapparate und dem Aufkommen von Demagogie ist es Webers Ziel, festzustellen, wie die Macht unter Anerkennung der Umstände des sozialen Lebens wieder in die Hände des Volkes gelegt werden kann. Anders gesagt, muss die Macht des Volkes nun, da es unmöglich geworden ist, ein repräsentatives Modell zu verwirklichen, neu entworfen werden. Für Weber liegt diese Macht in der Aufmerksamkeit, die das Volk den politischen Führungspersonen zu Teil werden lässt. Diese Aufmerksamkeit stellt die Führungspersonen unter Überwachung, was letztlich deren Charakter formt. Im Hinblick auf das Problem, das im vorhergehenden Abschnitt aufgeworfen wurde, besteht unsere Frage darin, ob Webers Darstellung der Genese eines politischen Führers Greens Vertrauen in die Politik der Offenheit rechtfertigt.

Oberflächlich scheint Webers Verständnis von Charisma der Aufgabe insofern gerecht zu werden, als Charisma keine Eigenschaft ist, die politische Führungspersönlichkeiten automatisch ausstrahlen. Charisma entsteht erst in einer Beziehung, es ist »[a] relational concept that refers to a mode of interaction between the charismatic leader and the charismatic community before which the leader must appear and through which the charisma is both tested and generated«.¹⁶ Charisma ist letztlich davon abhängig, dass die Spitzenpolitikerin vom Volk als jemand anerkannt wird, die der Führung würdig ist. Diese Beziehung wird durch den *gaze* des Volkes konstituiert, dessen primäre Machtquelle nicht die Wahlstimme ist. Die Wahl ist ein zeremonieller Moment, in dem das Charisma der Führungspersönlichkeit durch die Wahl ins Amt bestätigt wird. Die Quelle der Macht ist der *gaze*, der die politischen Führungspersönlichkeiten der Prüfung durch die Öffentlichkeit unterwirft. Während das vo-

16 | EOP, S. 147.

kale Modell der Macht vom Gewicht der Wahlstimmen abhängt, wirkt das okulare Modell bei Wahlkampagnen und Programmen, in denen eine politische Führungsperson ihre Sicht der Nation zum Ausdruck bringt.¹⁷ Wahlen bestätigen folglich, dass eine Führungsperson bewiesen hat, dass sie eine Vision besitzt, mit der sich das Volk identifizieren kann und dass das Volk sie als qualifiziert ansieht, das Land zu regieren. In Greens Terminologie ausgedrückt, liegt der Wert einer Politik der Offenheit darin, dass die Führungsperson beweisen muss, dass sie *des Sehens Wert* ist.

Charisma als Beziehung wird durch das demokratische Spektakel hergestellt und entsteht somit als Eigenschaft der Führungspersönlichkeiten, durch deren Fähigkeit, dem Druck des öffentlichen *gaze* zu trotzen. Während die energischen Bemühungen von Wahlkampagnen darauf abzielen, Stimmen zu gewinnen, ist der Weg, dies zu erreichen die Fähigkeit, die anhaltende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen. Dieses Ringen um Aufmerksamkeit wird durch das Formulieren neuer und hoher Ziele gewonnen, die das Interesse des Volkes wecken, was Politik ereignisreicher macht und den Kristallisationspunkt einer geteilten Vision liefert. Die große Wichtigkeit von Aufmerksamkeit bedeutet, dass die Politikerin, um der vollen Härte der öffentlichen Kontrolle ausgesetzt zu sein, als verantwortlich für ihre Vision und die Aufmerksamkeit des Publikums angesehen werden muss. Somit wird das Volk durch die fortgesetzte Beobachtung mit Macht ausgestattet. Diese fortgesetzte Beobachtung soll der Verblendung durch einen reinen Personenkult entgegenwirken und Führungspersonen hervorbringen, die es vermögen, sich konstant der Macht der öffentlichen Aufmerksamkeit zu unterwerfen.

Webers Darstellung der charismatischen Herrschaft stößt auf ein ähnliches Problem wie das okulare Modell selbst, weil sein Fokus auf die Führung unser Verständnis von Kontrolle durch das Volk verstellt. Greens Begriff der Offenheit ist der Versuch, auf dieses Problem zu reagieren, indem es als Wert dient, anhand dessen ein charismatisches Urteil beurteilt werden könnte. Er trennt die große Schauspielerin von der wahren Anführerin. Was Führung laut Green von Demagogie trennt, ist, dass sie Interaktion mit einschließt: »an interaction between audience and leader rather than unidirectional manipulation«.¹⁸ Und was offene

17 | Zu Greens Ausführungen bezüglich Wahlkampagnen vergleiche etwa EOP, S. 155.

18 | EOP, S. 164.

Auftritte als interaktiv charakterisiert, ist, dass es sich um spontane Ereignisse ohne festes Drehbuch handelt, die den Kaiser ohne Kleider in den *gaze* der Öffentlichkeit rücken. So spezifiziert Green Webers Standpunkt, indem er ausführt, dass solche Auftritte nicht lediglich ein Kampf um die öffentliche Aufmerksamkeit seien (»a struggle for the public attention«) sondern ein Kampf unter der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit »a struggle before the public's attention«.¹⁹ Laut Green wird der *gaze* der Öffentlichkeit dadurch, dass die bei der Inszenierung öffentlicher Auftritte genutzten Werkzeuge der Propaganda und der Manipulation de jure entfernt werden, zu einem entscheidenden Faktor dabei, Spitzenpolitikerinnen zum Beweis zu zwingen, dass es sich bei ihnen um wertvolle Teile der Elite handelt.

Insofern, als die Kriterien einer solchen Beurteilung notwendigerweise unklar sind, verschiebt sich an diesem Punkt der Fokus einer Politik der Offenheit. Die Benutzung des Wortes »würdig« zur Beschreibung von Führungspersönlichkeiten impliziert ein Werturteil. Das Urteil über die Würdigkeit oder Unwürdigkeit einer Politikerin ist letztlich das ästhetische Urteil, wonach ein politisches Spektakel das Kriterium der Offenheit erfüllt und die betreffende Politikerin ihrer Aufgabe gerecht wird. Dieses Ideal ordnet Politikerinnen nicht entlang spezifischer politischen Inhalte ein, oder entlang der politischen Ziele des Volkes. Es stützt sich auf den Wert, der diese Ziele strukturiert und verlangt von Politikerinnen, diesen zu verkörpern.

Diese Betonung der »ästhetischen« Natur okularer Demokratie hat Greens Projekt Kritik eingebracht, ich glaube aber, dass sie eine seiner wichtigsten Erkenntnisse darstellt. Die Kritik an der okularen Demokratie nimmt an, dass einer ästhetischen Herangehensweise etwas inhärent Oberflächliches eigen ist. In seiner Kritik des Textes kontrastiert Ragazzoni²⁰ okulare Demokratie mit einer Beschäftigung mit Politik, die »authentisch politisch« sei. In ihren Ausführungen zu okularer Demokratie sagt Urbinati, dass die »ästhetische« Rolle der öffentlichen Sphäre dieser eher einen Unterhaltungsstatus zutrage; sie sei dann »more entertaining

19 | EOP, S. 164.

20 | Vgl. Ragazzoni, David: »When democracy lives in, and through, ›The Eyes of the People‹: Mass politics, plebiscitary ethics and the questioning of political representation«. Review essay of J. E. Green, »The eyes of the people«, in: »Interpretation. A Journal of Political Philosophy«, 40, (1) (2013), S. 127-133.

than controlling«. ²¹ Diese Kritiken verdeutlichen, dass Green mehr tun muss, um die ästhetische Dimension der Erfahrung im okularen Modell klar herauszustellen. Er muss erklären, wie der Ereignisreichtum demokratischer Ereignisse sich über ein Verständnis des Ästhetischen als unterhaltsam oder erfreulich hinausbewegt, hin zu einer bedeutsamen Beziehung, die der Persönlichkeit der Spitzenpolitikerin einen politischen Wert verleiht.

ANNÄHERUNG AN EINE DEMOKRATISCHE ÄSTHETIK/ DIE KUNST DER POLITIK

Diese Kritiken an Greens Modell stellen den üblichen Einwand gegen eine »ästhetische« Politik dar: dass Ästhetik letztendlich zu oberflächlich ist, um eine legitime Form der politischen Beschäftigung zu schaffen. Die Prämisse dieser Kritik ist, dass die Beobachterin in ihrer passiven Haltung gegenüber demokratischen Ereignissen unfähig ist, um das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, und in der Folge zur leichten Beute für Demagoginnen wird. Greens demokratische *Werte* und seine Analyse des Weberschen Konzepts plebiszitärer Demokratie beinhalten eine implizite Antwort auf dieses Argument, die durch eine Analyse ästhetischer Erfahrung als ein Beispiel für Erfahrung im Allgemeinen aufscheint. Deweys Analyse in *Art as Experience* regt eine Sichtweise auf ästhetische Erfahrungen an, die erklärt, wie die Politik der Offenheit Führungspersonlichkeiten und deren Ideale durch den Blick der Öffentlichkeit formen kann. Durch Deweys Verständnis sehen wir, dass die Politik der Offenheit eine Kunst der Führung erforderlich macht.

Deweys Konzept von ästhetischer Erfahrung weist die Vorstellung zurück, dass das Ästhetische eine passive Wahrnehmung ist, die die Zuschauerin angesichts des ästhetischen Objekts machtlos zurücklässt. Eine solche passive Auseinandersetzung, die Dewey als *recognition* bezeichnet, beschreibt eher diejenigen alltäglichen Begegnungen mit der Welt, in denen die Wahrnehmung ohne tiefere Analyse geschieht. ²² Er-

21 | Urbinati, Nadia: *Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People*. Cambridge: Harvard University Press 2014. S. 212.

22 | »Recognition is perception arrested before it has a chance to develop freely. In recognition there is a beginning of an act of perception. But this beginning is

fahrung, auf der anderen Seite, ist immer ästhetisch, insofern als der Wahrnehmende mit einem Teil seiner Umgebung interagiert, um Sinn herzustellen. So betrachtet ist das Machen einer Erfahrung (»to have an experience«) »an act of the going-out of energy in order to receive, not a withholding of energy«.²³ Individuen tauchen in ein Element ihrer Umwelt ein (»plunge into«) um seine Eigenschaften zu verstehen und integrieren dieses Element auf sinnvolle Art und Weise in ihre Sichtweise der Welt.

Hieraus schließt Dewey:

»Experience in the degree in which it is experience is heightened vitality. Instead of signifying being shut up within one's own private feelings and sensations, it signifies active and alert commerce with the world; at its height it signifies complete interpenetration of self and the world of objects and events. Instead of signifying surrender to caprice and disorder it affords our sole demonstration of a stability that is not stagnation but is rhythmic and developing. Because experience is the fulfillment of an organism in its struggles and achievements in a world of things, it is art in germ. Even in its rudimentary forms, it contains the promise of that delightful perception which is aesthetic experience«.²⁴

Die intersubjektive Form der Erfahrung, die Dewey beschreibt, bedingt eine bedeutsame Beziehung zwischen Individuen und deren Umwelt. Der in Greens Analyse angesprochene *Ereignisreichtum von Ereignissen* bezieht sich auf genau diese Art von Interaktionen, was einen Raum für aktives demokratisches Engagement eröffnet. Die erhöhte Vitalität, das Gefühl von Bedeutung, das diese Ereignisse begleitet, folgt aus deren Offenheit (openness). Sämtliche Zuschauerinnen sind aufgerufen, sich mit den potentiellen politischen Führungspersonen als Objekten einer eingehenden Untersuchung auseinanderzusetzen, die beweisen müssen, dass sie würdig sind, zu regieren. Folglich findet diese Form des demokra-

not allowed to serve the development of a full perception of the thing recognized. It is arrested at the point where it will serve some other purpose, as we recognize a man on the street in order to greet or to avoid him, not so as to see him for the sake of seeing what is there« (Dewey, John: *Art as Experience*, New York: Perigee Books 1934, S. 50).

23 | J. Dewey: *Art as Experience*, S. 51-52.

24 | Ebd., S. 20.

tischen Engagements im Gegensatz zu anderen Ansätzen *authentischen* demokratischen Engagements vor dem Wahltag statt. Sie findet während des Evaluationsprozesses der Kandidatinnen und ihrer Positionen in der öffentlichen Arena statt. Daher wird die Macht der Öffentlichkeit Greens okularem Modell folgend durch deren Fähigkeit, die Selbstdarstellung der Kandidatinnen zu formen, ausgeübt.

Dieses Verständnis von Erfahrung bildet auch das Fundament für eine Politikform, in der Führungspersonen *kunstvoll* agieren müssen, um ihre Position zu sichern. Für Dewey kann das menschliche Handeln genauso sehr von Kunst durchdrungen sein wie ein Gemälde oder ein Musikstück. Erfolgreiche Kunstwerke zeichnet aus, dass die Künstlerin in ihnen die Reaktion der Öffentlichkeit antizipiert hat. Um es mit Dewey auszudrücken »The artist embodies in himself the attitude of the perceiver while he works«. ²⁵ Diese Bewegung ist notwendig, weil sich das Publikum in einer eigenen Welt mit einem Sinnhorizont bewegt, auf die sich die Künstlerin beziehen muss, damit ihre Botschaft Anklang findet. Die Kunst der Künstlerin ist folglich nicht ihr fertiges Produkt. Kunst ist der Prozess, ein Medium des Ausdrucks, sowie vergangene und gegenwärtige Erfahrungen erfolgreich einzusetzen, um mit dem Publikum zu kommunizieren. Dies trifft auch auf das alltägliche menschliche Handeln zu. Ein Individuum kann durch Aufschreien Zorn, Traurigkeit oder Erstaunen ausdrücken, aber diese Form des Ausdrucks zeigt nicht deutlich, welche Emotionen das Individuum fühlt. Der Gefühlsausdruck scheitert, weil er sich nicht auf objektive Bedingungen bezieht, die seinen Zweck verdeutlichen könnten. ²⁶ Ein gelungener Gefühlsausdruck sei stattdessen, wie Dewey feststellt, dadurch gekennzeichnet, dass er dem Inhalt der Emo-

25 | Ebd., S. 48.

26 | Deswegen ist die Äußerung eines bloßen Gefühls für Dewey nicht ausreichend, um als Äußerung des Selbst zu gelten. Bestenfalls handelt es sich um eine individuelle Katharsis: »To discharge is to get rid of, to dismiss; to express is to stay by, to carry forward in development, to work out to completion. A gush of tears may bring relief, a spasm of destruction may give outlet to inward rage. But where there is no administration of objective conditions, no shaping of materials in the interest of embodying the excitement, there is no expression. What is sometimes called an act of self-expression might better be termed one of self-exposure; it discloses character – or lack of character – to others. In itself, it is only a spewing forth« (J. Dewey: *Art as Experience*, S. 62).

tion adäquat ist: »expression is about seizing occasions of emotion to use them as moments to generate expressions adequate to their content«. ²⁷ In diesem Fall bezieht sich die *Adäquanz* des Ausdrucks auf die hinter dem Ausdruck stehende Bedeutung oder den dahinterstehenden Zweck. Wesentlich ist, dass sich Kunst vom künstlichen Ausdruck insoweit unterscheidet, als erstere ihren eigenen Zweck verkörpert. Sie inspiriert die Fähigkeit, bedeutungsvoll und zielgerichtet zu kommunizieren. Künstliche Handlungen widersprechen ihren Intentionen und stellen sich als unaufrichtig heraus. ²⁸

Wenn wir Deweys Analyse folgen, ist eine würdige Führungsperson eine Künstlerin, die der Öffentlichkeit ihren Wert und ihre Vision mitteilt. ²⁹ Einerseits müssen Führungspersonen *des Sehens wert* sein in dem

27 | Ebd. S. 70.

28 | »The difference between the artificial, the artful, and the artistic lies on the surface. In the former there is a split between what is overtly done and what is intended. The appearance is one of cordiality; the intent is that of gaining favour. Wherever this split between what is done and its purpose exists, there is insincerity, a trick, a simulation of an act that intrinsically has another effect. When the natural and the cultivated blend in one, acts of social intercourse are works of art. The animating impulsion of genial friendship and the deed performed completely coincide without intrusion of ulterior purpose. Awkwardness may prevent adequacy of expression. But the skilful counterfeit, however skilled, goes through the form of expression; it does not have the form of friendship and abide in it. The substance of friendship is untouched« (J. Dewey: Art as Experience, S. 70).

29 | »The real work of art is the building up of an integral experience out of the interaction of organic and environmental conditions and energies. Nearer to our present theme is the second point: The thing expressed is wrung from the producer by the pressure exercised by objective things upon the natural impulses and tendencies — so far is expression from being the direct and immaculate issue of the latter. The third point follows. The act of expression that constitutes a work of art is a construction in time, not an instantaneous emission. And this statement signifies a great deal more than that it takes time for the painter to transfer his imaginative conception to canvass and for the sculptor to complete his chipping of marble. It means that the expression of the self in and through a medium, constituting the work of art, is itself a prolonged interaction of something issuing from the self with objective conditions, a process in which both of them acquire a form and order they did not at first possess« (Ebd., S. 64-65).

Sinne, dass ihre Handlungen durch das gekonnte zum-Ausdruck-Bringen ihres Charakters unter dem *gaze* der Öffentlichkeit gekennzeichnet sind. Durch diese Charakteräußerungen erfahren sich die Führungspersonen selbst als fähig, mit dem Druck der Führung umgehen zu können. Das ist es, was Polit-Experten (*pundits*) meinen, wenn sie bewerten, ob eine Kandidatin bei Debatten und Wahlkampfauftritten staatsmännisch (*presidential*) wirkt. Der Gedanke dahinter ist, dass die Kunst, sich so zu verhalten, eine Tugend ist, die eine Führungsperson der Führung des öffentlichen Lebens würdig macht. Nach Webers Sicht müssen andererseits die Ideale, die von der Führungsperson zum Ausdruck gebracht werden, ein Programm anbieten, das bei der Öffentlichkeit als gemeinsames Ideal für die Nation Anklang findet. Nicht nur das Verhalten der Führungsperson und ihre Rhetorik sind von zentraler Bedeutung; der Inhalt ihrer Reden und die Art, wie sie sich darstellt, muss mit einer weiterreichenden Vision für das Land verbunden sein, die von der Öffentlichkeit geteilt wird. Führungspersonen müssen nicht nur des Sehens wert sein, sie müssen auch unserer Unterstützung würdig sein.

Es besteht stets das Risiko der Demagogie. Donald Trumps Präsidentschaftskampagne ist der Beweis dafür, dass ein laxer Umgang mit der Wahrheit und die Fähigkeit, mit den tiefsten Ängsten der Wählerschaft zu spielen, höchst effektive Mittel sind, um Unterstützung in der Bevölkerung zu erlangen. Gleichzeitig gibt es jene, die Trumps Reden und seine Auftritte wegen deren Künstlichkeit kritisieren. Was dieser Fall zeigt, ist, dass wenngleich auch keine scharfe formale Trennlinie zwischen Kunst und Künstlichkeit besteht, diese Unterscheidung doch einen Weg eröffnet, die Offenheit und die Würdigkeit einer Führungsperson unter dem *gaze* der Öffentlichkeit zu bewerten. Die wesentlichen Fragen nach der Wahrheit der Behauptungen von Führungspersonen, sowie der Art ihrer Führung finden auf der Ebene des öffentlichen Diskurses statt, vorausgesetzt, wir haben adäquate Mittel für eine intelligente Analyse der aktuellen Lage. Die Gefahr des Populismus ist zudem kein Grund dafür, das Ästhetische als häufig anzutreffenden und möglicherweise notwendigen Aspekt von Führung zurückzuweisen. Dewey führt hierzu aus:

»Successful politicians and generals who turn statesmen like Caesar and Napoleon have something of the showman about them. This of itself is not art, but it is, I think, a sign that interest is not exclusively, perhaps not mainly, held by the result taken by itself (as it is in the case of mere efficiency), but by it as the outcome

of a process. There is interest in completing an experience. The experience may be one that is harmful to the world and its consummation undesirable. But it has aesthetic quality.«³⁰

Mit anderen Worten, während wir dem Ästhetischen als Faktor unseres politischen Lebens ablehnend gegenüberstehen mögen, ist es faktisch so, dass es nicht schlicht eine Waffe ist, die zum Zweck von Trickserien eingesetzt wird. Es ist nicht einfach ein Mittel zum Zweck. Das Ästhetische ist auch ein Weg, um Werte zu verkörpern und auszudrücken, die politische Ideale und würdige Führung repräsentieren. In Barack Obamas Fall beispielsweise waren seine Ikonographie und das Bestehen auf der Idee des Wandels (Change) von zentraler Bedeutung für den Wahlsieg und wurden danach zum Maßstab, an dem Obamas politische Erfolge und Misserfolge gemessen wurden. Er ist danach beurteilt worden, inwieweit es ihm gelungen ist, die erwartete Veränderung während seiner Amtszeit zu bewirken.

Eine solche Sichtweise auf ästhetische Erfahrung spricht für Offenheit als Ideal einer aufrichtigen politischen Kommunikation. Wie Green feststellt: »Under the plebiscitary model, the People designates a political entity that might be termed the organization of the unorganized: political spectators linked together in their shared experience of nondecision, non-preference, and relative subordination to political elites.«³¹ Green nimmt hier die Ohnmacht von Wahlen, reale Veränderungen zu bewirken, als gegeben hin und bemerkt die Fähigkeit von Politikerinnen, bei Nachrichtensendern und deren Experten durch die Fehldarstellung der Fakten Zustimmung zu erzeugen. Diesen Tendenzen können wir jedoch nicht dadurch entgegenwirken, indem wir annehmen, dass die Öffentlichkeit Kontrolle über die getroffenen politischen Entscheidungen besitzt. Die Fähigkeit, diesen Prozessen entgegenzuwirken, hängt von der Fähigkeit der Öffentlichkeit ab, ihre Rechte als Zuschauende wahrzunehmen und die genannten Institutionen unter Druck zu setzen, offen und ehrlich zu sein, uns nicht nur *die Wahrheit* zu liefern, sondern sich auch einer rigorosen Überprüfung unter den Augen der Öffentlichkeit zu unterziehen. Deswegen liefert uns Offenheit, wenn sie mit Greens Lesart der Weberschen politischen Schriften und Deweys Begriff der Erfahrung ver-

30 | J. Dewey: Art as Experience, S. 38.

31 | EOP, S. 63.

standen wird, einen Bewertungsrahmen, um die Leistung von Führungspersonen zu analysieren und Spektakel zu schaffen, die dem Volk mehr Macht verleihen.

FAZIT

Green entwickelt ein gelungenes Modell okularer Demokratie, indem er die Erfahrungen des Volkes in der gegenwärtigen Demokratie darstellt. Er erkennt an, dass letztlich politische Parteien und die Medien über die Struktur politischer Veranstaltungen bestimmen, wodurch sie einen Raum schaffen, in dem die tagesaktuellen Themen und die Interaktionen zwischen der Öffentlichkeit und den Führungspersonen die Sorgen der Öffentlichkeit nicht direkt adressieren. In dieser Hinsicht zeigt Green eine Möglichkeit auf, Zynismus zugunsten eines Ansatzes zu überwinden, der potentiellen künftigen Führungspersonen und gegenwärtigen Führungspersonen einen Teil der Kontrolle entzieht. Dies leistet der Ansatz, indem er erkennt, dass die Zuschauerrolle des Volkes einen gewissen Wert besitzt. Auf dieses Ziel hin ausgerichtet sollten wir den ästhetischen, den egalitären und den solidarischen Wert okularer Demokratie lesen, als quasi-normative Bedingungen für die Bewertung der Struktur politischer Ereignisse. Wir können den Ereignisreichtum von Debatten, Reden und öffentlichen Auftritten danach beurteilen, ob die Stärke des öffentlichen Blicks ausreicht, auf Seite der Kandidatinnen Offenheit zu schaffen, und ob die Bevölkerung auf eine Art und Weise involviert ist, die Solidarität innerhalb des Volkes entstehen lässt. Die Erfüllung der zweiten Bedingung ist die Voraussetzung für die Erfüllung der ersten. Leider ist die Erfüllung dieser zweiten Bedingung am schwierigsten festzustellen. Vor allem aufgrund der turbulenten Natur der amerikanischen Politik sind wir viel häufiger mit dem Streit über politische Themen und Ideale konfrontiert als mit der Einigkeit über diese, was den Eindruck vermittelt, dass Solidarität im gesamten Volk, wenn überhaupt, nur selten anzutreffen ist.

Zwischen Deweys und Greens Demokratieverständnis besteht ein wichtiger Unterschied, der uns helfen könnte, das Vorhandensein von Solidarität in der demokratischen Erfahrung neu zu bewerten. Es ist wohl bekannt, dass Dewey Demokratie als soziales Prinzip verstanden hat. Er sah Demokratie als Verfahren, mit dem die Struktur gesellschaftlicher

Beziehungen im Allgemeinen bewertet werden kann, auf der Grundlage ihrer Fähigkeit, die freie Entfaltung der eigenen Individualität durch gegenseitige Abhängigkeit zu ermöglichen. In dieser Hinsicht ist Demokratie ein Modus der öffentlichen Interaktion, in dem eine Bevölkerung zusammenarbeitet, um dabei zu helfen, die Werte und Themen zu prägen, die ihr gemeinsames Leben bestimmen. Darüber hinaus findet Demokratie in den direkten Interaktionen von Mitgliedern der Öffentlichkeit statt, in denen Werte im Kontext der zwischen den Bürgerinnen verschiedenen Ideale vom politischen Leben konkretisiert werden. Greens okulares Modell bewegt sich mit seiner Betonung des kollektiven Handelns der Öffentlichkeit nahe an demjenigen Deweys. Green lässt jedoch eine Erklärung bezüglich der Frage vermissen, wo und wie sich die Werte entwickeln werden, die die öffentliche Kritik der Führungspersonen leiten sollen. Green liefert keine Darstellung demokratischer Partizipation, die über die Ebene der Interaktion zwischen Herrscherinnen und Beherrschten hinausgeht. Ohne eine solche Analyse ist es schwierig, festzustellen, ob Offenheit eine signifikante Machtquelle für das Volk darstellen kann oder nicht. Oberflächlich betrachtet lautet die Antwort »nein«, wenn man bedenkt, dass Individuen mit ganz eigenen politischen Positionen und Anliegen in der öffentlichen Sphäre über die richtige Interpretation politischer Ereignisse und über den Umfang der von Politikerinnen an den Tag gelegten Offenheit streiten werden. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es ein zu hohes Ausmaß an Fehlinformationen und Opportunismus, als dass Führungspersönlichkeiten gewählt werden könnten, die das öffentliche Interesse berücksichtigen und eine Öffentlichkeit mit einem gemeinsamen Ziel, das in der Politik repräsentiert würde, geschaffen werden könnte.

Das ist jedoch auch nicht das Ziel von Demokratie. Wie Green argumentiert, ist plebiszitäre Demokratie nicht auf die Verwirklichung des Volkswillens ausgerichtet.³² Offenheit zielt lediglich darauf, das Ungleichgewicht der Macht zu verringern und nicht darauf, ein verbindendes politisches Programm des Volkes zu schaffen. Zugleich ist es das Ziel okularer Demokratie, dem Volk die Kontrolle über die demokratische Bildersprache zu verleihen. Wenn wir die oberflächliche Lesart dieses Begriffes außer Acht lassen, besteht Greens Behauptung darin, dass der Prozess, sich entlang Formen demokratischer Bildersprache zu versam-

32 | EOP, S. 207-208.

meln beinhaltet, dass die Bürgerinnen sich um konkrete Ideale gruppieren. Unter diesem Aspekt bietet Greens okulare Demokratie das Potential für demokratische Solidarität, obwohl dies eine Art der Solidarität ist, die sich als unbefriedigend herausstellen könnte.³³ Der nächste Schritt wäre, die Demokratie im Volk selbst zu beurteilen, um neue Formen der Vergesellschaftung und der Interaktion zu entwickeln. Diese können als Geburtsstätte demokratischer Ideale dienen, die der Volkssouveränität Orientierung und Kohärenz verleihen.

Übersetzung: Dominik Hammer

33 | Das Problem bei diesem Verständnis von Solidarität ist, dass es dem der momentanen politischen Lager in den USA allzu sehr gleicht. Derzeit scheint das Land entlang tiefer ideologischer Gräben gespalten, die durch vernünftige Diskussionen nicht überwunden werden können. Deswegen müssen wir auch untersuchen, ob okulare Demokratie eine Möglichkeit bietet, um mit diesen Formen des Verhaltens umzugehen oder ob sie die aktuelle Situation nur verschlimmern würde.

Autorinnen und Autoren

Dr. André Brodocz ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Erfurt.

Dr. Anna Fruhstorfer ist Postdoctoral Researcher an der University of Texas at Austin sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich für Vergleichende Demokratieforschung und die Politischen Systeme Ost-europas der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Felix Gerlsbeck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Political Philosophy and Theory an der Hochschule für Politik der Technischen Universität München.

Dr. Jeffrey Edward Green ist Associate Professor for Political Theory an der University of Pennsylvania in Philadelphia.

Dominik Hammer M.A. arbeitet als pädagogischer Mitarbeiter in der Katholischen Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen, Hannover. Von 2012-2016 war er erst Mitarbeiter und anschließend Stipendiat des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover.

Greta Jasser M.Sc. ist Stipendiatin im Promotionsprogramm »Demokratie unter Stress« der Leuphana Universität Lüneburg.

Dr. Marie Kajewski ist Vorstand der Katholischen Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen in Hannover. Von 2010 bis 2012 war sie Fellow am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover.

Felix Petersen M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich für Vergleichende Demokratieforschung und die Politischen Systeme Ost-europas der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Michael L. Thomas ist Assistant Professor of Philosophy an der Susquehanna University in Selinsgrove, Pennsylvania. Er war von 2014 bis 2015 Fellow am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover.

Dr. Nadia Urbinati ist Kyriakos Tsakopoulos Professor of Political Theory and Hellenic Studies an der Columbia University in New York City.

Dr. Solongo Wandan ist Assistant Professor for Political Science an der University of Oklahoma in Norman. Von 2013 bis 2014 war sie Fellow am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover.

Politikwissenschaft



Torben Lütjen

Partei der Extreme: Die Republikaner

Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus

2016, 148 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-3609-3

E-Book

PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3609-7

EPUB: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3609-3



Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter

Pegida

Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?

2015, 208 S., kart., farb. Abb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3192-0

E-Book

PDF: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3192-4

EPUB: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3192-0



Alexander Schellinger, Philipp Steinberg (Hg.)

Die Zukunft der Eurozone

Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten

2016, 222 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3636-9

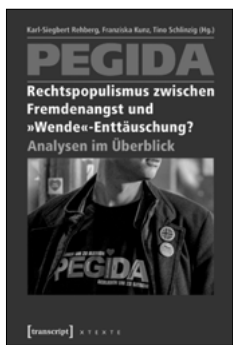
E-Book

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3636-3

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3636-9

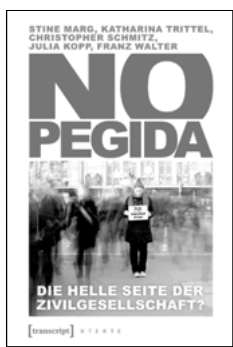
**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



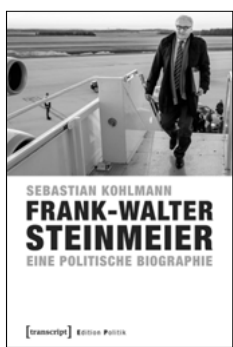
Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hg.)
**PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen
Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?**
Analysen im Überblick

2016, 384 S., kart.
29,99 € (DE), 978-3-8376-3658-1
E-Book
PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3658-5
EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3658-1



Stine Marg, Katharina Trittel,
Christopher Schmitz, Julia Kopp, Franz Walter
NoPegida
Die helle Seite der Zivilgesellschaft?

2016, 168 S., kart.
19,99 € (DE), 978-3-8376-3506-5
E-Book
PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3506-9
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3506-5



Sebastian Kohlmann
Frank-Walter Steinmeier
Eine politische Biographie

März 2017, 648 S., Hardcover
39,99 € (DE), 978-3-8376-3951-3
E-Book
PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3951-7
EPUB: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3951-3

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**



Christoph Weckenbrock
Schwarz-Grün für Deutschland?
Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden

Juli 2017, 256 Seiten, kart., 22,99 €,
ISBN 978-3-8376-4043-4, E-Book: 20,99 €

■ Zwischen Union und Grünen lagen einst Welten. Längst aber sind aus den früheren Erzfeinden politische Bündnispartner geworden – bald auch im Bund?

»Was in den achtziger und neunziger Jahren für beide Seiten abwegig erschien, ist heute immer noch ungewöhnlich, aber nicht unmöglich. Dieses Buch erzählt von der langsamen Auflösung des Tabus Schwarz-Grün – oftmals spannend wie ein Polit-Thriller.«
(*Ole von Beust*)

»Weckenbrock liefert hier kein flammendes Plädoyer für Schwarz-Grün im Bund. Er zeigt vielmehr, wie dieses Bündnismodell überhaupt in den Bereich des Möglichen rücken konnte. Dabei ist ihm ein im besten Sinne aufregendes Sittenbild bundesdeutscher Zeit- und Parteiengeschichte gelungen.« (*Rezzo Schlauch*)

